

Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland: ein fragmentarischer Abriß: Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik

Fritz, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Themenheft / topical issue

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fritz, W. (2001). Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland: ein fragmentarischer Abriß: Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik. *Historical Social Research, Supplement*, 13, 1-304. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-285905>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

HSR Supplement / Beiheft Nr. 13 (2001)

Wolfgang Fritz

**Historie der amtlichen Statistiken
der Erwerbstätigkeit in
Deutschland.**

Ein fragmentarischer Abriß:
Darstellung, Quellen, Daten,
Definitionen, Chronik

Köln:
Zentrum für Historische Sozialforschung
2001

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung.....	6
2. Die Statistik im Deutschen Reich	10
2.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik	10
2.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit	14
2.2.1 Berufszählungen	15
2.2.1.1 Berufszählung 1882	15
2.2.1.2 Berufszählung 1895	17
2.2.1.3 Berufszählung 1907	17
2.2.1.4 Berufszählung 1925	18
2.2.1.5 Berufszählung 1933	20
2.2.1.6 Berufszählung 1939	22
2.2.2 Weitere Statistiken der Erwerbstätigkeit	23
2.2.2.1 Gewerbliche Betriebszählung 1875	24
2.2.2.2 Landwirtschaftliche Betriebszählungen 1882 und 1885	25
2.2.2.3 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1907	26
2.2.2.4 Gewerbliche Betriebszählung 1907	26
2.2.2.5 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1925	27
2.2.2.6 Gewerbliche Betriebszählung 1925	27
2.2.2.7 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1933	27
2.2.2.8 Gewerbliche Betriebszählung 1933	28
2.2.2.9 Betriebszählung 1939	30
2.2.2.10 Industrieberichterstattung	31
2.2.2.11 Krankenkassenbefragung	32
2.2.2.12 Arbeitsbuchstatistik	33
3. Die Statistik in den Besatzungszonen bis 1949	34
3.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik	34
3.1.1 Amtliche Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone	34
3.1.2 Amtliche Statistik in den westlichen Besatzungszonen	36
3.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit	38
3.2.1 Berufszählungen	38
3.2.2 Volks- und Berufszählung 1946	38
3.2.3 Weitere Statistiken der Erwerbstätigkeit	41

4. Die Statistik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland	44
4.1 Die Statistik in der DDR	44
4.1.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik.....	44
4.1.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit	55
4.1.2.1 Allgemeine Charakteristik und Qualität der Daten	55
4.1.2.1.1 Sogenannte x-Bereich	58
4.1.2.1.2 Kennziffern der sozialistischen Rationalisierung.....	59
4.1.2.1.3 Leitungs- und Verwaltungspersonal	59
4.1.2.2 Berufszählungen	61
4.1.2.2.1 Volks- und Berufszählung per 31. August 1950	62
4.1.2.2.2 Volks- und Berufszählung per 31. Dezember 1964	62
4.1.2.2.3 Volks- und Berufszählung per 1. Januar 1971	63
4.1.2.2.4 Volks- und Berufszählung per 31. Dezember 1981	64
4.1.2.3 Die amtlichen Erwerbstätigenstatistiken	65
4.1.2.3.1 Berufstätigenerhebung	68
4.1.2.3.2 Arbeitskräfteberichterstattung.....	71
4.1.2.3.3 Beschäftigtengruppenerhebung.....	74
4.1.2.3.4 Schichtberichterstattung.....	77
4.1.2.3.5 Normenberichterstattung.....	77
4.1.2.3.6 Qualifikationsberichterstattung.....	78
4.1.2.3.7 Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung	80
4.1.2.3.8 Ermittlung der Produktionsarbeiter nach Art ihrer Tätigkeit	81
4.1.2.4 Bereichs- und andere Statistiken mit Erwerbstätigenangaben.....	82
4.1.2.5 Unausgelöste Statistiken	85
4.1.2.5.1 Zentraler Kaderdatenspeicher	87
4.1.2.5.2 Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen	88
4.1.3 Rückrechnung von Daten der DDR-Statistik	89
4.1.3.1 Problemstellung und Methodik	89
4.1.3.2 Lösungsansätze der Rückrechnung.....	91
4.1.4 Das Übergangsjahr 1990.....	95
4.1.4.1 Erhebungen	95
4.2 Die Statistik der BRD	97
4.2.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik.....	97
4.2.2 Die Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern	102
4.2.3 Statistiken der Erwerbstätigkeit	106
4.2.3.1 Allgemeine Charakteristik	106
4.2.3.2 Berufszählungen	111
4.2.3.2.1 Zählung per 13. September 1950	111
4.2.3.2.2 Zählung per 6. Juni 1961.....	113
4.2.3.2.3 Zählung per 27. Mai 1970.....	115
4.2.3.2.4 Zählung per 25. Mai 1987.....	117
4.2.3.3 Mikrozensus.. ..	119

4.2.3.4 Beschäftigtenstatistik	126
4.2.3.5 Bereichs- und andere Statistiken mit Erwerbstätigenangaben	130
4.2.3.5.1 Arbeitsstättenzählungen	130
4.2.3.5.2 Bereichserhebungen	132

Literatur.....	135
----------------	-----

Abkürzungen	146
-------------------	-----

Anhang A:

Datenquellen und ausgewählte Daten.....	148
---	-----

Inhaltsverzeichnis von Anhang A (mit Tabellenverzeichnis)	148
---	-----

1. Statistik im Deutschen Reich	152
1.1 Datenquellen	152
1.2 Ausgewählte Daten	158
2. Statistik in den ersten Nachkriegsjahren	169
2.1 Datenquellen	169
2.2 Ausgewählte Daten	171
3. Die Statistik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland.....	179
3.1 Die Statistik in der DDR	179
3.1.1 Datenquellen	179
3.1.2 Ausgewählte Daten	188
3.1.3 Datenquellen zur Rückrechnung der DDR-Statistik	206
3.1.4 Ausgewählte Daten zur Rückrechnung der DDR-Statistik	208
3.1.5. Datenquellen zum Übergangsjahr 1990	218
3.1.6 Ausgewählte Daten zum Übergangsjahr 1990	219
3.2 Statistik der BRD.....	221
3.2.1 Datenquellen	221
3.2.2 Ausgewählte Daten	233

Anhang B:

Ausgewählte Definitionen.....	249
-------------------------------	-----

1. Statistik der DDR.....	249
2. Statistik der BRD.....	265

Anhang C:

Chronik der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in Deutschland	277
--	-----

1. Vorbemerkung

Die Statistiken der Erwerbstätigkeit erfreuen sich – wenn man es einmal salopp ausdrücken will – allgemeiner Beliebtheit. Der Bedarf an aktuellen, aber nicht zuletzt auch historischen Daten ist und war auch in der Vergangenheit bemerkenswert hoch. Es ist daher wenig verwunderlich, dass diese Statistiken eine besonders lange Tradition haben, solitär, aber auch insbesondere im Verbund mit der Bevölkerungsstatistik. Wissenschaftler und Politiker, Verantwortliche aus der Wirtschaft und Mitarbeiter der Medien waren und sind ständig an Informationen aus und über die Statistiken der Erwerbstätigkeit interessiert. Das gilt insbesondere für die amtliche Statistik, da nur sie in erster Linie makroökonomische Daten bereitstellt. Naturgemäß ist das Angebot an entsprechender Literatur groß und sehr vielfältig (wenn auch teilweise nur schwer zugänglich). Allerdings muß hier differenziert werden. So läßt beispielsweise das Literaturangebot zur DDR-Statistik bedauerlicherweise sehr zu wünschen übrig. Nicht zuletzt deshalb hat mich die Idee fasziniert, den Versuch zu unternehmen, die Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit darzustellen. Die Tatsache, dass sich die bisher vorliegenden Veröffentlichungen lediglich bestimmten inhaltlichen, historischen oder geographischen Teilgebieten zuwenden, hat den Gedanken verstärkt, dass es zweckmäßig und für breite Kreise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nützlich sei, sich dieser Thematik zuzuwenden.

Mit der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, mittels einer komplexen Darstellungsweise einen grundlegenden (wenn auch begrenzten) Informationsbedarf zu befriedigen. Ausgangspunkt der Darstellungen in den gewählten Zeitetappen ist jeweils ein kurzer Überblick über die Entwicklung der amtlichen deutschen Statistik und der amtlichen Statistik der Erwerbstätigkeit. Bewußt vernachlässigt werden dabei die historischen Gründe für bestimmte Entwicklungen, interessiert doch aus Sicht des Nutzers statistischer Daten primär das Ergebnis der Entwicklung. Ausgewählte Daten und Definitionen werden ergänzend angefügt. Ein relativ ausführliches Literaturverzeichnis soll die Möglichkeit eröffnen, vertiefende Informationen zu erschließen. Letztlich soll die Chronologie bei Bedarf einen schnellen Überblick ermöglichen.

Bei der Bearbeitung der Thematik war der Autor einem gewissen Konflikt ausgesetzt. Es eröffneten sich zwei Möglichkeiten: die Ausarbeitung möglichst schnell abzuschließen und damit zwangsweise auf die Herausarbeitung mancherlei ggf. wünschenswerter Details zu verzichten, oder eine möglichst vollständige Darstellung anzustreben mit der Ungewißheit, die Arbeit je vollenden zu können. In dem Bestreben, der Forschung möglichst schnell zur bisherigen Literatur Ergänzendes anzubieten, wurde die erstgenannte Variante gewählt. Es mußte daher in Kauf genommen werden, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit nur um einen fragmentarischen Abriß handeln kann. Normalerweise äußern Autoren spätestens bei einer derartigen Konstellation der Dinge die Bitte, Anregungen für eine Vervollkommnung der Arbeit einzubringen, ver-

bunden mit dem Versprechen, Entsprechendes weitestgehend zu berücksichtigen. Bedauerlicherweise kann ich diesem Brauch nicht folgen, da mir aus persönlichen Gründen eine weitere Bearbeitung des Themas nicht möglich ist. Dessen ungeachtet nehme ich selbstverständlich Kritiken und sonstige Meinungsäußerungen gerne mit Interesse entgegen. Ich verbinde damit gleichzeitig die Erwartung, dass die erhoffte Resonanz auf die vorliegende Arbeit anderen Autoren als Anstoß dienen möge, das solchermaßen Begonnene zu vervollkommen.

Die Gewichtung der einzelnen Abschnitte mag dem Leser nicht in jedem Falle ausgewogen erscheinen. Sicherlich ist dies begründet und den unterschiedlichsten, hier nicht näher zu beleuchtenden Umständen geschuldet, in einem Falle aber gewollt. Der Abschnitt über die amtliche Statistik der Erwerbstätigkeit in der DDR wurde bewußt überdimensioniert, da entsprechende Veröffentlichungen sehr rar sind. Selbst die bisherigen Publikationen des Autors zur DDR-Statistik auf diesem Gebiet sind, aus begründetem und in dem entsprechenden Abschnitt noch darzustellenden Anlaß, thematisch begrenzt und wohl auch nur in unzureichendem Maße zugänglich.

Das Literaturverzeichnis wurde aus Sicht des Autors recht komfortabel angelegt. Es enthält die bei der Bearbeitung der Thematik verwandte Literatur sowie darüber hinaus eine Auswahl derjenigen Publikationen, die geeignet sind, zur vorliegenden Arbeit vertiefende und auch ergänzende Fakten und Erkenntnisse zu vermitteln. Auf eine häufige Quellenangabe in den folgenden Texten wurde im Interesse einer flüssigen und gut lesbaren Darstellung verzichtet. Bei direkten Bezügen sowie bei der Darstellung der Daten erfolgt selbstverständlich die Quellenangabe entsprechend den gültigen Normen.

Den Begriff Statistiken der Erwerbstätigkeit betreffend sei hier angemerkt, dass er in Anlehnung an die heutige Begriffswelt gewählt wurde. Dem Suchenden begegnen abweichend dazu die vielfältigsten Begriffe, wie beispielsweise Arbeiterstatistik, Arbeitsmarktstatistik, Arbeitskräftestatistik, Erwerbstätigenstatistik, Beschäftigtenstatistik und andere. Da die Begriffswelt bestimmten historischen Wandlungen unterliegt und daneben auch vom Charakter der jeweiligen amtlichen Statistik abhängig ist, wurde es für zweckdienlich erachtet, einzelne Begriffe im Bedarfsfall in den jeweiligen Abschnitten beziehungsweise in den Definitionen näher zu behandeln. Auf einige Begriffe aber, denen nach meiner Auffassung grundlegende Bedeutung zukommt, sei, dem besseren Verständnis und auch der Begrenzung der Thematik dienend, bereits an dieser Stelle einführend eingegangen.

Obwohl sich die Geschichte statistischer Zählungen etwa bis zum Jahr 3050 vor Beginn der neuen Zeitrechnung zurückverfolgen läßt (Volkszählung in Ägypten), entstand der Begriff Statistik erst im 17. Jahrhundert. Er wurde erstmals von Hermann Conring (1606 bis 1681) verwandt, der als Professor an der Universität Helmstedt in Braunschweig tätig war und erstmalig die Statistik in die akademische Ausbildung einbezog. Seither kam der Begriff Statistik mit

drei verschiedenen Inhalten in Gebrauch. Zum Ersten bezeichnet er die Methodenlehre bzw. Wissenschaft von der zahlenmäßigen Erfassung und Darstellung von Massenerscheinungen sowie deren Interpretation. Zweitens umfaßt er die Tätigkeit des zahlenmäßigen Erfassens, Darstellens und Auswertens. Schließlich benennt er drittens die Ergebnisse dieser Tätigkeit. Darüber hinaus findet der Begriff Statistik mit umfassenderer, den zweiten und dritten Aspekt beinhaltender Bedeutung Verwendung, wenn es um die Differenzierung der unterschiedlichen Produzenten statistischer Daten, primär Grunddaten, über bestimmte Massenerscheinungen (Träger der Statistik) geht. Handelt es sich dabei um Vereine, Gesellschaften, Wirtschaftsverbände, Forschungsinstitute, Unternehmen, Interessenvertretungen und ähnliche Träger der Statistik, so spricht man von nichtamtlicher oder auch privater Statistik. Die weitaus größere Bedeutung kam im Laufe der Entwicklung jedoch der amtlichen (staatlichen) Statistik zu. Diese wurde im 19. Jahrhundert auch als administrative Statistik oder als Verwaltungsstatistik bezeichnet. Verwaltungsstatistik beinhaltete dabei jene von staatlichen Organen durchgeführte Statistik, die für die Verwaltung eines Staates oder eine Kommune als erforderlich angesehen wurde. Später wurde der Begriff Verwaltungsstatistik eingeengt auf jene Statistiken, welche die personellen und sachlichen Ressourcen, die Tätigkeit und die Leistungsergebnisse der staatlichen Verwaltung als Beobachtungsgegenstand hatten. In der Zeit des Nationalsozialismus schloß der Begriff Verwaltungsstatistik außerdem die Parteiverwaltungsstatistik ein¹.

Die amtliche Statistik begegnet uns in zweierlei Gestalt. Da ist zunächst die ausgelöste Statistik, früher auch als konsolidierte oder primäre Verwaltungsstatistik bezeichnet, zu nennen. Träger dieser Statistik sind staatliche statistische Ämter als selbständiger Zweig der öffentlichen Verwaltung, die aus der Verwaltungstätigkeit staatlicher Organe herausgelöste (zentralisierte) statistische Aufgaben wahrnehmen. Sie tun dies auf gesetzlicher Grundlage, die überwiegend auch eine Auskunftspflicht der Befragten beinhaltet. Durch die Zentralisation der statistischen Arbeit wurden besonders günstige Bedingungen für die Bearbeitung der anliegenden Aufgaben geschaffen. Dies einerseits durch die Konzentration materieller und personeller Kapazitäten, andererseits durch die Herausbildung besonderer Sachkunde und Erfahrung. Die ausgelöste Statistik stand und steht bei der Organisation der amtlichen Statistik im Vordergrund.

Die nicht ausgelöste Statistik wird von den einzelnen staatlichen Fachorganen auf ihrem Fachgebiet betrieben. Gelegentlich findet man in der Literatur auch die Begriffe nichtausgelöste Ressortstatistik oder sekundäre Verwaltungsstatistik. Nichtausgelöste Statistik hat überwiegend die Form der Geschäftsstatistik. Die Primärdaten fallen in Verbindung mit der Verwaltungstätigkeit des jeweiligen Fachorgans sozusagen als Nebenprodukt an und werden dann von diesen Organen oder auch anderen staatlichen Organen (auch Statistischen

¹ Siehe dazu Wünsche 1940, S. 485 f.

Ämtern) zu Statistiken aggregiert und weiter bearbeitet. Beispielhaft seien hier die Arbeitsmarktstatistiken genannt, die in Deutschland traditionell von den Arbeitsverwaltungen geführt wurden und werden. Sie haben statistische Angaben über Arbeitslosigkeit, Stellenvermittlungen, Unterstützungszahlungen, berufliche Fördermaßnahmen und andere Felder der Geschäftstätigkeit der Arbeitsverwaltungen zum Inhalt und wurden daher im Rahmen dieser Arbeit nicht den Statistiken der Erwerbstätigkeit im engeren Sinne zugeordnet. Überhaupt werden nichtausgelöste (unausgelöste) Statistiken bzw. bestimmte Misch- oder Übergangsformen im Folgenden nur dann besondere Erwähnung finden, wenn sie aus volkswirtschaftlicher Sicht in dem gesteckten Rahmen von besonderer Relevanz sind.²

Schließlich sei noch der Begriff Arbeitsstatistik erwähnt. Zizek definierte: „Unter Arbeitsstatistik verstehen wir ... alle jene Statistiken, die das Arbeitsverhältnis und gewisse durch dasselbe bedingte Erscheinungen beleuchten“³. Neben den noch näher zu besprechenden Statistiken, wie Berufsstatistik, Statistik der Krankenkassen sowie den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählungen wurden neben der Arbeitsmarktstatistik auch beispielsweise die Lohnstatistik, Statistiken über Tarifverträge, Arbeitszeit und Streiks und Aussperrungen in den Begriff Arbeitsstatistik einbezogen. Die Definition des Begriffes war jedoch nicht einheitlich. Andere Autoren zogen die Grenzen weiter. So implizierte z.B. Richter auch Statistiken über die Lebenshaltung sowie über Gesundheits- und Wohnungswesen.⁴

Allgemeinem Brauch gern folgend sage ich zum Abschluß der vorangestellten Bemerkungen Dank. Es gebührt dieser vielen ehemaligen Kollegen, befreundeten und mir nahestehenden Wissenschaftlern, Mitarbeitern der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes und ehemals als ABM-Mitarbeiter in der genannten Zweigstelle Tätigen. Sie alle haben meine Arbeit nach Kräften unterstützt, mir Arbeitsmöglichkeiten erschlossen, mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Die Vielzahl der Helfer schließt eine namentliche Nennung aus, würde sie doch nur gewichten, was nicht wägbare ist. Gesondert benannt sei aber meine Ehefrau Brigitte, die nicht nur duldete, sondern auch eigene Interessen zurückstellte. Schließlich möchte ich mich noch bei Prof. Dr. Wilhelm H. Schröder für die konstruktive Durchsicht und die Aufnahme meiner Arbeit in die HSR-Supplementreihe bedanken; ebenso gilt mein Dank Frau Conny Bad-dack, die als HSR-Redaktionsassistentin die Drucklegung engagiert und kompetent besorgte.

² Geringfügig abgewichen wird davon lediglich im Abschnitt 4.1.2.5, um den spezifischen Charakter der amtlichen DDR-Statistik zu verdeutlichen.

³ Zizek 1923, S. 485; Abkürzungen ausgeschrieben.

⁴ In Zahn 1911, S. 770 und 783 f.

2. Die Statistik im Deutschen Reich

2.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik

Um einen Maßstab für die Beurteilung der folgenden geschichtlichen Daten zu haben, sei eingangs erwähnt, dass nach W. Winkler die erste staatliche Statistikbehörde überhaupt in Frankreich im Jahre 1796 gebildet wurde.⁵ Allerdings wird bereits hierbei offensichtlich, dass bei der Verwendung der Gründungsdaten staatlicher statistischer Ämter eine gewisse Vorsicht geboten ist, da die Angaben in der Literatur in Einzelfällen voneinander abweichen. So wurde z.B. für o.g. Vorgang von Haushofer das Jahr 1800 benannt.⁶ Eine Ursache für abweichende Gründungsdaten kann u.a. darin gesehen werden, dass einzelne statistische Behörden zeitweilig ihre Arbeit einstellten und später neu gegründet wurden. Auf die Darstellung derartiger Divergenzen wird jedoch im Folgenden, da sie nicht von grundsätzlicher Bedeutung sind, verzichtet.

Die erste staatliche statistische Behörde in Deutschland wurde in Preußen geschaffen. Im Jahre 1805 nahm ein Königliches Statistisches Büro, aus dem später das Preußische Statistische Landesamt hervorging, auf der Basis eines Erlasses von König Friedrich Wilhelm III vom 28. Mai des genannten Jahres seine Arbeit auf. Zu den ältesten deutschen landesstatistischen Behörden gehören außerdem die von Bayern (1813) und Württemberg (1820). In jedem Fall handelte es sich um selbständige Landesbehörden, die entweder der Landesregierung direkt oder einem Landesministerium (z.B. in Bayern dem Staatsministerium des Inneren) unterstellt waren. Die meisten statistischen Landesämter entstanden in Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und vor der Gründung der ersten statistischen Reichsbehörde Deutschlands (Ausnahme: Mecklenburg-Strelitz, 1919). Im Jahre 1922 existierten in insgesamt 15 von 26 Teilstaaten des Deutschen Reiches derartige Einrichtungen mit insgesamt 1584 Mitarbeitern. Zu den größten gehörten (Stand 1922) diejenigen in

- Hamburg (gegründet 1866) mit 564 Mitarbeitern,
- Preußen mit 378 Mitarbeitern,
- Bayern mit 158 Mitarbeitern,
- Württemberg mit 105 Mitarbeitern und
- Sachsen (gegründet 1850) mit 103 Mitarbeitern.⁷

Weitere staatliche statistische Dienststellen entstanden in Bremen (gegründet 1850), Mecklenburg-Schwerin (1851), Baden (1852), Braunschweig (1854),

⁵ Winkler 1931, S. 2.

⁶ Haushofer 1882, S. 26.

⁷ Nach Hölder, Ehling 1991, S. 21.

Oldenburg (1855), Hessen (1861), Thüringen (1864), Anhalt (1866) und Lübeck (1871).

Das Anwachsen der Großstädte sowie die zunehmende Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Bildung städtischer und gemeinde- bzw. kommunalstatistischer Ämter. Die ersten städtischen statistischen Ämter entstanden in Deutschland in Berlin (gegründet 1862), Frankfurt a.M. (1865) und Leipzig (1867). Solche Einrichtungen wurden bis zum Jahre 1895 in 14 deutschen Städten geschaffen. Im Jahre 1911 existierten bereits in 38 Städten statistische Behörden (ohne die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck, in denen die städtische Statistik ja zugleich Landesstatistik war).

Der Vorläufer der ersten amtlichen Statistikbehörde des Deutschen Reiches war das am 22. März 1833 gebildete Zentralbüro des Deutschen Zollvereins (1833 bis 1871). Der Zollverein benötigte zur Wahrnehmung seiner Aufgaben, beispielsweise der Aufteilung seiner Einnahmen auf der Basis der Einwohnerzahlen, statistische Daten und leitete daher erste Maßnahmen zum Aufbau einer zentralisierten deutschen Statistik ein. So wurde eine Statistik des Warenverkehrs aufgebaut (allerdings nur jener Waren, für die Zölle zu entrichten waren) und eine Zollstatistik. Dreijährig wurden Volkszählungen nach einer einheitlichen Methodik durchgeführt sowie Gewerbezahlungen in den Jahren 1846 und 1861. Die Unzulänglichkeiten in den Statistiken des Zollvereins führten im Jahre 1869 zur Bildung einer Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins, die vom Bundesrat des Zollvereins eingesetzt wurde. Die Kommission entwickelte ein Programm zentralisierter deutscher Statistik, zunächst noch für den Zollverein, in das auch die inzwischen beachtlichen Erfahrungen der statistischen Ämter der deutschen Staaten einfließen. Dieses Programm umriß zunächst, auf der Grundlage eines Beschlusses des Bundesrates vom 14. November 1871, das Tätigkeitsfeld der ersten Statistikbehörde des Deutschen Reiches – des Kaiserlichen Statistischen Amtes. Das Amt, das dem Reichskanzler des Deutschen Reiches unterstellt wurde, nahm am 23. Juli 1872 seine Tätigkeit auf. In der vom Reichskanzler am 23. Juni 1872 erlassenen Geschäftsinstruktion für das Kaiserliche Statistische Amt wurde als Aufgabenstellung vorgegeben:

- „1. das auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefernde Material zu sammeln, zu prüfen, technisch und wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse geeignetenfalls zu veröffentlichen;
2. auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen aufzustellen und über statistische Fragen gutachtlich zu berichten.“⁸

Der Aufgabenbereich des Kaiserlichen Statistischen Amtes (bzw. des Statistischen Reichsamtes) entwickelte sich schnell weit über die bisherigen Zollstatis-

⁸ KStA 1897, Die Statistik ..., S. II.

tiken hinaus. Ein Synonym dafür ist die Entwicklung der Zahl der Mitarbeiter. Das Amt hatte im Jahre

- 1872 12 Mitarbeiter,
- um 1880 rd. 120 Mitarbeiter,
- 1894/95 192 Mitarbeiter,
- um 1900 über 300 Mitarbeiter,
- 1913 722 Mitarbeiter,
- 1922 1 094 Mitarbeiter,
- 1928 über 3 000 Mitarbeiter,
- 1939 rd. 5 000 Mitarbeiter.⁹

Im Jahre 1879 wurde das Kaiserliche Statistische Amt dem Reichsamt des Inneren unterstellt. Im November 1918 erfolgte die Umbenennung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Statistisches Reichsamt. Gleichzeitig erfolgte eine neuerliche Veränderung der Unterstellung. Aus dem Reichsamt des Inneren wurde das Reichswirtschaftsamt ausgegliedert und zum Reichswirtschaftsministerium umgebildet. Diesem Ministerium wurde das Statistische Reichsamt zugeordnet.

Am 1. April 1902 wurde im Kaiserlichen Statistischen Amt mit zunächst 28 Mitarbeitern eine neue (dritte) Abteilung gegründet – die Abteilung für Arbeiterstatistik. Vorläufer dieser Abteilung war die im Jahre 1892 gebildete Kommission für Arbeiterstatistik. In dem Regulativ zur Bildung dieser Kommission heißt es im § 1:

„Zur Mitwirkung bei den statistischen Erhebungen, welche bei der Vorbereitung und Ausführung der die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter ... betreffenden Gesetzgebung erforderlich wurden, wird eine Kommission für Arbeiterstatistik errichtet.“

Als Aufgabe der Kommission ist im § 4 formuliert:

- „1. auf Anordnung des Bundesraths oder des Reichskanzlers die Vornahme statistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung sowie ihre Ergebnisse zu begutachten;
2. dem Reichskanzler Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung solcher Erhebungen zu unterbreiten.“¹⁰

Demzufolge befaßte sich die Kommission für Arbeiterstatistik zunächst mit jenen Gewerben, in denen die Arbeiter besonderen Belastungen unterlagen bzw. solche vermutet wurden. So wurden z.B. Untersuchungen geführt über die Arbeitszeit in Bäckereien und Getreidemöhlen oder über Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Kellner und Kellnerinnen und in der Kleider- und Wäschekonfektion. Derartige Arbeiten wurden ab dem genannten Zeitpunkt von der Abt. Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes weitergeführt. Hinzu kamen statistische Untersuchungen über den Arbeitsmarkt, Arbeitskämpfe und

⁹ May 1895, S. 148 f.; Hüttner 1972, S. 10 ff.; Reichardt 1940, S. 82; Hölder, Ehling 1991, S. 20 f.

¹⁰ KStA 1897, Die Statistik ..., S. 250.

Löhne sowie ab 1904 auch die Meldungen der Krankenkassen über die Mitgliederbewegung, zudem vorübergehend auch die Berufs- und Betriebsstatistik. Im Jahre 1920 wurden all diese Statistiken, bis auf die Lohn- und Krankenversicherungsstatistik, aus dem Statistischen Reichsamt ausgegliedert und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen. Damit war die Existenz der Abt. Arbeiterstatistik beendet. Die verbliebenen Aufgaben wurden in der Abt. Wirtschafts- und Sozialstatistik bearbeitet.

Betrachtet man die Arbeitsbereiche der Kommission und der Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlichen Statistischen Amt bzw. im Statistischen Reichsamt, so wird deutlich, dass es sich um arbeitsstatistische Untersuchungen im Sinne der im Abschnitt 1 dargelegten Definition handelt. Arbeiterstatistik und Arbeitsstatistik sind also unterschiedliche Begriffe gleichen Inhalts. Allerdings ist der Begriff Arbeiterstatistik sprachlich irreführend, denn er bezieht sich weder auf von Arbeitern durchgeführte Statistiken, noch geht es um Statistiken, die sich ausschließlich auf Arbeiter beziehen (so betreffen z.B. Statistiken über Arbeitskämpfe sowohl Arbeitnehmer, als auch Arbeitgeber). Auf die zumindest unglückliche Wahl des Begriffes Arbeiterstatistik wird auch in der Literatur mehrfach hingewiesen, so u.a. von Richter¹¹ und Zizek¹².

Am 1. Oktober 1934 wurde das Preußische Statistische Landesamt aufgelöst und mit dem Statistischen Reichsamt verschmolzen. Diese Maßnahme sowie die Aufhebung der Länderhoheit „... führten zu einer starken regionalen Zentralisierung aller statistischen Arbeiten. Die starke Zentralgewalt erreichte leichter die Vereinheitlichung statistischer Programme und ihre Ausdehnung auf das gesamte Reichsgebiet“.¹³ Bis zum Jahre 1935 hatte sich folgende Abteilungsstruktur des Statistischen Reichsamtes herausgebildet:

- I Allgemeine Verwaltung,
- II Handels- und Verkehrsstatistik,
- III Sozialstatistik,
- IV Bevölkerungs-, Landwirtschafts- und Kulturstatistik,
- V Finanz- und Steuerstatistik,
- VI Allgemeine Wirtschaftsstatistik und
- VII Industrielle Produktionsstatistik.

In Verbindung mit der verstärkten Bewirtschaftung und Kontrolle der Betriebe stieg der Bedarf an statistischen Daten stark an. Insbesondere die in großer Zahl entstandenen Lenkungs-, Kontroll- und Überwachungsorgane führten eigene statistische Erhebungen durch. Dadurch kam es vielfach zu Doppelbefragungen und methodisch nicht abgestimmten Erhebungen. Die Folge war eine übermäßige Belastung der Befragten. Abhilfe sollte die am 13. Februar 1939 erlassene Verordnung zur Vereinfachung der Wirtschaftsstatistik

¹¹ In Zahn 1911, S. 737 f.

¹² Zizek 1923, S. 485.

¹³ Hölder, Ehling 1991, S. 23.

schaffen.¹⁴ Mit ihr wurde eine Genehmigungspflicht für die Durchführung wirtschaftsstatistischer Erhebungen mit Wirkung vom 1. April 1939 festgelegt. Die Anträge waren bei dem Statistischen Reichsamt einzureichen. Bei der Begutachtung der Anträge wirkte ein neu gegründeter Statistischer Zentrallausschuß mit, dessen Vorsitzender auch die Genehmigungen erteilte. Ausgenommen von der Genehmigungspflicht waren neben innerbetrieblichen Befragungen, Erhebungen innerhalb einer Unterstellungshierarchie und ähnlich gelagerten Fällen alle von der NSDAP und deren Gliederungen getragenen statistischen Erhebungen.

2.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit

Um den historischen Überblick zu erleichtern, sollen im Folgenden einleitend zu den nächsten beiden Abschnitten jene Großzählungen der amtlichen Reichsstatistik in chronologischer Reihenfolge dargestellt werden, die wesentliche Quellen für statistische Daten der Erwerbstätigkeit waren bzw. sind.

Die erste gewerbliche Betriebszählung wurde am 1. Dezember 1875, und zwar zusammen mit einer Volkszählung, durchgeführt (Bundesratsbeschluß vom 10. Juli 1875). Ab der Zählung im Jahre 1882 wurde (die in diesem Jahr erstmalig durchgeführte) Berufszählung mit einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung verbunden. Derartige Zählungen wurden am

- 5. Juni 1882 – Gesetz, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik im Jahre 1882 vom 13. Februar 1882¹⁵,
- 14. Juni 1895 – Gesetz, betreffend die Vorname einer Berufs- und Gewerbezahl im Jahre 1895 vom 8. April 1895¹⁶ und
- 12. Juni 1907 – Gesetz, betreffend die Vorname einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 vom 25. März 1907¹⁷ vorgenommen.

Beginnend mit der Zählung im Jahre 1925 wurden die Berufs- und Betriebszählungen zusammen mit Volkszählungen realisiert. Diese Volks-, Berufs- und Betriebszählungen fanden zu folgenden Stichtagen statt:

- 16. Juni 1925 – Gesetz über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 vom 13. März 1925¹⁸,
- 16. Juni 1933 – Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 vom 12. April 1933¹⁹ und
- 17. Mai 1939 – Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 4. Oktober 1937²⁰, Gesetz zur Änderung und Er-

¹⁴ Reichsgesetzblatt 1939, Teil I, S. 389 f.

¹⁵ Reichsgesetzblatt 1882, Nr. 5, S. 9 f.

¹⁶ Reichsgesetzblatt 1895, Nr. 13, S. 225 f.

¹⁷ Reichsgesetzblatt 1907, Nr. 14, S. 87 f.

¹⁸ Reichsgesetzblatt 1925, Teil I Nr. 8, S. 19 f.

¹⁹ Reichsgesetzblatt 1933, Teil I Nr. 38, S. 199 f.

²⁰ Reichsgesetzblatt 1937, Teil I Nr. 109, S. 1053.

gänzung des Gesetzes über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 6. Juli 1938²¹, Verordnung über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1939 in den sudetendeutschen Gebieten vom 21. Februar 1939²².

Die letztgenannte Zählung betreffend ist hervorzuheben, dass die Betriebszählung weit über die Erfassung landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe hinausging. So wurden zum ersten Mal über die landwirtschaftliche Betriebszählung hinaus alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in die Erhebung einbezogen.

2.2.1 Berufszählungen

Franz Zizek, seinerzeit Professor an der Universität Frankfurt a.M., formulierte vor über einem Dreiviertel Jahrhundert drei über die Jahrzehnte hinweg gültige Hauptaufgaben der Berufsstatistik, deren Hauptquelle die Berufszählungen sind:

- „1. Zunächst ist das Ausmaß beruflicher Tätigkeit, das ist die Zahl der Erwerbstätigen, festzustellen; dieser Bevölkerungsgruppe stehen dann die von ihnen erhaltenen Familienangehörigen, sonstige Berufslose (die sich selbst erhalten) usw. gegenüber.
2. Sodann sind die Berufsarten zu unterscheiden; die Mannigfaltigkeit der Erwerbstätigkeit, die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist darzustellen.
3. Schließlich ist die soziale Schichtung nach der Stellung im Beruf zu erfassen; diese Ergebnisse haben außerordentliche sozialstatistische (Abkürzung ausgeschrieben) Bedeutung. Außer der Tatsachenfeststellung sind namentlich die Entwicklungstendenzen zu ermitteln.“²³

Dabei war der erstgenannte Gesichtspunkt für jene Jahre von besonderem Gewicht, in denen es noch keine anderen oder nur unvollkommene erwerbsstatistische Datenquellen gab. Allerdings wurden Berufszählungen nur in relativ großen Zeitabständen durchgeführt und ihre Ergebnisse verloren angesichts der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung und der durch die beiden Weltkriege verursachten tiefen Einschnitte schnell an Aktualität.

2.2.1.1 Berufszählung 1882

Die erste Berufszählung der amtlichen deutschen Statistik wurde im Jahre 1882 durchgeführt und wandte sich an die ortsanwesende Bevölkerung, also an jene Personen, die sich unabhängig von ihrem ständigen Wohnsitz zum Zeitpunkt der Zählung am Zählort aufhielten. Dieses Verfahren, das zunächst auch bei

²¹ Reichsgesetzblatt 1938, Teil I, Nr. 105, S. 796 f.

²² Reichsgesetzblatt 1939, Teil I, S. 281.

²³ Zizek 1923, S. 301.

den folgenden (zwei) Zählungen beibehalten wurde, führte beim Vergleich regionaler Ergebnisse besonders in Urlaubsregionen und Orten mit akademischen Bildungseinrichtungen zu bestimmten Verzerrungen.

Für die Erfassung der Erwerbstätigkeit fand das Hauptberufskonzept (im Gegensatz zum Erwerbskonzept, auf das an anderer Stelle näher eingegangen wird) Anwendung. Danach zählten Personen nur dann zu den Erwerbstätigen, wenn ihre Lebensstellung hauptsächlich auf Erwerbstätigkeit zurückzuführen war. Nebenberufliche Tätigkeit führte nicht zur Klassifikation als Erwerbstätiger, wohl aber die unentgeltliche dauernde Mithilfe als Familienangehöriger. Vorübergehende Arbeitslosigkeit oder Krankheit schloß die Zuordnung zu den Erwerbstätigen nicht aus. Für die Berufszuordnung der Erwerbslosen war die zuletzt ausgeübte Tätigkeit ausschlaggebend. Überhaupt war der zuletzt ausgeübte Beruf, nicht ein erlernter, aber nicht ausgeübter Beruf, für die Zuordnung zu den Berufen entscheidend. Neben dem Hauptberuf (konnte für eine Person nur einmal zutreffen) wurde auch die Nebenberufstätigkeit erfaßt. Einem Nebenerwerb konnte eine Person mit Hauptberuf nachgehen, aber auch eine Person ohne Hauptberuf konnte eine oder mehrere Nebenerwerbstätigkeiten ausüben. Da die Erfassung nach dem jeweiligen Beruf erfolgte, war die Zahl der Nebenerwerbsfälle höher, als die Zahl der Personen mit Nebenerwerb.

Das Berufsverzeichnis enthielt 153 Berufsarten, die zu 24 Berufsgruppen und 6 Berufsabteilungen zusammengefaßt wurden. Dabei stellte die Klassifizierung eine Vermengung von beruflichen und (wirtschaftssystematischen) betrieblichen Merkmalen dar.

Nach der Berufstätigkeit wurde die Gesamtbevölkerung wie folgt gruppiert:

- Erwerbstätige (im Hauptberuf, einschl. Lehrlinge und Militärpersonen);
- Dienende (im Haushalt des Arbeitgebers lebend);
- Angehörige (nicht hauptberuflich oder nur nebenberuflich tätig);
- Berufslose Selbständige (Rentner, Anstaltsinsassen, Unterstützungsempfänger, Studenten etc.);
- von eigenem Vermögen, Renten und Pensionen Lebende;
- von Unterstützung Lebende.
- Alle Personen der drei erstgenannten Gruppen galten zusammen als Berufszugehörige. Dabei erfolgte die berufliche Zuordnung der Dienenden nach dem Beruf ihrer Arbeitgeber.

Nach dem Merkmal Stellung im Beruf (soziale Stellung) wurde differenziert in:

- Selbständige (einschließlich Geschäftsführer und leitende Beamte);
- Hausgewerbetreibende (selbständige);
- Selbständige in der Landwirtschaft, die zugleich als Tagelöhner arbeiten;
- Angestellte (andere, nicht leitende Beamte, wissenschaftlich, technisch und kaufmännisch gebildetes Verwaltungs- und Aufsichtspersonal);
- Arbeiter (sonstige Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter, mithelfende Familienangehörige); darunter in der Landwirtschaft:

- Mithelfende Familienangehörige;
- Knechte, Mägde und derartige Gehilfen;
- Landwirtschaftliche Tagelöhner.

2.2.1.2 Berufszählung 1895

Bei der Berufszählung im Jahre 1895 wurden der Bezug auf die ortsanwesende Bevölkerung sowie das Hauptberufskonzept beibehalten. Auch die berufsstatistischen Fragen wurden der Zählung von 1882 angepaßt. Das Berufsverzeichnis behielt den oben beschriebenen Charakter, wurde jedoch um 54 auf 207 Berufsarten erweitert. Erstmals aber wurde für Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) die Arbeitslosigkeit erfaßt und in den Auswertungstabellen gesondert ausgewiesen (Arbeitslose zählten als erwerbstätig). Während die Differenzierung der Gesamtbevölkerung nach der Berufstätigkeit in gleicher Weise wie 1882 erfolgte, wurde der Nachweis nach der Stellung im Beruf wesentlich verfeinert:

- Selbständige (einschließlich leitende Beamte und Geschäftsführer);
 - Hausgewerbetreibende (Selbständige);
- Angestellte (wissenschaftliches, technisches oder kaufmännisches Verwaltungs-, Aufsichts- und Büropersonal, Schreiber, Rechner etc., ohne leitende Beamte und Geschäftsführer);
 - Wissenschaftliche, technische Angestellte höherer Qualifikation;
 - Aufsichtspersonal (Aufseher, Werkmeister, Steiger etc.);
 - Kaufmännische Angestellte (Prokuristen, Justitiare, Buchhalter, Rechner, Lehrlinge etc.);
- Arbeiter und mithelfende Familienangehörige;
 - Mithelfende Familienangehörige;
 - mithelfende Familienangehörige bei selbständigen Hausgewerbetreibenden;
 - Gelernte Arbeiter, Gesellen, Knechte, Mägde, Lehrlinge und sonstige Arbeiter in Tätigkeiten, die eine Ausbildung erfordern;
 - Qualifizierte mithelfende Familienangehörige bei selbständigen Hausgewerbetreibenden;
 - Ungelernte Arbeiter (Handarbeiter, Handlanger, Tagelöhner, Heizer, Fuhrleute, Hausdiener etc.).

2.2.1.3 Berufszählung 1907

Die dritte und zugleich letzte Berufszählung vor dem 1. Weltkrieg im Jahre 1907 folgte im Grundaufbau ihren Vorgängerinnen aus den Jahren 1882 und 1895. Wiederum wurde die ortsanwesende Bevölkerung befragt (letztmalig) und das Hauptberufskonzept angewandt. Das Berufsverzeichnis wurde, bei gleichem Charakter, auf 218 Berufsarten mit 26 Berufsgruppen und 6 Berufs-

abteilungen geringfügig erweitert. Die erstmals 1895 gestellte Frage nach der Arbeitslosigkeit kam wieder in Wegfall. Beibehalten wurde die Gliederung der Gesamtbevölkerung nach der Berufstätigkeit. Dagegen wurde bei der Differenzierung nach der Stellung im Beruf gegenüber der Zählung im Jahre 1895 eine Verfeinerung des Nachweises der Selbständigen vorgenommen und wie folgt gruppiert:

- Eigentümer und Miteigentümer;
- Pächter;
- Leitende Beamte und sonstige Betriebsleiter;
- Hausgewerbetreibende (selbständige).

Die restlichen Gruppierungen zu diesem Merkmal blieben unverändert. So wurden auch noch einmal die mithelfenden Familienangehörigen (als gesonderte Position) als Arbeiter nachgewiesen und eine Trennung der restlichen Arbeiter in gelernte und ungelernte vorgenommen. Allerdings gilt letztere Trennung als problematisch, da die Zuordnung sich nicht auf einer Befragung in der Haushaltsliste stützte, sondern im Rahmen der Bearbeitung der Zählungsunterlagen erfolgte.

2.2.1.4 Berufszählung 1925

Erst im Jahre 1925 wurde wieder eine Berufszählung durchgeführt (ohne Saargebiet). Sie brachte gegenüber den vorangegangenen Zählungen einige Neuerungen mit sich. Während das Hauptberufskonzept beibehalten wurde, bezog sich die Zählung erstmals nicht auf die ortsanwesende Bevölkerung, sondern auf die Wohnbevölkerung (diese Verfahrensweise fand fortan bei allen Berufszählungen Anwendung). Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde zählten alle Personen, die am Stichtag der Zählung ihre alleinige Wohnung in dieser Gemeinde hatten bzw. bei mehreren Wohnungen dort ihren Lebensunterhalt bestritten, einer Ausbildung nachgingen oder sich vorwiegend aufhielten, unabhängig davon, ob sie sich am Zähltag dort aufhielten oder nicht. Der Übergang von der ortsanwesenden zur Wohnbevölkerung konnte bei regionalen Vergleichen mit Ergebnissen der vorangegangenen Zählung bei Gebieten mit stärkerem Reiseverkehr zu bestimmten Störungen führen, die sich im Reichsgebiet jedoch wieder ausglich. Die Folgen für das Reichsgebiet insgesamt können als geringfügig angesehen werden. Allerdings müssen bei einem Vergleich der Ergebnisse der Zählungen 1907 und 1925 für das Reich die zwischenzeitlich eingetretenen Gebietsveränderungen beachtet werden. Hier wirken sich besonders die nach dem 1. Weltkrieg erfolgten „Gebietsabtrennungen“ auf Grund des Versailler Vertrages aus.²⁴

Hinsichtlich der Berufssystematisierung wurde durch die Abkehr von der Gleichsetzung von Beruf und Erwerbszweig ein bedeutender Fortschritt erzielt.

²⁴ Einzelheiten dazu findet man in StRA 1928, S. 28 f.

Erstmals wurde zwischen dem persönlichen Beruf und der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Betriebe klar unterschieden. Die Systematik der Wirtschaftszweige enthielt 166 Wirtschaftszweige, die zu 27 Wirtschaftsgruppen und 7 Wirtschaftsabteilungen verdichtet wurden. Die Zahl der ausgewiesenen Berufe betrug 193.²⁵

Nach der Berufstätigkeit wurde die Gesamtbevölkerung gruppiert in:

- Hauptberuflich Erwerbstätige (einschl. Arbeitslose und Lehrlinge);
- Berufslose Selbständige;
- Angehörige ohne Hauptberuf;
 - Ehefrauen;
 - Übrige Angehörige.

Die im Haushalt des Arbeitgebers lebenden Dienenden bildeten keine gesonderte Gruppe mehr, sondern wurden den hauptberuflich Erwerbstätigen zugeordnet.

Wie im Jahre 1907 wurde für diese Gruppen auch die nebenberufliche Erwerbstätigkeit (Zahl der Nebenberufsfälle) ausgewiesen. Die hauptberuflich Erwerbstätigen und ihre Angehörigen ohne Hauptberuf bildeten zusammen die Gruppe der Berufszugehörigen. Nach der Stellung im Beruf wurden unterschieden:

- Selbständige;
 - Eigentümer, Inhaber, Handwerksmeister, Unternehmer;
 - Pächter;
 - Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer, leitende Beamte;
 - Hauptgewerbetreibende (auf fremde Rechnung arbeitend);
- Angestellte und Beamte;
 - Technische Angestellte und Beamte, Fachpersonal;
 - Werkmeister und Aufsichtspersonal;
 - Kaufmännische Angestellte und Verwaltungsbeamte, Büropersonal;
- Arbeiter;
 - Arbeiter in den für den Wirtschaftszweig charakteristischen Berufen;
 - Betriebshandwerker und wichtige Hilfsberufe;
 - Alle übrigen Arbeiter;
- Mithelfende Familienangehörige;
- Hausangestellte (unabhängig davon, ob im Haushalt des Arbeitgebers lebend oder nicht).

Im Vergleich zu der vorangegangenen Berufszählung ist die Stellung im Beruf betreffend besonders bemerkenswert, dass die Differenzierung der Arbeiter nach der vorhandenen bzw. erforderlichen Qualifikation aufgegeben wurde und die mithelfenden Familienangehörigen eine selbständige Gruppe bildeten und nicht mehr den Arbeitern zugeordnet wurden.

²⁵ Ausführliche Hinweise zum Neuaufbau der Berufssystematik sowie eine Darstellung der damit verbundenen Probleme und Umrechnungshinweise in StRA 1927, S. 14 f.

2.2.1.5 Berufszählung 1933

Auch die Zählung im Jahre 1933 wurde wieder ohne das Saarland durchgeführt. Zu beachten ist jedoch, dass im Saarland am 25. Juni 1935 eine gesonderte Zählung erfolgte, die gesondert aufbereitet wurde und deren Ergebnisse im Band 469 der Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht wurden. Ansonsten sind bei regionalen Vergleichen der Berufszählungen 1925 und 1933 die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der verwaltungsmäßigen Gliederung zu beachten.²⁶

Das Hauptberufskonzept wurde 1933 beibehalten, ebenso der erstmals 1925 praktizierte Bezug auf die Wohnbevölkerung. Die Berufsordnung entsprach ebenfalls der von 1925, wobei die Zahl der ausgewiesenen Berufe auf 245 erhöht wurde. Die zum zweiten Mal vorgenommene wirtschaftssystematische Zuordnung der Betriebe (auf der Grundlage der Betriebszugehörigkeit der Erwerbstätigen) basierte auf einer Ordnung der Wirtschaftszweige. Mit dieser Systematik wurde die Zahl der Wirtschaftszweige wesentlich gegenüber der Zählung 1925, nämlich auf 99, verringert. Ferner wurden 33 Wirtschaftsgruppen und 6 Wirtschaftsabteilungen unterschieden. Die Verringerung der Zahl der Wirtschaftszweige wurde durch Zusammenlegungen erreicht, wobei die Einschränkungen insbesondere schwach besetzte Wirtschaftszweige betrafen. Die Vergleichbarkeit wurde dadurch kaum beeinträchtigt.²⁷

Gegenüber der Berufszählung 1925 wurde die Frage nach der Arbeitslosigkeit neuerlich in das Frageprogramm aufgenommen. Gleichzeitig finden wir eine neuartige Gliederung der Gesamtbevölkerung vor:

- Erwerbspersonen;
 - Hauptberuflich Erwerbstätige (weiterhin einschl. Lehrlinge);
 - Erwerbslose;
- Berufslose Selbständige;
- Angehörige ohne Hauptberuf;
 - Ehefrauen;
 - Übrige Angehörige.

Bemerkenswert und bei der Arbeit mit Originalergebnissen unbedingt zu beachten sind die Umdeutung des Begriffes Erwerbstätige und die erstmalige Verwendung des Begriffes Erwerbspersonen. Während der Begriff Erwerbstätige bisher auch die Erwerbslosen (Arbeitslosen) beinhaltete, ist das nun nicht mehr der Fall. Erwerbstätige und Erwerbslose sind die zwei selbständigen Kategorien, die den neuen Begriff Erwerbspersonen ausmachen. Der bisherige Begriff Erwerbstätige wird also durch die Begriffsneuschöpfung Erwerbspersonen ersetzt. Diese Sicht der Dinge ist im Wesentlichen bis in die heutige Zeit erhalten geblieben.

²⁶ Näheres dazu siehe StRA 1963, S. 1/28.

²⁷ Näheres dazu siehe StRA 1936, S. 1/29 f.

Die Zählung 1933 betreffend sei bezüglich der Erwerbslosen noch angemerkt, dass sie auch die sogenannten Fürsorge-, Notstands- oder Pflichtarbeiter und Personen im Freiwilligen Arbeitsdienst, sofern sie zuvor arbeitslos waren, beinhalteten. Die Kategorien Berufslose Selbständige und Angehörige ohne Hauptberuf blieben ihrem Inhalt nach gegenüber vorangegangenen Zählungen unverändert. So waren also den Berufslosen Selbständigen Rentenempfänger, Pensionäre, vom eigenen Vermögen oder aus dem Unterhalt durch Verwandte lebende Personen, Insassen von Versorgungs-, Wohltätigkeits-, Irren-, Siechen- und Strafanstalten sowie von Altersheimen und nicht in ihren Familien lebende Studierende und Schüler zugeordnet. Angehörige ohne Hauptberuf (oder nur mit einer Nebenerwerbstätigkeit) waren Ehefrauen, Kinder, Enkel etc. soweit sie keinen eigenen (Haupt-)Erwerb hatten und von einer Erwerbsperson oder einem berufslosen Selbständigen unterhalten wurden.

Nach der Stellung im Beruf wurde in der Berufszählung im Jahre 1933 wie folgt differenziert:

- Selbständige;
 - Eigentümer und Miteigentümer, Besitzer, Handwerksmeister, freie Berufstätige;
 - Pächter;
 - Direktoren, Geschäftsleiter, Betriebsleiter und sonstige Angestellte in leitender Stellung;
 - Beamte und Offiziere in leitender Stellung;
- Mithelfende Familienangehörige;
- Beamte und Soldaten (ohne diejenigen in leitender Stellung);
- Angestellte (ohne diejenigen in leitender Stellung);
 - Fachangestellte, technische Angestellte, Werksmeister und Aufsichtspersonal;
 - Kaufmännische und Büroangestellte;
- Arbeiter (einschl. Heimarbeiter);
- Hausangestellte.

Während die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bei der Zählung im Jahre 1925 noch zu den Selbständigen gehörten, wurden sie nun den Arbeitern zugeordnet. Die weitere Untergliederung der Kategorie Arbeiter kam in Wegfall. Dagegen wurden Beamte und Angestellte nunmehr getrennt dargestellt. Dabei wurde der Terminus Beamte zum ersten Mal enger gefaßt und auf im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende und berufene Beamte eingegrenzt. Darüber hinaus in einem privaten Arbeitsverhältnis stehende, die Bezeichnung Beamte führende Personen (wie Versicherungsbeamte, Betriebsbeamte etc.) wurden nicht mehr (wie es zuvor der Fall war) in den Beamtenbegriff impliziert. Die Hausangestellten betreffend sei noch nachgetragen, dass hierunter, wie bereits auch 1925, nur jene für häusliche Dienste (Reinigungsarbeiten etc.) zu verstehen waren, nicht aber z.B. Hauslehrer, Erzieher oder Krankenpfleger.

2.2.1.6 Berufszählung 1939

Die Berufszählung 1939 sollte ursprünglich 1938 durchgeführt werden (Gesetz vom 4. Oktober 1937).²⁸ Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich war der Anlaß für die Neufestlegung des Zählungstermins auf den 17. Mai 1939 (Gesetz vom 6. Juli 1938, § 2) und die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Gesetzes vom 4. Oktober 1937 auf Österreich (§ 3). Mit der eingangs genannten nachfolgenden Verordnung wurde dann der Geltungsbereich auch auf die sudetendeutschen Gebiete ausgedehnt. Gegenüber der Zählung im Jahre 1933 war im Reichsgebiet zusätzlich das Saarland enthalten. Nicht erfaßt wurde das Memelland.

Die Zählung wandte sich an die sogenannte ständige Bevölkerung, definiert als Wohnbevölkerung abzüglich der Dienstpflichtigen in der Wehrmacht und im Reichsarbeitsdienst. Der in Abzug kommende Personenkreis wurde zwar nach dem zuvor ausgeübten Beruf und nach der Stellung im Beruf ausgezählt, jedoch wurden die entsprechenden Tabellen nicht veröffentlicht. Wie bisher kam das Hauptberufskonzept in Anwendung. Die in der Zählung gestellten Fragen entsprachen jenen der Zählung von 1933. Allerdings wurde im Gegensatz zu 1933 auf die Erfassung der Arbeitslosigkeit verzichtet, da sie inzwischen auf einen Stand gesunken war, der als nicht mehr bemerkenswert betrachtet wurde (jahresdurchschnittlich war die Zahl der Arbeitslosen von 4,8 Millionen im Jahre 1933 auf 119 Tausend im Jahr 1939 zurückgegangen). Von diesem Standpunkt aus war logischerweise eine gesonderte Darstellung der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen nicht sinnvoll, so dass die ständige Bevölkerung differenziert wurde in:

- Erwerbspersonen;
- Selbständige Berufslose;
- Angehörige ohne Hauptberuf;
 - Ehefrauen;
 - Übrige Angehörige.

Folgt man den oben dargestellten Ansätzen, so ist also ein Vergleich der Erwerbspersonen aus der Zählung 1939 mit den Erwerbstätigen aus den Zählungsergebnissen des Jahres 1933 durchaus vertretbar. Die Begriffe Selbständige Berufslose und Angehörige ohne Hauptberuf entsprachen den vorangegangenen Zählungen von 1925 und 1933.

Für die Gliederung nach der Betriebszugehörigkeit wurde die Zahl der Wirtschaftszweige gegenüber der Berufszählung 1933 wieder erhöht, und zwar um 34 Zweige auf 133 Wirtschaftszweige, die zu 33 Wirtschaftsgruppen und 5

²⁸ Nur am Rande sei hier angemerkt, dass für Verweigerung und Falschangaben statt bisher 30,- Mark bzw. im Jahre 1933 100,- Mark in diesem Gesetz Geldstrafen ohne Begrenzung und/oder Gefängnis bis zu einem Jahr angedroht wurden – § 6.

Wirtschaftsabteilungen zusammengefaßt wurden.²⁹ Das Berufsverzeichnis enthielt rd. 530 Positionen (zusammengefaßt aus etwa 24 000 Berufsbenennungen) sowie 28 Berufsgruppen und 7 Berufsabteilungen; gesondert ausgezählt wurden 259 Berufe. Aus der Tatsache, dass die Unterschiede zu vorangegangenen Verzeichnissen z.T. erheblich sind, resultieren bestimmte Erschwernisse hinsichtlich der Vergleichbarkeit. Es sei daher auf eine vereinheitlichte Klassifikation mit 103 Berufsfeldern der Berufszählungen ab 1925 von Stockmann und Willms-Herget hingewiesen.³⁰

Der Nachweis nach der Stellung im Beruf wurde gegenüber den Zählungen in den Jahren 1925 und 1933 vereinfacht bzw. gestrafft. Folgende Gruppen wurden nachgewiesen:

- Selbständige;
- Mithelfende Familienangehörige;
- Beamte;
- Angestellte;
- Arbeiter.

Im Gegensatz zur Zählung 1933 wurden die Beamten und Angestellten in leitender Stellung nicht mehr den Selbständigen zugeordnet. Gleichzeitig entfiel die gesonderte Darstellung der Eigentümer und Pächter. Entscheidend für die Zuordnung war die wirtschaftliche, nicht die rechtliche Selbständigkeit. Als Selbständige wurden mithin gezählt Eigentümer, Miteigentümer, Pächter, Besitzer, Unternehmer, Handwerksmeister und freiberuflich Tätige. Beamte beinhalteten, neu gegenüber 1933, nunmehr auch die aus den Selbständigen ausgegliederten leitenden Beamten. Neben den Beamtenanwärtern gehörten auch zu dieser Kategorie die Offiziere, Unteroffiziere und Berufssoldaten der Wehrmacht, Reichsarbeitsdienstführer, Führer und Mannschaften der bewaffneten Einheiten der SA und SS sowie Kirchenbeamte. Die in der Zählung 1933 noch gesondert ausgewiesene Gruppe der Hausangestellten wurde aufgelöst und den Angestellten bzw. Arbeitern zugeordnet. Außerdem enthielten die Angestellten nun auch die leitenden Angestellten, die 1933 noch als gesonderte Untergruppe der Selbständigen nachgewiesen wurden. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter waren ja bereits 1933 in die Kategorie der Arbeiter eingegliedert worden.

2.2.2 Weitere Statistiken der Erwerbstätigkeit

Neben den Berufszählungen waren die zusammen mit Volkszählungen, mit Berufszählungen oder auch mit beiden Großzählungen durchgeführten land-

²⁹ Eine Übersicht über die Veränderungen der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Betriebe gegenüber der Praxis der Jahre 1933 und 1925 findet man im Band 555 der Statistik des Deutschen Reichs (StRA 1941, S. 25).

³⁰ Erwerbsstatistik in Deutschland. Die Berufs- und Arbeitsstättenzählungen seit 1875 als Datenbasis der Sozialstrukturanalyse, Frankfurt, New York 1985.

wirtschaftlichen Betriebszählungen, gewerblichen Betriebszählungen und die Erhebung über nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (nur 1939) wichtige Quellen erwerbsstatistischer Angaben. Während sich die Berufszählungen an die Bevölkerung wandten und damit die Erwerbstätigen bei den ersten Zählungen an ihrem Anwesenheitsort, später an ihrem Wohnort erfaßten, wurden mit den Betriebszählungen Betriebe befragt, so dass die Erwerbstätigen bei regionaler Ergebnisgliederung am Ort ihrer Berufstätigkeit bzw. am Ort des Betriebssitzes nachgewiesen wurden. Damit sind regionale Ergebnisse von Berufs- und Betriebszählungen, obwohl zum gleichen Stichtag gewonnen, nicht direkt vergleichbar.

2.2.2.1 Gewerbliche Betriebszählung 1875

Die erste gewerbliche Betriebszählung der amtlichen deutschen Statistik wurde 1875 durchgeführt und bezog die selbständigen Betriebe der Kunst- und Handeldsgärtnerei, der Fischerei, des Berg-, Hütten- und Salinenwesens, der Industrie und des Bauwesens, des Handels und Verkehrs sowie der „Erquickungs“- und Beherbergungsgewerbe (später: Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe) ein. Die Zählung wurde zusammen mit einer Volkszählung vorgenommen. Diese Verbindung war nicht nur formaler Natur, sondern hatte auch einen erhebungstechnischen Bezug. Unterschieden wurde zwischen Gewerbebetrieben ohne oder mit nicht mehr als fünf Gehilfen und solchen mit mehr als fünf Gehilfen. Während erstere mit der Haushaltsliste bzw. mit einer Zählkarte der Volkszählung erfaßt wurden, gab es für die Erfassung der größeren Gewerbebetriebe eine gesonderte Fragekarte. Ebenso wurde bei den Fragestellungen nach den Beschäftigten differenziert. Die kleineren Gewerbebetriebe hatten lediglich, unterschieden nach dem Geschlecht, die Zahl der Gehilfen und die Anzahl der Lehrlinge zu melden. Für die Erwerbsbetriebe mit mehr als fünf Gehilfen wurden nachgewiesen (alle Angaben nach dem Geschlecht):

- Inhaber, Pächter, Geschäftsleiter;
- Kaufmännisch und technisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal;
- Andere Personen (einschließlich Lehrlinge);
 - über 16 Jahre alt;
 - über 14 bis 16 Jahre alt;
 - über 12 bis 14 Jahre;
 - unter 12 Jahre;
 - Lehrlinge;
- Außerdem: Andere Personen im Jahresdurchschnitt.

2.2.2.2 Landwirtschaftliche Betriebszählungen 1882 und 1885

Im Jahr 1882 wurde neben der gewerblichen auch eine landwirtschaftliche Betriebszählung durchgeführt. Letztere enthielt jedoch noch keine Fragen nach dem Personal. Die gewerbliche Betriebszählung bezog sich etwa auf den für 1875 benannten Betriebskreis; zusätzlich wurden die Versicherungen einbezogen. Mit der Gewerbekarte, auszufüllen von allen Gewerbebetrieben mit mehr als einer Person, wurden folgende Erwerbstätigenangaben erfaßt:

- Jeweils nach dem Geschlecht, am Stichtag und im Jahresdurchschnitt:
 - Tätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter, Geschäftsleiter;
 - Wissenschaftlich, kaufmännisch oder technisch ausgebildetes Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Büropersonal
 - Sonstige Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter etc.
- Außerdem nach dem Geschlecht im Jahresdurchschnitt:
 - Heimgewerbetreibende und Heimarbeiter;
 - Deren Mitarbeiter;
 - Beschäftigte Personen in Straf- und Besserungsanstalten.

Auch die landwirtschaftliche Betriebszählung im Jahre 1885 erfaßte noch keine Personalangaben. Der Betriebskreis der gewerblichen Betriebszählung entsprach dem der Zählung im Jahr 1882. Erfaßt wurden technische Betriebseinheiten. Das bedeutete, dass in all jenen Fällen, in denen eine örtliche Betriebseinheit (selbständiges Unternehmen oder räumlich getrennter Teil eines wirtschaftlich bzw. rechtlich selbständigen Unternehmens) mehrere unterschiedliche Gewerbebezüge beinhaltete, für jeden dieser Gewerbebezüge ein Gewerbebogen auszufüllen war. Das Personal (jeweils am Stichtag und nach dem Geschlecht) wurde differenziert nach:

- Tätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter, Geschäftsleiter;
- Verwaltungs-, Kontor- und Büropersonal (einschl. Lehrlinge);
- Technisches Aufsichtspersonal und höhere Techniker;
- Anderes Personal (Gehilfen, Arbeiter etc. einschl. Lehrlinge);
 - 16 Jahre und älter;
 - Unter 16 Jahre alt;
 - Lehrlinge;
 - Verheiratete weibliche Personen.
- Für das andere Personal wurde zudem die Tätigkeit (tatsächliche Beschäftigung) erfragt sowie der Jahresdurchschnitt für das andere Personal insgesamt.
- Mithelfende Familienangehörige (im Jahresdurchschnitt).
- Außerdem (am Stichtag und im Jahresdurchschnitt):
 - Heimarbeiter (für den Betrieb tätige);
 - „Im Umherziehen“ tätige Personen (Hausierer);
 - Personen in Straf- und Besserungsanstalten.

2.2.2.3 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1907

Mit der landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1907 wurden erstmals im Rahmen einer derartigen Erhebung Angaben über das Betriebspersonal erfaßt. Die Land- und Forstwirtschaftskarte enthielt diesbezüglich folgende Positionen (jeweils am Stichtag nach dem Geschlecht, außerdem als Darunter-Position vom Insgesamt: unter 14 Jahre):

- Betriebsleiter (Inhaber);
- Familienangehörige;
 - Ständig mitarbeitend;
 - Vorübergehend mitarbeitend;
- Fremde Arbeitskräfte;
 - Aufsichts- und Rechnungspersonal;
 - Ständige Arbeitskräfte;
 - Knechte und Mägde;
 - Tagelöhner, Arbeiter;
 - Nichtständige Arbeitskräfte.
- Außerdem nach dem Geschlecht: Höchstzahl der im Zeitraum 13. Juni 1906 bis 12. Juni 1907 gleichzeitig beschäftigten nichtständigen Arbeitskräfte.

2.2.2.4 Gewerbliche Betriebszählung 1907

Die gewerbliche Betriebszählung 1907 wurde mit annähernd gleichem Betriebskreis wie die vorangegangene Zählung durchgeführt. Zusätzlich wurden das Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe sowie öffentliche Betriebe einbezogen. Erfaßt wurden wiederum technische Betriebseinheiten; allerdings traten bei der Verdichtung zu örtlichen Betriebseinheiten erhebliche Probleme auf. Eine Aufbereitung nach Wirtschaftseinheiten (selbständige Unternehmen) war nicht vorgesehen. Die Gewerbebetriebe mit höchstens 3 Personen (einschl. Inhaber) hatten ein Gewerbeformular als Ergänzung zur Haushaltsliste der Berufszählung auszufüllen, mit dem (nach Geschlechtern getrennt) als Personenangaben zwei Positionen erhoben wurden:

- Inhaber, Mitinhaber, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge usw. und
- Mithelfende Familienangehörige.

Von Gewerbebetrieben mit vier und mehr Personen wurden mit dem Gewerbebogen folgende Kategorien nach dem Geschlecht erfragt (Stichtagsangaben):

- Betriebsleiter;
 - Tätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter;
 - Sonstige Betriebsleiter in beamteter Stellung (Direktoren etc.);
- Verwaltungs-, Kontor- und Büropersonal (einschl. Lehrlinge);
- Technisches Betriebs- und Aufsichtspersonal;
- Anderes Personal (Gehilfen, Arbeiter etc. einschl. Lehrlinge);

- (Für die drei letztgenannten Positionen war die genaue Tätigkeit – Art der Beschäftigung – anzugeben).

2.2.2.5 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1925

In der landwirtschaftlichen Betriebszählung des Jahres 1925 entsprach die Differenzierung der beschäftigten Personen weitestgehend der des Jahres 1907, wobei die unter 14-Jährigen für alle Positionen abzurechnen waren. Auch die Höchstzahl der in den letzten dem Stichtag vorangegangenen zwölf Monaten gleichzeitig beschäftigten nichtständigen Arbeitskräfte wurden wieder erhoben. Neu war die Darunter-Position der Wandersaisonarbeiter, die ihrerseits wieder aufzugliedern war in

- deutsche Staatsangehörige,
- fremde Staatsangehörige mit deutscher Muttersprache und
- sonstige Ausländer.

Dabei galten als Wandersaisonarbeiter jene Arbeitskräfte, die vertraglich für eine bestimmte Zeitdauer verpflichtet waren und nicht in der Nähe ihres Heimatortes arbeiteten. Ergänzend sei noch die genauere Beschreibung der Position Knechte und Mägde angefügt. Hierbei handelte es sich um „unverheiratetes Gesindel“, das im Haushalt des Arbeitgebers Kost und Unterkunft erhielt.

2.2.2.6 Gewerbliche Betriebszählung 1925

Der Betriebskreis der gewerblichen Betriebszählung 1925 glich dem der Zählung im Jahre 1907. Zusätzlich einbezogen wurden das gewerbliche Unterrichtswesen sowie Post und Reichsbahn. In Folge der seinerzeit gesammelten Erfahrungen war jedoch nicht je technischer, sondern je örtlicher Betriebseinheit (alle Einheiten eines Unternehmens, die auf einem Grundstück, in einem Gebäude oder Gebäudekomplex untergebracht waren) ein Gewerbebogen auszufüllen, mit dem auch Angaben für die technischen Betriebseinheiten erhoben wurden. Dadurch wurde eine exaktere Aufbereitung nach örtlichen und technischen Betriebseinheiten möglich. Die Kategorien der beschäftigten Personen in der gewerblichen Betriebszählung 1925 waren mit denen des Jahres 1907 identisch. Neu waren dabei lediglich zwei Dinge. Erstens wurden als gesonderte Unterpositionen der Betriebsleiter die Hausgewerbetreibenden (Leiter von Heimarbeiterbetrieben) nachgewiesen. Zweitens wurden als Darunter-Position des anderen Personals die Beschäftigten unter 18 Jahre ausgewiesen, die ihrerseits in Lehrlinge und sonstige Arbeiter aufzugliedern waren.

2.2.2.7 Landwirtschaftliche Betriebszählung 1933

Die nächste Betriebszählung wurde acht Jahre später durchgeführt. Dabei wurden bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1933 gegenüber 1925 einige

Veränderungen bei der Klassifizierung der erfaßten Personen vorgenommen. Es wurden unterschieden (jeweils Kinder unter 14 Jahre, Personen über 14 Jahre nach dem Geschlecht, Stichtagsangaben):

- Betriebsleiter;
- Familienangehörige, im Haushalt des Betriebsinhabers lebend;
 - Außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes beruflich tätig;
 - In ihrem eigentlichen Beruf z. Zt. arbeitslos;
- Familienfremde Arbeitskräfte;
 - Ständige (familienfremde) Arbeitskräfte;
 - Verwaltungs-, Aufsichts- und Rechnungspersonal;
 - Knechte und Mägde;
 - Arbeiter, Tagelöhner etc.;
 - Gutshandwerker;
 - Nichtständige (familienfremde) Arbeitskräfte;
 - Wander- (Saison-) Arbeiter;
 - Sonstige nichtständige oder vorübergehend beschäftigte Arbeitskräfte.

Zwei zusätzliche Positionen waren nur von Forstwirtschaftsbetrieben nachzuweisen:

- Während des letzten Winters insgesamt beschäftigte Arbeitskräfte;
- Gesamtzahl der im Winterhalbjahr geleisteten Arbeitstage;
 - Männerarbeitstage;
 - Frauenarbeitstage.

2.2.2.8 Gewerbliche Betriebszählung 1933

Die gewerbliche Betriebszählung des Jahres 1933 erfaßte wiederum die örtlichen Betriebseinheiten, wobei bei Vorhandensein mehrerer Gewerbe in einer örtlichen Betriebseinheit je Gewerbe (technische Betriebseinheit) die beschäftigten Personen insgesamt und darunter die Arbeiter einschl. Fabrik- und Handwerkslehrlinge anzugeben waren. Als Gewerbe im Sinne der Betriebszählung galten Erwerbswirtschaften, gemeinnützige Betriebe und Einrichtungen privater, genossenschaftlicher und öffentlich-rechtlicher Art. Zur besseren Orientierung seien hier die Zweige, die inzwischen in die gewerbliche Betriebszählung einbezogen wurden, vollständig benannt (Wiedergabe im Wortlaut aus den Zählungsunterlagen):

- Bergwerke, Salinen, Steinbrüche, Gruben, Torfgräbereien;
- Industrie, Handwerk, Hausgewerbe und Heimarbeit;
- Baugewerbe, Baunebengewerbe, Schornsteinfegergewerbe, Ingenieur-, Architektur- und Vermessungsbüros;
- Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung;
- Handelsgewerbe einschl. Konsumgenossenschaften, Wandergewerbe, Hausier- und Straßenhandel, Verlagsgewerbe, Verleihungs-, Versteige-

rungs-, Bewachungs- und Lageregeschäfte sowie Vermieter- und Beraterbüros, Siedlungsgesellschaften;

- Geld-, Bank- und Börsenwesen einschl. Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Lotteriewesen und Leihhäusern;
- Versicherungswesen (privates und öffentlich-rechtliches Versicherungswesen einschl. Sozialversicherung sowie Versicherungsagenturen);
- Verkehrswesen einschl. Speditions- und Dienstleistungsgewerbe sowie Reisebüros;
- Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe einschl. Pensionen, Kabarett- und Varietebetriebe;
- Filmaufnahme und Filmverleihung;
- Apotheken und Barbiergewerbe;
- Dampfhochseefischerei und große Heringsfischerei;
- Küstenfischerei, Hafffischerei und kleine Hochseefischerei (mit Fahrzeugen nicht über 250 cbm Bruttorauminhalt);
- Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht (Geflügelzüchterei usw.), gärtnerische Nebengewerbe (Dekorations-, Landschafts- und Friedhofsgärtnerei und Binderei) unter Ausschluß des damit verbundenen eigentlichen Gartenbaus (Bodenbewirtschaftung), der durch die landwirtschaftliche Betriebszählung erfaßt wird.

Ebenso erfaßt wurden die gewerblichen Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, wie Molkereien, Brauereien, Kartoffeltrocknungsanlagen, Getreidemöhlen, Sägewerke, Schmieden usw.

Da die Differenzierung der mit der gewerblichen Betriebszählung 1933 erfaßten Beschäftigten gegenüber den vorangegangenen Zählungen einige Veränderungen aufweist, sei sie im Folgenden in Gänze dargestellt (alle Angaben zum Stichtag; insgesamt, männlich, weiblich):

- Betriebsleiter;
 - Tätige Inhaber Mitinhaber, Pächter;
 - Direktoren und sonstige Leiter;
 - Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter (deren Personal in den folgenden Positionen);
- Angestellte (ohne Lehrlinge);
 - Verwaltungs-, Büro-, Verkaufs- und sonstiges kaufmännisches Personal;
 - Technisches, wissenschaftliches und künstlerisches Betriebs- und Aufsichtspersonal;
- Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, ohne Lehrlinge);
 - Gelernte Facharbeiter, Betriebshandwerker;
 - Angelernte Facharbeiter;
 - Sonstige Arbeiter;

- Lehrlinge;
 - Kaufmännische und Bürolehrlinge;
 - Fabrik- und Handwerkslehrlinge;
- Mithelfende Familienangehörige.

2.2.2.9 Betriebszählung 1939

Die Beschäftigtengliederung der landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1939 wich in dreierlei Hinsicht von der vorangegangenen Zählung im Jahre 1933 ab. Zunächst ist auf eine neue Differenzierung der im Haushalt des Betriebsinhabers lebenden Familienangehörigen hinzuweisen, die wie folgt vorgenommen wurde:

- Außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes beruflich tätig;
- Im Betrieb ständig tätig;
- Im Betrieb nicht ständig oder vorübergehend beschäftigt.

Zweitens wurden die beiden Positionen Arbeiter, Tagelöhner etc. sowie Guts- handwerker aus der Oberposition ständige familienfremde Arbeitskräfte der Zählung 1933 nunmehr zu der Kategorie sonstige ständige Arbeitskräfte zusammengefaßt. Letztlich wurden 1939 (im Gegensatz zu 1933) die Wander- und Saisonarbeiter differenziert in:

- Ausländische Wander- und Saisonarbeiter und
- Alle anderen Wander- und Saisonarbeiter.

Die bisherige gewerbliche Betriebszählung wurde 1939 (erstmalig) durch eine allumfassende Zählung aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten ersetzt, was naturgemäß eine wesentliche Erweiterung des Befragtenkreises zur Folge hatte. Wiederum wurden örtliche Betriebseinheiten erfaßt und daraus auch Ergebnisse auf der Basis technischer und wirtschaftlicher Betriebseinheiten gewonnen, territorial bis zu Gemeinden über 10 000 Einwohnern und kleineren Verwaltungsbezirken. Beschäftigte wurden wie bei der gewerblichen Betriebszählung 1933 gegliedert, lediglich eine Position wurde neu geschaffen – Beamte. Was aber den nach Qualifikation getrennten Nachweis der Arbeiter anbelangt, muß an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam gemacht werden, dass ausschlaggebend für die Zuordnung die Tätigkeit, nicht die vorhandene Qualifikation war. Somit widerspiegeln die in den Ergebnissen ausgewiesenen Zahlen die Anforderungsstruktur der Arbeitsplätze, nicht die Qualifikationsstruktur der Arbeiter.

Die Wirtschaftszweigsystematik beinhaltete 1939 insgesamt 917 Wirtschaftszweige, 259 Klassen, 34 Wirtschaftsgruppen und 4 Wirtschaftsabteilungen. Außer anderen Faktoren werden Datenvergleiche der Zählungen naturgemäß auch durch Veränderungen der Wirtschaftszweigsystematik erschwert. Es sei dabei auf die vereinheitlichte Klassifikation mit 34 Erwerbsbranchen für die

Zählungen ab 1875 hingewiesen, die von Stockmann und Willms-Herget erarbeitet wurde.³¹

2.2.2.10 Industrieberichterstattung

Über die Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen hinaus sollen in diesem Abschnitt noch drei weitere Quellen erwerbsstatistischer Daten angesprochen werden. Zunächst zur sogenannten Industrieberichterstattung. An sich ist die Bezeichnung irreführend, denn es handelt sich nicht, wie man nach heutigem Sprachgebrauch vermuten könnte, um eine Erfassung von Daten über die Tätigkeit von Industriebetrieben (Produktion, Absatz etc.), sondern um eine Erhebung, die zunächst ausschließlich zur Beurteilung des Arbeitsmarktes ins Leben gerufen wurde. Beginnend mit dem Monat April des Jahres 1903 hatten ausgewählte Verbände, Handelskammern und Firmen (anfangs ca. 700) monatlich bis zum 5. jeden Monats einen Bericht an die Abteilung Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes abzugeben. Die Ergebnisse der Erhebung wurden im Reichsarbeitsblatt, später auch im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches, ab 1933 in der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik veröffentlicht. Verantwortung für die Industrieberichterstattung und Zahl der Berichtspflichtigen waren mannigfaltigen Veränderungen unterworfen. Der Bericht wurde in den Jahren 1920 bis 1927 von der Rechtsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bearbeitet und 1928 vom Institut für Konjunkturforschung übernommen. Bis 1930 war die Zahl der Berichtenden auf ca. 3 500 (mit rd. 3 Millionen Arbeitsplätzen) ausgedehnt worden. Ab 1933 erfolgte die Bearbeitung wieder im Statistischen Reichsamt (zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der Berichtenden über 6 000), um schließlich Mitte 1938 an die Wirtschafts- und Fachgruppen der Industrie überzugehen. Zum Beginn der Einführung der Berichterstattung wurden keine Daten erhoben, sondern lediglich textliche Einschätzungen erfragt.

Die sogenannte Fragekarte enthielt folgende Fragen:

1. "Wie war im verflossenen Monat die Beschäftigung in Ihrer Industrie? Hat eine Verbesserung oder Verschlechterung gegen den Vormonat stattgefunden? War die Beschäftigung besser als im Vorjahr um die gleiche Zeit – oder schlechter?"
2. "Herrschte im verflossenen Monat in Ihrer Industrie Arbeitermangel oder war ein Überangebot in Arbeitskräften vorhanden? War gegebenen Falls der Arbeitermangel oder das Überangebot außergewöhnlich oder entsprach es den in Ihrer Industrie üblichen Verhältnissen?"

³¹ Erwerbsstatistik in Deutschland. Die Berufs- und Arbeitsstättenzählungen seit 1875 als Datenbasis der Sozialstrukturanalyse, Frankfurt, New York 1985; nach Hohls 1991, S. 333.

3. "Haben in Ihrer Industrie, soweit Ihnen bekannt ist, im verflossenen Monat Lohnerhöhungen oder Lohnherabsetzungen in größerem Umfange stattgefunden?"
4. "Haben in Ihrem Industriezweig im verflossenen Monat, soweit Ihnen bekannt ist, Verkürzungen der Arbeitszeit durch Herabsetzung der Arbeitsdauer oder durch Verminderung der Arbeitsschichten in größerem Umfange stattgefunden, oder war Überarbeit in größerem Umfange erforderlich?"
5. "Haben im verflossenen Monat besondere für Ihren Industriezweig bemerkenswerte Ereignisse von größerer Bedeutung (Streiks etc.) stattgefunden?"

Anfang des nächsten Jahrzehnts wurde in einer geringfügig überarbeiteten Fragekarte neu die Frage aufgenommen: „Wie groß war die Arbeiterzahl Ihres Betriebes – Ihrer Betriebe – im verflossenen Monat und im gleichen Monat des Vorjahres?“ 1913 wurde dann neben dieser Frage ein Ausfüllungsschema angebracht, mittels dem die Zahl der Arbeiter und Angestellten (ohne Inhaber und mithelfende Familienangehörige) erfaßt wurde. Ab 1928 wurden folgende Daten erhoben:

- Zahl der durchschnittlich im Berichtsmonat beschäftigten Arbeiter, getrennt nach Geschlechtern;
- Zahl der Arbeiter, die bei voller Ausnutzung aller Betriebseinrichtungen beschäftigt werden können (Arbeitsplatzkapazität); (für Angestellte wurden die gleichen Fragen gesondert gestellt) und
- Zahl der in dem Berichtsmonat tatsächlich im Betrieb geleisteten Arbeiterstunden einschließlich Überstunden.

Später wurden zusätzlich die Bruttolöhne (1933) und die Zahl der Lehrlinge (1938) erfaßt.

2.2.2.11 Krankenkassenbefragung

Eine weitere Möglichkeit zur Einschätzung des Arbeitsmarktes sollte mit einer Befragung der Krankenkassen erschlossen werden. Jedoch ließen die Ergebnisse in den ersten Jahren nur in stark eingeschränktem Maße bestimmte Rückschlüsse zu. Im April 1903 wurde eine monatliche Stichprobenbefragung der Krankenkassen (mithin ab 1904 ganzjährig) auf freiwilliger Basis eingeführt. Grundgedanke war, dass auf der Grundlage der Versicherungspflicht gemäß Krankenversicherungsgesetz die Entwicklung des Mitgliederstandes der Krankenkassen Schlüsse über die Beschäftigungslage ermöglichte. Erfaßt wurden (jeweils für den ersten Tag des Monats und des Vormonats sowie nach dem Geschlecht):

- Gesamtzahl der Mitglieder;
 - Versicherungspflichtige;
 - Freiwillige;

- Erwerbsunfähig krank Gemeldete.

Ab Januar 1910 wurden als Darunterposition der letztgenannten Kategorie zusätzlich die Versicherungspflichtigen erfasst. Diese Statistik war bis zur Einführung der Arbeitsbuchkartei (am Ende des Abschnittes wird darauf noch eingegangen) die einzige Quelle für eine laufende Beobachtung des Beschäftigungsgrades. Nachteilig war dabei allerdings ihr Repräsentationsgrad (bis 1927) und die fehlende Möglichkeit, Ergebnisse in wirtschaftssystematischer Gliederung gewinnen zu können. Am Rande sei darauf aufmerksam gemacht, dass die monatliche Meldung der Krankenkassen über den Mitgliederstand nicht mit der Statistik der Krankenversicherung (Jahresstatistik) über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der reichsgesetzlichen Krankenkassen (Pflichtkrankenkassen), die von der staatlichen Statistikbehörde Deutschlands aufbereitet und veröffentlicht wurde, verwechselt werden darf.

Die monatliche Meldung der Krankenkassen wurde zunächst von der Abteilung Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes bzw. des Statistischen Reichsamtes bearbeitet. Die Ergebnisse wurden im Reichsarbeitsblatt und ab 1905 im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches veröffentlicht. Im Jahre 1904 waren insgesamt 3 286 Krankenkassen in die Berichterstattung einbezogen worden (siehe dazu auch Tabelle 3 im Abschnitt 2.2.4). Bereits 4 686 Kassen meldeten im Jahre 1910. Das entsprach 20 Prozent der vorhandenen Kassen mit rd. 5,3 Millionen Mitgliedern (zwei Fünftel sämtlicher deutschen Krankenversicherten)³². Ab 1920 wurde die Verantwortung für die Durchführung der monatlichen Meldung der Krankenkassen von der Arbeitsverwaltung (im genannten Jahr: Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) übernommen. Ab 1928 waren alle gesetzlichen Krankenkassen (Orts-, Land-, Innungs-, Betriebs-, Knappschafts- und Ersatzkassen) zur Berichterstattung verpflichtet. Nach Einführung der Arbeitsbuchkartei hatte die Erhebung den ihr ursprünglich zgedachten Zweck verloren und wurde daher in der Zeit des Zweiten Weltkrieges nach vorübergehender Zusammenlegung mit ausgewählten Monatsdaten der Statistik der Krankenversicherung eingestellt.

2.2.2.12 Arbeitsbuchstatistik

Wesentlich verbesserte Bedingungen für die Beurteilung der Beschäftigungslage wurden mit der Statistik der arbeitsbuchpflichtigen Personen geschaffen. Sie beruhte auf der am 26. Februar 1935 eingeführten Arbeitsbuchpflicht³³ für Arbeiter und Angestellte, später ausgedehnt auf Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Die Ausgabe des Arbeitsbuches war verbunden mit der Anlage einer Arbeitsbuchkarte, geführt bei dem jeweiligen für den Betroffenen

³² Richter, O. in Zahn 1911, S. 775.

³³ Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 311.

zuständigen Arbeitsamt. Die Arbeitsbuchkarte enthielt alle für den beruflichen Werdegang wichtigen Angaben. Die aus den Arbeitsbuchkarten gebildete Kartei war in folgende Einzelkarteien gegliedert:

- Hauptkartei (enthielt die Karten der Beschäftigten);
- Vermittlungskartei (Arbeitsuchende, Arbeitslose);
- Ruhende Kartei (längere Zeit nicht im Beruf Stehende, z.B. Soldaten);
- Kartei der Ausgeschiedenen (Tod, Invalidisierung).

Die berufliche Gliederung der beiden erstgenannten Karteien sah 200 Berufsarten und 27 Berufsgruppen vor. Der Umfang der Arbeitsbuchkartei betrug Anfang der vierziger Jahre³⁴ 22,3 Millionen Karten für Arbeiter und Angestellte sowie 14 Millionen Karten für Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Die erste statistische Auswertung der Arbeitsbuchkartei wurde zum Stichtag 25. Juni 1938 vorgenommen. Dabei wurden die Arbeiter und Angestellten nach dem Geschlecht, nach Berufsgruppen und Berufsarten in Verbindung mit Altersstufen sowie ihre Verteilung auf 58 Wirtschaftszweige erfaßt. Außerdem wurden Lehrlinge und berufsfremde Beschäftigte ausgezählt. Eine weitere Auswertung erfolgte in ähnlicher Art zum Stichtag 15. August 1941. Bei der Auswertung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Beamte nicht der Arbeitsbuchpflicht unterlagen. Sie sind demzufolge auch nicht in den im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches veröffentlichten Daten enthalten.

3. Die Statistik in den Besatzungszonen bis 1949

3.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik

3.1.1 Amtliche Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone

Mit der Niederlage Deutschlands im zweiten Weltkrieg wurde auch der gesamte Verwaltungsapparat des nationalsozialistischen Staates zerschlagen. Folglich existierte für Deutschland im Gebietsrahmen der vier Besatzungszonen und Groß-Berlins auch kein einheitlicher statistischer Dienst mehr. Der dringende Bedarf an statistischen Informationen führte jedoch relativ bald zum Aufbau einer amtlichen Statistik in den jeweiligen Besatzungszonen, wobei sich die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielstellungen der Siegermächte für die künftige Entwicklung Deutschlands zwangsläufig und mit zunehmender Deutlichkeit in Divergenzen bei der Gestaltung der amtlichen Statistik niederschlugen.

³⁴ Nach Donner 1942, S. 134.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war Ende Juli 1945 mit der Bildung deutscher Zentralverwaltungen begonnen worden. Drei Monate später wurde auch für die amtliche Statistik eine derartige Verwaltung geschaffen. Mit Befehl Nr. 105 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Marschall Shukow, vom 19. Oktober 1945 wurde die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der SBZ (später kurz Statistisches Zentralamt genannt) gegründet. Der Befehl hat folgenden Wortlaut:

- „ 1. Für die Bearbeitung und Auswertung statistischer Erhebungen und für die Gewinnung statistischer Unterlagen wird die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone mit dem Sitz in der Stadt Berlin gebildet.
2. Der Etat der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone wird mit 190 Mitarbeitern genehmigt.
3. Die Statistische Abteilung der Wirtschaftlichen Verwaltung der SMA wird verpflichtet, die allgemeine und methodische Führung und Kontrolle über die Arbeiten der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik zu übernehmen.“

Im gleichen Jahr begann auch der Wiederaufbau bzw. die Bildung statistischer Landesämter als Organe der Landesregierungen (Ende 1947 abgeschlossen; Ausnahme: Mecklenburg). Ab März 1946 nahmen die Statistischen Landesämter die Bildung statistischer Referate bei den Kreisverwaltungen (Vorläufer der statistischen Kreisämter) in Angriff.

Das Statistische Zentralamt in Berlin hatte im Jahre 1946 insgesamt 549 Mitarbeiter, für 228 von ihnen war eine Planstelle vorhanden. Außerhalb der Amtsleitung (7 Mitarbeiter) existierten im Zentralamt sechs Abteilungen:

- Verwaltung: 185 Mitarbeiter (einschl. der sogenannten Hollerithgruppe mit 58 Mitarbeitern),
- Bevölkerungsstatistik 137 Mitarbeiter (einschl. Berufszählungen, gewerbliche Betriebszählung, Arbeitsmarktstatistik),
- Landwirtschaftsstatistik: 51 Mitarbeiter,
- Wirtschaftsstatistik: 95 Mitarbeiter,
- Handels- und Verkehrsstatistik: 33 Mitarbeiter und
- Finanzstatistik: 41 Mitarbeiter.³⁵

Schrittweise wurde eine zentralisierte amtliche Statistik aufgebaut, u.a. eine Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte, die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, eine Handelsstatistik, eine Schulstatistik und eine Statistik der Haushaltrechnungen. Gleichwohl waren die meisten Erhebungen der amtlichen Statistik anfangs unausgelöste Statistiken. So waren beispielsweise große Teile der Industriestatistik zunächst Angelegenheit der Verwaltungsorgane der Industrie.

³⁵ Quelle: SZS 1987, S. 24.

Von Beginn an richteten sich die Bestrebungen darauf, eine amtliche Statistik nach dem Muster der sowjetischen Statistik in der SBZ aufzubauen. So wurde von Seiten der SMAD darauf gedrungen, „... dass eine ‘sozialistische Statistik’, die den Erfordernissen einer im Aufbau befindlichen Planwirtschaft gerecht werden sollte, zu schaffen war, wobei gleichzeitig gefordert wurde, auf traditionelle Gewohnheiten der bürgerlichen Statistik zu verzichten. Damit erfolgte ein Lossagen von bewährten Traditionen der amtlichen Statistik in Deutschland, wodurch zugleich die Zusammenarbeit der deutschen Statistiker in den vier Besatzungszonen erheblich erschwert ... wurde“³⁶.

Als Monatsschrift des Statistischen Zentralamtes für theoretische und angewandte Forschungs-, Verwaltungs- und Betriebsstatistik erschien ab Oktober 1946 die Statistische Praxis. Abgesehen von Ergebnissen der Volks- und Berufszählung wurden in dieser Zeitschrift zunächst kaum aktuelle Daten veröffentlicht; vielmehr diente sie in den ersten Jahren primär der Bildung und Fortbildung von Statistikern, z.T. der Publikation von auf das Gebiet der SBZ umgerechneten Ergebnissen der Reichsstatistik.

Im Juni 1947 wurde in der SBZ die Deutsche Wirtschaftskommission zur Koordinierung der Arbeit der Zentralverwaltungen (fortan Hauptverwaltungen der Kommission) und der Länderregierungen gebildet. Das Statistische Zentralamt wurde dieser Kommission zugeordnet und firmierte von da an als Statistisches Zentralamt der Deutschen Wirtschaftskommission.

3.1.2 Amtliche Statistik in den westlichen Besatzungszonen

Statistische Ämter wurden für die Britische und Französische Besatzungszone, nicht aber für die Amerikanische Besatzungszone geschaffen. Bereits im Jahre 1945 nahm in der Britischen Besatzungszone eine statistische Behörde die Arbeit auf. Sie wurde mit der Anordnung Nr. 71 der britischen Militärregierung vom 30. November 1946 zum Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone mit Sitz in Hamburg deklariert. Die Französische Militärregierung bildete im Jahre 1947 ein Amt für Statistik und Wirtschaftsforschung der Französischen Besatzungszone (Sitz in Baden-Baden). In der Amerikanischen Besatzungszone wurden die bestehenden Landesämter wieder aktiviert (München, Stuttgart, Karlsruhe). Für „Großhessen“ wurde ein statistisches Amt in Wiesbaden gegründet. Da es für die gesamte Zone keine übergeordnete statistische Behörde gab, fielen die Kompetenzen des früheren Statistischen Reichsamtes den Ländern zu. Zur Abstimmung der Arbeiten zwischen den Ländern der Amerikanischen Besatzungszone wurde ein aus den Leitern der Statistischen Landesämtern bestehender Statistischer Koordinierungsausschuß beim Länderrat der Amerikanischen Zone gebildet.

³⁶ Fischer 1994, S. 600 f.

Im Dezember 1946 wurde aus der Britischen und der Amerikanischen Besatzungszone die Bizone gebildet. Der Statistische Koordinierungsausschuß der Amerikanischen Zone und das Statistische Amt für die Britische Besatzungszone begannen mit der Koordinierung bzw. Angleichung der amtlichen Statistiken. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Zonen wuchs jedoch die Notwendigkeit zur Schaffung einer übergeordneten statistischen Behörde. Dem wurde mit dem vom Wirtschaftsrat der Bizone beschlossenen Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (im Folgenden kurz Statistisches Amt genannt) vom 21. Januar 1948 entsprochen.³⁷ Der Sitz des Statistischen Amtes war in Wiesbaden.

Das Statistische Amt hatte hinsichtlich der unausgelösten Statistiken beratende und unterstützende Funktion. Ausgelöste Statistiken wurden durch die Verwaltungsorgane des Vereinigten Wirtschaftsgebietes angeordnet, größere Erhebungen durch Gesetze des Wirtschaftsrates. Die methodische und technische Vorbereitung der ausgelösten Statistiken sowie die notwendigen Koordinierungsaufgaben oblagen dem Statistischen Amt, ebenso die Zusammenstellung der Landesergebnisse zu Ergebnissen für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, deren Veröffentlichung und Auswertung. Für die Durchführung der Befragungen und die Erarbeitung der Landesergebnisse waren die Länder verantwortlich. Eine zentrale Durchführung und Aufbereitung von Erhebungen durch das Statistische Amt bedurfte der Zustimmung des Verwaltungsrates und des Länderrates.

Beim Statistischen Amt wurde ein Statistischer Ausschuß mit beratender Funktion gebildet, der sich seinerseits in seiner Arbeit auf Fachausschüsse stützte. Dem Ausschuß gehörten u.a. Vertreter der Statistischen Ämter, der Verwaltungen und der Wirtschaft an.

Das Statistische Amt hatte Ende Januar 1948 insgesamt 245 Mitarbeiter. Für das Jahr 1949 sah der Haushaltsplan 378 Stellen vor.³⁸ Der Geschäftsverteilungsplan des Amtes sah folgende acht Abteilungen vor:

- Allgemeine Organisation und Verwaltung des Amtes, Organisation und Koordinierung der Statistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes,
- Zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung, volkswirtschaftliche Bilanzen, Veröffentlichungen,
- Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik,
- Industrie- und Gewerbestatistik,
- Handels- und Verkehrsstatistik,
- Statistik der Preise und Löhne, Bautätigkeitsstatistik und Wohnungswesen, Sozial- und Fürsorgestatistik,

³⁷ Das Gesetz ist in der Fassung des 2. Gesetzes über den vorläufigen Aufbau der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 2. Überleitungsgesetz vom 12. Dezember 1948, nachzulesen in: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 96 ff.

³⁸ Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 23 f.

- Finanz- und Steuerstatistik, Statistik des Geld- und Kreditwesens und
- Bevölkerungsstatistik (einschl. berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung).

3.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit

3.2.1 Berufszählungen

Auf der Grundlage einer Anordnung des Magistrats vom 31. Juli 1945 wurde in Berlin bereits zum Stichtag 12. August 1945 eine Volks- und Berufszählung durchgeführt. Erfaßt wurden u.a.:

- der erlernte Beruf,
- der ausgeübte Beruf (jeweils für vor dem Krieg, während des Krieges und nach dem Krieg),
- die Stellung im (jetzt ausgeübten) Beruf sowie
- Angaben zum jetzigen Arbeitgeber.

Die Zählung war verbunden mit einer Arbeitsstättenzählung zum Stichtag 31. Juli 1945.

In der Sowjetischen Besatzungszone (ohne Berlin) wurde nach einheitlichen Grundsätzen und gleichen Zähllisten eine mit einer Betriebszählung verbundene Volks- und Berufszählung am 1. Dezember 1945 vorgenommen. Sie basierte auf einer Anweisung der Länder und Provinzen, der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung sowie der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler der SBZ.³⁹ Mit der Zählung wurden u.a. erfasst:

- der ausgeübte Beruf,
- die Stellung im Beruf,
- der erlernte Beruf,
- Angaben zur Arbeitsstätte und
- zur Arbeitslosigkeit.

Weitere (Volks-)Zählungen fanden auf Anordnung der Landesregierung im Land Sachsen per 3. November 1945 und in der Französischen Besatzungszone am 26. Januar 1946 statt. All diese Zählungen brachten jedoch lediglich partielle, zudem sehr schnell veraltende Erkenntnisse.

3.2.2 Volks- und Berufszählung 1946

Dringend benötigt wurden jedoch statistische Angaben über Bevölkerung und Erwerbstätigkeit für alle vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Der Alliierte Kontrollrat beschloß daher, am 29. Oktober 1946 in Deutschland eine Volks- und Berufszählung durchzuführen. Diese Zählung stellte die wohl einzige

³⁹ Siehe dazu auch SZS, Zentrales Zählbüro, Teil I, 1979, S. 111.

größere gesamtdeutsche Verwaltungsmaßnahme in der Nachkriegszeit dar. Rechtsgrundlage war das Gesetz Nr. 33 vom 20. Juli 1946 bezüglich der Volkszählung in Deutschland des Kontrollrates in Deutschland.⁴⁰ Die Zählung war ursprünglich für den 1. Juli 1946 vorgesehen; die Verschiebung des Termins wurde auf der 46. Sitzung des Koordinierungskomitees des Alliierten Kontrollrates beschlossen.

Artikel II des genannten Gesetzes legte fest, dass Angehörige der Besatzungsarmeen und der Militär- und Kontrollbehörden sowie Zivilpersonen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die den Besatzungstruppen angegliedert bzw. von der für Deutsche bestehenden Meldepflicht ausgenommen waren, nicht in die Zählung einzubeziehen waren. Kriegsgefangene, Verschleppte in Lagern einer alliierten Militärbehörde und internierte Zivilpersonen waren durch die Besatzungsbehörden zu erfassen (Artikel III). Der Fragekatalog (Anhang A) war verbindlich vorgeschrieben, konnte jedoch durch die Zonenbefehlshaber erweitert werden (Artikel V). Er enthielt u.a. Fragen:

- zum Bildungsgrad,
- zum „gegenwärtigen“ Beruf,
- zur Stellung im Beruf und
- zur Arbeitsstätte.

Die Verantwortung für die Zählung oblag den deutschen Behörden (Artikel VI). Ausführungsbestimmungen verfügten die Zonenbefehlshaber. Beispielsweise regelte der Befehl Nr. 277 des Obersten Chefs der SMAD vom 13. September 1946⁴¹ die Durchführung der Zählung für die SZS. So wurde u.a. dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone und den Präsidenten der Provinzen und Länder die Verantwortung übertragen.

Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Berlin lehnte sich methodisch eng an die Zählung zum 17. Mai 1939 an. Nach dem Merkmal Erwerbstätigkeit wurden unterschieden:

- Erwerbspersonen,
 - Erwerbstätige,
 - Erwerbslose,
 - Selbständige Berufslose und
 - Angehörige ohne Beruf.
- (Erwerbspersonen + Angehörige ohne Beruf = Berufszugehörige).

Nach der Stellung im Beruf wurde differenziert wie folgt:

- Selbständige,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Beamte (nicht in der SBZ und Berlin)

⁴⁰ Veröffentlicht im Amtsblatt des Kontrollrates Nr. 9 vom 31. Juli 1946, S. 166 ff. (nach SZS 1979, Zentrales Zählbüro, Teil I, S. 55 ff.).

⁴¹ SZS 1979, Zentrales Zählbüro, Teil I, S. 59 ff.

- Angestellte und
- Arbeiter (einschl. Heimarbeiter).

Erstmals war im Frageprogramm keine Frage nach der nebenberuflichen Tätigkeit enthalten.

Bei der wirtschaftssystematischen Gliederung wurden 138 Wirtschaftszweige unterschieden, die zu 34 Wirtschaftsgruppen bzw. 5 Wirtschaftsabteilungen aggregiert wurden. Gegenüber der Zählung im Jahre 1939 wurde das Verzeichnis der Wirtschaftszweige nur geringfügig verändert (erweitert), so dass die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse in dieser Beziehung kaum beeinträchtigt wurde. Anders liegen die Dinge hinsichtlich der berufssystematischen Differenzierung. Da die Berufssystematik gegenüber der aus dem Jahre 1939 erheblich verändert wurde, ist der zeitliche Vergleich der 1939 und 1946 erhobenen Daten erschwert. Die Berufssystematik 1946 enthielt 436 Berufe; diese wurden zu 145 Berufsarten bzw. 37 Berufsgruppen und 8 Berufsabteilungen zusammengefaßt.

Gemäß einer EntschlieÙung des Bevölkerungsausschusses der Zivilverwaltungsabteilung beim Alliierten Kontrollrat wurde im Winter 1947/48 ein Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 gebildet. In dem Ausschuß waren alle vier Besatzungszonen und Groß-Berlin mit je einem deutschen Statistiker und einem Stellvertreter repräsentiert. Dem Ausschuß oblag entsprechend seinen Statuten die Aufgabe, die von den Statistischen Ämtern der Besatzungszonen erarbeiteten Ergebnisse der Zählung zu Ergebnissen für Deutschland zusammenzustellen und diese zu veröffentlichen, verbunden mit einer Darstellung der systematischen und methodischen Grundlagen sowie einer textlichen Auswertung der Ergebnisse.

Bei der Betrachtung der veröffentlichten Daten ist jedoch Einiges zu beachten. Da der Erlaß von Ausführungsbestimmungen zum Kontrollratsgesetz Nr. 33 den Zonenbefehlshabern überlassen wurde, ergab sich zwischen den Zonen eine Reihe methodischer Unterschiede bei der Durchführung der Zählung. So lagen den berufsstatistischen Auswertungen die Unterlagen folgender Personenkreise zugrunde:

- Amerikanische Zone – Wohnbevölkerung (außer Bremen: ortsanwesende Bevölkerung) einschl. Lagerinsassen ohne Insassen von DP-Lagern,
- Britische Zone – ortsanwesende Bevölkerung ohne Insassen von Lagern,
- Französische Zone – Wohnbevölkerung einschl. Insassen von Lagern ohne Insassen von DP-Lagern und
- Sowjetische Zone und Berlin – Wohnbevölkerung ohne Insassen von Lagern.⁴²

⁴² Als Lager kamen in Frage Kriegsgefangenenlager, Dienstgruppenangehörigenlager, Zivilinterniertenlager, Flüchtlingsdurchgangslager; DP-Lager waren Lager für verschleppte Personen, die sich im Besitz von Ausweispapieren für Verschleppte befanden und in Lagern untergebracht waren, für die eine alliierte Militärbehörde die Verantwortung übernommen hatte.

Die dadurch bedingten Abweichungen lassen sich mittels entsprechender, nach Besatzungszonen und Ländern differenzierter, vom Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 veröffentlichter Angaben⁴³ hinsichtlich ihrer quantitativen Auswirkungen beurteilen. Eine detaillierte Darstellung der methodischen Abweichungen wurde ebenfalls von dem genannten Ausschuß publiziert.⁴⁴

Zur Durchführung und Auswertung der Zählung wurde unter schweren Bedingungen von den deutschen Statistikern eine beachtliche Arbeit geleistet. Jedoch führte die einzige vierzonale Volks- und Berufszählung nach der Auffassung von Hölder und Ehling „... durch unzureichende Vorbereitung und den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen zu wenig brauchbaren und bald überholten Ergebnissen ...“⁴⁵. Dennoch sind die Daten für historische Forschungen sicher von einigem Wert.

3.2.3 Weitere Statistiken der Erwerbstätigkeit

Außer mit Berufszählungen wurden in der Nachkriegszeit Beschäftigtenangaben auch in Verbindung und Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen, mit der Industrierichterstattung und insbesondere mittels einer Statistik der Arbeitsverwaltungen erhoben. Beispielsweise war die im Land Sachsen per 3. November 1945 durchgeführte Volkszählung mit einer Zählung der gewerblichen Betriebe verbunden. Besonders detaillierte Beschäftigtenangaben wurden in Berlin mit der Arbeitsstättenzählung zum Stichtag 31. Juli 1945, die zusammen mit der Volks- und Berufszählung am 12. August 1945 durchgeführt wurde, erfaßt. Jeweils getrennt nach dem Geschlecht wurden für Ende März und Ende Juli 1945 erfragt:

- Tätige Inhaber,
- Sonstige Leiter,
- Angestellte (ohne Lehrlinge und Anlernlinge),
- Kaufmännische und Bürolehrlinge und Anlernlinge,
- Arbeiter (ohne Lehrlinge und Anlernlinge),
- Gewerbliche Lehrlinge und Anlernlinge,
- Mithelfende Familienangehörige und
- Heimarbeiter.

Gesondert erhoben wurden Jugendliche unter 18 Jahren nach:

- Lehrlinge,
- Anlernlinge und
- Sonstige Jugendliche,

differenziert nach Kaufmännisches- und Büropersonal sowie Gewerbliches Personal mit Unterscheidung des Geschlechts.

⁴³ 1949, S. V.

⁴⁴ 1950, Heft I, S. IV f.

⁴⁵ Hölder, Ehling 1991, S. 24.

Auch die am 1. Dezember 1945 in der SBZ durchgeführte Volks- und Berufszählung war mit einer Betriebszählung verbunden. In einem gesonderten Abschnitt der Haushaltsliste wurden die Beschäftigten insgesamt erfaßt, und zwar zum Stichtag der Zählung. Darüber hinaus wurde der Beschäftigtenstand von landwirtschaftlichen Betrieben für das Jahr 1939 und von gewerblichen Betrieben mit Stand Ende März 1945 erfragt.

Allmählich wurde auch die Industriestatistik wieder aufgebaut, wenngleich auch unter den obwaltenden Umständen mit zonalen Unterschieden.

In der Amerikanischen Besatzungszone wurde die erste Erhebung der Industrierichterstattung als Nacherhebung für die Monate Januar bis Juni 1946 durchgeführt. Erfaßt wurden Beschäftigte insgesamt, nach Inhabern, Arbeitern und Angestellten differenziert. Mit der anschließenden monatlichen Berichterstattung wurden Industriebetriebe ab 10 Beschäftigte befragt, jährlich wurden alle Betriebe einbezogen. Ab Januar 1947 wurde in der Britischen Besatzungszone eine Industrierichterstattung eingeführt. Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (Bizone = Amerikanische und Britische Zone) kam im August 1947 die erste vereinheitlichte Industrierichterstattung zur Durchführung. Alle Industriebetriebe ab 10 Beschäftigte (das waren ca. 42 000 Betriebe mit 3,3 Millionen Beschäftigten) hatten monatlich die Beschäftigten sowie die geleisteten und die ausgefallenen Arbeiterstunden abzurechnen. Jährlich wurden auch die Kleinbetriebe (ca. 25 000 mit rd. 100 000 Beschäftigten) befragt.

In der SBZ wurde auf Befehl der SMAD vom 25. September 1945 eine Registrierung der Industrieunternehmen per 10. Oktober 1945 mit der Erfassung von Beschäftigtenangaben verbunden. Erfaßt wurden alle Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten oder einen Produktionswert in 1944 von über 100 000 Reichsmark. Erfragt wurden u.a.

- Beschäftigte insgesamt,
- Arbeiter und
- Ingenieure, Techniker, Meister.

Die in der Folge aufgebaute Industriestatistik für das Territorium der SBZ (vom Autor leider nicht näher rekonstruierbar) beinhaltete auf der Grundlage eines Befehls der SMAD von 2. August 1948 auch einen Bericht über die Bewegung der Arbeitskräfte sowie einen Bericht über die Ausnutzung der Arbeitszeit. Auf Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission (S 15/49) wurde schließlich für die Industriebetriebe ab Januar 1949 ein:

- monatlicher Kurzbericht,
- umfassenderer Vierteljahresbericht und
- Jahresbericht (fiel bereits in den Existenzzeitraum der DDR)

eingeführt. Beispielsweise im Vierteljahresbericht waren die Gesamtbeschäftigten in der Differenzierung nach:

- Arbeiter (getrennt nach gelernt, angelernt, ungelernt, Umschüler),
- Gewerbliche Lehrlinge,
- Kaufmännische Angestellte und Büropersonal,

- Ingenieure, Techniker, Meister,
- Sonstige technische Angestellte und
- Kaufmännische Lehrlinge

abzurechnen.

Bis zum Kriegsende war die Statistik der arbeitsbuchpflichtigen Personen auf der Grundlage der im Februar des Jahres 1935 eingeführten Arbeitsbuchpflicht eine wichtige Quelle erwerbsstatistischer Daten. Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates wurde jedoch die Arbeitsbuchpflicht aufgehoben. Die bei den Arbeitsämtern geführten Karteien wurden größtenteils vernichtet und standen nicht mehr zur Verfügung. Die Nachkriegssituation in Deutschland erforderte aber dringend eine wirkungsvolle Arbeitskräfte lenkung sowie entsprechende statistische Übersichten. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst in der SBZ mit dem Befehl Nr. 65 der SMAD vom 15. September 1945, untersetzt durch zwei am 1. Oktober 1945 erlassene Verordnungen der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, die Registrierpflicht für die arbeitsfähige Bevölkerung bei den Arbeitsämtern der örtlichen Behörden eingeführt. Für Nichtbefolgung wurde der Entzug der Lebensmittelkarten angedroht. Die Registrierung war verbunden mit der Ausstellung von Arbeitsbüchern für Beschäftigte und Registrierkarten für Arbeitslose. Auf dieser Grundlage waren Angaben über die beschäftigte und arbeitsfähige arbeitslose Bevölkerung monatlich zu ermitteln und der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vorzulegen.

Mit dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946 wurde schließlich für alle Besatzungszonen Deutschlands eine Registrierpflicht für Männer im Alter von 14 bis 65 und für Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahre angeordnet. Darüber hinaus umfaßte die Registrierpflicht alle erwerbstätigen oder arbeitsuchenden Personen. Die Registrierung erfolgte bei den örtlichen Arbeitsverwaltungen. Sie war verbunden mit der Ausgabe einer Meldekarte (Amerikanische Zone), eines Arbeitspasses (Britische Zone), eines Berufsbuches (Französische Zone) bzw. eines Arbeitsbuches oder einer Registrierkarte (SBZ, s.o.). Die im Zusammenhang mit der Registrierung geführten Unterlagen waren in allen Besatzungszonen die Grundlage für die Beschäftigten- und Arbeitsmarktstatistik, in deren Rahmen in unterschiedlicher Periodizität Daten nach den verschiedensten Merkmalen gewonnen wurden (derartige Merkmale waren u.a. Beruf, Alter, Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte und soziale Stellung). Träger dieser Statistik waren die Arbeitsverwaltungen.

In der DDR wurde die „allgemeine Arbeitsstatistik“, zuletzt vom Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen getragen, bis 1951 durchgeführt. Sie erübrigte sich dort durch die Erweiterung der Arbeitskräfteberichterstattung und die Einführung der Berufstätigenerhebung ab 1952 (siehe Abschnitt 4.1.2.3). In der BRD wurde die statistische Auswertung der Unterlagen bei den Arbeitsämtern eingestellt, da zunehmend Differenzen zu den Ergebnissen des Mikrozensus (s. Abschnitt 4.2.3.3) sowie größere Differenzen zur Berufszäh-

lung im Jahre 1961 (s. Abschnitt 4.2.3.2.2) auftraten. Näheres zur Arbeitsstatistik in der BRD bis zu diesem Zeitpunkt kann man nachlesen bei Galland.⁴⁶

4. Die Statistik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland

4.1 Die Statistik in der DDR

4.1.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik

Zunächst zur Differenzierung der amtlichen Statistik der DDR. Die Begriffe ausgelöste und unausgelöste amtliche Statistik waren in der DDR nicht gebräuchlich. Vielmehr wurde zwischen zentralisiertem und fachlichem Berichtswesen unterschieden. Während die Begriffe zentralisiertes Berichtswesen und ausgelöste Statistik inhaltsgleich sind, umfaßte das fachliche Berichtswesen neben der unausgelösten amtlichen Statistik auch einen Bestandteil, der nicht der amtlichen Statistik zuzuordnen war. Dabei handelte es sich um jenen Teil des Berichtswesens, den die Generaldirektoren der Kombinate gegenüber den ihnen unterstellten Betrieben (BRD-Terminus: Unternehmen) eigenverantwortlich organisierten und durchführten. Somit war das fachliche Berichtswesen definiert als Gesamtheit der nicht vom statistischen Dienst der DDR durchgeführten Berichterstattungen und deren weitere Verarbeitung. Wichtige Rechtsgrundlagen zur Gestaltung des Berichtswesens waren u.a.:

- Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Mai 1954⁴⁷,
- Verordnung über das Berichtswesen vom 20. Juli 1956⁴⁸,
- Verordnung über das Berichtswesen vom 2. Oktober 1958⁴⁹ sowie 1. Durchführungsbestimmung vom 3. Oktober 1958⁵⁰ und
- Verordnung über das Berichtswesen vom 26. März 1969⁵¹.

Die unausgelöste Statistik hatte in der DDR im Verhältnis zur ausgelösten Statistik überwiegend einen ergänzenden Charakter (siehe auch Abschnitt 4.1.2.5). In allen Fällen, in denen es volkswirtschaftlich rationell war, wurden Berichterstattungen unmittelbar durch zentrale oder örtliche Staatsorgane orga-

⁴⁶ Galland 1956, S. 26 ff.

⁴⁷ GBl. 1954, Nr. 54, S. 544.

⁴⁸ GBl. 1956, I Nr. 66, S. 774.

⁴⁹ GBl. 1958, I Nr. 63, S. 774.

⁵⁰ GBl. 1958, I Nr. 63, S. 776.

⁵¹ GBl. 1969, II Nr. 29, S. 195.

nisiert und durchgeführt. Dabei waren Doppelerfassungen neben dem zentralisierten Berichtswesen generell untersagt. Unausgelöste Statistiken unterlagen einer Genehmigungspflicht. Nach den zuletzt gültigen Regelungen erforderten derartige, in Ergänzung zum zentralisierten Berichtswesen durchgeführte Erhebungen zu spezifischen Fragen eines Bereiches, eines Zweiges, eines Territoriums oder einer spezifischen Verwaltungsaufgabe die Bestätigung durch den Ministerrat der DDR sowie die anschließende Registrierung durch die SZS (Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985).⁵²

Das Berichtswesen der DDR war in hohem Maße beim statistischen Dienst zentralisiert. Die Konzentration der aus gesellschaftlicher Sicht bedeutsamsten statistischen Berichterstattungen bzw. der Verantwortung für deren Vorbereitung und Durchführung bei den für die Statistik zuständigen Staatsorganen war ein sich über Jahre erstreckender Prozeß, der jedoch insbesondere in den Jahren 1957 und 1958 sprunghaft vorangetrieben wurde. Dem statistischen Dienst, der bis dahin 43 Berichterstattungen in eigener Regie bearbeitete, wurde für weitere 99 Erhebungen die volle Verantwortung übertragen. Bezweckt wurde damit eine Entlastung der Fachorgane von statistischer Arbeit, die Vermeidung von Doppelarbeiten sowie eine sachkundige und rationelle Vorbereitung und Durchführung der Berichterstattungen, nicht zuletzt auf der Basis einer im Verlauf der Entwicklung aufgebauten speziellen technischen Ausrüstung. Im Jahre 1989 umfaßte das zentralisierte Berichtswesen insgesamt 239 Berichterstattungen. Der Vollständigkeit halber muß hier allerdings angefügt werden, dass die Zentralisation des Berichtswesens nicht ausnahmslos alle Aufgabengebiete erfaßte. So wurden einige wenige wichtige Erhebungen von den zuständigen staatlichen Fachorganen durchgeführt. Dazu gehörten beispielsweise die Schulstatistik, die Hochschulstatistik und die Kriminalstatistik.

Die erste Statistikbehörde der DDR war das Statistische Zentralamt (siehe dazu auch Abschnitt 3.1.1), das mit Gründung der DDR im Oktober 1949 dem Ministerium für Planung (ab 1951: Staatliche Plankommission) zugeordnet wurde. Die Dienststelle in Berlin hatte in diesem Jahr 645 Mitarbeiter, darunter waren tätig in der Hauptabteilung

- Industrie: 118,
- Landwirtschaft: 73,
- Handel, Verkehr, Versorgung: 54,
- Finanzen: 84,
- Bevölkerung: 46

und in der statistisch-technischen Abteilung 122 Mitarbeiter. Später wurde noch eine Hauptabteilung Arbeitskräfte mit 52 Mitarbeitern (Stand 1952) gebildet.⁵³ In der Verordnung über die Reorganisation des statistischen Dienstes

⁵² GBl. 1985, I Nr. 23, S. 261. Eine Übersicht über die im Jahre 1989 durchgeführten unausgelösten Statistiken auf dem Gebiet Arbeitskräfte und Löhne findet man in SZS 1989 (Inspektion für Berichtswesen).

⁵³ SZS 1987, S. 96.

vom 16. Februar 1950⁵⁴ wurde die fachliche Unterstellung aller statistischen Regionaldienststellen unter die Leitung des Statistischen Zentralamtes verfügt; die Dienstaufsicht verblieb bei den Chefs der regionalen Verwaltungen. Als Folge der Verwaltungsreform wurden die Statistischen Landesämter 1952 aufgelöst und Bezirks- und Kreisstellen aufgebaut. Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung des Statistischen Zentralamtes in Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS). 1956 wurde die SZS selbständiges, dem Ministerrat unterstelltes Organ mit direkt unterstellten Bezirks- und Kreisstellen (Verordnung über die Aufgaben und die Organisation der Statistik vom 20. Juli 1956)⁵⁵. Weitere Rechtsgrundlagen für die Aufgaben der SZS waren unter anderem:

- der Beschluß über das Statut der SZS vom 16. Oktober 1958⁵⁶,
- der Beschluß über „Vorläufige Grundsätze über die Verantwortung und Hauptaufgaben der SZS im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR“ vom 10. November 1963⁵⁷,
- die Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 28. Oktober 1966⁵⁸ sowie
- das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 24. Juli 1975⁵⁹.

Die SZS war das zentrale staatliche Organ für die amtliche Statistik der DDR. Sie trug die Verantwortung für die rationelle Gestaltung und umfassende Anwendung von Rechnungsführung und Statistik und damit gleichzeitig für die Bereitstellung von statistischen Informationen für die Leitung und Planung auf allen Ebenen. Darüber hinaus war ihr das Kombinat Datenverarbeitung unterstellt, demgegenüber sie alle Aufgaben eines wirtschaftsleitenden Organes wahrzunehmen hatte. In Verbindung damit oblag der SZS die Verantwortung für den rationellen Einsatz elektronischer Rechentechnik in den Territorien (Einwohnerdatenspeicher, Wohnungsdatspeicher).

Die amtliche Statistik der DDR fußte seit Ende der sechziger Jahre auf dem System von Rechnungsführung und Statistik. Man verstand darunter ein einheitliches System der Erfassung, Erarbeitung (einschließlich Übermittlung), Speicherung, Darstellung (einschließlich Nachweisführung) und Auswertung der für Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen. Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik waren:

- Definitionen von Kennziffern und Begriffen,
- volkswirtschaftliche Systematiken und Nomenklaturen und

⁵⁴ GBl. 1950, Nr. 15, S. 99.

⁵⁵ GBl. 1956, I Nr. 66, S. 600.

⁵⁶ GBl. 1958, I Nr. 58, S. 791.

⁵⁷ GBl. 1963, II Nr. 104, S. 805.

⁵⁸ GBl. 1966, II Nr. 140, S. 881.

⁵⁹ GBl. 1975, I Nr. 36, S. 639.

- Rechtsvorschriften und andere Festlegungen (z.B. über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz, einheitliche Primärdokumente, die Erfassung und das Berichtswesen).

Diese Bestandteile waren als Mindestanforderung einheitlich und verbindlich für die gesamte Volkswirtschaft vorgegeben. Damit wurde die Vergleichbarkeit zwischen allen Bereichen und Territorien gesichert. Die einzelnen Verantwortungsbereiche (z.B. Kombinate, Betriebe) waren berechtigt, diese grundlegenden, einheitlichen gesetzlichen Anforderungen entsprechend ihren spezifischen Bedingungen zu ergänzen.

Bis gegen Ende der sechziger Jahre existierten in der DDR zwei Informationssysteme nebeneinander:

- das Rechnungswesen zur Informationsgewinnung für betriebliche Zwecke,
- die Statistik zur Erarbeitung von Daten für volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellungen (die sich aber letztlich auf Angaben aus den Betrieben und Einrichtungen stützte).

Beide Systeme waren historisch gewachsen, waren eigenständig und standen unter der Ägide unterschiedlicher staatlicher Organe (Ministerium der Finanzen/Staatliche Zentralverwaltung für Statistik). Daraus erwuchsen unerfreuliche Erscheinungen zweierlei Art. Erstens war der Erfassungsaufwand unnötig hoch, da teilweise Daten für unterschiedliche Zwecke zum gleichen Beobachtungsgegenstand mehrfach erarbeitet wurden. Zweitens führte die fehlende Harmonisierung zwischen beiden Systemen, aber z.T. auch zwischen dem Rechnungswesen einzelner Unternehmen und/oder Bereiche, hinsichtlich der Begriffswelt, der Systematiken u.a. wichtiger Hilfsmittel zu Widersprüchlichkeiten und Beeinträchtigungen der Vergleichbarkeit.

Um diese Nachteile zu überwinden, wurde der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die Verantwortung auch für das Rechnungswesen übertragen (1964). Damit war eine wichtige Voraussetzung für die Fusion beider Informationssysteme erfüllt. Sie wurde nach umfangreichen Vorarbeiten, die wie auch die spätere Pflege und Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen (insbesondere den Betrieben) vorgenommen wurden, vollzogen. So konnte Rechnungsführung und Statistik in den Jahren 1968 bis 1971 schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt werden. Damit sowie durch die einheitliche Gestaltung und Anwendung der Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik wurden gute Bedingungen für die Qualität der statistischen Daten und ihre Widerspruchsfreiheit sowie für eine hohe Rationalität bei der Informationser- und -verarbeitung geschaffen, zumal die entsprechenden gesetzlichen Regelungen auch Festlegungen zur Ordnungsmäßigkeit enthielten. Dies war auch das primäre Ziel der Vereinigung beider Informationssysteme. Zuweilen findet man in der Literatur die Ansicht, die Zusammenführung von Rechnungsführung und Statistik sei einzig der Notwendigkeit der Planabrechnung geschuldet. Diese Sicht der Dinge ist zu eng. So stellt z.B.

Winkler fest, dass die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen Buchführung und Statistik unabhängig von der Existenz einer Planwirtschaft gegeben sind⁶⁰ und es ein „besonderer Verdienst“ der ostdeutschen Statistik sei, „diese innere Beziehung zwischen Statistik und Buchführung anerkannt zu haben.“⁶¹.

Die wichtigsten Rechtsgrundlagen zu Rechnungsführung und Statistik waren:

- Verordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik vom 12. Mai 1966⁶²,
- Anordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie vom 12. Mai 1966⁶³,
- Verordnung über das Berichtswesen vom 26. März 1969⁶⁴,
- Anordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung der Industrie und Bauindustrie vom 15. Mai 1969⁶⁵,
- Anordnung über die Einbeziehung der Privatbetriebe der Industrie und Bauindustrie in das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik vom 15. Mai 1969⁶⁶,
- 4. Durchführungsbestimmung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik – Ordnungsmäßigkeit – vom 16. September 1970⁶⁷,
- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 20. Juni 1975⁶⁸,
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 20. Juni 1975⁶⁹,
- Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik vom 31. Dezember 1975⁷⁰,
- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985⁷¹ und
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6. August 1985⁷².

⁶⁰ Winkler, O.W. 1991, S. 460.

⁶¹ A.a.O., S. 463.

⁶² GBl. 1966, II Nr. 70, S. 445.

⁶³ GBl. 1966, II Nr. 79, S. 495.

⁶⁴ GBl. 1969, II Nr. 29, S. 195.

⁶⁵ GBl. 1969 – Sonderdruck 628, S. 3.

⁶⁶ GBl. 1969 – Sonderdruck 628, S. 29.

⁶⁷ GBl. 1970, II Nr. 80, S. 557.

⁶⁸ GBl. 1975, I Nr. 31, S. 585.

⁶⁹ GBl. 1975 – Sonderdruck 800.

⁷⁰ GBl. 1976, I Nr. 2, S. 21.

⁷¹ GBl. 1985, I Nr. 23, S. 261.

⁷² GBl. 1985 – Sonderdruck 800/1.- Zu vorübergehend praktizierten vereinfachten Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik für einen bestimmten Betriebskreis siehe Abschnitt 3.1.1 im Anhang A.

Die primäre Erfassung der Daten entsprechend den Mindestanforderungen erfolgte, wenn nicht eine Erfassung auf maschinenlesbaren Datenträgern vorgenommen wurde, auf von der Zentralstelle für Primärdokumentation als Organ der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erarbeiteten einheitlichen Vordrucken, sogenannten Primärdokumenten. Diese waren datenverarbeitungsgerecht gestaltet und konnten um zweigtypische Kennziffern ergänzt werden. Ihre verbindliche Einführung wurde mit der Anordnung Nr. 2 über die Einführung und Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vom 22. Januar 1974⁷³ geregelt. Damit wurde die Vielzahl der in der betrieblichen Praxis verwandten, unterschiedlichsten Belege wesentlich reduziert. Das schuf die Voraussetzungen für eine rationelle Gestaltung der Informationsgewinnung und des Informationsflusses. Durch die Anwendung entsprechender Standards wurden die Belegausfüllung erleichtert, eine moderne Datenverarbeitung ermöglicht, die Verbindung zum Berichtswesen gesichert, die Informationsbeziehungen zwischen den Unternehmen rationalisiert sowie die Anwendung überbetrieblicher Datenverarbeitungslösungen stimuliert. Gleichzeitig wurden so die Grundlagen für die Entwicklung und Anwendung moderner Formen des Berichtswesens geschaffen: auf dem Gebiet der Erwerbstätigenstatistik erfolgte z.B. die Datenübermittlung an die SZS für die Berufstätigenerhebung und die Arbeitskräfteberichterstattung ab Mitte der achtziger Jahre vom Kombinat Robotron und vom Ministerium für Kohle und Energie für ihre Unternehmen auf maschinenlesbaren Datenträgern (Magnetband), d.h. ein Arbeitsschritt (Ausfüllung des Formblattes) wurde eingespart. Das bewirkte außerdem eine Qualitätsverbesserung der Daten, die von der SZS entgegengenommen wurden, da die Fehlerrisiken einer Formblattausfüllung umgangen und vor der Datenübergabe an die SZS Prüfprogramme abgearbeitet wurden.⁷⁴

Die Datenerfassung erfolgte im zentralisierten Berichtswesen auf Formblättern, sieht man einmal von den dargestellten Ansätzen zur formblattlosen Datenübermittlung in der Erwerbstätigenstatistik ab. Zur Minimierung von Ausfüllungsfehlern waren die Formblätter weitgehend Nutzer- und bearbeitungsfreundlich gestaltet; die sich aus der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung ergebenden Erfordernisse fanden Berücksichtigung. Außerdem kamen ab Mitte der siebziger Jahre weitgehend standardisierte Formblätter zur Anwendung, die durch die Stabilität der Erwerbstätigenstatistik zudem kaum Veränderungen unterworfen waren. Die Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der gemeldeten Daten waren auf dem Formblatt entsprechend der gesetzlich fixierten Verantwortlichkeit von Betriebsleiter und Hauptbuchhalter unter-

⁷³ GBl. 1974, I Nr. 6, S. 63.

⁷⁴ Einzelheiten zu den Primärdokumenten der Arbeitskräfterechnung, zu den für dieses Sachgebiet von Rechnungsführung und Statistik fixierten Mindestanforderungen sowie zu den angewandten Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken sind im Abschnitt 1. im Anhang B dargestellt.

schriftlich zu bestätigen. Versand und Einzug der Formblätter erfolgten bis auf wenige Ausnahmen (beispielsweise Deutsche Post, Deutsche Reichsbahn) durch die Kreisstellen der SZS, die auch die Vollzähligkeit der Berichtsbogen zu sichern hatten und eine erste Prüfung der Angaben hinsichtlich Vollständigkeit und sachlicher Widerspruchsfreiheit vornahmen. Bei der Klärung von Unstimmigkeiten wirkte sich die Betriebsnähe der Kreisdienststellen förderlich aus. Diese Betriebsnähe ermöglichte es auch, in Einzelfällen von Fehlerhäufungen bei bestimmten Betrieben einen sogenannten konsultativen Einzug der Belege durchzuführen. Das bedeutete, dass der betriebliche Bearbeiter der Berichterstattung das ausgefüllte Formblatt persönlich in der Kreisstelle abgab, durch den zuständigen Sachbearbeiter in die Prüfung der Daten einbezogen wurde, zur schnellen Klärung von Unstimmigkeiten beitragen konnte und gleichzeitig Hinweise zur künftigen Fehlervermeidung erhielt.

Bis zur Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung hatte die Belegprüfung in den Kreisstellen besonders umfassend zu sein, da überwiegend die Ergebnisse territorial (Kreis, Bezirk) erarbeitet und nur Ergebnisse weitergeleitet wurden. In den Kreisstellen übersehene Fehler konnten sich dann durchaus in den Aggregaten verbergen, ohne bei der dann nur noch möglichen Prüfung der Summen auf bezirklicher und/oder zentraler Ebene sichtbar zu werden und eliminiert werden zu können. Anders stellte sich die Situation unter den Bedingungen der Anwendung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen dar, die zunehmend zu einer Zentralisierung der Aufbereitungsprozesse führte. Ab Mitte der siebziger Jahre wurde alle Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik zentral aufbereitet. Das ermöglichte eine Entlastung der Kreisstellen von bestimmten Prüfungsarbeiten, so z.B. von der Prüfung rechnerischer Zusammenhänge. Die ausgefüllten Formblätter wurden über die Bezirksstellen an die bezirklichen Rechenzentren weitergeleitet, wo die Herstellung maschinenlesbarer Datenträger erfolgte, deren weitere Bearbeitung zentral vorgenommen wurde. Der eigentlichen Ergebniserhebung waren nun (in aller Regel zwei bis drei) sogenannte Prüfläufe zur Prüfung der Einzelbelege vorgelagert. Mittels algorithmisierter Rechen- und Plausibilitätskontrollen wurden in dem Datenmaterial enthaltene Fehler lokalisiert und in sogenannten Prüflisten angeschrieben. Bis auf den letzten Prüflauf (zentrale Bearbeitung) erfolgte die Bearbeitung der zentral hergestellten Prüflisten in den Bezirken unter Einschaltung der Kreisstellen und nötigenfalls der Berichtspflichtigen. Die Korrekturen wurden in den Bezirksrechenzentren in maschinenlesbare Form gebracht (sogenannte Korrekturkarten oder Korrekturbänder) und zentral in den Datenbestand eingearbeitet. Auf diese Art und Weise konnte ein hoher Wahrheitsgehalt der Daten gewährleistet werden. Nach Abschluß des Prüf- und Korrekturprozesses wurden zentral die Erhebungsergebnisse aufbereitet. Das geschah sowohl für die zentrale Ebene, als auch für Bezirke und Kreise nach einheitlichen, mit allen Bezirksstellen zuvor abgestimmten Programmen für Bezirks- und Kreisergebnisse. Die Kreis- und Bezirksergebnisse wurden an die territorialen statisti-

schen Dienststellen ausgeliefert und von dort an den jeweiligen örtlichen Empfängerkreis übergeben. Im Verbund mit den sich aus der Fusion von Rechnungsführung und Statistik ergebenden Vorteilen, einer hohen Stabilität des Berichtswesens und weiterer Maßnahmen, wie z.B. der Anwendung des Statistischen Betriebsregisters, ergab sich durch die Zentralisierung der Aufbereitung ein bemerkenswerter Rationalisierungseffekt, der sich nicht zuletzt in einer Verbesserung der Qualität der Daten sowie in einer Erhöhung ihrer Aktualität niederschlug.

Bis Mitte der siebziger Jahre wurde eine Zentrale Datenbank Statistik aufgebaut. Die Speicherung der Daten erfolgte für berichtspflichtige Einheiten (Betriebe). Für die einzelnen Betriebe wurden nur entsprechend ihrer Bedeutung ausgewählte, also speicherwürdige Grundkennziffern (aggregierbare Kennziffern) gespeichert, so z.B. Kennziffern über Produktion und Arbeitskräfte, nicht aber die synthetische Kennziffer Arbeitsproduktivität. Die Speicherung der Daten der Betriebe wurde so vorgenommen, dass alle für die Auswertung notwendigen Gruppierungen möglich wurden (z.B. nach der Regionalstruktur oder nach der wirtschaftssystematischen Zuordnung). Die Zuordnung aller Betriebsdaten erfolgte entsprechend der aktuellen Wirtschaftsstruktur. Historische Basisstrukturen konnten mit gesonderten Programmen hergestellt werden. Alle gespeicherten Daten aller Betriebe und aller Zeiträume waren direkt abruf- und verknüpfbar. Die Speicherorganisation war so aufgebaut, dass ohne Projektumstellungen und ohne Veränderung bestehender Verarbeitungs- bzw. Nutzerprogramme die Datenbasis erweiterungsfähig war, sowohl hinsichtlich der Aufnahme neuer Betriebe als auch neuer Kennziffern. In der Datenbasis wurden zunächst die Daten der berichtspflichtigen Betriebe der Bereiche Industrie und Bau gespeichert. Mit dem Stand Januar 1979 handelte es sich dabei um etwa 20 000 Betriebe. Pro Betrieb wurden bis zu 800 Daten in die Datenbasis der Zentralen Datenbank Statistik übernommen. Später wurde der Speicherumfang auf Landwirtschaftsbetriebe ausgedehnt. Da auch Daten rückwirkend eingespeichert wurden, läßt der Zeitpunkt des Speicheraufbaus bzw. der Einspeicherung keine Rückschlüsse auf den ersten Abrechnungszeitraum, für den Daten eingespeichert wurden, zu. Für die Erwerbstätigenstatistik ist der am weitesten zurückliegende Abrechnungszeitraum, für den Daten in der Datenbank enthalten sind, das Jahr 1971.⁷⁵ In Analogie zur Zentralen Datenbank Statistik sind auch Bezirksdatenbanken aufgebaut worden. Mit der Nutzung der Zentralen Datenbank Statistik war eine Rationalisierung der Arbeit der statistischen Organe sowie eine wesentliche Erweiterung der Möglichkeiten für eine analytische Durchdringung der Daten des zentralisierten Berichtswesens verbunden. Der Öffentlichkeit stand dieser Datenfonds jedoch nicht zur Verfügung.

⁷⁵ siehe Abschnitt 3.1.1. im Anhang A.

Zur Öffentlichkeitsarbeit und den damit im Zusammenhang stehenden Problemen werden im Anhang A (Abschnitt 3.1.1) detailliertere Ausführungen gemacht. An dieser Stelle soll lediglich ein bezeichnendes Zitat zu dieser Thematik angeführt werden. Die Autoren der Betriebsgeschichte der SZS waren sich gewiß nicht des Doppelsinnes ihrer Anmerkung bewußt, als sie die Einstellung des Erscheinens der Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik (Nr. 3/4 – 1959 war das letzte Heft) wie folgt kommentierten: „Unter veränderten politischen Bedingungen war es nicht länger angebracht, in breitem Umfang Analysen und Berichte zu veröffentlichen.“⁷⁶

Die Struktur der Zentralstelle der SZS in Berlin war im Zeitverlauf etlichen Veränderungen unterworfen, deren Darstellung im einzelnen im Rahmen dieser Arbeit nicht für erforderlich gehalten wird. Dargestellt werden soll aber die ab 1970 gültige Struktur, die im wesentlichen bis zur Umbenennung der SZS in Statistisches Amt der DDR im Jahre 1990 Bestand hatte. Es geschieht dies in leicht verkürzter Form, jedoch unter Angabe der jeweiligen Struktur-Nummer, da deren Kenntnis hilfreich bei der Erschließung archivierten Schriftgutes sein kann.

Die Zentralstelle der SZS war ab dem genannten Jahr in folgende Bereiche und Abteilungen gegliedert:

- 1.0 Leiter (verkürzte Darstellung)
- 2.0 Planung und Koordinierung der analytischen Arbeit
 - 2.1 Operative Analyse
 - 2.2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, strategische Analyse
 - 2.3 Presse und Publikationen
- 3.0 Bereichs- und Querschnittsanalysen
- 3.1 Industrie
 - 3.2 Bauwirtschaft und Verkehr
 - 3.3 Land- und Nahrungsgüterwirtschaft
 - 3.4 Versorgung der Bevölkerung, Lebensstandard, Kulturell-soziale Bereiche, Örtliche Versorgungswirtschaft
 - 3.5 Außen- und Materialwirtschaft
 - 3.6 Grundfondsökonomie, Investitionen, Wissenschaft und Technik
 - 3.7 Bevölkerung, Arbeitskräfte, Bildung
- 4.0 Systemgestaltung und Durchführung des Berichtswesens (BW)
 - 4.1 Planung und Koordinierung der Systemgestaltung Rechnungsführung und Statistik
 - 4.2 Planung, Koordinierung und Kontrolle der Projektierung und Durchführung des Berichtswesens, Datenspeicher
 - 4.3 BW Industrie und Außenwirtschaft
 - 4.4 BW Bauwesen und Verkehr

⁷⁶ SZS 1987, S. 125.

- 4.5 BW Land- und Nahrungsgüterwirtschaft
- 4.6 BW Versorgung der Bevölkerung, Lebensstandard, Kulturrell-soziale Bereiche, Örtliche Versorgungswirtschaft
- 4.7 BW Materialökonomie und Verflechtungsbilanzen
- 4.8 BW Grundfondsökonomie, Investitionen, Wissenschaft und Technik, Finanzen/Preise
- 4.9 BW Bevölkerung, Arbeitskräfte, Bildung
- 4.10 Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate
- 4.11 Volkswirtschaftliche Systematisierung
- 4.12 Zentralstelle für Primärdokumentation
- 5.0 Datenverarbeitung (verkürzte Darstellung), u.a.
 - 5.4 Auslandsstatistik
- 6.0 Territorialstatistik und VBWZ
 - 6.1 Territorialstatistik
 - 6.2 Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung
- 7.0 Forschung (verkürzte Darstellung)
- 8.0 Büro der Leitung (verkürzte Darstellung)

Unmittelbar nach der politischen Wende in der DDR nahmen der Präsident des Statistischen Bundesamtes und der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR Kontakt auf. Damit wurde bereits im Dezember 1989 eine Phase intensiver fachlicher Zusammenarbeit der beiden statistischen Dienststellen mit dem Ziel eingeleitet, eine Anpassung der amtlichen Statistik der DDR an die Bundesstatistik schrittweise vorzunehmen. Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 8. März 1990 wurde die SZS mit sofortiger Wirkung in Statistisches Amt der DDR umbenannt. Der Ministerratsbeschuß wurde nicht veröffentlicht. Es erfolgte lediglich am 15. März 1990 eine entsprechende Bekanntmachung im Gesetzblatt der DDR.⁷⁷ Im gleichen Monat wurde in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes und in der Zentrale des Statistischen Amtes der DDR eine Arbeitsgruppe Deutsche Statistik gebildet. Regelmäßige Konsultationen dienten dem Ziel, in der DDR ein Statistik-System aufzubauen, das den Anforderungen einer sozialen Marktwirtschaft entsprach, Konzepte und Methoden der Bundesstatistik mit spezifischen Anpassungen in der DDR anzuwenden. Die Arbeit der Arbeitsgruppe Deutsche Statistik orientierte sich dabei an den Verhandlungen zum Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Dieser Staatsvertrag trat am 1. Juli 1990 in Kraft und benannte u.a. Gebiete, auf denen für die DDR zur BRD-Statistik paßfähige Daten mit Vorrang erarbeitet werden sollten. Es waren dies die Gebiete:

⁷⁷ GBl. 1990, Teil I, Nr. 20, S. 181.

- Arbeitsmarkt,
- Preise,
- Produktion,
- Umsätze,
- Außenwirtschaft und
- Einzelhandel.

Darüber hinaus stand die Erarbeitung vergleichbarer Daten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Vordergrund.

Wie sich alsbald herausstellen sollte, waren die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe Deutsche Statistik eine hervorragende Grundlage für die Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost (siehe Abschnitt 4.2.2). Zunächst aber schlugen sie sich im Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20. Juli 1990 nieder.⁷⁸ Zwar wurde mit diesem Statistikgesetz nicht in den zentralistischen Aufbau des statistischen Dienstes der DDR eingegriffen, aber Aufgaben, Arbeitsweise und das fixierte Berichtswesen ließen bereits deutliche Anpassungen an die Bundesstatistik erkennen. Beispielsweise wurde das Statistische Amt verpflichtet, „die Ergebnisse der amtlichen Statistiken ... für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen“ (§ 3, Abschnitt 1, 1., C)⁷⁹ und „durch regelmäßige Publikationen ... die Information der Öffentlichkeit zu sichern und die demokratische Kontrolle zu unterstützen.“ (§ 4, Abschnitt 2)⁸⁰. An anderer Stelle wurde festgelegt: „Der amtlichen Statistik sind grundsätzlich Methoden, Nomenklaturen und Systematiken zugrunde zu legen, die die Paßfähigkeit zur Bundesstatistik der BRD bzw. zur Statistik der EG sichern.“ (§ 4, Abschnitt 3)⁸¹. Gleichzeitig wurde das Statistische Amt ermächtigt, zur weiteren Vervollkommnung der Paßfähigkeit ohne gesonderte gesetzliche Regelungen Statistiken nicht mehr durchzuführen oder neue Erhebungen ins Leben zu rufen (§ 6, Abschnitt 3)⁸².

Mit § 6, Abschnitt 2 wurden die in der Anlage zum Statistikgesetz⁸³ genannten Erhebungen als amtliche Statistiken der DDR angeordnet. Die aufgeführten Berichterstattungen lassen bereits eine weitgehende Anpassung an die Bundesstatistik erkennen. Während einerseits bestimmte, bisher durchgeführte Erhebungen in der Anlage nicht mehr zu finden sind (von den Statistiken der Erwerbstätigkeit z.B. die Normenberichterstattung und die Schichtberichterstattung), waren neue Erhebungen, dem sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragend, zur Durchführung vorgesehen (z.B. Beschäftigtenstatistik, Streikstatistik). Die Erhebung über Arbeitskräfte, Einkommen, Arbeitszeiten (Arbeitskräfteberichterstattung) und die Berufstätigenerhebung

⁷⁸ GBl. 1990, Teil I, Nr. 52, S. 1004 ff.

⁷⁹ A.a.O., S. 1004.

⁸⁰ A.a.O., S. 1005.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda.

⁸³ A.a.O., S. 1008 ff.

sollten weiter durchgeführt werden (siehe dazu auch die Abschnitte 4.1.4.1 und 4.2.2).

Mit dem Vollzug der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten endete am 3. Oktober 1990 auch die Existenz der amtlichen Statistik der DDR. Zum Stichtag 13. September 1990 hatte das Statistische Amt der DDR insgesamt 3 326 Mitarbeiter, davon waren 733 Mitarbeiter in der Berliner Zentrale, 1 026 Mitarbeiter in den 15 Bezirksstellen und 1 567 Mitarbeiter in den Kreisstellen tätig. Von den Gesamtbeschäftigten hatten 30,5 Prozent einen Hochschul- und 25,6 Prozent einen Fachschulabschluß; 38,1 Prozent waren Facharbeiter und 5,9 Prozent der Beschäftigten verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung.

4.1.2 Statistiken der Erwerbstätigkeit

4.1.2.1 Allgemeine Charakteristik und Qualität der Daten

Quellen für Daten über die Erwerbstätigkeit waren in der amtlichen Statistik der DDR die

- insgesamt vier, zusammen mit Volkszählungen durchgeführten Berufszählungen (Abschnitt 4.1.2.2),
- durch den statistischen Dienst der DDR durchgeführten spezifischen Erhebungen auf dem Gebiet der Erwerbstätigkeit (Abschnitt 4.1.2.3),
- Arbeitsstättenstatistiken sowie bereichsspezifischen, durch die SZS durchgeführten, Berichterstattungen mit Erwerbstätigenangaben (Abschnitt 4.1.2.4) sowie
- durch staatliche Verwaltungsorgane (außerhalb des statistischen Dienstes) veranstalteten statistischen Erfassungen zur Thematik der Erwerbstätigkeit (Abschnitt 4.1.2.5).

Die Spezifika der einzelnen Kategorien sind in den jeweiligen Abschnitten einer näheren Betrachtung unterzogen. Zu den unausgelösten Statistiken findet man darüber hinaus im Abschnitt 4.1.1 zusätzliche Wertungen. Vorweggenommen sei hier, dass aus mehrerlei Gründen die (ausgelösten) amtlichen Erwerbstätigenstatistiken eine besondere Bedeutung hatten. Dies nicht nur deshalb, weil die Thematik der Erwerbstätigkeit ihr Hauptgegenstand war, sondern auch, weil es sich um Erhebungen des laufenden, also relativ kurzzeitig periodisch durchgeführten Berichtswesens handelte, mit denen ein bemerkenswertes Merkmalsspektrum erfaßt wurde. Im Jahre 1989 beispielsweise wurden mit diesen Berichterstattungen Daten zu insgesamt 725 verschiedenen Kennziffern erhoben. Aus diesem Grunde beziehen sich die folgenden Darlegungen vordergründig auf diese Kategorie der Statistiken der Erwerbstätigkeit in der DDR.

Jegliche amtliche Statistik erhält Aufgaben und Prägung vom jeweiligen gesellschaftlichen System, in dem sie existiert. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass das Erscheinungsbild der Erwerbstätigenstatistik der DDR völlig anders geartet war, als das der analogen Statistiken im Deutschen Reich oder in der BRD. Während des gesamten Existenzzeitraumes der amtlichen Statistik der DDR wurden im Rahmen der ausgelösten Erwerbstätigenstatistik lediglich zwei Stichprobenerhebungen durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine repräsentative Untersuchung des natürlichen Abgangs (Tod, Invalidität, Erreichung der Rentenaltersgrenze) per 31. August 1955 und eine Teilerhebung über Arbeitspendler zum Stichtag 15. Oktober 1957. Abgesehen von diesen beiden Ausnahmen kannte die Erwerbstätigenstatistik der DDR weder Stichprobenerhebungen noch sekundärstatistische Erfassungen. Ihr Charakter war, wie das des gesamten zentralisierten Berichtswesens, „primär von der Aufgabe geprägt, Daten für die Ausarbeitung des Planes, für die Kontrolle seiner Erfüllung sowie für darüber hinaus gehende Fragestellungen der Wirtschaftslenkung zu liefern. Das Wirtschaftssystem der weitgehendst zentralisierten Planwirtschaft schloß die bis dahin dominierenden Methoden und Verfahren der Erwerbstätigenstatistik aus und erforderte den vordergründigen Bezug auf den Betrieb sowie die Vollständigkeit der Erfassung im Rahmen des durch die Planung bestimmten Betriebskreises“⁸⁴.

Dieser Zwang zur Vollständigkeit der Erfassung war einerseits nachteilig, da einige angestrebte Aussagen mittels Teilerhebungen mit hinreichender Genauigkeit mit weniger Aufwand hätten ermöglicht werden können. Andererseits schloß er über einen Vorzug ein – die hohe Aussagekraft der erfaßten Daten, selbst bei tiefgehender Merkmalsgliederung. Beispielsweise wurden mit der Berufstätigenerhebung im Jahre 1989 immerhin rund 92 Prozent aller Berufstätigen der DDR erfaßt. Bezogen auf die (mit der BRD-Statistik vergleichbare) Zahl der Erwerbstätigen wurden mit der Arbeitskräfteberichterstattung im gleichen Jahr rund 73 Prozent mindestens vierteljährlich abgerechnet.

Am Rande noch eine Bemerkung zur Planabrechnung. Sie gehörte systembedingt zu den wichtigsten Aufgaben der amtlichen Statistik der DDR. Daraus jedoch den Schluß zu ziehen, die amtliche Statistik der DDR sei auf Planabrechnung zu reduzieren, ist unzulässig und würde den Gegebenheiten widersprechen. Auf dem Gebiet der amtlichen Erwerbstätigenstatistik dienten im Jahre 1989 lediglich 4,8 Prozent der erfaßten Kennziffern der Planabrechnung (bezogen auf die Betriebspläne; bezogen auf den Volkswirtschaftsplan waren es 1,4 Prozent). Die restlichen 690 Kennziffern waren nicht Gegenstand irgendwelcher Pläne und damit auch nicht der Planabrechnung. So hatten komplette Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik keinerlei Bezug zur Planabrechnung (Beschäftigtengruppenerhebung, Berufstätigenerhebung, Normenberichterstattung) und bei zwei Erhebungen dienten nur wenige Kennziffern der Ab-

⁸⁴ Fritz u.a. 1996, Einführungsband, S. 3.

rechnung des Planes (Schichtberichterstattung, Qualifikationsberichterstattung). Selbst in der Arbeitskräfteberichterstattung, die in besonderem Maße der Planabrechnung diente, stand eine ganze Reihe von Kennziffern und Kennziffernkomplexen nicht in einem Bezug zum Volkswirtschaftsplan oder zu Betriebsplänen (beispielsweise Kennziffern zum Nettolohn, zu Beträgen des Arbeitseinkommens, zum Belegschaftswechsel oder zu einer Reihe von Ausfallzeitkennziffern).

Da einerseits gelegentlich noch immer eine gewisse Unsicherheit beim Umgang mit Daten aus der amtlichen Statistik zu beobachten ist, andererseits die Nutzung dieser Daten die Kenntnis bestimmter Zusammenhänge und Gegebenheiten voraussetzt, sollen an dieser Stelle einige Ausführungen zur Qualität der Daten der amtlichen Erwerbstätigenstatistik der DDR gemacht werden.

Für das hier behandelte Spezialgebiet der Statistik kann zunächst grundsätzlich festgestellt werden, dass die vorliegenden Daten überwiegend den Ansprüchen an eine solide Statistik genügen und bei Kenntnis der methodischen und erhebungstechnischen Rahmenbedingungen eine solide Basis für eine erfolgreiche Forschung darstellen. Dieses Urteil wird nicht zuletzt gestützt durch die bei der Rückrechnung und bei den bisherigen Forschungen gesammelten Erfahrungen. Die Betriebe haben in aller Regel in dem gegebenen methodischen Rahmen ordnungsgemäß abgerechnet. Zudem gab es für sie bei den Statistiken über Beschäftigung und Beschäftigte kaum eine Motivation für Falschmeldungen. Der Arbeitskräfteplan gehörte zu den wenigen Planteilen, bei denen inhaltsbedingt eine Untererfüllung wünschenswert gewesen wäre, nicht zuletzt vielleicht auch im Sinne einer freundlicheren Darstellung der Produktivitätsentwicklung. Von Manipulationen in dieser Richtung hatten die Unternehmen jedoch keine Vorteile zu erhoffen, sondern durch den Zusammenhang von Abrechnung/Plan des Folgejahres/Bildung des Prämienfonds Nachteile zu befürchten – eine wirkungsvolle Prävention. Im Rahmen der Datenbe- und -verarbeitung boten Aufbau und Arbeitsweise des statistischen Dienstes (siehe auch Abschnitt 4.1.1) sowie die hohe Qualifikation der Mitarbeiter (Mitte September 1990 hatten über 56 Prozent der Mitarbeiter eine wissenschaftliche Ausbildung) gute Voraussetzungen für eine hohe Datenqualität. Manipulationen durch die Organe der amtlichen Statistik, etwa zur Vortäuschung einer erfreulicheren Planerfüllung, gab es nicht. Selbst die aus diesem Anlaß auf anderen Gebieten nicht all zu selten vorgenommenen (von den Organen der Statistik nicht zu verantwortenden) sogenannten Planpräzisierungen kamen bei der Arbeitskräfteplanabrechnung nur sehr selten und in völlig vernachlässigbarem Ausmaß vor.

Dennoch sind drei Schwach- bzw. Gefahrenpunkte hinsichtlich der Qualität der Daten bzw. bei der Arbeit mit den Daten gegeben, auf die hier näher eingegangen werden muß. Sie sind sowohl durch spezifische Motivationsstrukturen und Motivationsebenen, als auch hinsichtlich der unterschiedlichen Auswir-

kungen auf die Glaubwürdig- und Nutzbarkeit der statistischen Daten gekennzeichnet.

4.1.2.1.1 Sogenannte x-Bereich

Zum Ersten einige Bemerkungen zum sogenannten x-Bereich. Man verstand darunter jene aus der Sicht der Parteiführung der SED sensiblen Teile der Gesellschaft, deren statistische Erfassung der amtlichen Statistik bis einschließlich 1988 prinzipiell untersagt war. Die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung und die darauf fußenden veröffentlichten Daten enthalten also keine Angaben über den x-Bereich, was natürlich gleichermaßen auch auf alle anderen Erhebungen der hier behandelten Fachstatistik zutrifft. Angaben über die Beschäftigten in diesem Bereich sind lediglich unter Verwendung von Berufszählungsangaben rekonstruierbar. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1989, in dem auf der Grundlage von Beschlüssen des Politbüros der SED und des Ministerrates Teilerfassungen durchgeführt wurden. Der Hintergrund dazu war, dass der x-Bereich auch nicht Gegenstand der zentralen Planung der Arbeitskräfte und der Nettogeldeinnahmen war. Da der nicht erfaßte Bereich inzwischen 726,9 Tausend Beschäftigte umfaßte, war die Wirksamkeit dieser Planteile von vornherein stark beeinträchtigt. Bestandteile des x-Bereiches waren:

- Ministerium für Nationale Verteidigung, Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte, Zivilschutz,
- Ministerium des Innern, Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug,
- Staatssicherheit,
- Zollverwaltung,
- Staatsrat und Ministerrat einschließlich unterstellter Betriebe und Einrichtungen,
- Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel,
- Spezialbau Potsdam,
- SDAG Wismut,
- Parteien und deren Betriebe, gesellschaftliche Organisationen und
- Kirchen (nur Pfarrer, Priester, Bischöfe; Arbeiter und Angestellte wurden im Rahmen der Berufstätigenerhebung erfaßt).

Eines kommt noch erschwerend hinzu. Es war der amtlichen Statistik nicht nur die Erfassung, sondern auch jeglicher Hinweis auf die Nichterfassung einschließlich der präzisen Definition des x-Bereiches untersagt. So findet man eine einigermaßen treffende Beschreibung des Bereiches letztmalig im Statistischen Jahrbuch 1957.⁸⁵ Ab 1962 findet sich in den Statistischen Jahrbüchern lediglich noch der Hinweis, dass Beschäftigte gesellschaftlicher Organisationen nicht enthalten seien.⁸⁶ Aber nicht nur die Publikationen, auch die Originalergebnisse enthalten keinerlei Hinweis auf die Nichterfassung des x-Bereiches, geschweige denn seine genaue Umschreibung. Damit wurden statistische An-

⁸⁵ SZS 1958, Seite 161.

⁸⁶ SZS 1962, Seite 167.

gaben fehldeutbar, obwohl die Daten für die erfaßten Bereiche eine hohe Genauigkeit aufweisen. Es ist daher bei der Arbeit mit Originalergebnissen wichtig, stets die möglichen Konsequenzen für die Deutung der Daten zu bedenken und wenn sie nicht quantifizierbar sind, sie zumindest verbal zu umschreiben.

4.1.2.1.2 Kennziffern der sozialistischen Rationalisierung

Bei dem zweiten anzusprechenden Problemkreis handelt es sich um Kennziffern, die zur Darstellung des Standes und der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Rationalisierung herangezogen wurden. Derartige Kennziffern waren beispielsweise die Arbeitszeiteinsparung aus Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Gewinnung von Arbeitskräften für neue Aufgaben durch die Einsparung von Arbeitsplätzen oder die Arbeitsplatzum- bzw. Neugestaltung. Sie wurden außerhalb des statistischen Dienstes stark ideologisiert, seitens der Parteiführung der SED mit einer Bedeutung belastet, der sie nicht zu entsprechen vermochten. Somit handelte es sich letztendlich mehr um politische (wenngleich auch als solche unwirksame), denn um handhabbare ökonomische Kennziffern.

Unter dem politischen Druck sowie dem Zwang zur Anpassung an die Planung kamen nur unzulängliche Definitionen zur Anwendung, die einen nicht zu akzeptierenden Spielraum für Manipulationen durch die Unternehmen ließen, zumal die Definitionsmängel auch nur ungenügende Möglichkeiten für die Primärdatenerfassung, für die Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik der Unternehmen boten. Trotz all dieser Mängel wurde die Leistungsbewertung der Unternehmen in hohem Maße mit der Erfüllung der Vorgaben zu den sogenannten Rationalisierungskennziffern verknüpft. Hinzu kamen z.T. überhöhte, unrealistische Planvorgaben. Aus all dem ergab sich eine überdurchschnittlich hohe Motivation zur Manipulation der Daten. Die Unternehmen machten schließlich auch in einem derartigen Umfang von den Manipulationsmöglichkeiten Gebrauch, dass die erhobenen statistischen Daten trotz aller Bemühungen der statistischen Organe nur eingeschränkt bzw. gar nicht (in Abhängigkeit von der Kennziffer) für solide Forschungen brauchbar sind.

4.1.2.1.3 Leitungs- und Verwaltungspersonal

Drittens müssen einige Bemerkungen zum Leitungs- und Verwaltungspersonal gemacht werden. Diese Beschäftigtenkategorie wurde Ende 1974 in Verbindung mit der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten geboren und 1975 (erstmalige Erfassung) bzw. 1976 (Beginn der Gültigkeit der Rahmenrichtlinie lt. Gesetz) schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt. Zunehmend nun setzte sich die Erkenntnis durch, dass der Anteil des Leitungs- und Verwaltungspersonals an den Gesamtbeschäftigten zu hoch sei. Offensichtlich war die Produktivitätsentwicklung in der Verwaltung wesentlich langsamer verlaufen, als in der materiellen Produktion. Zudem waren die Leitungsstrukturen auf ihre Rationalität hin zu überprüfen. Ziel war in der Endkonsequenz die Freisetzung von (fälschlicherweise als unproduktiv

bezeichnetem) Leitungs- und Verwaltungspersonal zugunsten des Einsatzes in der unmittelbaren Produktion. Die notwendige Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeiten stellte natürlich auch die amtliche Statistik vor bestimmte Aufgaben. Schließlich galt es u.a. Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten sichtbar werden zu lassen, Grundlagen für Normierungsarbeiten zu schaffen und die erreichten Effekte darzustellen. Zu diesem Zwecke war eine möglichst langfristige Stabilität der methodischen Regelungen sowie eine ausreichende Qualität der statistischen Daten zu sichern und die analytische Arbeit entsprechend auszurichten. All dies wurde im Prinzip getan. Dabei stieß man jedoch auf einige Schwierigkeiten. Sie wurden – und das ist eine der Besonderheiten gegenüber den ersten beiden Problemkreisen – zunächst einmal auf ministerialer Ebene produziert. Erstens wurde eine Reihe von Vorschlägen geboren, die Zuordnungskriterien zum Leitungs- und Verwaltungspersonal zu verändern und so durch Ausgliederung bestimmter Beschäftigten und ihre Zuordnung zu anderen Tätigkeitshauptgruppen formal das Volumen des Leitungs- und Verwaltungspersonals und seinen Anteil an den Gesamtbeschäftigten zu verringern. Zweitens wurde versucht, unter Umgehung der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Verfahrensweise und der Definition den gesetzlichen Regelungen widersprechende spezifische Regelungen in Kraft zu setzen. Schließlich war durch die SZS gegenüber den Unternehmen nicht nur gegen die Folgen des gesetzwidrigen Tun's einzelner Ministerien, sondern auch gegen die nicht gerade seltenen Manipulationsversuche der Unternehmen selbst anzukämpfen. Zwei Faktoren spielen hier eine Rolle. Zum Einen nahm der über die Volkswirtschaftsplanung auf die Unternehmen ausgeübte Druck auf die Verminderung des Leitungs- und Verwaltungspersonals insbesondere Mitte der achtziger Jahre ständig zu, zumal die bis dahin erreichten Einsparungen nicht zufriedenstellend, ja sogar rückläufig waren. Zum anderen war die Qualität der Planung unzureichend. Die Planvorgaben wurden oft rein formal und unter dem Eindruck einer zentral ausgelösten, wissenschaftlich völlig unbegründeten, blinden Senkungseuphorie häufig überhöht festgelegt und animierten so die Unternehmen zur Vortäuschung einer Scheinerfüllung derartiger Vorgaben mittels vielfältiger Verstöße gegen die Abrechnungsvorschriften. Die Maßnahmen der SZS zur Bewertung und Begrenzung der Folgen der Manipulationsversuche waren vielfältig und überwiegend erfolgreich. Daher ist im Gegensatz zu den sogenannten Rationalisierungskennziffern beim Leitungs- und Verwaltungspersonal keine generelle Entwertung der statistischen Daten eingetreten. Man kann sagen, dass die Ergebnisse bis etwa 1987 durchaus solide sind. Für 1988 und 1989 ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. In diesen Jahren muß zumindest auf niedriger Aggregationsebene und bei mikroökonomischer Betrachtung die Gefahr von Falschmeldungen in's Kalkül gezogen und die mögliche Auswirkung auf das Betrachtungsergebnis eingeschätzt werden. Bei makroökonomischer Betrachtungsweise erscheinen die Daten zu Großteilen brauchbar, nur in Einzelfällen bleiben berechnete Zweifel.

4.1.2.2 Berufszählungen

Berufszählungen wurden in der DDR ausnahmslos zusammen mit Volkszählungen, in zwei Fällen darüber hinaus mit Wohnraum- und Gebäudezählungen durchgeführt. In die Erfassungen wurden alle Personen einbezogen, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR hatten. Erfassungseinheit war in der Regel der Privathaushalt, über den mittels einer Haushaltsliste die Angaben über alle zum Haushalt gehörenden Personen gesammelt wurden, bzw. die in einem sogenannten Anstaltshaushalt lebende Person (z.B. Bewohner im Seniorenheim). Insgesamt wurden in der DDR vier Zählungen durchgeführt, und zwar an den Stichtagen

- 31. August 1950,
- 31. Dezember 1964,
- 1. Januar 1971 und
- 31. Dezember 1981.

Zu den beiden erstgenannten Stichtagen erfolgten Volks- und Berufszählungen, denen sich zwei Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen (VBWGWZ) anschlossen. Alle diese Zählungen wurden im wesentlichen nach den gleichen inhaltlich-methodischen und organisatorischen Grundsätzen durchgeführt.⁸⁷

Den Berufszählungen kam im Rahmen der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit eine besondere Bedeutung zu. Ausschließlich mit ihnen wurden Angaben über Beschäftigte nach dem Wohnortprinzip, über Arbeitspendler und über die Berufsstruktur der Berufstätigen ermittelt. Hinzu kam in der DDR insbesondere, dass es unvermeidlich war, mit Volks- und Berufszählungen auch jene Beschäftigten zu erfassen, deren Einbeziehung in andere Statistiken der Erwerbstätigkeit der SZS untersagt war (Beschäftigte im nicht geplanten Teil des volkseigenen Sektors, dem sogenannten x-Bereich; siehe dazu Abschnitt 4.1.2.1). Dadurch ist es möglich, die Gesamtzahl der Beschäftigten im x-Bereich durch einen Vergleich der Berufszählungsergebnisse mit den Ergebnissen der Berufstätigenerhebung (siehe nächsten Abschnitt) unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Stichtage näherungsweise zu berechnen. Dieser Umstand wurde im Rahmen der Vergleichbarmachung von Daten der amtlichen DDR-Statistik zu denen der BRD-Statistik (= Rückrechnung, siehe Abschnitt 4.1.3) genutzt. Eine differenzierte Darstellung der Beschäftigten im x-Bereich mittels der Ergebnisse der Berufszählungen war und ist jedoch nicht möglich.⁸⁸

⁸⁷ Die konkreten Fragestellungen können den Zählungsunterlagen in StBA 1994, Heft 15, S. 37 3 ff. entnommen werden.

⁸⁸ Siehe dazu StBA 1994, Heft 15, S. 346 f. und S. 359.

4.1.2.2.1 Volks- und Berufszählung per 31. August 1950⁸⁹

Rechtsgrundlagen:

- Verordnung über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung vom 25. Mai 1950⁹⁰ und
- Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung vom 29. Juli 1950⁹¹.

Ausgewertete Tatbestände u.a.:

- Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der Stellung im Beruf; in Gemeinden nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf.
- Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Altersgruppen und Familienstand, nach Berufen, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen, nach Berufsordnung und der nebenberuflichen Tätigkeit, unter 25 Jahre in der beruflichen Gliederung nach Altersgruppen und Familienstand; in Gemeinden nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf,
- Weibliche Personen nach der Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, Altersgruppen und Familienstand und
- Selbständige Berufslose nach Altersgruppen.

Mit dieser Erhebung wurde einer Empfehlung der UNO gefolgt, im Jahr 1950 in allen Ländern der Welt eine derartige Zählung durchzuführen. Der ursprünglich für die Bearbeitung der Volks- und Berufszählung 1946 gegründete Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung (siehe Abschnitt 3.2.1) war darum bemüht, die Zählung in allen Teilen Deutschlands einheitlich zu gestalten. Das galt auch für die Berufszuordnung, für die im Gegensatz zur dritten und vierten in der DDR durchgeführten Berufszählung, die ausgeübte Tätigkeit, nicht ein erlernter, jedoch nicht ausgeübter Beruf entscheidend war.

4.1.2.2.2 Volks- und Berufszählung per 31. Dezember 1964⁹²

Rechtsgrundlagen:

- Beschluß über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung im Jahr 1964 vom 22. Dezember 1962⁹³,
- Vierte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung vom 14. März 1963⁹⁴ und

⁸⁹ Die Zählung war mit einer Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden, auf die im Abschnitt 4.1.2.4 näher eingegangen wird.

⁹⁰ GBl. 1950, Nr. 60, S. 453.

⁹¹ GBl. 1950, Nr. 85, S. 726.

⁹² Die ursprünglich zum Stichtag 15. Januar 1959 vorgesehene Zählung wurde durch einen im Dezember 1958 von der Volkskammer gefaßten Beschluß ausgesetzt, obwohl alle Vorbereitungen abgeschlossen waren. Die für den genannten Stichtag auch vorgesehene Wohnraumzählung wurde per 15. März 1961 durchgeführt.

⁹³ GBl. 1962, Teil II, Nr. 9, S. 39.

⁹⁴ GBl. 1963, Teil II, Nr. 24, S. 171.

- Fünfte Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung vom 1. April 1964⁹⁵

Ausgewertete Tatbestände u.a.:

- Wohnbevölkerung nach wirtschaftlich Tätigen, nicht wirtschaftlich Tätigen mit und ohne Einkommen nach Geschlecht; nach Altersgruppen, Einkommensbezieher nach Art des Einkommens und Geschlecht.
- Wirtschaftlich Tätige und zu unterstützende Angehörige nach ihrer Stellung im Beruf, nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht; nach ihrer Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und -zweigen; nach Altersgruppen, Geschlecht, Eigentumsform der Arbeitsstätte, Berufen; mit abgeschlossenem Hoch- bzw. Fachschulstudium nach Wirtschaftsbereichen, Berufsordnungen, Hauptfachrichtungen und Geschlecht; Rentenbezieher nach Rentenarten, Wirtschaftsbereichen, Altersgruppen und Geschlecht.
- Lehrlinge nach Eigentumsformen der Arbeitsstätte, Wirtschaftsbereichen und -zweigen, Berufen und Geschlecht und
- Arbeitspendler (wirtschaftlich Tätige nach Nicht-, Ein- und Auspendlern, Geschlecht, Berufsabteilungen).
- in Einpersonenhaushalten lebende wirtschaftlich Tätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen und Geschlecht und
- Mehrpersonenhaushalte, bei denen der Haupteinkommensbezieher wirtschaftlich tätig ist nach Stellung im Beruf, nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen sowie Haushaltsgröße.

Die Zuordnung zu den Berufen erfolgte nach den gleichen Prinzipien, wie bei der Zählung zum 31. August 1950.

4.1.2.2.3 Volks- und Berufszählung per 1. Januar 1971

Rechtsgrundlagen:

- Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR vom 1. Dezember 1967⁹⁶
- Anordnung über die Durchführung einer Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung in der DDR am 30. April 1968 vom 15. Juli 1968⁹⁷ und
- Anordnung Nr. 2 zum Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen vom 5. Januar 1970⁹⁸

Ausgewertete Tatbestände u.a.:

- Wohnbevölkerung nach wirtschaftlich und nicht wirtschaftlich Tätigen (wirtschaftlich Tätige nach Wirtschaftsbereichen).
- Wirtschaftlich Tätige nach Altersgruppen und Geschlecht; nach Altersgruppen, Bildungsabschluß, Wirtschaftsbereichen und -sektoren; mit

⁹⁵ GBI. 1964, Teil II, Nr. 33, S. 521.

⁹⁶ GBI. 1967, Teil I, Nr. 17, S. 135.

⁹⁷ Betraf Probezählung; GBI. 1968, Teil II, Nr. 80, S.643.

⁹⁸ GBI. 1970, Teil II, Nr. 5, S. 24.

Meister- und Facharbeiterabschluß nach Ausbildungsberufen und Altersgruppen; mit Haupt- bzw. Fachschulabschluß nach Wissenschaftszweigen, ausgewählten Grundstudienrichtungen und Altersgruppen; mit zwei Facharbeiterabschlüssen nach Lehrberufen und Zeitpunkt des Abschlusses,

- Wirtschaftlich tätige Frauen in Mehrpersonenhaushalten nach ausgewählten Altersgruppen und Anzahl ihrer im Haushalt lebenden Kinder und
- Arbeitspendler (wirtschaftlich Tätige nach Nicht-, Ein- und Auspendlern sowie nach Wirtschaftsbereichen der Arbeitsstätten).

Für die Berufszuordnung war im Jahre 1971 die abgeschlossene Ausbildung (erlernter Beruf – Lehrberuf, Fachrichtung) ausschlaggebend, nicht die ausgeübte Tätigkeit. Letztere wurde zwar mit Frage 8b der Haushaltsliste erhoben, war aber nicht Gegenstand der Auswertung.

4.1.2.2.4 Volks- und Berufszählung per 31. Dezember 1981

Rechtsgrundlagen:

- Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR vom 1. Dezember 1967⁹⁹. Das Gesetz wurde für die Zählung im Jahre 1971 erlassen. Es regelte aber im § 1 (2), dass der Ministerrat der DDR ermächtigt ist, den jeweiligen Termin künftiger Zählungen zu beschließen. § 6 bestimmte den Erlass von Anordnungen zur Durchführung von VBWGZen durch den Leiter der SZS im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane. Auf dieser Grundlage sowie auf der Basis des Beschlusses des Ministerrates vom 7. Juli 1977 erließ der Leiter der SZS die
- Anordnung über die Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31.12.1981 vom 4. Dezember 1980¹⁰⁰

Ausgewertete Tatbestände u.a.:

- Wohnbevölkerung nach wichtigen Kennziffern (u.a. im arbeitsfähigen Alter, diese nach wirtschaftlich Tätigen, Schülern, Lehrlingen, Direktstudenten) und altersspezifischem Beschäftigtengrad,
- Wirtschaftlich Tätige nach Beruf und Altersgruppen; nach ausgeübten Tätigkeiten und Altersgruppen; nach Beruf und Tätigkeit; nach ausgeübten Tätigkeiten, Alter und Allgemeinbildung; nach ausgewählten Berufen, Alter und Allgemeinbildung; nach Wirtschaftsbereichen, Wirtschaftssektoren und Alter; im Rentenalter nach Tätigkeit und Alter; Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftssektoren und sozialen Merkmalen sowie nach ausgeübter Tätigkeit und sozialen Merkmalen (analog für Genossenschaftsmitglieder),

⁹⁹ GBl. Teil I, Nr. 17, S. 135.

¹⁰⁰ GBl. Teil I, Nr. 36, S. 378.

- Arbeitspendler (wirtschaftlich Tätige- Nicht-, Ein- und Auspendler nach Altersgruppen; Einpendler nach der Tätigkeit) und
- Wirtschaftlich tätige Frauen nach Alter und Anzahl ihrer im Haushalt lebenden Kinder nach Haushaltsgröße.

In der Zählung per 31. Dezember 1981 wurde sowohl die abgeschlossene Ausbildung, als auch die ausgeübte Tätigkeit erfaßt und jeweils gesondert oder in Kombination beider Merkmale ausgewertet.

Ab der Berufszählung zum 31. Dezember 1964 wurde der Begriff wirtschaftlich Tätige verwandt. Er beinhaltete die Berufstätigen (siehe Anhang B Abschnitt 1) und zusätzlich die am Stichtag Arbeitsuchenden, demzufolge nicht die Lehrlinge. Da die Zahl der Arbeitsuchenden in der DDR eine unbedeutende Größe war, können die Begriffe Berufstätige und wirtschaftlich Tätige de facto als inhaltsgleich betrachtet werden.

4.1.2.3 Die amtlichen Erwerbstätigenstatistiken

Obwohl der Begriff Erwerbstätigenstatistik ansonsten ungebräuchlich ist, wird er hier dennoch verwandt, um die Deckungsgleichheit zu einer entsprechenden Dokumentation der DDR-Statistiken¹⁰¹ zu gewährleisten. Er entstand nach dem Ende der Existenz der amtlichen DDR-Statistik in Anlehnung an die Begriffswelt der amtlichen BRD-Statistik (dort gibt es ein Arbeitsgebiet Erwerbstätigkeit bzw. spricht man von Statistiken der Erwerbstätigkeit). Geprägt wurde er mit dem Beginn der Arbeiten an einem Katalog der ehemaligen Statistiken der DDR, der allerdings bedauerlicherweise aus kapazitiven Gründen nie fertiggestellt wurde. Dabei wurde es für zweckmäßig erachtet, beim Aufbau und Erscheinungsbild des Kataloges, so es irgend möglich war, eine Analogie zu entsprechenden Veröffentlichungen der BRD-Statistik herzustellen. Damit war eine weitestgehende Übernahme der Begriffe bzw. eine Anlehnung an diese verbunden. Diesem Ansatz folgend wurde bei allen Dokumentationsarbeiten und entsprechenden Veröffentlichungen¹⁰² von folgender Definition ausgegangen:

Der Begriff Erwerbstätigenstatistik umfaßt all jene bereichsübergreifenden Erhebungen der ausgelösten amtlichen DDR-Statistik, deren Durchführung die Erfassung statistischer Daten ausschließlich oder überwiegend zur Erwerbstätigkeit und zu Erwerbstätigen zum Ziel hatte.

Aus dieser Definition ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen:

- Betrachtungsgegenstand ist ausschließlich das sogenannte zentralisierte, d.h. das von der SZS bzw. vom Statistischen Amt der DDR durchgeführte Berichtswesen. Das einem Genehmigungsverfahren unterliegende fachliche Berichtswesen (siehe Anhang B 1) bleibt unberücksichtigt.

¹⁰¹ Fritz u.a. 1996.

¹⁰² Fritz 1997.

Zum fachlichen Berichtswesen gehören auch der Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen und der Zentrale Kaderdatenspeicher des Ministerrates.

- Ausgeschlossen sind ebenfalls die Berufszählungen (siehe Abschnitt 4.1.2.2). Da sie in der DDR stets zusammen mit Volkszählungen durchgeführt wurden, wurde von einer Dominanz des bevölkerungsstatistischen Charakters ausgegangen.
- Da die Definition nur Erhebungen ganzheitlich (nicht auch Teile von Erhebungen) einschließt und das auch nur dann, wenn der dem definierten Begriff entsprechende Beobachtungsgegenstand in der jeweiligen Erhebung dominiert, sind mit Bereichsstatistiken (siehe Abschnitt 4.1.2.4) erfaßte Kennziffern nicht in den Begriff der Erwerbstätigenstatistik impliziert.
- Aus dem gleichen Grunde werden andererseits mit Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik erfaßte sachfremde Kennziffern nicht aus den Betrachtungen ausgeschlossen. Es handelt sich dabei u.a. um Kennziffern zum Einkommen, da die DDR-Statistik keine Trennung der Aufgabengebiete Erwerbstätigkeit einerseits sowie Löhne und Gehälter andererseits kannte (was aber nicht gleichzeitig bedeutet, dass es keine gesonderten Erhebungen zu Einkommensmerkmalen gegeben hat). Betroffen sind auch Kennziffern der Bildungsstatistik, so zur Erwachsenen- und -weiterbildung sowie zum Absolventenzugang aus dem Direktstudium an Hoch- und Fachschulen.

Nach dem Stande von 1989 sind entsprechend der Definition folgende Erhebungen der amtlichen Statistik der DDR als der Erwerbstätigenstatistik zugehörig zu betrachten:

- Berufstätigenerhebung,
- Arbeitskräfteberichterstattung,
- Beschäftigtengruppenerhebung (zuletzt firmierend als Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen),
- Schichtberichterstattung,
- Normenberichterstattung und die
- Qualifikationsberichterstattung.

Diese Berichterstattungen wurden, mit Ausnahme der letztgenannten, in der amtlichen Statistik der DDR als Arbeitskräftestatistiken (die Begriffe Arbeitskräfte, Berufstätige und Beschäftigte wurden in der DDR sinngleich verwandt) bezeichnet. Die Qualifikationsberichterstattung wurde der Bildungsstatistik zugeordnet. Dies geschah jedoch weniger aus sachlichen Erwägungen, hier waren mehr formale Gründe ausschlaggebend (die Erhebung wurde im Sektor Bildungsstatistik bearbeitet).

Aus historischer Sicht sind außerdem nachfolgend aufgeführte Berichterstattungen der Erwerbstätigenstatistik zuzuordnen, die nur vorübergehend durchgeführt und später in andere Erhebungen integriert wurden:

- Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit (erhoben 1959 bis 1971 und 1973) und die
- Erhebung über die Erwachsenenqualifizierung (durchgeführt 1960 bis 1975).

Ebenfalls aus historischer Sicht sind noch zwei einmalig durchgeführte Teilerhebungen zu nennen, die aber im Folgenden nicht näher behandelt werden. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Untersuchung des natürlichen Abgangs (Tod, Invalidität, Erreichung der Rentenaltersgrenze) per 31. August 1955 und eine Teilerhebung über Pendler (Arbeitspendler) zum Stichtag 15. Oktober 1957.

Zwei weitere Erhebungen wären der Erwerbstätigenstatistik, genau betrachtet, letztlich auch zuzurechnen, jedoch wird von ihrer gesonderten Darstellung Abstand genommen, da sie nur kurzfristig bzw. nur formal von Bedeutung waren. Zum Ersten handelt es sich um die Erfassung des Lehrlingsbestandes. Je Lehrling wurde nach Abschluß des Lehrvertrages von dem Betrieb, mit dem der Schulabgänger den Lehrvertrag abgeschlossen hat, eine sogenannte Bestätigungskarte ausgefüllt und über die zuständige Kreisverwaltung an die SZS weitergeleitet. Dort wurden die auf dem Beleg enthaltenen Daten nach einem bestimmten Regime ergänzt, gespeichert und aktualisiert. Dieser Speicher war Grundlage für die Statistiken über Lehrvertragsabschlüsse, Lehrlingsbestand, Lehrvertragslösungen und Lehrabschlüsse. Bis 1987 erfolgte eine zusätzliche Erfassung des Lehrlingsbestandes mittels der Berufstätigenerhebung, nicht aber in den Jahren 1988 und 1989. Für diese Jahre war die Statistik der Berufsausbildung die alleinige Quelle für die Zahl der Lehrlinge. Praktisch war dies also eine Maßnahme zur Vereinfachung des Berichtswesens. Um eine solche handelt es sich auch im zweiten Fall. Bis 1981 wurden die Berufstätigen des privaten Handwerks sowohl mit der Berichterstattung der privaten Handwerks- und Gewerbebetriebe, als auch mit der Berufstätigenerhebung erfaßt. Ab 1982 entfiel die Erfassung mittels Berufstätigenerhebung. Die entsprechenden Daten wurden der Handwerksberichterstattung entnommen und, das ist für die Arbeit mit Originalergebnissen wichtig, in die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung integriert. Anders ist es bei den zur Berufstätigenerhebung noch für einzelne Jahre vorliegenden Einzeldatenbeständen, diese enthalten lediglich die Daten der mit der Berufstätigenerhebung erfaßten Unternehmen, nicht also die des privaten Handwerks.

Auf zwei Problemkreise wird im Folgenden, obwohl per Definition der Erwerbstätigenstatistik der DDR zuzurechnen, nicht mehr eingegangen.

- Es werden all jene Berichterstattungen ausgeklammert, welche temporären Schwerpunkten gewidmet oder bestimmten planungstechnischen Verfahren geschuldet waren. Beispielsweise betrifft dies die Abrechnung der

Beschäftigten beim Erdgasleitungsbau in der UdSSR (Formblatt 051-7) und die Abrechnung der territorialen Bilanzentscheide (Formblatt 056).

- Aus den bereits dargestellten Gründen (siehe Abschnitt 4.1.2.1) wird den Kennziffern (z.B. in der Schichtberichterstattung) oder selbständigen Berichterstattungen zur sogenannten sozialistischen Rationalisierung keine Aufmerksamkeit geschenkt. Letzteres umfaßt solche Berichterstattungen wie z.B. die Berichterstattung über ausgewählte Kennziffern der sozialistischen Rationalisierung (Formblatt 052) oder die Berichterstattung über die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (Formblatt 153-1).

Es folgen die einzelnen Erhebungen¹⁰³

4.1.2.3.1 Berufstätigenerhebung

- Formblätter: 055-1 bis 055-5, 055-9
- Periodizität: jährlich per 30.9.
- Befragtenkreis: alle sozialistischen (volkseigenen und genossenschaftlichen) Unternehmen und Einrichtungen (ohne x-Bereich), selbständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, konfessionelle Einrichtungen;
- erfaßte Merkmale: Ständig Berufstätige, Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsmitglieder, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, verkürzt Arbeitende, Rentner, nicht ständig Berufstätige; vollbeschäftigte Mütter nach Zahl der Kinder; Staatliche Auszeichnungen (= Standardprogramm); Ständig Berufstätige nach Altersgruppen (= Austauschprogramm); alles insgesamt, darunter weiblich;
- Ergebnislagerung: nach wirtschaftsleitenden Organen, nach Wirtschaftszweigen sowie nach Wirtschaftsbereichen und Eigentumsformen; nach Bezirken und wirtschaftsleitenden Organen; nach Kreisen, Wirtschaftsbereichen und Eigentumsformen.

Die Berufstätigenerhebung war neben den Volks- und Berufszählungen die umfassendste Erhebung von Daten über die Berufstätigen. In einem Standardprogramm wurden die Berufstätigen nach dem Geschlecht sowie nach der Stellung im Beruf (sozialökonomische Struktur) erfaßt. Zusätzlich gehörte zum Standardprogramm ab 1973 die Erfassung von Angaben über Staatliche Auszeichnungen (bis dahin gesonderte Erhebung auf Formblatt 052) sowie ab 1975 die Abrechnung der vollbeschäftigten Mütter nach der Zahl ihrer Kinder. Mit dem jährlich wechselnden Austauschprogramm wurden, meist in mehrjährigem Rhythmus, Angaben zu den Merkmalen Alter, Urlaubsdauer, Lohngruppen, Dauer der Arbeitszeit, Schichtsystem u.a. erhoben.

¹⁰³ Die einführenden Angaben beziehen sich jeweils auf den Stand des Berichtswesens 1989; insbesondere bei den erfaßten Merkmalen und bei der Ergebnislagerung können die Gegebenheiten in den Vorjahren, besonders in weiter zurückliegenden Zeiträumen, von den hier gemachten Angaben z.T. merklich abweichen.

In den einzelnen Jahren wurden folgende Austauschprogramme erfaßt:

- 1952 Beschäftigte nach Beschäftigten- und Altersgruppen
Beschäftigte nach ausgewählten Berufen und Altersgruppen
- 1953 Beschäftigte nach Beschäftigtengruppen und Lohnstufen
- 1954 Beschäftigte nach Altersgruppen
Beschäftigte in ausgewählten Berufen nach Altersgruppen
Beschäftigte (Durchschnitt) und Bruttolohn nach Ortsklassen
Beschäftigte nach Beschäftigtengruppen und Lohnstufen
- 1955 Beschäftigte nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit
Beschäftigte und Bruttolohn nach Lohn tabellen
- 1956 Beschäftigte nach Altersgruppen
Beschäftigte nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit
Beschäftigte nach Lohnstufen
Meister und deren Bruttolohn nach Gehaltsgruppen
- 1957 Beschäftigte nach Lohnstufen
Meister nach Gehaltsgruppen
Produktionsarbeiter nach ausgewählten Berufen und Altersgruppen
- 1958 Produktionshilfsarbeiter
- 1959 ständig Berufstätige nach Altersgruppen
Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
- 1960 kein Austauschprogramm erfaßt
- 1961 kein Austauschprogramm erfaßt
- 1962 ständig Berufstätige nach Altersgruppen
- 1963 Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
- 1964 Beschäftigte in leitenden Funktionen
- 1965 kein Austauschprogramm erfaßt
- 1966 ständig Berufstätige nach Altersgruppen
- 1967 Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
- 1968 kein Austauschprogramm erfaßt
- 1969 ständig Berufstätige nach Altersgruppen
- 1970 Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der durchschnittlichen
wöchentlichen Arbeitszeit
- 1971 Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
- 1972 Ständig Berufstätige nach Altersgruppen
- 1973 Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem jährlichen
Urlaubsanspruch
- 1974 Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der durchschnittlichen
wöchentlichen Arbeitszeit
- 1975 Ständig Berufstätige nach Altersgruppen
- 1976 Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
- 1977 Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des
jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub
- 1978 Verkürzt arbeitende ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte

	nach der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit
	ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem
1979	ständig Berufstätige nach Altersgruppen
	ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub
1980	Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
1981	kein Austauschprogramm erfaßt
1982	kein Austauschprogramm erfaßt
1983	Verkürzt arbeitende ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit
	ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem
1984	ständig Berufstätige nach Altersgruppen
1985	Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
1986	ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem
1987	ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub
1988	Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen
1989	ständig Berufstätige nach Altersgruppen

Die erste Erfassung erfolgte 1952 unter der bis einschließlich 1965 gebräuchlichen Bezeichnung Erhebung über die Beschäftigten (kurz auch Beschäftigten-erhebung, zuweilen Totale Beschäftigtenerhebung genannt). In den Jahren 1952 und 1953 wurde die Erhebung zweimal jährlich durchgeführt, und zwar zu den Stichtagen 30.6. und 31.12. Im Jahr 1954 konnte zur einmaligen Durchführung pro Jahr übergegangen werden, da in diesem Jahr bereits 74 Prozent der Beschäftigten mit der Arbeitskräfteberichterstattung erfaßt wurden. Bis einschließlich 1959 war der Stichtag der 31.12., ab 1960 wurde per 30.9. erhoben. Von 1952 bis 1957 erfolgte die Aufbereitung bei den Kreisämtern für Arbeit und Berufsberatung; erst ab 1958 trug die SZS die alleinige Verantwortung für die Berufstätigenerhebung. Die Formblätter kamen wie oben benannt erst ab 1976 zur Anwendung, bis dahin war die Vielfalt groß und die Befragtenkreise, für die bestimmte Formblätter zur Anwendung kamen, wechselten häufig. Allein 1954 gab es 15 verschiedene Erhebungsbogen. Zeitweilig wurde die Erhebung nicht ausschließlich mittels eigener Formblätter durchgeführt, sondern mit der Arbeitskräfteberichterstattung gekoppelt (Entnahme von Angaben aus der Arbeitskräfteberichterstattung, Zusatz- bzw. Anlagebogen zur Arbeitskräfteberichterstattung), dies erstmals 1957 bis 1959, aber auch 1963 bis 1968.

Angaben des Standardprogramms wurden für Nebenbetriebe (Unternehmensteile) in ausgewählten Bereichen zum ersten mal 1959 erhoben. Bis 1962

wurde die Nebenbetriebserfassung auf alle Bereiche ausgedehnt, jedoch erfolgte keine territoriale Bereinigung der Ergebnisse. Erst in Verbindung mit der zentralisierten Aufbereitung der Berufstätigenerhebung erfolgte im Jahre 1972 eine Korrektur der Ergebnisse nach dem Unternehmensprinzip hin zu Ergebnissen nach dem Arbeitsortprinzip. Fortan wurden ausschließlich territorial bereinigte Ergebnisse der Berufstätigenerhebung erarbeitet. Die gesonderte Darstellung von Nebenbetrieben war jedoch eingeschränkt. Sie wurde bei einer Größe von 10 und mehr Beschäftigten nur dann gesondert vorgenommen, wenn der Standort außerhalb des Kreises lag, in dem sich der Unternehmenssitz befand. Lagen mehrere Nebenbetriebe eines Unternehmens in einem Kreis, so war eine zusammengefaßte Abrechnung für den Kreis möglich. Diese Verfahrensweise gewährleistete zwar eine Ergebnisdarstellung für Kreise nach dem Arbeitsortprinzip, nicht aber die Sichtbarmachung von Angaben über einzelne Nebenbetriebe. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Nebenbetriebe bzw. der entsprechenden kreislich determinierten Summenangaben für Nebenbetriebe erfolgte daher auch analog der des Unternehmens, nicht also nach dem spezifischen Fertigungsprofil. Eine andere Lösung lies die praktizierte „Summenabrechnung“ nicht zu. Folgende Übersicht mag die unterschiedlichen Erfassungsprinzipien verdeutlichen (aus Sicht eines Kreises):

1. Berufstätige nach dem Unternehmensprinzip (Kriterium: Sitz des Unternehmens),
2. + Berufstätige in Nebenbetrieben, deren Unternehmenssitz in einem anderen Kreis liegt,
3. - Berufstätige in Nebenbetrieben anderer Kreise, deren Unternehmen im eigenen Kreis ansässig ist,
4. = Berufstätige nach dem Arbeitsortprinzip (Kriterium: Arbeitsort des Berufstätigen),
5. + Auspendler (Einwohner des Kreises, die in einem anderen Kreis arbeiten),
6. - Einpendler (Einwohner anderer Kreise, die im Kreis arbeiten),
7. = Berufstätige nach dem Wohnortprinzip (Kriterium: Wohnort des Berufstätigen).

Datenquellen:

1. Berufstätigenerhebung (Erfassung; Ergebnisse bis 1971)..
2. und 3. Nebenbetriebserfassung im Rahmen der Berufstätigenerhebung.
4. Berufstätigenerhebung (territorial bereinigte Ergebnisse ab 1972).
5. und 6. Pendlererhebung (1957), Volkszählungen (1950, 1964, 1971 und 1981).
7. Volkszählungen.

4.1.2.3.2 Arbeitskräfteberichterstattung

- Formblätter: 051-11, 051-21, 051-31, 051-12, 051-22, 051-3, 051-4, 051-5
- Periodizität: monatlich, vierteljährlich, jährlich

- Befragtenkreis: Betriebe und Einrichtungen des volkseigenen Sektors (ohne x-Bereich)
- erfaßte Merkmale: Arbeiter und Angestellte (in Vollbeschäftigteneinheiten, Durchschnitt) und ihr Bruttolohn nach Tätigkeitshauptgruppen (Produktionspersonal, Produktionsarbeiter, Leitungs- und Verwaltungspersonal, Produktionsvorbereitendes Personal, EDV-Personal etc.); Arbeiter und Angestellte, Produktionspersonal, Produktionsarbeiter in Personen (Durchschnitt); Ausländische Arbeitskräfte (Vollbeschäftigteneinheiten); Belegschaftswechsel mit ausgewählten Zugangsquellen und Abgangsgründen; geleistete Arbeitszeit, Ausfallzeiten nach Ursachen; Nettolohnsumme und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge des Arbeitseinkommens; Lehrlinge, Lehrlingsentgelt. Die meisten Angaben wurden auch für den jeweiligen Zeitraum des Vorjahres erhoben.
- Ergebnislagerung: nach wirtschaftsleitenden Organen sowie nach Wirtschaftsbereichen, Wirtschaftszweigen und Eigentumsformen.

Da die Arbeitskräfteberichterstattung auch der Abrechnung des staatlichen Planes und der Betriebspläne diente, war der in diese Berichterstattung einbezogene Kreis von Betrieben und Einrichtungen identisch mit jenem, der Gegenstand der Arbeitskräfteplanung war. Gleichzeitig resultierte aus der Verpflichtung zur Planabrechnung die Notwendigkeit der direkten Erfassung von Durchschnittsangaben.

Die Arbeitskräfteberichterstattung war die älteste Erwerbstätigenstatistik der DDR. Sie wurde mit der Durchführungsbestimmung für die Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan 1950 vom 23. März 1950 für die Bereiche Industrie und Verkehrswesen ins Leben gerufen und bis 1955 auf nahezu alle Bereiche der Volkswirtschaft schrittweise ausgedehnt.

Die Gesamtverantwortung für die Arbeitskräfteberichterstattung wurde mit der genannten Rechtsvorschrift dem statistischen Zentralamt übertragen. Da bei der Durchführung jedoch die für die befragten Betriebe zuständigen Fachorgane in unterschiedlichem, z.T. jedoch entscheidenden Maße mitwirkten (Aufbereitung), handelte es sich nicht um eine zentralisierte Berichterstattung im späteren Sinne. Erst nach der Zentralisationsphase 1958 übernahm mit Beginn der 2. Periode die amtliche Statistik die volle Verantwortung für die Erhebung. In der 1. Periode wurden mit der Arbeitskräfteberichterstattung auch Leistungsangaben erfaßt, wovon erst im Verlauf der Folgeperiode abgegangen wurde.

Mitte bis Ende der sechziger Jahre erfolgte auf einem Zusatzbogen zu den entsprechenden Arbeitskräfteberichterstattungs-Formblättern eine detaillierte Abrechnung des Fachpersonals der Bereiche Bildungswesen sowie Gesundheits- und Sozialwesen, die in der Folge im Rahmen des fachlichen Berichtswesens durchgeführt wurde. Die tiefgreifendste Wirkung auf die Arbeitskräfteberichterstattung im Verlauf der zweiten Periode hatte jedoch ohne Zweifel die Einführung des Begriffs der Vollbeschäftigteneinheit ab dem Jahre

1961. Ziel war die zusammenfassende Darstellung der Voll- und Teilbeschäftigten. Ein Vollbeschäftigter war gleich einer Vollbeschäftigteneinheit. Die Teilbeschäftigten wurden auf der Grundlage der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit und der rechtlich geregelten Normalarbeitszeit in fiktive Vollbeschäftigte umgerechnet. Über die Umrechnung der arbeitsvertraglich an den Betrieb gebundenen Beschäftigten hinaus wurden aber ab 1961 schrittweise folgende, meist zeitweilig eingesetzte Arbeitskräfte in die Abrechnung in Vollbeschäftigteneinheiten (mit einer Ausnahme wegen der Vermeidung von Doppelerfassungen in der Bilanzierung jedoch nicht in die Abrechnung in Personen) zusätzlich einbezogen (Basis = bezahlte Zeit ohne Überstunden):

- Mitglieder von „Hausfrauenbrigaden“,
- Strafgefangene,
- Betriebsangehörige anderer Betriebe („sozialistische Hilfe“), wenn der Lohn vom hilfeleistenden Betrieb getragen wurde,
- Studenten im Arbeitseinsatz,
- Schüler in der Ferienarbeit,
- Teilbeschäftigte im 2. Arbeitsrechtsverhältnis,
- „Feierabendarbeit“ (bis zu ihrem Verbot 1970, danach „Leistungen zusätzlicher Arbeit“) von Beschäftigten des eigenen Betriebes und anderer Betriebe,
- Studenten im Praktikum, wenn ihre Vergütung aus dem Lohnfonds gezahlt wurde,
- Beschäftigte mit einem bis zu 6 Monaten befristeten Arbeitsvertrag und
- stunden- oder tageweise Aushilfstätigkeit von Müttern im bezahlten Erziehungsurlaub.

Durch diese Regelungen wurden die Vollbeschäftigteneinheit zunehmend zur Größe für die Messung des Gesamtaufwandes an Arbeit. Die methodische Konstruktion der Vollbeschäftigteneinheit führte dazu, dass kein direkter Zusammenhang zwischen den Beschäftigtenangaben in Personen und in Vollbeschäftigteneinheiten bestand und damit auch keine Möglichkeit des Rückschlusses von der Zahl der Vollbeschäftigteneinheiten auf arbeitsvertraglich zum Betrieb gehörende Beschäftigte. Zudem beinhaltet die Größe Vollbeschäftigteneinheit im zeitlichen Vergleich einen unterschiedlichen Umfang von zusätzlichem Arbeitsaufwand. All diese Folgen erscheinen jedoch nur bei mikroökonomischen Betrachtungen von Belang; die Aussagen makroökonomischer Untersuchungen dürften sie kaum entscheidend beeinträchtigen. In Verbindung mit der Einführung der Vollbeschäftigteneinheit wurden ab 1961 die Ausfallzeiten infolge Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag nicht mehr als Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten abgerechnet.

Beginnend mit dem Jahr 1976 wurde die Arbeitskräfteberichterstattung als einheitliches, sich über alle Wirtschaftsbereiche der Volkswirtschaft erstreckendes Erhebungsprojekt gestaltet und realisiert. Damit verbunden waren bestimmte Vereinfachungen. Die Zahl der unterschiedlichen Erhebungsbogen

beispielsweise wurde von bis dahin 24 auf nunmehr 9 reduziert. Damit konnte auch das Aufbereitungsprojekt stark vereinfacht und rationalisiert werden. Inhaltlich wurden ab 1976 zwei wesentliche Veränderungen wirksam. Erstens wurden die neuen Beschäftigtengruppen schrittweise in die Arbeitskräfteberichterstattung eingeführt, und zwar in Abhängigkeit von der Einführung der spezifischen Beschäftigtengruppenkataloge in den einzelnen Bereichen. Im Handel war z.B. die neue Kategorie Handelspersonal erst ab 1980 Gegenstand der Abrechnung (bis dahin: umsatzleistendes Personal). Zweitens wurden die Beschäftigten in den Verwaltungen der Gemeinden unter 2 000 Einwohner und deren staatliche Einrichtungen fortan nach Ratsbereichen (Volksbildung, Kultur etc.) abgerechnet. Das ermöglichte eine verfeinerte wirtschaftssystematische Zuordnung dieser Beschäftigten.

4.1.2.3.3 Beschäftigtengruppenerhebung

- Formblätter: 157-1, 157-2, 157-3
- Periodizität: jährlich (für den Monat Oktober bzw. per 31.10.)
- Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen der Industrieministerien und des Ministeriums für Bauwesen der Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwirtschaft und Sonstige Zweige des produzierenden Bereichs (bis einschließlich 1983 nur voll planende und abrechnende Unternehmen, siehe Abschnitt 3.1.1 im Anhang A).
- erfaßte Merkmale: Arbeiter und Angestellte (Vollbeschäftigteneinheit) sowie deren Bruttolohn im Monat Oktober nach Qualifikationsstufen (Lohn- und Gehaltsangaben nach dem Qualifikationsniveau wurden ab Mitte der siebziger Jahre ausschließlich in der Beschäftigtengruppenerhebung erfaßt!); Arbeiter und Angestellte (Personen am 31.10.) in der Merkmalskombination nach Arbeitsbereichen (verkürzte Nomenklatur) und Qualifikationsstufen.
- Ergebnislagerung: nach wirtschaftsleitenden Organen und nach Wirtschaftsbereichen.

Bis einschließlich 1961 wurden Angaben über Arbeiter und Angestellte nach Beschäftigtengruppen (siehe Abschnitt 1 Anhang B) ausschließlich mittels der Arbeitskräfteberichterstattung erhoben. 1962 erfolgte die erste eigenständige Erhebung. Sie war zurückzuführen auf den Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie vom 26. April 1962, durch den neue Beschäftigtengruppen eingeführt wurden. Um methodisch den Anschluß zwischen beiden Varianten zu sichern, wurden in der ersten Erhebung einmalig die Arbeiter und Angestellten in der Kombination der bis dahin gültigen mit der neu eingeführten Gliederung erfaßt. In der Folge wurde die Erhebung jährlich (nach der aktuell gültigen Beschäftigtengruppierung) durchgeführt, letztmalig in dieser Form 1970. Die Gliederung war durch die Entwicklung überholt worden, kollidierte zunehmend mit der Realität des Arbeitsprozesses. Als Interimslösung wurde daher in den Jahren 1971 bis 1974 eine Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen

durchgeführt. Mit der Einführung neuer Beschäftigtengruppen wurde die Erhebung 1975 völlig neu gestaltet und unter der Bezeichnung Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen jährlich durchgeführt. Zum spezifischen Erscheinungsbild der überarbeiteten Erhebung gehörte, dass sich nicht mehr ein fixes Erhebungsprogramm jährlich wiederholte, sondern dass unterschiedliche Merkmale und Merkmalskombinationen im (meist zweijährigen) Wechsel erhoben wurden. Es waren dies:

- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Qualifikationsstufen,
- Arbeiter und Angestellte nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikationsniveau,
- Arbeiter und Angestellte nach Arbeitsbereichen und Qualifikation,
- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen,
- Arbeiter und Angestellte sowie deren Löhne und Gehälter (Bruttolohn) im Oktober nach Arbeitsbereichen und
- Arbeiter und Angestellte nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.

In den Jahren 1975 bis 1989 wurde jeweils folgendes Erhebungsprogramm realisiert:

- | | |
|------|--|
| 1975 | Arbeiter und Angestellte
- sowie deren Bruttolohn im Oktober
- nach Arbeitsbereichen
- nach der Qualifikation
- nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen |
| 1976 | Arbeiter und Angestellte
- sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen
- nach Arbeitsbereichen und Qualifikation |
| 1977 | Arbeiter und Angestellte
- sowie deren Bruttolohn im Oktober
- nach Arbeitsbereichen
...- nach der Qualifikation
- nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation |
| 1978 | Arbeiter und Angestellte
- sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen
- nach Arbeitsbereichen und Qualifikation |
| 1979 | Arbeiter und Angestellte
- sowie deren Bruttolohn im Oktober
- nach Arbeitsbereichen
- nach der Qualifikation
- nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen |

- 1980 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation
- 1981 Arbeiter und Angestellte
 - und deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation
 - nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation
- 1982 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober und Tätigkeitshauptgruppen
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation
- 1983 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn in Oktober
 - nach Arbeitsbereichen
 - nach der Qualifikation
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen
- 1984 Arbeiter und Angestellte nach
 - Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen
 - Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation
- 1985 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation
- 1986 Arbeiter und Angestellte nach
 - Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen
 - Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation
- 1987 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation
- 1988 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation
 - nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen
- 1989 Arbeiter und Angestellte
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation

Auf die mit der Anordnung Nr. 2 vom 13. Oktober 1982 ab 1983 wirksamen Veränderungen muß noch besonders aufmerksam gemacht werden. Erstens wurde die Tätigkeitshauptgruppe Leitungs- und Verwaltungspersonal in Leitungspersonal und Verwaltungspersonal aufgespalten. Zweitens wurde das EDV-Personal aus dem Leitungs- und Verwaltungspersonal herausgelöst und als selbständige Tätigkeitshauptgruppe etabliert. Bis dahin war man davon ausgegangen, dass bei der Anwendung der EDV Leitungs- und Verwaltungsarbeiten in einem solchen Maße überwogen, dass eine Zuordnung zum LVP gerechtfertigt erschien. Mit der immer breiteren EDV-Anwendung war diese

Prämisse aber nicht aufrecht zu erhalten. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, ist auf diese methodische Veränderung besonders zu achten, wenn mit Originalergebnissen gearbeitet wird.

4.1.2.3.4 Schichtberichterstattung

- Formblätter: 101-2, 101-21
- Periodizität: jährlich per 31.5., zusätzlich Formblatt 101-2 per 30.11.
- Befragtenkreis: zentralgeleitete Industrie- und Bauunternehmen, bezirks- und kreisgeleitete Bauunternehmen (101-2), örtlich geleitete Industrieunternehmen (101-21).
- erfaßte Merkmale: Produktionspersonal (darunter an Maschinen und Anlagen, darunter mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen, weibliches Produktionspersonal) nach Schichtsystemen (einschichtig, zweischichtig, ...) mit Nacherhebung für das Vorjahr – auf Formblatt 101-21 verkürztes Erfassungsprogramm. Nur auf Formblatt 101-2 und nur per 31.5.: Produktionspersonal in Hilfsprozessen (darunter an Maschinen und Anlagen, darunter mit Kontroll- und Überwachungsfunktion) differenziert nach Transport und Reparatur und in dieser Differenzierung nach Schichtsystemen.
- Ergebnissgliederung: nach wirtschaftsleitenden Organen.

Die Erhebung war die Grundlage für die Ermittlung des Schichtkoeffizienten, des Mechanisierungsgrades der Arbeit und des Automatisierungsgrades der Arbeit. Angaben über die Schichtarbeit wurden zunächst in der Jahreserhebung der Industrie, 1961 bis 1963 in der Arbeitskräfteberichterstattung erfaßt. Als selbständige Erhebung wurde die Schichtberichterstattung erstmals 1964 durchgeführt, bis 1969 einmal jährlich im Monat Oktober. 1970 bis 1972 wurde dreimal jährlich erhoben (zusätzlich im Februar und im Juli), 1973 bis 1975 wieder jährlich, jedoch im Monat Mai und ab 1976 erfolgte die Erfassung wie oben dargestellt. 1975 wurde die Schichtberichterstattung um Erfassungsmerkmale aus der 1973 letztmalig selbständig durchgeführten Erhebung über die Produktionsarbeiter nach der Art ihrer Tätigkeit erweitert. Die Ausdehnung der Berichtspflicht auf die Bauwirtschaft wurde erst 1985 vorgenommen. Ab diesem Jahr wurde auch ausschließlich nach Schichtsystemen (s.o.) erfaßt. Bis letztmalig 1983 erfolgte die Erfassung der Schichtbesetzung bzw. Schichtstärke (Produktionsarbeiter bzw. Produktionspersonal in der 1., 2. und 3. Schicht); Angaben zu den Schichtsystemen wurden durch Berechnung gewonnen. 1984 beinhaltete die Erhebung Kennziffern zur Schichtbesetzung und zu den Schichtsystemen.

4.1.2.3.5 Normenberichterstattung

- Formblatt: 153
- Periodizität: jährlich für den Monat April.
- Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen der Industrie und des Bauwesens (ohne Landtechnik, Meliorationsbau), Produktionsunternehmen der

Konsumgenossenschaften, Molkereigenossenschaften; generell nur Unternehmen ab 100 Beschäftigte.

- erfaßte Merkmale: tatsächlich geleistete Arbeitszeit des Produktionspersonals, der Produktionsarbeiter und des ingenieurtechnischen Personals, darunter nach Arbeitsnormen geleistete Arbeitszeit; für Produktionsarbeiter, die nach Mengennormen arbeiteten: Zeitvorgaben, tatsächlich geleistete Arbeitszeit, Normerfüllung nach Qualitätsstufen der Arbeitsnorm; nach Mengennormen arbeitende Produktionsarbeiter nach Gruppen der Normerfüllung; Zeitangaben für Produktionsarbeiter und ingenieurtechnisches Personal, die nach Besetzungsnormen arbeiteten, nach Qualitätsstufen der Arbeitsnorm.
- Ergebnislagerung: nach wirtschaftsleitenden Organen sowie nach Wirtschaftsbereichen und Eigentumsformen.

Die Normenberichterstattung hat aus der Sicht der Erwerbstätigenstatistik peripheren Charakter, ist ihr aber dennoch zuzurechnen. Die mit ihr erfaßten Daten liefern Aussagen über interessante arbeitsökonomische Aspekte der Nutzung des Arbeitsvermögens. Angaben über Arbeitsnormen, ihre Qualität, Anwendungsbreite und Erfüllung wurden 1950 bis 1957 im fachlichen Berichtswesen (Ministerium für Industrie, später Ministerium für Arbeit) erhoben. Im Zuge der Zentralisation des Berichtswesens wurde die Erhebung 1958 von der SZS übernommen. Die Berichterstattung wurde außer in den Bereichen Industrie und Bau 1960 bis 1967 auch im Bereich Verkehr durchgeführt. 1965 bis 1972 war die Berichtspflicht auf Unternehmen ab 50 Beschäftigte begrenzt, ab 1973 galt die o.g. Begrenzung. Während im fachlichen Berichtswesen die Daten in vierteljährlicher Periodizität für das gesamte Jahr erhoben wurden, erfolgte 1958 bis einschließlich 1968 die Erfassung nur noch für einen (wenn auch im Laufe der Jahre wechselnden) Monat eines jeden Quartals. 1969 bis 1972 wurde die Erfassung auf die Monate April und Oktober beschränkt, ab 1973 galt die für 1989 genannte Regelung. Die Ergebnisse der Normenberichterstattung sind die einzigen der Erwerbstätigenstatistik, die mathematisch-statistische Berechnungen enthalten (absolute und relative Streuung der Normerfüllung).

4.1.2.3.6 Qualifikationsberichterstattung

- Formblatt: 993
- Periodizität: jährlich per 31. Oktober.
- Befragtenkreis: Volkseigene Unternehmen und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche (ohne: Land- und Forstwirtschaft, Gemeinden unter 2 000 Einwohner), Konsumgenossenschaften, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.
- erfaßte Merkmale: Arbeiter und Angestellte (Personen) am 31.10., darunter weiblich, Jugendliche, Ausländer nach Qualifikationsstufen (Hochschulabschluß, Fachschulabschluß, Meisterabschluß, Facharbeiterabschluß, Teilausbildung, ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung);

Produktionsarbeiterinnen nach ihrer Qualifikation; besetzte Planstellen bzw. Arbeitsplätze am 31.10. in der Differenzierung nach der erforderlichen Qualifikation sowie deren Besetzung nach Qualifikationsstufen, jeweils darunter: qualifikationsgerecht eingesetzt; Absolventenzugänge aus dem Hoch- bzw. Fachschuldirektstudium (vom 1.11. des Vorjahres bis 31.10. des Berichtsjahres) nach Fachrichtungsgruppen, insgesamt, darunter weiblich; Schulungsteilnehmer in der Ausbildung (1.9. Vorjahr bis 31.8. Berichtsjahr) nach vorhandener und angestrebter Qualifikationsstufe, insgesamt und weiblich, im Berichtszeitraum begonnen und erfolgreich beendet; Schulungsteilnehmer in der Weiterbildung insgesamt, darunter weiblich, nach Stufen der vorhandenen Qualifikation, Jugendliche; Schulungsteilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen auf speziellen Gebieten (Mikroelektronik, Rechentechnik, Kommunikationstechnologie etc.).

- Ergebnislagerung: nach Wirtschaftsbereichen und wirtschaftsleitenden Organen, nach Wirtschaftsbereichen, -sektoren und -zweigen.

Der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft wurde im Rahmen der Landwirtschaftsstatistik mit Formblatt 576 gesondert befragt. Die Daten wurden in die Ergebnisse der Qualifikationsberichterstattung eingespielt. Bei der Auswertung der Originalergebnisse ist jedoch auf eine Besonderheit zu achten. Die in den Ergebnistiteln und -tabellen angegebene Bezugsgröße Arbeiter und Angestellte gilt nicht für den Bereich Land- und Forstwirtschaft. Da mit Formblatt 576 auch Genossenschaften erfaßt wurden und diese die Qualifikationsstruktur auch der Genossenschaftsmitglieder abrechneten, beziehen sich die Angaben für die Land- und Forstwirtschaft auf die ständig Berufstätigen.

Die erste selbständige Erhebung über die Qualifikation der Beschäftigten wurde 1953 für die zentralgeleitete Wirtschaft durchgeführt und ab 1955 auf die gesamte volkseigene Wirtschaft ausgedehnt. Bis dahin wurde zweimal jährlich erhoben, ab 1956 jährlich per 31.10. (mit Ausnahme von 1958 – die Erhebung wurde auf den 15. Februar 1959 verschoben). Während bis 1958 die Fachorgane wesentlich bei der Durchführung der Erhebung mitwirkten (Aufbereitung), trug mit Beginn der zweiten Periode (1959) die SZS die alleinige Verantwortung für die im Laufe der Jahre unter sieben verschiedenen Bezeichnungen durchgeführte Erhebung. Sehr unterschiedlich waren auch die Erfassungsmerkmale im Zeitverlauf. Zunächst wurden Angaben über Hoch- und Fachschulkader (bis 1967 auch als technische und wissenschaftliche Fachkräfte bezeichnet), Beschäftigte im Fern- und Abendstudium an Hoch- und Fachschulen sowie Absolventen aus dem Direktstudium an Hoch- und Fachschulen erfaßt. Ab 1964 kamen Angaben über Meister hinzu, 1966 beginnend erfolgte eine Gegenüberstellung der vorhandenen und der erforderlichen Qualifikation und ab 1971 wurden die Erfassungsmerkmale auf die gesamte Qualifikationsstruktur ausgedehnt. Angaben zum Leitungspersonal wurden ab 1974 erhoben. Außerdem wurden im Rahmen der Qualifikationsberichterstattung zeitweilig

Angaben zu weiteren Merkmalen zusätzlich erfaßt. Als wesentlich sind hier zu nennen die Erfassung des Standes der Aus- und Weiterbildung der Leitungskader 1968 bis 1971 sowie die Darstellung der Qualifikationsstruktur nach Arbeitsbereichen in den Jahren 1971 bis einschließlich 1974. Hinzu kam die gelegentliche Erfassung zu weiteren Merkmalen, wie z.B.:

- im Jahr 1956 die Erfassung der Absolventen im Zeitraum 1951 bis 1955,
- 1967 die zusätzliche Erfassung nach Gruppen der Abschlußjahre oder
- die Erfassung der Facharbeiter nach Berufen im Jahre 1971.

In völlig neuer Gestalt wurde die Erhebung ab 1976 durchgeführt. Die bis 1975 praktizierte Differenzierung der Beschäftigten mit Hoch- oder Fachschulabschluß nach der Fachrichtung (in unterschiedlicher Graduierung) kam in Wegfall. Die bereits erwähnte und bis dahin selbständige Erhebung über die Erwachsenenqualifizierung (zuletzt Formblatt 811-5) wurde in wesentlich vereinfachter Form in die Qualifikationsberichterstattung integriert. Hinzu kam eine wichtige methodische Vervollkommnung. Bis 1975 wurden nur jene Beschäftigten als Facharbeiter abgerechnet, die im erlernten Beruf oder artverwandt tätig waren. Waren sie dies nicht, galten sie als Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung. 1976 beginnend wurden auch die Facharbeiter insgesamt, unabhängig vom Verhältnis Beruf-Tätigkeit, abgerechnet.

Ebenfalls die Abrechnung der Facharbeiter betreffend sind die unterschiedlichen Verfahrensweisen hinsichtlich der Bewertung der Qualifikation des mittleren medizinischen Personals (dazu gehörten z.B. Krankenschwestern, Pfleger, Hebammen, Krippenerzieherinnen, Physiotherapeuten, Zahntechniker) von einiger Bedeutung. Während die Abschlüsse des mittleren medizinischen Personals bis 1961 als Fachschulabschlüsse angesehen wurden, galten sie in den Jahren 1962 bis 1975 als Abschlüsse auf Facharbeiterniveau. Erst nach Erlaß der Anordnung über die medizinische Fachschulanerkennung für Krankenschwestern und andere mittlere medizinische Fachkräfte, also ab 1976, wurden die entsprechenden Bildungsabschlüsse bei Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen wieder als Fachschulausbildung gewertet.

4.1.2.3.7 Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung

(Stand: 1975)

- Formblatt: 811-5
- Periodizität: jährlich (Berichtszeitraum 1.1. - 15.11.)
- Befragtenkreis: Volkseigene Betriebe und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche, außer Landwirtschaft (vereinfachte Darstellung)
- erfaßte Merkmale: Schulungsteilnehmer, darunter sich für ihre derzeitige Tätigkeit qualifizierende (jeweils insgesamt, darunter weiblich) nach Stufen des vorhandenen Qualifikationsabschlusses; je Stufe der vorhandenen Qualifikation: Schulungsteilnehmer, darunter sich für ihre derzeitige Tätigkeit qualifizierend (jeweils insgesamt, darunter weiblich) sowie Jugendliche nach Aus- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend einer vorgegebenen Rahmennomenklatur

- Ergebnislagerung: nach wirtschaftsleitenden Organen

Die Erhebung (unter verschiedenen Bezeichnungen laufend, zuletzt als Berichtserstattung über die Aus- und Weiterbildung der Werkstätten titulierte) wurde erstmalig 1960 durchgeführt. Nicht zuletzt wegen des großen Umfangs des Erhebungsprogrammes (647 Kennziffern) war aber die Qualität der erhobenen Daten derartig ungenügend, dass von einer Aggregation Abstand genommen werden musste. Für 1961 konnten erstmals Ergebnisse erarbeitet werden. Der positive Einfluss der Verminderung des Kennziffernumfanges auf 218 Kennziffern (im Folgejahr auf 172 Kennziffern) auf die Verbesserung der Datenqualität war unverkennbar. Hinzu kam auch, dass in den Jahren 1961 bis einschließlich 1970 eine stabile Nomenklatur der Qualifizierungsmaßnahmen, die gleichzeitig Grundlage betrieblicher Planung war, zur Anwendung kam. Dennoch war die Erhebung bis 1966 jährlich inhaltlichen Veränderungen unterworfen, blieb dann erstmalig (bis 1968) stabil, wurde 1969 erweitert und 1971 grundsätzlich neu gestaltet. Kern dieser Neugestaltung war die Erweiterung der Maßnahmennomenklatur und die nach Qualifikationsstufen der Teilnehmer differenzierte Erfassung. 1975 war das letzte Jahr der selbständigen Existenz dieser Berichtserstattung, die ab dem nachfolgenden Jahr in die Qualifikationsberichterstattung integriert wurde.

4.1.2.3.8 Ermittlung der Produktionsarbeiter nach Art ihrer Tätigkeit

(Stand: 1973)

- Formblatt: S 136
- Periodizität: jährlich (1973 per 11.10.)
- Befragtenkreis: volkseigene Industriebetriebe (ohne zuckerherstellende Industrie) sowie die selbständigen Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften und der Molkereigenossenschaften
- erfasste Merkmale: direkt in der Produktion tätige Produktionsarbeiter an Maschinen oder Anlagen arbeitend (davon körperlich schwere, körperliche Bedienungs- oder geistige Bedienungstätigkeit sowie mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen) und nicht an Maschinen und Anlagen arbeitend (davon ohne oder mit energiebetriebenen Maschinenwerkzeugen sowie mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen) – insgesamt sowie jeweils für Frauen und ausgewählte Produktionshilfsarbeiter (wie z.B. Transportarbeiter, Reparaturarbeiter, Verpackungsarbeiter); außerdem: ingenieurtechnisches Personal mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen an Maschinen und Anlagen.
- Ergebnislagerung: nach Eigentumsformen sowie wirtschaftsleitenden Organen

Die erste Erhebung wurde 1959 durchgeführt, fortan bis 1971 jährlich und letztmalig 1973. Danach wurden die wichtigsten Kennziffern im Zuge der Vereinfachung des Berichtswesens mittels der Schichtberichterstattung erhoben. Der Berichtsstichtag lag 1959 im Monat März, von 1960 bis 1970 im Mai

sowie 1971 und 1973 im Oktober. Die Berichterstattung war relativ häufig inhaltlichen Veränderungen unterworfen.

4.1.2.4 Bereichs- und andere Statistiken mit Erwerbstätigenangaben

Neben den amtlichen Erwerbstätigenstatistiken gab es in der DDR noch eine Reihe von bereichsspezifischen (in einem Fall tätigkeitsspezifische) Berichterstattungen mit Beschäftigtenangaben, wobei letztere nur in zwei Fällen das Gesicht der jeweiligen Erhebung prägten, ansonsten aber gegenüber den anderen Erfassungsmerkmalen eine untergeordnete Rolle spielten. Nach dem Stand des Jahres 1989 handelte es sich dabei im Wesentlichen um folgende Befragungen:

1. Berichterstattung: Industrielle Warenproduktion und Absatz
Formblatt-Nr.: 111
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: Betriebe aller Wirtschaftsbereiche mit industrieller Warenproduktion
2. Berichterstattung: Abrechnung der Leistungen der Bauwirtschaft
Formblatt-Nr.: 411-1
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: zentral- und örtlichgeleitete Betriebe der Bauindustrie
3. Berichterstattung: Abrechnung der Leistungen im Verkehrswesen
Formblatt-Nr.: 611-1
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: zentral- und örtlichgeleitete Verkehrsbetriebe, Post- und Fernmeldewesen
4. Berichterstattung: Anzahl und Ausbildungsstand der ständig Berufstätigen
Formblatt-Nr.: 576-11 bis -14
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: sozialistische Landwirtschaftsbetriebe sowie Betriebe und Einrichtungen der Forstwirtschaft, des staatlichen Pflanzenschutzes und des staatlichen Veterinärwesens
5. Berichterstattung: Kontrollbericht der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe
Formblatt-Nr.: 562-13
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: Betriebe und Einrichtungen der Forstwirtschaft
6. Berichterstattung: Jahresabschlußbericht der Landwirtschaftsbetriebe
Formblatt-Nr.: 562-11

	Periodizität:	jährlich
	Berichtspflicht:	sozialistische Landwirtschaftsbetriebe
7.	Berichterstattung:	Handwerksstatistik
	Formblatt-Nr.:	310 und 320
	Periodizität:	vierteljährlich
	Berichtspflicht:	private und genossenschaftliche Handwerksbetriebe
8.	Berichterstattung:	Jahresbericht über die Beschäftigten für Forschung und Entwicklung
	Formblatt-Nr.:	340
	Periodizität:	jährlich
	Berichtspflicht:	alle Betriebe und Einrichtungen der Volkswirtschaft mit Arbeitskräfteeinsatz für Forschung und Entwicklung

Darauf, dass die Erhebungsdaten aus der Berichterstattung über Anzahl und Ausbildungsstand der ständig Berufstätigen in der Landwirtschaft (Nr. 4) sowie aus der Handwerksstatistik (Nr. 7) für die Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der Qualifikationsberichterstattung bzw. der Berufstätigenerhebung genutzt worden sind, um so Doppelerfassungen in den entsprechenden Bereichen zu vermeiden, wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen (vergleiche Abschnitt 4.1.2.3).

Neben den genannten Erhebungen wurden in der DDR auch mittels Arbeitsstättenzählungen Beschäftigtenangaben erfaßt. So war in der Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985 im § 15 (2) als Aufgabe u.a. festgelegt, dass ein ... „Mindestumfang zahlenmäßiger Informationen für territorial getrennt liegende Betriebsteile und Produktionsstätten, insbesondere auf den Gebieten Produktion bzw. Leistung, Grundmittel, Investitionen und Arbeitsvermögen“ zu sichern sei.¹⁰⁴ Daten auf der Basis von Arbeitsstätten haben generell für strukturelle und regionale Untersuchungen zur Produktionskapazität sowie zu territorialen Standortbedingungen eine besondere Bedeutung. Dennoch wurden in der DDR nur zwei größere entsprechende Erhebungen, aber mit unterschiedlichen Zielen und methodischen Konzeptionen, durchgeführt.

Daten über Arbeitsstätten wurden erhoben mit

- der Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 31. August 1950 und
- den Arbeitsstättenzählungen in der Industrie zwischen 1984 und 1988.

Die per 31. August 1950 zusammen mit der Volks- und Berufszählung durchgeführte Arbeitsstättenzählung war die umfangreichste Zählung dieser Art. Sie war dies in zweierlei Hinsicht. Im Vergleich zu der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durchgeführten Arbeitsstättenzählung war einerseits das Erfassungsfeld wesentlich größer, andererseits wurden, speziell über Beschäftigte,

¹⁰⁴ GBl. 1985, I, Nr. 23, S. 264.

mehr Kennziffern erfragt. Der Datenerfassung diente ein Fragebogen für nicht-landwirtschaftliche Arbeitsstätten (Formblatt A 17). Als Arbeitsstätte galt jede räumlich getrennt liegende Niederlassung. Erfaßt wurden die Arbeitsstätten aller Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft, wobei auch mit der Land- oder Forstwirtschaft verbundene gewerbliche Arbeitsstätten (wie z.B. Molkereien, Brennereien, Getreidemühlen, Sägewerke) erfaßt wurden. Jede Person, die im Haupt- oder Nebenberuf als Selbständiger oder Leiter einer Arbeitsstätte tätig war, hatte einen Fragebogen auszufüllen, unabhängig davon, ob er allein in der Arbeitsstätte arbeitete oder nicht. Hausgewerbetreibende (Heimarbeiter) hatten einen eigenen Fragebogen abzugeben und galten als Leiter einer Arbeitsstätte. Folgende Kennziffern über Beschäftigte (jeweils männlich, weiblich, insgesamt) wurden mit dem Fragebogen erfaßt:

- (Beschäftigte Personen der Arbeitsstätte insgesamt)¹⁰⁵
 - (Leiter der Arbeitsstätte)
 - tätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter
 - sonstige Leiter, wie z.B. Direktoren, Dienststellenleiter, Filialleiter
 - Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter
 - (Angestellte; ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler)
 - Verwaltungs-, Büro-, Verkaufs- und sonstiges kaufmännisches Personal
 - technisches, wissenschaftliches und künstlerisches Betriebs- und Aufsichtspersonal, wie z.B. Ingenieure, Chemiker, Techniker, Zeichner, Werkmeister
 - (Arbeiter; ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler)
 - gelernte Facharbeiter, Betriebshandwerker
 - angelernte Arbeiter bzw. Spezialarbeiter
 - sonstige Arbeiter bzw. Hilfsarbeiter
 - (Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler)
 - kaufmännische, technische und Bürolehrlinge mit Lehrvertrag
 - kaufmännische, technische und Büroanlernlinge und Umschüler
 - gewerbliche Lehrlinge mit Lehrvertrag
 - gewerbliche Anlernlinge und Umschüler
 - Mithelfende Familienangehörige des Leiters
 - außerdem: vom Betrieb beschäftigte Heimarbeiter.

Darüber hinaus wurde für die Monate September 1949 bis August 1950 die Zahl der Beschäftigten insgesamt am Monatsende (ohne Heimarbeiter) erhoben.

Im Gegensatz zur Betriebszählung 1950 bezog sich die zweite Arbeitsstättenzählung, die in der DDR durchgeführt wurde, lediglich auf den Wirtschaftsbereich Industrie. Die Erhebung verlief in mehreren Etappen:

¹⁰⁵ Die in Klammern angegebenen Begriffe sind Oberpositionen, die auf dem Formblatt zwar angegeben, nicht aber auszufüllen waren.

- In den Jahren 1984 bis 1986 wurden in allen zentral- und örtlichgeleiteten Industriebetrieben die Anzahl aller bestehenden Arbeitsstätten und ihre Arbeitskräfte insgesamt sowie die territorialen Standorte der einzelnen Produktionsstätten erfaßt.
- Eine Probeerhebung wurde 1986 durchgeführt.
- Bis Ende September 1987 wurde von den Betrieben eine Liste all ihrer Arbeitsstätten ermittelt.
- Anschließend wurden bis März 1988 für die gemeldeten Arbeitsstätten die im Erhebungsprogramm vorgesehenen statistischen Daten erfaßt.

Die Arbeitsstätte (häufig auch als Betriebsteil, Teilbetrieb, Nebenbetrieb, Werk, Zweigwerk, Standort, Außenstelle, Objekt oder ähnlich bezeichnet) war eine wirtschaftsorganisatorische Einheit, die auf einer zusammenhängenden, in sich geschlossenen Betriebsfläche bestand und in der Berufstätige bestimmte Leistungen durchführten. Handelte es sich bei diesen Leistungen um Produktion oder solche materiellen Leistungen wie z.B. Lohnarbeiten, Reparaturen und Montagearbeiten, so sprach man von einer Produktionsstätte. Alle Arbeitsstätten, die keine Produktionsstätten waren, galten als übrige Arbeitsstätten. War ein Betrieb (im Sinne von Unternehmen) territorial nicht weiter aufgegliedert, war er als eine Arbeitsstätte zu zählen.

Nicht nur hinsichtlich des Erfassungsfeldes, sondern auch bezüglich des Erfassungsprogramms (hier aus der Sicht der Statistik der Erwerbstätigkeit) war die letzte Arbeitsstättenzählung der DDR gegenüber der im Jahre 1950 durchgeführten Zählung stark reduziert. So wurden für alle Arbeitsstätten lediglich die Arbeiter und Angestellten insgesamt erfaßt. Für Produktionsstätten war darüber hinaus das Produktionspersonal, darunter das mehrschichtig arbeitende, abzurechnen.

4.1.2.5 Unausgelöste Statistiken

Im Jahre 1989 wurden auf den Gebieten Erwerbstätigkeit sowie Löhne und Gehälter insgesamt 130 Erhebungen durchgeführt. Die im Folgenden dargestellten ausgewählten Beispiele mögen den Charakter dieser Berichterstattungen sowie die Vielfalt der Erhebungsmerkmale verdeutlichen (die Reihenfolge hat Zufallscharakter):

1. Veranstalter: Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau
 Inhalt: Arbeitskräftefluktuation sowie deren Ursachen
 Periodizität: jährlich
 Berichtspflicht: 13 Kombinate sowie 3 weitere Einrichtungen des Ministeriums
2. Veranstalter: Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau
 Inhalt: Arbeitszeitaufwand der Arbeiter und Angestellten

- sowie des Produktionspersonals zur Eigenherstellung von Rationalisierungsmitteln
- Periodizität: halbjährlich
Berichtspflicht: 9 Kombinate (95 - 120 Betriebe) und 2 direkt unterstellte Betriebe
3. Veranstalter: Ministerium für Glas- und Keramikindustrie
Inhalt: Analyse arbeitsökonomischer Kennziffern (Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Lohnfonds und Durchschnittslohn, Ausfallzeiten, Überstunden)
- Periodizität: vierteljährlich
Berichtspflicht: 9 Kombinate und deren Betriebe sowie 2 direkt unterstellte Betriebe
4. Veranstalter: Ministerium für Geologie
Inhalt: Analyse der Arbeit mit den Auslandskadern
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: 16 Betriebe der 3 Kombinate sowie direkt unterstellte Einrichtungen
5. Veranstalter: Ministerium für Bauwesen
Inhalt: Beschäftigte in Leitung und Verwaltung nach Aufgabenkomplexen
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: 274 zentralgeleitete Betriebe und Kombinate
6. Veranstalter: Ministerium für Verkehrswesen
Inhalt: Angaben zur Arbeitszeit sowie zur Entwicklung der Zahl der Kraftfahrer und der Produktionsarbeiter in den Bereichen Kraftverkehr und städtischer Nahverkehr
Periodizität: halbjährlich
Berichtspflicht: 15 Verkehrskombinate und 8 Kombinate und Betriebe des städtischen Nahverkehrs
7. Veranstalter: Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
Inhalt: arbeitsökonomische Kennziffern nach Produktionsbereichen
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: 78 Betriebe und 1 Kombinat der Forstwirtschaft
8. Veranstalter: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
Inhalt: Arbeitskräfte nach Struktureinheiten-Anzahl, Qualifikation, Praxis, Alter, voraussichtlicher Ersatzbedarf (jeweils nach Lehrgebieten)
Periodizität: zweijährig
Berichtspflicht: 240 Fach- und Hochschulen der zentralen staatlichen Organe

- | | | |
|-----|------------------|---|
| 9. | Veranstalter: | Staatssekretariat für Arbeit und Löhne |
| | Inhalt: | Erfassung aller in der DDR berufstätigen ausländischen Bürger (einschl. Studierende) – personenbezogene Daten (Abkommensgrundlage, Tätigkeit, Qualifikation, lfd. Änderungen bzw. Beendigung der Tätigkeit) |
| | Periodizität: | fallweise |
| | Berichtspflicht: | Betriebe und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche, die ausländische Bürger beschäftigen |
| 10. | Veranstalter: | Rat des Bezirkes Dresden |
| | Inhalt: | Anzahl der zeitweilig delegierten Arbeitskräfte nach Beschäftigtenstruktur, Einsatzbereichen und -betrieben |
| | Periodizität: | jährlich |
| | Berichtspflicht: | 22 Räte der Kreise und Stadtbezirke |

Die Gesamtzahl der Erhebungen mag zunächst, gemessen an der Zahl der ausgelösten Statistiken, recht bedeutungsvoll erscheinen. Der Eindruck wird jedoch relativiert, wenn man folgende vier Gesichtspunkte berücksichtigt:

1. Die Spezifik der unausgelösten Statistiken in der DDR (siehe dazu Abschnitt 4.1.1).
2. Die Erhebungen wurden von insgesamt 45 verschiedenen Institutionen durchgeführt, so dass durchschnittlich jede von ihnen nicht einmal drei Statistiken auf dem behandelten Fachgebiet realisierte.
3. Allein 19 Berichterstattungen entfielen auf das entsprechende, in der DDR zuständige Fachorgan, das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SAL).
4. Ein nicht unerheblicher, wegen der Zweifelhaftigkeit einer Grenzziehung hier nicht quantifizierter Teil der Statistiken hatte aus der Sicht der Statistiken der Erwerbstätigkeit lediglich periphere Beobachtungsmerkmale zum Gegenstand, wie beispielsweise
 - die Entwicklung des Unfallgeschehens,
 - den Arbeits-, Gesundheits- und Brandschutz,
 - Maßnahmen und Ergebnisse der Rationalisierung oder
 - den Krankenstand.

4.1.2.5.1 Zentraler Kaderdatenspeicher

Auf zwei Erfassungen allerdings soll noch gesondert eingegangen werden. Es ist dies erstens der Zentrale Kaderdatenspeicher des Ministerrates der DDR. In diesem Datenspeicher wurden personenbezogene Daten von rund 332 000 Beschäftigten abgespeichert. Dabei handelte es sich um die Mitarbeiter zentraler und örtlicher Staatsorgane, Leitungspersonal der zentral und örtlich geleiteten Wirtschaft sowie Kader in Außenhandelsbetrieben. Der Zentrale Kaderdatenspeicher enthielt auch Angaben über Nomenklaturkader des Ministerrates.

Nicht erfaßt wurden die Beschäftigten des Ministeriums für Staatssicherheit, des Ministeriums für Nationale Verteidigung sowie des Ministeriums des Innern (siehe dazu auch die Ausführungen zum sogenannten x-Bereich im Abschnitt 4.1.2.1.1). Abgespeichert wurden Angaben über die Qualifikation, den beruflichen Werdegang, den familiären Hintergrund sowie dienstliche Funktionen, die Parteizugehörigkeit und politische Funktionen.

4.1.2.5.2 Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen

Zweitens kommt dem Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen (GAV) im Rahmen der unausgelösten Statistiken eine besondere Bedeutung zu, zusammen mit den ihm vorgelagerten Arbeitskräfte-datenspeichern der zentralen Staatsorgane. Die Gesamtverantwortung für den Datenspeicher GAV lag beim SAL. Erfaßt wurden personenbezogene Daten von rd. 7,25 Millionen ständig Berufstätigen und Lehrlingen der volkseigenen Wirtschaft, der Produktionsgenossenschaften und Rechtsanwaltskollegien sowie von Werkträgern im Grundwehr- oder Reservistendienst. Nicht erfaßt wurden Angaben über:

- Berufstätige in der Privatwirtschaft,
- Ausländer, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR tätig waren,
- Mitarbeiter zentraler und örtlicher Staatsorgane,
- Mitarbeiter der Zollverwaltung, der Parteien und Massenorganisationen und deren Betriebe sowie
- pädagogisches Fachpersonal im Bereich der Volksbildung.

Die Ersterfassung und Aktualisierung der Daten wurde auf zwei Wegen vorgenommen, und zwar einerseits für den zentralgeleiteten Sektor über die Betriebe und Arbeitskräfte-datenspeicher der zentralen Organe und andererseits für den örtlich geleiteten Sektor über die bezirks-, kreis- und gemeindegeleiteten Betriebe und die Räte der Bezirke. Zu den insgesamt 34 erfaßten Merkmalen¹⁰⁶ gehörten neben Alter, Geschlecht, Familienstand und Wohnort solche, wie beispielsweise:

- Schulbildung,
- Beruf, Berechtigungsnachweise,
- ausbildungsgerechter Einsatz,
- Tätigkeit, Tätigkeitshauptgruppe,
- Arbeitsbereich,
- wöchentliche Arbeitszeit,
- Schichtarbeit sowie
- Zugangsquellen und
- Abgangsgründe.

Die Signierung der Angaben erfolgte nach den allgemein verbindlichen Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken. Die genannten und weiteren Merkmale ermöglichten entsprechende sowie auch nach Merkmalskombinationen

¹⁰⁶ SAL 1977; Rathje spricht von 65 Merkmalen – 1996, S. 114.

nen vorgenommene Auswertungen, die vom SAL in einem Angebotskatalog dargeboten und den Staats- und Wirtschaftsorganen, Territorien und Betrieben im Rahmen ihrer Zuständigkeit zugänglich gemacht wurden. Versuche der partiellen Nutzung dieser Daten zur Einschränkung der amtlichen Erwerbstätigenstatistik schlugen allerdings wegen der Unvollständigkeit und mangelnden Aktualität der Angaben beim seinerzeitigen Entwicklungsstand des Speichers und seiner Pflege fehl.

4.1.3 Rückrechnung von Daten der DDR-Statistik

4.1.3.1 Problemstellung und Methodik

Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands erwuchs den Statistikern u.a. die Aufgabe, die Erhebungsergebnisse der amtlichen Statistiken der ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten methodisch vergleichbar zu machen. Für die entsprechenden Arbeiten zur Überwindung methodischer Diskrepanzen unterschiedlich definierter und/oder gegliederter Daten zum Zwecke der Herbeiführung der Vergleichbarkeit kam der Begriff Rückrechnung in Gebrauch. Dabei wurden die Daten des zentralisierten Berichtswesens der DDR auf die Methodik der BRD-Statistik umgerechnet. Das ist auch der Grund dafür, dass dieser Abschnitt im Kapitel über die amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit der DDR plazierte wurde. Nun ist die Rückrechnung naturgemäß kein Bestandteil der amtlichen Statistik der DDR, zumal die entsprechenden Arbeiten in einem Zeitraum durchgeführt wurden, in dem die DDR nicht mehr existierte. Es wird dennoch für zweckmäßig erachtet, die wichtigsten zu lösenden Probleme und die grundsätzlichen Lösungsansätze hier kurz zu behandeln. Damit wird die Absicht verbunden, grundsätzliche Unterschiede zwischen den Datenmassiven der DDR- und der BRD-Statistik besonders hervorzuheben und somit die sachgerechte Interpretation der Daten zu befördern.

Die Rückrechnungsarbeiten wurden schwerpunktmäßig in den Jahren 1992/93, aber auch noch in den Folgejahren in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes durchgeführt. Welche Arbeiten das auf dem Gebiet der Statistiken der Erwerbstätigkeit im Einzelnen waren, ist aus dem nachfolgenden Abschnitt (4.1.3.2) ersichtlich und bedarf daher an dieser Stelle keiner gesonderten Darstellung. Ergänzend sei hier lediglich darauf aufmerksam gemacht, dass zusätzlich ein Heft 33 der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR geplant ist, in dem Ergebnisse der Rückrechnung auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht werden sollen.

Um der schon bestehenden Zielstellung zu genügen, wird eine verknappte Darstellung jener Probleme und Lösungsansätze für ausreichend erachtet, die

mit der Erarbeitung der in der Sonderreihe Heft 14¹⁰⁷ veröffentlichten Rückrechnungsergebnisse verbunden waren. Alle anderen Rückrechnungsarbeiten auf dem Gebiet der Statistiken der Erwerbstätigkeit fußen überwiegend auf dieser Grundlage.¹⁰⁸

Nun einige Ausführungen zu den im Rahmen der Rückrechnungsarbeiten zu lösenden Problemen. Zunächst zu den Begriffen Erwerbstätige (BRD-Statistik) und Berufstätige (DDR-Statistik). Sie unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht. Erstens sind in den Erwerbstätigen die Auszubildenden enthalten, die Lehrlinge in den Berufstätigen seit 1960 jedoch nicht, wobei die Begriffe Auszubildende und Lehrlinge deckungsgleich sind. Zweitens gibt es Unterschiede hinsichtlich der Mütter im Erziehungsurlaub (BRD) bzw. der Mütter in der bezahlten Freistellung. Das seit dem 1. Januar 1986 wirksame Bundeserziehungsgeldgesetz sieht vor, dass das Arbeitsverhältnis der Mütter im Erziehungsurlaub bestehen bleibt. Demzufolge gelten Mütter im Erziehungsurlaub als Erwerbstätige. Demgegenüber ruhte der Arbeitsvertrag bei Müttern in der bezahlten Freistellung, was eine Einbeziehung in die Berufstätigen ausschloß. Mit der Überwindung dieser beiden Unterschiede wäre jedoch eine Vergleichbarkeit der Daten noch nicht gewährleistet. Zusätzlich war zu bedenken, dass in den Angaben über die Berufstätigen (soweit sie nicht den Berufszählungen entstammen; dort war allerdings der Begriff wirtschaftlich Tätige gebräuchlich – siehe Abschnitt 4.1.2.2), obwohl per Definition nicht ausgeschlossen, die Berufstätigen des sogenannten x-Bereiches nicht enthalten sind (siehe Abschnitt 4.1.2.1).

Unterschiede gibt es auch bezüglich der Differenzierung nach der Stellung im Beruf (Terminus der DDR-Statistik: Stellung im Betrieb). Bedenkt man, dass sich natürlich die oben dargestellten Differenzen auch auf diese Gruppierung auswirken, beispielsweise also die DDR-Daten über Arbeiter und Angestellte keine Lehrlinge, Mütter in der bezahlten Freistellung und Berufstätige im x-Bereich enthalten, war bei den Rückrechnungsarbeiten Folgendes zu berücksichtigen: Nur in der DDR-Statistik gab es die Position Genossenschaftsmitglieder. Sie ist den Arbeitern und Angestellten zuzuschlagen, will man letztere mit der BRD-Statistik vergleichen. Der Begriff Abhängige der BRD-Statistik (Arbeiter und Angestellte plus Beamte) ist mit dem rückgerechneten Begriff Arbeiter und Angestellte der DDR-Statistik deckungsgleich, da es den Beamten-Status in der DDR nicht gab.

Wirtschaftssystematisch waren die Ergebnisse der BRD-Statistik für den in Frage kommenden Rückrechnungszeitraum nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, gegliedert. Grundlage der wirtschaftssystematischen Gruppierung der DDR-Angaben war hingegen die Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR, Ausgabe 1985. Die beiden Systematiken waren nicht kompatibel. Die in

¹⁰⁷ StaBA 1994.

¹⁰⁸ Einzelheiten können der den jeweiligen Heften der Sonderreihe beigefügten Methodik entnommen oder bei Fritz u.a. (1966, Ergänzungsband 3 und Anlage) nachgelesen werden.

Erwägung gezogene Ergebnismustellung mit Hilfe einer Schlüsselbrücke erwies sich als nicht realisierbar. Es mußte daher der an anderer Stelle beschriebenen Problemlösung der Vorzug gegeben werden, was dazu führte, dass die wirtschaftssystematische Umstellung der Datenmassive zum aufwendigsten Teil der gesamten Rückrechnungsarbeiten wurde.

Der Übersichtlichkeit wegen sei das Gesagte noch einmal schematisiert dargestellt:

<i>BRD-Statistik</i>	<i>DDR-Statistik</i>
1 Erwerbstätige	Berufstätige + Lehrlinge + Mütter in bezahlter Freistellung + Berufstätige im x-Bereich
2 Arbeiter und Angestellte	Arbeiter und Angestellte + Lehrlinge + Mütter in bezahlter Freistellung (Arbeiter und Angestellte) + Berufstätige im x-Bereich + Genossenschaftsmitglieder (einschl. Mütter in bezahlter Freistellung)
3 Beamte	-
4 Abhängige = Arbeiter und wie Position 2 Angestellte + Beamte	
5 Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Selbständige und mithelfende Familienangehörige + Mütter in bezahlter Freistellung
6 Auszubildende	Lehrlinge

Schließlich war, soweit dringend erforderlich und möglich, die regionale Ergebnisstruktur zu verändern. Die Ergebnisse der amtlichen Erwerbstätigenstatistik der DDR (einschließlich der Berufszählungsergebnisse) lagen in der Gliederung nach den früheren Bezirken der DDR vor. Benötigt wurden jedoch die Daten in der Ländergliederung einschließlich für Berlin-Ost zum Gebietsstand vom 31. Dezember 1990 auf der Grundlage des noch von der Volkskammer der DDR am 22. Juli 1990 beschlossenen Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik (Ländereinführungsgesetz¹⁰⁹).

4.1.3.2 Lösungsansätze der Rückrechnung

Einige grundsätzliche Bemerkungen zu den Lösungsansätzen der Rückrechnung. Zunächst zu den Müttern in der bezahlten Freistellung. Seit dem 27. Mai

¹⁰⁹ GBl. 1990, Teil I, Nr. 51, S. 955.

1976 hatten werktätige Mütter ab Geburt des zweiten Kindes nach Ablauf des Wochenurlaubs (= 20 Wochen) die Möglichkeit, bezahlte Freistellung zur häuslichen Betreuung des Kindes bis zur Vollendung dessen ersten Lebensjahres in Anspruch zu nehmen. Diese Regelung wurde in den Jahren 1984 und 1986 noch hinsichtlich der Bedingungen und der Dauer der Freistellung erweitert. Darüber hinaus wurden alleinstehende werktätige Mütter freigestellt, wenn sie nach Beendigung des Wochenurlaubs für das Kind keinen Krippenplatz bekamen. Die Dauer der Freistellung richtete sich nach dem Zeitpunkt, zu dem ein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen findet man in:

- GBl. 1976 Teil I, Nr. 19, S. 269 ff,
- GBl. 1976 Teil I, Nr. 19, S. 271 ff,
- GBl. 1976 Teil I, Nr. 27, S. 369 ff,
- GBl. 1977 Teil I, Nr. 35, S. 373 ff,
- GBl. 1978 Teil I, Nr. 1, S. 1 ff,
- GBl. 1984 Teil I, Nr. 16, S. 193 ff und
- GBl. 1986 Teil I, Nr. 15, S. 241 ff.

Die Finanzierung der Freistellung erfolgte für Arbeiter und Angestellte über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und für Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Genossenschaftsmitglieder über die Sozialversicherung bei der staatlichen Versicherung der DDR. Hauptsächlichste Datenquelle waren demzufolge die Berichte der Sozialversicherung bei der Gewerkschaft, denen entsprechende Personenangaben, die nur in einigen Fällen durch Schätzungen zu ergänzen waren, entnommen werden konnten. Für Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Genossenschaftsmitglieder wurde die Personenzahl zunächst in einer Summe aus Angaben über die gezahlten Unterstützungen ermittelt. Aus dieser Summe war dann die Zahl der Genossenschaftsmitglieder zu separieren, was auf der Basis der entsprechenden, sich aus der Berufstätigenerhebung ergebenden Struktur der weiblichen Berufstätigen geschah. Die so ermittelten Personenangaben konnten nicht ohne weitere Bearbeitung in die Rückrechnung einfließen, da im ersten Lebensjahr des Kindes nur 32 Wochen Freistellung zu berücksichtigen waren (während des Wochenurlaubs wurden die werktätigen Mütter in der Statistik als Berufstätige ausgewiesen). Auf der Grundlage mehrerer begründeter Annahmen wurden demzufolge die bis dahin ermittelten Angaben auf 61,53 Prozent zurückgerechnet. Das Ergebnis war das durch Mütter in der bezahlten Freistellung repräsentierte Arbeitsvermögen in Personen im Jahresdurchschnitt. Die wirtschaftssystematische Gliederung wurde auf der Basis der entsprechenden, mittels der Nachaufbereitung der Berufstätigenerhebung (siehe weiter unten) ermittelten, Struktur der weiblichen Berufstätigen berechnet. Für die Ländergliederung wurden vorliegende Bezirksangaben (Arbeiter und Angestellte) bzw. die Nachaufbereitungsergebnisse der Berufstätigen

generhebung (Selbständige und mithelfende Familienangehörige; Genossenschaftsmitglieder) zugrunde gelegt.

Die Berufstätigen des x-Bereiches wurden unter Heranziehung von insgesamt 20 verschiedenen Datenquellen ermittelt. Dies geschah zunächst für das Jahr 1989 in wirtschaftssystematischer- und Ländergliederung, insbesondere auf der Grundlage 1989 und 1990 in diesem Bereich durchgeführter Erhebungen sowie der Ergebnisse der Berufstätigenerhebung 1990, mit hoher Genauigkeit. Lediglich für die Ländergliederung der Bereiche Zoll, Ministerrat und Parteien waren Schätzungen erforderlich. Für die Jahre 1981, 1970, 1964 und 1950 wurden die Berufstätigen im x-Bereich unter Verwendung der Berufszählungsangaben und von Ergebnissen der Berufstätigenerhebung berechnet. Dabei waren für die entsprechenden Jahre die unterschiedlichen Stichtage der beiden Erhebungen zu überbrücken. Grundlage dafür waren die mit der Arbeitskräfteberichterstattung erhobenen Daten über den Belegschaftswechsel. Die Angaben für die zwischen den genannten Jahren liegenden Rückrechnungsjahre wurden geschätzt. Zu diesem Zweck wurde für die Jahre zwischen 1981 und 1989 sowie 1970 und 1981 von konstanten jährlichen Wachstumsraten, für die Jahre zwischen 1964 und 1970 sowie 1950 und 1964 von einer linearen Entwicklung ausgegangen. Die wirtschaftssystematische Gliederung wurde zu wesentlichen Teilen aus dem Jahr 1989 projiziert unter gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftshistorischer Veränderungen (Zuordnungen zum x-Bereich) sowie der Verwendung von für zwei Bereiche bis zum Jahr 1970 zurück vorliegender Originalangaben und der Vornahme von Schätzungen für die Jahre 1950 und 1955. Die Länderstruktur für die Jahre 1980, 1985 und 1988 wurde aus 1989 übernommen. Wegen der wesentlichen Wandlungen der inneren Struktur des x-Bereiches konnte 1975 und davor so nicht verfahren werden. Dazu wurde auf der Basis vorliegender Werte die Länderstruktur je Wirtschaftszweig ermittelt und für das jeweilige Rückrechnungsjahr in Ansatz gebracht.

Die wirtschaftssystematische Gliederung der Berufstätigenangaben aus der Berufstätigenerhebung nach der BRD-Systematik wurde für die Jahre 1985, 1988 und 1989 durch eine Nachaufbereitung der vorliegenden Einzelangaben der Betriebe bzw. Nebenbetriebe (BRD: Unternehmen bzw. Betriebe) gewährleistet. Ebenfalls nachaufbereitet wurden Angaben über Lehrlinge für die Jahre 1988 und 1989 (1990 wurden die Lehrlinge mit der Berufstätigenerhebung erfaßt) sowie Einzelmeldungen des privaten Handwerks für die gleichen Jahre (für 1985 standen keine Einzelmeldungen zur Verfügung; es mußte eine gesonderte Rückrechnung von Ergebnisdaten vorgenommen werden). Zur Nachaufbereitung der Daten wurde für die jeweiligen Jahre ein Nachaufbereitungsregister auf der Basis des Statistischen Betriebsregisters erarbeitet. Zu diesem Zweck wurden die für jeden Betrieb im Statistischen Betriebsregisters enthaltenen allgemeinen Angaben um eine Signierung nach der Systematik der Wirtschaftszweige ergänzt, aus der zusätzlich eine Signierung bestimmter Aggregate (Rechenbereiche) für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung abgeleitet

wurde. Die Signierung der Betriebe nach der Systematik der Wirtschaftszweige erfolgte z.T. automatisch unter Verwendung von Schlüsselbrücken, zu großen Teilen aber auch durch Einzelentscheidungen, im produzierenden Sektor durch Bestimmung der Haupttätigkeit nach einer Umsignierung von der Erzeugnis- und Leistungsnummernkatalog der DDR-Statistik auf das Güterverzeichnis der Bundesstatistik. Mit Hilfe des Nachaufbereitungsregisters war es nicht nur möglich, die DDR-Daten wirtschaftssystematisch nach der BRD-Systematik zu gliedern, sondern es konnte auch der Zusammenhang zwischen den Wirtschaftszweigen der Systematik der Volkswirtschaftszweige und der Systematik der Wirtschaftszweige quantifiziert werden. Diese Möglichkeit wurde genutzt, um Anhaltspunkte für die wirtschaftssystematische Gliederung (nach der BRD-Systematik) der für die Rückrechnungsjahre vor 1985 nur in Aggregaten nach dem 4-Steller der Systematik der Volkswirtschaftszweige vorliegenden Daten zu erhalten. Durch Gegenüberstellung von Beschäftigtenangaben nach der Originalverschlüsselung mit den Beschäftigtenangaben nach erfolgter Umstellung wurde je Wirtschaftszweig der DDR-Systematik ein Verteilungsschema auf die Wirtschaftszweige der Systematik der Wirtschaftszweige ermittelt. So ergeben sich z.B. für den Zweig Feinmechanische und optische Industrie folgende Koeffizienten:

- 0,110 Maschinenbau,
- 0,168 Elektrotechnik, Reparaturen von Haushaltgeräten und
- 0,722 Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren.

Die Koeffizienten wurden für die Jahre 1970, 1975 und 1980 (für das Beitrittsgebiet insgesamt) für die Umrechnung der wirtschaftssystematischen Gliederung der vorliegenden Ergebnisse in Ansatz gebracht.¹¹⁰

Die Länderaufgliederung (einschl. Berlin-Ost) wurde für die Jahre 1985, 1988 und 1989 im Rahmen der Nachaufbereitung der vorliegenden Einzeldaten gesichert. Zu diesem Zweck wurden die im Nachaufbereitungsregister enthaltenen Ordnungsdaten um eine Länderverschlüsselung ergänzt. Für die Rückrechnungsjahre vor 1985 waren vorliegende Bezirksergebnisse die Grundlage für die Ländergliederung. Mittels Korrekturkoeffizienten, die auf der Grundlage der Berufstätigenerhebung 1988 ermittelt wurden, wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass bei der Länderbildung die Zuordnung von neun Kreisen verändert worden war.

Letztlich sei in diesem Zusammenhang ergänzend auf die Bedeutung einer sauberen Begriffsverwendung beim Umgang mit Daten der amtlichen DDR-Statistik aufmerksam gemacht. So sollte, um Fehldeutungen zu vermeiden, beispielsweise der Begriff Erwerbstätige nur dann Verwendung finden, wenn es sich um rückgerechnete Angaben im beschriebenen Sinne handelt.¹¹¹

¹¹⁰ Eine Gesamtübersicht über die Koeffizienten ist in Fritz u.a. (1966, Ergänzungsband 3) enthalten.

¹¹¹ Siehe dazu auch die abschließenden Bemerkungen im folgenden Abschnitt.

4.1.4 Das Übergangsjahr 1990

4.1.4.1 Erhebungen

Das im Abschnitt 4.1.2 dargestellte Berichtswesen wurde letztmalig im Jahr 1989 realisiert. Die Mehrzahl der Erhebungen wurde 1990 nicht mehr durchgeführt. Lediglich die Arbeitskräfteberichterstattung (ab Juli mit neuem Kennziffernprogramm) und die Berufstätigenerhebung (per 30. November, ebenfalls neu gestaltet) wurden durch die SZS, das Statistische Amt der DDR (März bis September) bzw. das Gemeinsame Statistische Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen¹¹² realisiert. Die Rechtsgrundlage dafür bildete u.a. das Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20. Juli 1990 (Statistikgesetz der DDR¹¹³), das im § 6 (2)¹¹⁴ sowie in der Anlage dazu¹¹⁵ die durchzuführenden Erhebungen festschrieb. Weitere Festlegungen dazu wurden im Einigungsvertrag getroffen.¹¹⁶ (So wird in der Anlage II zum Einigungsvertrag, Kapitel XVIII, Abschnitt III u.a. festgelegt, dass für das Jahr 1990 die Berufstätigenerhebung und für das 4. Quartal 1990 die Erhebung über Arbeitskräfte, Einkommen und Arbeitszeiten bis spätestens 30. Juni 1991 abgeschlossen sein müssen.¹¹⁷

In der Arbeitskräfteberichterstattung wurden ab Juli 1990 folgende Kennziffern monatlich erhoben¹¹⁸:

- Durchschnittszahl der Arbeitskräfte
- Bruttolohnsumme; darunter:
 - Vorruhestandsgeld
 - Ausgleichszahlungen während der Arbeitsvermittlung
- jeweils für:
 - Arbeiter und Angestellte
 - Produktions- bzw. Handelspersonal
 - weibliche Arbeiter und Angestellte (nur Juli und Oktober)
 - weibliches Produktions- bzw. Handelspersonal (nur Juli und Oktober)
- tatsächlich geleistete Arbeitszeit (ohne Überstunden)
- Überstunden
- nur für Juli und Oktober:
- Erholungsurlaub

¹¹² GeStAL, siehe dazu Abschnitt 4.2.2.

¹¹³ GBl. 1990, I, Nr. 52, S. 1004 ff.

¹¹⁴ A.a.O., S. 1005.

¹¹⁵ A.a.O., S. 1008.

¹¹⁶ BGBl. 1990, Teil II, Nr. 35, S. 889 ff., gleichlautend in GBl. I Nr. 64, S. 1628 ff.).

¹¹⁷ BGBl. wie oben benannt, S. 1234.

¹¹⁸ Die detaillierte Benennung erscheint an dieser Stelle zweckmäßig und das gilt auch für die Berufstätigenerhebung, da die entsprechenden Erhebungsbogen nicht im Handbuch der Erwerbstätigenstatistik, Fritz u.a. 1996, enthalten sind.

- Ausfallzeiten insgesamt; darunter:
 - Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest (ohne Schwangerschafts- und Wochenurlaub); darunter:
 - Ausfallzeit durch Krankheit
- bezahlte Zeiten insgesamt
- Lehrlinge (Durchschnittszahl)
- Lehrlingsentgelt
- ausländische Arbeitskräfte (Durchschnittszahl); darunter aus:
 - Vietnam
 - Mocambique.

Im Gegensatz zum 1. Halbjahr 1990 waren alle Kennziffern nicht mehr kumulativ (seit Jahresbeginn), sondern für den jeweiligen Berichtsmonat nachzuweisen. Außerdem enthielt der Abrechnungsbogen keine Plankennziffern mehr.

Mit der Berufstätigenerhebung wurden die nachgenannten Kennziffern von den Unternehmen (nach DDR-Terminologie: Betriebe) erfaßt:

- tätige Personen am 30. November 1990 insgesamt; davon:
 - Selbständige
 - unbezahlt mithelfende Familienangehörige
 - Arbeiter (einschließlich Auszubildende)
 - Angestellte (einschließlich Auszubildende)
- Alle Kennziffern jeweils nach:
 - männlich
 - weiblich.

Von Mehrbetriebsunternehmen waren diese Kennziffern auch für ihre Betriebe (nach DDR-Terminologie: Nebenbetriebe) nachzuweisen. Diese Angaben dienten der territorialen Ergebnisbereinigung, so dass der regionale Ausweis der Berufstätigen auf der Basis des Arbeitsortes (nicht des Unternehmenssitzes) erfolgte. Von allen Unternehmen waren darüber hinaus für das gesamte Unternehmen abzurechnen:

- Personen, die im Unternehmen eine nebenberufliche (2. oder weitere) Tätigkeit ausübten
- Auszubildende (auch Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre)
- Teilzeitbeschäftigte
- mitarbeitende Genossenschaftsmitglieder
- Personen im Babyjahr.

Da aktuelle und zur Bundesstatistik vergleichbare bzw. paßfähige Daten über die regionale Verteilung und Zusammensetzung der Erwerbstätigen für die neuen Bundesländer und letztlich auch für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt dringend benötigt wurden, ist die Berufstätigenerhebung zum ansonsten in der DDR üblichen Stichtag 30. September nicht durchgeführt worden. Die Entscheidung für den Stichtag 30. November wurde neben der Dringlichkeit der Datenbeschaffung insbesondere durch drei Überlegungen gestützt. Erstens waren die Voraussetzungen für eine sofortige Einführung der Statisti-

ken der Erwerbstätigkeit der BRD in den neuen Bundesländern nicht gegeben. Zweitens waren Großzählungen, die analog der 1987 in der BRD durchgeführte Volkszählung und Arbeitsstättenzählung eine entsprechende Datengrundlage hätten sichern können, nicht vorgesehen. Drittens schließlich erforderten Vergleichbarkeit und Paßfähigkeit die Anwendung der definitorischen Grundlagen der BRD-Statistik. Durch die Realisierung des letztgenannten Gesichtspunktes entstanden im Vergleich zu den bisherigen Berufstätigenerhebungen der DDR-Statistik folgende Effekte:

- Der sogenannte x-Bereich (vergleiche dazu Abschnitt 4.1.2.1) wurde in die Erhebung einbezogen. Die Erfassung erfolgte direkt durch das GeStAL (Soldaten, Grenzschutz, Zivilbeschäftigte der Armee, Zivildienstleistende, Kirchen und Religionsgemeinschaften) sowie durch die Statistischen Landesämter (Polizei, Justiz, Zoll, Parteien und Vereinigungen). Damit wurden mit dieser Berufstätigenerhebung für das Gebiet der ehemaligen DDR erstmals ausnahmslos alle Erwerbstätigen erfaßt.
- Personen, die die gesetzliche Freistellung zur Betreuung des Kindes in Anspruch nahmen (DDR-Terminologie: Mütter in der bezahlten Freistellung) sowie Auszubildende (Lehrlinge) galten erstmals als Berufstätige bzw. Arbeiter und Angestellte (Lehrlinge zählten in der DDR nur bis 1959 zu den Beschäftigten bzw. Arbeiter und Angestellten; siehe dazu Abschnitt 1 im Anhang B).
- Ebenfalls erstmalig wurde für das Gebiet der DDR eine getrennte Erfassung der Arbeiter und Angestellten vorgenommen. Neu war auch die in der DDR nicht übliche gesonderte Darstellung der Selbständigen und (unbezahlt) mithelfenden Familienangehörigen. Dagegen wurden bis 1989 Genossenschaftsmitglieder als gesonderte Position ausgewiesen, in der Erhebung per 30. November 1990 aber jeweils den Arbeitern oder Angestellten zugeordnet.

4.2 Die Statistik der BRD

4.2.1 Die Entwicklung der amtlichen Statistik

Träger der ausgelösten amtlichen Statistik der BRD sind das Statistische Bundesamt (StBA) und die Statistischen Landesämter. Das StBA ist eine selbständige Bundesbehörde. Die Statistischen Landesämter sind vom Bund völlig unabhängige Landesbehörden, denen gegenüber auch das StBA kein Weisungsrecht hat.

Entsprechend dem föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbau ist die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) überwiegend dezentral regional organisiert (im Gegensatz sowohl zum national-sozialistischen Staat, in dem die Länderhoheit aufgehoben und das Statistische Landesamt Preußens mit

dem Statistischen Reichsamt verschmolzen worden war, als auch zum zentralistischen Aufbau der Statistikbehörde in der DDR; siehe Abschnitt 2.1 und 4.1.1). Dieses Prinzip der regionalen Dezentralisation führt zu einer bestimmten Aufgabenteilung bei der Bearbeitung der ausgelösten amtlichen Statistik zwischen Bund und Ländern, die nur in wenigen Ausnahmefällen durchbrochen wird. So ist das StBA für die technische und methodische Vorbereitung der Erhebungen zuständig. Den Statistischen Landesämtern obliegen Erfassung und Prüfung der Daten sowie die Erarbeitung von Landesergebnissen. Das StBA stellt aus den Landesergebnissen die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Ausgenommen von dieser Verfahrensweise sind einige wenige Erhebungen, wie z.B. die Außenhandelsstatistik, die Kostenstrukturerhebung und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die vollständig vom StBA, also zentralisiert bearbeitet werden.

Fachlich ist für die Bundesstatistik die zentralisierte Organisation charakteristisch. Das bedeutet, dass in der amtlichen Statistik die ausgelösten Statistiken dominieren. Durchbrochen wird das Prinzip der fachlichen Zentralisation durch die nicht ausgelöste amtliche Statistik.

Auftraggeber für eine Bundesstatistik ist das jeweils zuständige Bundesministerium. Dabei bedarf jede Bundesstatistik einer Rechtsgrundlage (Prinzip der Legalisierung). Nach Artikel 73 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949¹¹⁹ obliegt dem Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke. Federführend bei der Vorbereitung der statistischen Rechtsgrundlage für eine Erhebung ist das zuständige Fach-Ressort der Bundesregierung, das auch gleichzeitig die Fachaufsicht gegenüber dem StBA wahrnimmt (die Dienstaufsicht wird vom Bundesministerium des Inneren wahrgenommen, zu dessen Geschäftsbereich das StBA gehört). Insgesamt gibt es weit über 100 einzelstatistische Rechtsgrundlagen. Auch Verordnungen der EG können Bundesstatistiken begründen.

In den Rechtsgrundlagen ist für die meisten Erhebungen eine Auskunftspflicht vorgeschrieben. Für Einzelangaben jeglicher Art besteht eine Geheimhaltungspflicht. Das bedeutet auch das Verbot der Veröffentlichung von solchen Ergebnisdaten, die Rückschlüsse auf einzelne Befragte zulassen; in der Praxis bedeutet das, dass sich eine beliebige Ergebniszahl im Allgemeinen auf mindestens drei Befragte beziehen muß. Objektivität und Neutralität der Statistik sowie die wissenschaftliche Unabhängigkeit sind dadurch gewährleistet, dass das StBA und die Statistischen Landesämter in Fragen der Statistik an keinerlei fachliche Weisungen von außen gebunden sind.

Die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes sind insbesondere folgende:

- Methodische und technische Vorbereitung und Weiterentwicklung von Bundesstatistiken in Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern,

¹¹⁹ BGBl. 1949, I, S. 1 ff.

- Zusammenstellung der Ergebnisse der Bundesstatistiken für den Bund sowie deren Veröffentlichung und Darstellung für allgemeine Zwecke,
- Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken für den Bund sowie deren Veröffentlichung und Darstellung für allgemeine Zwecke,
- Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken unter den gesetzlich fixierten Bedingungen,
- Erstellung von Statistiken im Auftrag oberster Bundesbehörden aus Daten, die im Geschäftsverlauf von Verwaltungsstellen des Bundes anfallen,
- Zusammenstellung und Veröffentlichung internationaler Statistiken,
- Mitwirkung an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der die Bundesstatistik berührenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes,
- Aufstellung, Veröffentlichung und Darstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und anderer Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke und
- Führung des Statistischen Informationssystems des Bundes und Mitwirkung an der Koordinierung der Datenbanken anderer Stellen des Bundes.

In Grundsatzfragen wird das StBA von einem Statistischen Beirat beraten, dem neben den Leitern der Statistischen Ämter der Länder Vertreter der Auftraggeber, Nutzer und Befragten der Bundesstatistiken angehören. Für bestimmte Sachfragen bildet der Statistische Beirat Fachausschüsse oder Arbeitskreise.

Das Statistische Bundesamt ging aus dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (siehe Abschnitt 3.1.2) hervor. Zunächst wurde in Verbindung mit der Konstituierung der Bundesorgane der Leiter des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit Schreiben des Bundesministers des Inneren vom 14. Oktober 1949 mit der Weiterführung der Geschäfte sowie mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt. Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Amtes, für Arbeitsweise und Befugnisse, blieb das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948. Der Statistische Ausschuß (später abgelöst vom Statistischen Beirat) setzte mit seinen Fachausschüssen die Arbeit fort. Lediglich die Vertreter der bisherigen 6 bizonalen Verwaltungen im Ausschuß wurden durch Vertreter von 13 Bundesministerien abgelöst. Da die entstehenden Bundesorgane in Bonn ansässig waren, das Statistische Amt aber in Wiesbaden, richtete letzteres eine Verbindungsstelle in Bonn ein.

Nachdem die Zustimmung der entsprechenden Länder vorlag, wurde der Geltungsbereich dreier Rechtsgrundlagen auf die Französische Zone ausgedehnt (Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Landeskreis

Lindau vom 31. März 1950¹²⁰). Das betraf neben dem bereits erwähnten Gesetz vom 21. Januar 1948:

- die Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juli 1949¹²¹ und
- das Gesetz über Lohnstatistik vom 22. August 1949¹²².

Die Umbenennung des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Statistisches Bundesamt erfolgte durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 29. August 1950.

Im Jahre 1953 wurde das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September erlassen¹²³, das im Wesentlichen die bis dahin praktizierten institutionellen und organisatorischen Regelungen zur statistischen Arbeit im Rahmen der Bundesstatistik festschrieb. Das genannte Gesetz wurde novelliert durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980¹²⁴. Mit diesem Gesetz wurde „... insbesondere die rationellere Durchführung von Bundesstatistiken angestrebt, die Regelung über die statistische Geheimhaltung weiterentwickelt und die neue Gesetzgebung zum Datenschutz berücksichtigt ...“¹²⁵. Z. Zt. gilt das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke – Bundesstatistikgesetz – vom 22. Januar 1987.¹²⁶ Es sicherte die notwendigen Anpassungen des Statistik-Rechts an die Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 vom 15. Dezember 1983 und enthielt in diesem Zusammenhang und darüber hinaus gegenüber dem Bundesstatistikgesetz aus dem Jahre 1980 u.a. folgende Neuregelungen:

- Die Vorschriften über die Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken (§ 6) wurden gegenüber den bisherigen Festlegungen erweitert und präzisiert.
- Zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes wurden neue Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie über die Trennung und Lösung der Hilfsmerkmale aufgenommen (§§ 10 und 12).
- Die Möglichkeit der Übermittlung von Einzelangaben wurden gravierend eingeschränkt (§ 16).
- Der Zugriff auf Daten aus allgemein zugänglichen Quellen und aus öffentlichen Registern ist unter bestimmten Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik ohne besondere Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung zulässig (§ 5).
- Um die Flexibilität der Statistik zu erhöhen, sind bei kurzfristig auftretendem Datenbedarf Erhebungen für besondere Zwecke auf Forderung

¹²⁰ BGBl. 1950, S. 81.

¹²¹ Öffentlicher Anzeiger des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Nr. 50 vom 25. Juni 1949.

¹²² Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Nr. 31, S. 265.

¹²³ BGBl. 1953, I, S. 1314 ff.

¹²⁴ BGBl. 1980, I, S. 289 ff.

¹²⁵ StBA 1997, Das Arbeitsgebiet ..., S. 26.

¹²⁶ BGBl. 1987, I, S. 462 ff. und S. 565.

einer obersten Bundesbehörde mit höchstens zehntausend Befragten und ohne Auskunftspflicht zulässig (§ 7).

- Das StBA erhält die Möglichkeit, Daten aus dem Geschäftsgang der Verwaltungsstellen des Bundes aufzubereiten und die Ergebnisse mit Zustimmung der jeweiligen Verwaltungsstelle darzustellen und zu veröffentlichen (§ 8).
- Der Statistische Beirat wurde um den Bundesbeauftragten für Datenschutz erweitert (§ 4).

Mitte des Jahres 1958 hatte das StBA einschl. Amtsleitung (3 Personen) insgesamt 2 171 Mitarbeiter, die sich wie folgt auf die einzelnen Abteilungen des Amtes verteilten (wobei die Struktur weitgehend der des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes glich)¹²⁷:

Abteilung Z	Verwaltung	448
Abteilung I	Allgemeine Organisation der Statistik (einschl. 265 Mitarbeiter der Zweigstelle Berlin)	574
Abteilung II	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung	87
Abteilung III	Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik	49
Abteilung IV	Industrie- und Handwerksstatistik (einschl. 52 Mitarbeiter der Außenstelle Düsseldorf)	151
Abteilung V	Handels- und Verkehrsstatistik (einschl. 14 Mitarbeiter der Außenstelle Hamburg)	537
Abteilung VI	Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik	142
Abteilung VII	Finanz- und Steuerstatistik	111
Abteilung VIII	Bevölkerungs- und Kulturstatistik	69

Bis Mitte des Jahres 1966 stieg die Zahl der Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes um 332 auf insgesamt 2 503 Mitarbeiter. Über 40 Prozent dieses Anstiegs entfiel auf die Zweigstelle in Berlin, deren Mitarbeiterzahl sich auf 402 Mitarbeiter erhöhte¹²⁸. Vergleichsweise gering war die Entwicklung der Mitarbeiterzahl in den folgenden 23 Jahren. Im Jahre 1989 hatte das StBA rd. 2 700, darunter rd. 250 wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter. In den Statistischen Landesämtern waren zu diesem Zeitpunkt rd. 6 000 Personen beschäftigt.¹²⁹ Bedingt durch die zusätzlichen Aufgaben der Bundesstatistik in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands (siehe Abschnitt 4.2.2) sowie die Erhöhung der Anzahl der Statistischen Landesämter wuchs die Anzahl der

¹²⁷ Quelle: StBA 1958, S. 10.

¹²⁸ StBA 1966, S. 16.

¹²⁹ StBA 1989, Bundesstatistik, S. 11.

im StBA Beschäftigten auf 3 100 im Jahre 1997, während im gleichen Jahr in den Statistischen Landesämtern rd. 8 000 Mitarbeiter tätig waren.¹³⁰

Das Statistische Bundesamt hatte 1999 folgende Struktur:

Abteilung Z	Verwaltung,
Abteilung I	Fachliche Grundsatzfragen der Bundesstatistik,
Abteilung II	Mathematisch-statistische Methoden, Datenverarbeitung,
Abteilung III	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Abteilung IV	Produzierendes Gewerbe, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Umweltstatistiken,
Abteilung V	Handel und Verkehr,
Abteilung VI	Preise, Löhne, Dienstleistungen,
Abteilung VII	Finanzen und Steuern, Bildungs- und Gesundheitswesen,
Abteilung VIII	Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen
Abteilung IX	Zweigstelle Berlin: Landwirtschaft, Bautätigkeit, Wirtschaftsrechnungen, Auslandsstatistik, Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa.

4.2.2 Die Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

Am 3. Oktober 1990 trat der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag¹³¹ – in Kraft. Mit diesem Vertrag wurde der Geltungsbereich der Bundesgesetze auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) ausgedehnt. Demzufolge hatten auch die Bundesstatistikgesetze in dem benannten Beitrittsgebiet Rechtskraft. Obwohl für die Einführung der Bundesstatistik im Beitrittsgebiet durch die bereits seit kurz nach der politischen Wende in der DDR zwischen dem Statistischen Bundesamt und der SZS bzw. dem Statistischen Amt der DDR bestehenden intensiven Kontakte (siehe Abschnitt 4.1.1) günstige Voraussetzungen geschaffen worden waren, mußte davon ausgegangen werden, dass aus den verschiedensten naheliegenden Gründen eine sofortige und vollständige Einführung der Bundesstatistik nicht möglich war. Gleichzeitig war der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich das Erfassungsgebiet erweitert hatte und daher auch die gesetzlich geregelten Berichtspflichtigenzahlen bzw. Stichprobenumfänge entsprechend zu verändern waren. Der Einigungsvertrag ermächtigte daher Bundesregierung und Bundesminister, die entsprechenden gesetzlichen Präzisierungen ohne Zustimmung des Bundesrates vornehmen zu können.¹³² Auf dieser Grundlage wurden mit

¹³⁰ StBA 1997, Das Arbeitsgebiet ..., S. 39.

¹³¹ BGBl. Teil II, Nr. 35 vom 28. September 1990, S. 889 ff.

¹³² Anlage I, Kapitel XVIII, Abschnitt II, Nr. 1 und Nr. 2, § 1; a.a.O., S. 1138.

der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991¹³³ für bestimmte Erhebungen die notwendigen Festlegungen (Aussetzungen oder Begrenzungen, Veränderung der Zahl der Berichtspflichtigen und dgl.) getroffen. Statistiken der Erwerbstätigkeit wurden von dieser Verordnung nicht angesprochen. Hier ist auf zwei gesonderte gesetzliche Festlegungen zu verweisen.

Zunächst legte der Einigungsvertrag in Anlage II, Kapitel XVIII, Abschnitt III¹³⁴ fest, dass für 15 benannte Erhebungen für das Jahr 1990 bzw. für das 4. Quartal 1990 DDR-Recht in Kraft blieb (mit Bezug auf § 6, Absatz 2 des Statistikgesetzes der DDR vom 20. Juli 1990¹³⁵). Das bedeutete, dass diese 15 Erhebungen der amtlichen DDR-Statistik noch zu realisieren waren, allerdings mit der im Einigungsvertrag gleichzeitig fixierten Maßgabe, dass die Bearbeitung der Erhebungen bis zum 30. Juni 1991 abzuschließen war. Seitens der Statistiken der Erwerbstätigkeit betraf das die Erhebung über Arbeitskräfte, Einkommen und Arbeitszeiten (Arbeitskräfteberichterstattung) und die Berufstätigenerhebung (Näheres siehe Abschnitt 4.1.4.1). Dabei kam der Berufstätigenerhebung als erste große Bestandsaufnahme zur Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) eine besondere Bedeutung zu. Zwar hatte das Statistische Bundesamt bereits im April 1991 Erwerbstätigenzahlen nach BRD-Methodik für das Beitrittsgebiet veröffentlicht, jedoch handelte es sich um in der Zweigstelle Berlin vorgenommene Berechnungen mit vorläufigem Charakter, die auf Originaldaten der amtlichen DDR-Statistik, aber eben auch zu großen Teilen auf Fortschreibungen und Schätzungen beruhten.¹³⁶

Die zweite gesetzliche Regelung bezüglich der Statistiken der Erwerbstätigkeit betraf den Mikrozensus, der, das sei an dieser Stelle vorweggenommen, in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) im April 1991 erstmals durchgeführt wurde. Bezug nehmend auf den Einigungsvertrag, Anlage I, Kapitel XVI-II, Abschnitt II, Nr. 2 § 1¹³⁷ wurde mit der Mikrozensusanpassungsverordnung vom 18. Oktober 1991¹³⁸ festgelegt, dass im Beitrittsgebiet zusätzlich zu der turnusmäßigen Erhebung im April zwei weitere Stichprobenerhebungen durchzuführen sind.¹³⁹

Die Einführung der Bundesstatistik im Beitrittsgebiet war natürlich nicht allein gleichbedeutend mit der Durchführung bundesstatistischer Erhebungen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, sondern sie schloß auch eine tiefgreifende Umorganisation des statistischen Dienstes ein. Das bedeutete, dass das trotz aller inhaltlichen Neuorientierung weiterhin zentralistisch aufgebaute Statistische Amt der DDR, dessen formale Existenz am 3. Oktober 1990 endete, zu überführen war in einen nach bundesdeutschen Prämissen gestalteten

¹³³ BGBl. 1991, Teil I, S. 846 ff.

¹³⁴ A.a.O., S. 1234.

¹³⁵ GBl. 1990, Teil I, Nr. 52, S. 1005.

¹³⁶ Ebert, M. in StBA 1993, Einführung ..., S. 171 ff.

¹³⁷ A.a.O., S. 1138.

¹³⁸ BGBl. 1991, Teil I, S. 2030.

¹³⁹ Einzelheiten dazu werden im Abschnitt 4.2.3.3 ausgeführt.

statistischen Dienst. Primär bestand die Aufgabe darin, Statistische Landesämter aufzubauen. Einerseits war dies jedoch nicht schlagartig möglich und konnte angesichts der Größe und Kompliziertheit der damit verbundenen Probleme nur schrittweise, nicht zuletzt in Abhängigkeit vom Aufbau arbeitsfähiger Landesregierungen, erfolgen. Andererseits trugen in der nach föderalen Grundsätzen gestalteten Bundesstatistik gerade die Statistischen Landesämter die Hauptlast bei der Durchführung der Erhebungen der ausgelösten amtlichen Statistik. Der Einigungsvertrag sah daher zur Lösung dieser Problematik in Anlage I, Kapitel XVIII, § 3¹⁴⁰ vor, das Statistische Amt der DDR zunächst als Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (GeStAL) weiterzuführen, um die nach dem Bundesstatistikgesetz den Ländern zukommenden Aufgaben vorübergehend wahrzunehmen. Das GeStAL war zum frühest möglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 1992, in entsprechende Ländereinrichtungen zu überführen. In Berlin wurden die Mitarbeiter der Bezirksstelle Berlin des Statistischen Amtes der DDR sowie der dazugehörigen Kreisstellen mehrheitlich in das bereits bestehende Statistische Landesamt Berlin (bis dahin: Berlin-West) integriert.

Neben der Wahrnehmung der Länderaufgaben bei der Durchführung von Erhebungen der Bundesstatistik einschließlich der rechentechnischen Realisierung¹⁴¹ hatte das GeStAL die nach dem Einigungsvertrag noch durchzuführenden 15 DDR-Erhebungen zu bearbeiten. Darüber hinaus wurden die Länder beim Aufbau ihrer statistischen Verwaltungen beraten und unterstützt, nicht zuletzt durch Organisation und auch Durchführung bestimmter Qualifikationsmaßnahmen.

Dem Statistischen Bundesamt erwuchsen aus der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten neue und zusätzliche Aufgaben. Zu deren Bewältigung wurden aus der Zentrale des Statistischen Amtes der DDR in Berlin rd. 400 Mitarbeiter in die bis dahin in Berlin-West angesiedelte, dann an den Alexanderplatz umgezogene Zweigstelle Berlin übernommen. Die restlichen Mitarbeiter der Zentrale (am 5. Oktober 1990 waren dies 341 Mitarbeiter) nahmen die Aufgaben des GeStAL in Berlin wahr. Hinzu kamen die Mitarbeiter des Datenverarbeitungszentrums. Anfang Februar 1991 hatte die Dienststelle des GeStAL in Berlin insgesamt 612 Mitarbeiter (einschließlich Datenverarbeitung). Die Gesamtzahl der Mitarbeiter des GeStAL in den neuen Bundesländern betrug zu diesem Zeitpunkt 2 465 (ohne 74 bis 31. März 1991 befristet Beschäftigte und ohne 109 Mitarbeiter im sogenannten Wartestand im Land Brandenburg), darunter in:

- Brandenburg 185,
- Mecklenburg-Vorpommern 369,

¹⁴⁰ A.a.O., S. 1138.

¹⁴¹ Das Datenverarbeitungszentrum Statistik des Statistischen Amtes der DDR war dem GeStAL zugeordnet worden gemäß dem bereits genannten § 3, Absatz 2, a.a.O.

- Sachsen 496,
- Sachsen-Anhalt 406 und
- Thüringen 397.

Die in den Ländern insgesamt am 1. Februar 1991 beschäftigten Mitarbeiter (1 853) waren tätig in:

- (z. T. noch zu bildenden) Landesämtern (500),
- Außenstellen (585) sowie
- Kreisämtern bzw. Erhebungsstellen (768).

Bei den Außenstellen handelte es sich um ehemalige Bezirksstellen. Erhebungsstellen waren Nachfolgeeinrichtungen von Kreisstellen, deren vorübergehende Unterhaltung wegen ihrer örtlichen Nähe zu den Berichtspflichtigen angesichts der noch ungenügenden Bedingungen für eine reibungslose Kommunikation für zweckmäßig erachtet wurde. Mit fortschreitendem Aufbau der Statistischen Landesämter (das erste wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Schwerin bereits im Dezember 1990 gebildet) ging auch die Zahl der Mitarbeiter des GeStAL in der Dienststelle Berlin zurück. Am 1. April 1991 war es noch 585 Mitarbeiter, am 23. August des gleichen Jahres waren 541 Beschäftigte tätig. Von der für April genannten Mitarbeiterzahl waren 132 Mitarbeiter mit dem Aufbau der Statistischen Landesämter, mit Personal- und Qualifikationsfragen sowie mit Haushalt und Verwaltung befaßt, 150 Mitarbeiter beschäftigten sich mit der Durchführung der statistischen Erhebungen und 287 Beschäftigte waren in der Datenverarbeitung tätig.

Trotz aller Turbulenzen in der Wirtschaft des Beitrittsgebietes und der Probleme bei der völligen Neuorganisation der Verwaltung wurde Dank der rechtzeitig getroffenen vorbereitenden Maßnahmen (siehe Abschnitt 4.1.1) die Einführung der Bundesstatistiken in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ab Anfang 1991 gewährleistet. Besonders problembeladen war allerdings die Durchführung der sekundärstatistischen Erfassungen. So war beispielsweise die Etablierung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit weitgehend abhängig von der Existenz und der Arbeitsfähigkeit der Sozialversicherungsträger, wie z.B. der niedergelassenen Krankenkassen (siehe Abschnitt 4.2.3.4).

Zügig erfolgte auch der Aufbau und die Sicherung der vollen Arbeitsfähigkeit der Statistischen Landesämter der neuen Bundesländer. Dieser Prozeß wurde durch das Statistische Bundesamt in mehrerlei Hinsicht tatkräftig unterstützt. Besonders hervorzuheben ist aber in diesem Zusammenhang die Mitwirkung der Statistischen Landesämter der „alten“ Bundesländer. Sie übernahmen Patenschaften und begleiteten und unterstützten den Prozeß des Aufbaus des statistischen Dienstes in den neuen Bundesländern durch Beratungen, zeitweise Delegation von Mitarbeitern, Qualifizierungsmaßnahmen, Vermittlung eigener Erfahrungen und z.T. auch durch vorübergehende Übernahme von Aufbereitungsarbeiten. All dies bewirkte, dass das GeStAL bereits weit vor Erreichen der im Einigungsvertrag gesetzten Zeitgrenze, nämlich per 31. Dezember 1991, aufgelöst werden konnte (Beschluß des Verwaltungsausschusses des GeStAL

vom 29. August 1991). Die noch verbleibenden Aufgaben einschließlich der auslaufenden statistischen Arbeiten wurden ab 1. Januar 1992 von der Geschäftsstelle zur Auflösung des GeStAL übernommen. Das ehemalige Datenverarbeitungszentrum Statistik des Statistischen Amtes der DDR war bereits am 1. September 1991 aus dem GeStAL ausgegliedert worden.

4.2.3 Statistiken der Erwerbstätigkeit

4.2.3.1 Allgemeine Charakteristik

Die amtliche Statistik der Erwerbstätigkeit der BRD verschmilzt Einzelteile, bestehend aus Total- und Repräsentativ-, Betriebs- und Personenbefragungen, primär- und sekundärstatistischen Erhebungen durch Berechnung von Monats-, Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahresdurchschnittsangaben nach einem sogenannten integrierten Konzept der Berechnung von Erwerbstätigenzahlen zu einem erwerbsstatistischen Gesamtbild. Dies allerdings gestaltet sich recht schwierig, da einerseits unterschiedliche Stichtage bzw. Erhebungszeiträume, abweichende Begriffe oder voneinander abweichende Inhalte gleicher Begriffe sowie Abschnidegrenzen zu berücksichtigen und andererseits gegebene Erfassungslücken durch Schätzungen zu füllen sind. Das StBA spricht in seinen Veröffentlichungen von einem System der Statistiken der Erwerbstätigkeit.¹⁴² Herberger verwendet die Bezeichnung Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik.¹⁴³ Erwerbsstatistik wählt von der Lippe als Oberbegriff.¹⁴⁴

Es finden sich in der Literatur aber auch andere Darstellungen. So spricht z.B. Buchwald zwar auch von einem System, trennt aber zwischen Statistiken der Erwerbstätigkeit (hier offensichtlich in engerem Sinne) und Statistiken der Beschäftigung.¹⁴⁵ Diese und ähnliche Begriffsverwendungen in der Literatur geben Anlaß, Fehldeutungen vorbeugend an dieser Stelle hervorzuheben, dass der hier gewählte Begriff Statistiken der Erwerbstätigkeit im Folgenden im weiteren Sinne verwandt wird und somit Beschäftigtenstatistiken impliziert.¹⁴⁶

Den Statistiken der Erwerbstätigkeit werden zugerechnet:

- die Volks- und Berufszählungen (siehe Abschnitt 4.2.3.2; alle vier bisher durchgeführten Zählungen waren mit Arbeitsstättenzählungen, die Zählungen in den Jahren 1950 und 1987 zusätzlich mit Gebäude- und Wohnungszählungen verbunden),

¹⁴² StBA 1989, Informationen ..., Heft 1, S. 12; StBA 1997, Das Arbeitsgebiet ..., S. 71.

¹⁴³ Herberger 1977, S. 87 ff.

¹⁴⁴ Von der Lippe 1996, Wirtschaftsstatistik, S. 55.

¹⁴⁵ Buchwald 1977, S. 47.

¹⁴⁶ Auf die Unterschiede zwischen Statistiken der Erwerbstätigkeit im engeren Sinne und Statistiken der Beschäftigung wird an anderer Stelle noch eingegangen.

- der Mikrozensus, eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (siehe Abschnitt 4.2.3.3),
- die Beschäftigtenstatistik, eine Sekundärstatistik, deren Träger die Bundesanstalt für Arbeit ist (siehe Abschnitt 4.2.3.4),
- die Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie
- Großzählungen und kurz- bzw. mittelfristige Erhebungen in Teilbereichen der Wirtschaft mit Beschäftigtenangaben (alles dargestellt in Abschnitt 4.2.3.5).

Wer mit den Ergebnissen der amtlichen Statistik der BRD auf dem hier behandelten Spezialgebiet zu arbeiten gewillt ist, stößt auf eine Vielzahl von Begriffen, deren Deutung bei flüchtiger Betrachtung zunächst wenig problematisch erscheint.

So kann man bei umgangssprachlichem Verständnis z.B. hinter den Begriffen Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Beschäftigte oder Erwerbslose, Nichterwerbspersonen oder Arbeitslose durchaus jeweils einen gleichen Inhalt vermuten. Dem ist jedoch nicht so. Aus der Sicht der amtlichen Statistik der BRD liegen diesen Begriffen unterschiedliche Konzepte und Definitionen zugrunde, deren Kenntnis unbedingte Voraussetzung für die Arbeit mit den Ergebnissen der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit ist.

Die Lage wird dadurch noch verkompliziert, dass gleiche Begriffe in unterschiedlichen Erhebungen bzw. für unterschiedliche Verwendungszwecke unterschiedlich definiert sind. Als Beispiel mag der Begriff Erwerbspersonen dienen. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die Zahl der Erwerbspersonen aus der Summe der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Arbeitslosen ermittelt. Dagegen gelten in der Volks- und Berufszählung sowie im Mikrozensus Erwerbstätige und Erwerbslose als Erwerbspersonen. Arbeitslose und Erwerbslose sind aber unterschiedlich definiert.¹⁴⁷ So gelten beispielsweise Arbeit Suchende, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind, also nicht zu den Arbeitslosen zählen, durchaus als erwerbslos. Hingegen zählen beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose, die einer geringfügigen Tätigkeit nachgehen, nicht als erwerbslos, sondern als erwerbstätig. Nun zitieren zwar Becker/Schoer eine Untersuchung aus dem Jahre 1979, wonach sich die beiden gegenläufigen Einflüsse in der Praxis weitgehend aufheben.¹⁴⁸ Eine andere Auffassung vertreten dagegen aber Vogel/Grünwald, nach der sich die Zahlen der Arbeitslosen und Erwerbslosen „in der Regel“ „deutlich“ unterscheiden.¹⁴⁹

Im Folgenden sollen schlußfolgernd aus dem oben Gesagten die Grundprinzipien und Zusammenhänge der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit der BRD verknüpft dargestellt werden. Eine darüber und über die im Abschnitt 2. im Anhang B präsentierten Definitionen hinausgehende detaillierte Darstellung

¹⁴⁷ Siehe Abschnitt 2. im Anhang B; eine Darstellung der Unterschiede zwischen beiden Begriffen findet man u.a. auch bei von der Lippe 1996, Wirtschaftsstatistik, S. 93.

¹⁴⁸ Becker/Schoer 1986, S. 592.

¹⁴⁹ Vogel/Grünwald 1996, S. 113.

aller methodischen Feinheiten ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich (siehe Vorbemerkung) und unter Umständen dem Charakter der Ausarbeitung auch nicht entsprechend. Es muß daher in diesem Zusammenhang in erster Linie auf die in den Ergebnisveröffentlichungen enthaltenen methodischen Erläuterungen sowie auf den vom StBA zu STATIS-BUND herausgegebenen Definitionskatalog (1994) verwiesen werden.

Grundsätzlich werden zwei unterschiedliche Herangehensweisen praktiziert. Es wurden dafür die Begriffe Erwerbskonzept (in der Literatur zuweilen auch: Erwerbspersonenkonzept) und Beschäftigtenkonzept geprägt. Das Erwerbskonzept liegt der Berufszählung und dem Mikrozensus zugrunde und dient primär der Darstellung der Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben (neben anderen gesellschafts- und sozialpolitischen Tatbeständen). Beide Zählungen stellen Personenbefragungen dar, wobei sie sich an die Wohnbevölkerung wenden und damit dem Inländerkonzept folgen. Die regionale Gliederung erfolgt überwiegend nach dem Wohnort. Unter dem Aspekt der Erwerbstätigkeit werden unterschieden

- Erwerbspersonen, davon:
 - Erwerbstätige,
 - Erwerbslose und
- Nichterwerbspersonen.

Als Erwerbstätige zählen alle Personen, die einem beliebigen Erwerb nachgehen, unabhängig von der Zahl der Wochenarbeitsstunden, Art, Dauer und Regelmäßigkeit sowie unabhängig davon, ob daraus der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird. Jede Person wird nur einmal gezählt, auch wenn sie parallel zwei oder mehr Tätigkeiten nachgeht. Erwerbslose sind all jene Personen, die eine Arbeit suchen, und zwar auch dann, wenn sie nicht bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert sind. Nichterwerbspersonen sind nicht erwerbstätige und sich zum Zählzeitpunkt bzw. -zeitraum auch nicht um eine Arbeitsstelle bemühende Personen.

Das Erwerbspersonenkonzept wird ergänzt durch das Unterhaltskonzept, wonach die Quellen des Lebensunterhaltes statistisch untersucht werden. Es wird differenziert zwischen dem überwiegenden Unterhalt durch:

- Erwerbstätigkeit,
- Arbeitslosengeld bzw. -hilfe,
- Rente usw. (Rentner, Pensionäre, von eigenem Vermögen lebende Personen) und
- Angehörige (überwiegend vom Einkommen der Angehörigen, wie Eltern, Ehegatten usw. Lebende).

Durch die Kombination bzw. Verflechtung des Erwerbs- und des Unterhaltskonzepts werden folgende Aussagen ermöglicht:

- Erwerbstätige mit überwiegendem Lebensunterhalt durch
 - Erwerbstätigkeit,
 - Arbeitslosengeld bzw. -hilfe,

- Rente usw.,
- Angehörige;
- Erwerbslose mit überwiegendem Lebensunterhalt durch
 - Arbeitslosengeld bzw. -hilfe,
 - Rente usw.,
 - Angehörige;
- Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch
 - Rente usw.,
 - Angehörige.

Arbeitsstättenzählungen sowie Großzählungen und periodische Erhebungen in den einzelnen Bereichen/Teilen der Wirtschaft wenden sich an wirtschaftliche Einheiten wie Unternehmen, Betriebe bzw. Arbeitsstätten und folgen dem Beschäftigtenkonzept. Im Mittelpunkt der Berichterstattungen stehen wirtschaftspolitische Tatbestände, insbesondere die menschliche Arbeitskraft als Produktionsfaktor und die Nutzung des Arbeitskräftepotentials. Das erfordert einerseits die Anwendung des Inlandskonzepts, d.h. es werden alle Beschäftigten erfaßt, die ihre Tätigkeit bei einer inländischen Wirtschaftseinheit ausüben. Andererseits sind Beschäftigtenfälle zu zählen, um das angestrebte Untersuchungsziel erreichen zu können. Das bedeutet für alle Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen, dass sie auch mit der Häufigkeit dieser Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden und entsprechend in die Erhebungsergebnisse eingehen.¹⁵⁰ Die regionale Ergebnisdarstellung erfolgt nach dem Arbeitsort.

Ein Bindeglied zwischen den beiden beschriebenen grundsätzlichen Betrachtungsweisen ist die Beschäftigtenstatistik. Zwar beruht auch sie auf Meldungen der Betriebe/Arbeitgeber (für ihre sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer), jedoch sind die Meldungen personenbezogen und enthalten die wichtigsten erwerbsstatistisch relevanten Angaben. Dadurch sowie durch eine zweckdienliche Zusammenführung und Abspeicherung aller anfallenden Daten in einer Versichertendatei und einer Betriebsdatei bei der Bundesanstalt für Arbeit sind reichhaltige Möglichkeiten für unterschiedlichste erwerbsstatistische Auswertungen gegeben. So können beispielsweise in Beschäftigung stehende Personen und Beschäftigungsfälle dargestellt oder regionale Gliederungen nach dem Wohnort und dem Arbeitsort vorgenommen werden.

Im Rahmen eines auf die jeweiligen Verwendungszwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Arbeitsmarktbeobachtung abgestimmten integrierten Konzeptes berechnet die amtliche Statistik unter Berücksichtigung aller vorhandenen erwerbsstatistischen Informationen Durchschnittsergebnisse zur Erwerbstätigkeit. Dabei bilden die Ergebnisse der Volks-

¹⁵⁰ Am Rande sei angemerkt, dass allerdings Mehrfachbeschäftigungen über Betriebsbefragungen auch nicht eliminierbar wären, da die betrieblichen Unterlagen die erforderlichen Auskünfte in aller Regel nicht ermöglichen würden.

und Berufszählungen sowie die Arbeitsstättenzählungen die Ausgangsbasis der Berechnungen für das frühere Bundesgebiet, in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind dies die Berufstätigenerhebungen. Die Ergebnisse der Monatsberechnungen werden nach dem Stand von 1997 als Globalzahl sowohl für die Erwerbstätigen am Wohnort (Inländerkonzept) als auch für die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept) ausgewiesen. Die viertel- und halbjährlichen Durchschnittsergebnisse zur Erwerbstätigkeit fallen zusätzlich in einer Untergliederung nach vier (Inländerkonzept) bzw. fünf (Inlandskonzept) Wirtschaftsbereichen und differenziert nach der Stellung im Beruf an. Im Rahmen der Jahresdurchschnittsberechnungen erfolgt eine weitere Differenzierung in wirtschaftsfachlicher Hinsicht. Die in der Abgrenzung der Erwerbstätigen nach dem Inländerkonzept errechneten Jahresdurchschnittsergebnisse werden für zehn Wirtschaftsabteilungen ausgewiesen, die Ergebnisse nach dem Inlandskonzept für 62 Wirtschaftszweige. Neben der Gliederung nach der Stellung im Beruf wird bei den nach dem Inländerkonzept abgegrenzten Erwerbstätigenzahlen zusätzlich eine Differenzierung nach dem Geschlecht vorgenommen. Ausgehend von den Ergebnissen der Jahresdurchschnittsberechnungen zur Erwerbstätigkeit für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost werden darüber hinaus Regionalberechnungen (Bundesländer und Kreise) durchgeführt. Die Jahresdurchschnittsergebnisse der Kreisberechnungen werden für die Erwerbstätigen am Arbeitsort, untergliedert nach fünf Wirtschaftsbereichen, ausgewiesen. Berücksichtigt werden hierbei auch Erwerbstätige, die bei ausländischen Missionen sowie als zivile Beschäftigte bei ausländischen Streitkräften tätig sind (modifiziertes Inlandskonzept), da diese Gruppe von Erwerbstätigen in einzelnen Kreisen einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung einnimmt.¹⁵¹

Jahresdurchschnittliche Angaben über Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept liegen für vier Wirtschaftsbereiche und nach der Stellung im Beruf ab 1950 vor. Nach dem gleichen Konzept wurden für die Jahre ab 1960 halb- und vierteljährliche Daten nach Geschlecht und vier Wirtschaftsbereichen, jahresdurchschnittliche Zahlen in der Gliederung nach zehn Wirtschaftsabteilungen, nach der Stellung im Beruf und nach dem Geschlecht berechnet. Monatsdurchschnitte wurden für Erwerbstätige insgesamt ohne weitere Untergliederung, zunächst allerdings auch nur nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept), für die Jahre ab einschließlich 1981 ermittelt.

¹⁵¹ Dieser Absatz wurde nahezu wörtlich entnommen aus: StBA 1997, Das Arbeitsgebiet ..., S. 169.

4.2.3.2 Berufszählungen

4.2.3.2.1 Zählung per 13. September 1950

Rechtsgrundlage:

- Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli 1950¹⁵².

Dargestellte Tatbestände:

- Gliederung der Bevölkerung nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit, Erwerbspersonen in ihrer beruflichen, betrieblichen und sozialen Gliederung sowie nach Alter, Familienstand und nebenberuflicher Erwerbstätigkeit. Selbständige Berufslose nach Personenkreisen und Alter, Zugehörigkeit der Erwerbspersonen und der Ehefrauen ohne Hauptberuf zu einer Krankenversicherung und ihre voraussichtliche Altersversorgung. Pendelwanderung der Erwerbspersonen. Außerdem Vertriebene nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit, in betrieblicher und sozialer Gliederung. Vertriebene Erwerbspersonen nach ihrer beruflichen Gliederung und ihrer nebenberuflichen Erwerbstätigkeit. Vertriebene Selbständige Berufslose nach Personenkreisen und Alter.

Die Zählung baute auf den Modellen der Zählungen in den Jahren 1925 und 1939 auf. Die Wohnbevölkerung (ohne Angehörige der Besatzungstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen und der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr sowie deren Familienangehörige) wurde untergliedert in

- Erwerbspersonen,
 - Erwerbstätige,
 - Arbeitslose,
- Selbständige Berufslose,
- Angehörige ohne Hauptberuf,
 - Ehefrauen ohne Hauptberuf und
 - übrige Angehörige ohne Hauptberuf.

Die Zuordnung erfolgte wie in den vorangegangenen Zählungen, letztmalig aber bei dieser Berufszählung, nach dem Hauptberufskonzept (siehe Abschnitt 2.2.1). Hohls geht allerdings davon aus, dass die Ergebnisse, erhoben nach dem Erwerbskonzept (siehe dazu Abschnitt 4.2.3.1), nicht wesentlich anders ausgefallen wären, da wegen der hohen Arbeitslosigkeit zum Zählzeitpunkt kaum Nebenerwerbsmöglichkeiten zur Verfügung standen.¹⁵³ Hauptberufliche Tätigkeit und Haupterwerbsquelle wurden bei der Zählung gleichgesetzt.

¹⁵² BGBl. 1950, S. 335 ff.

¹⁵³ Hohls 1991, S. 327.

Als Arbeitslose galten, im Gegensatz zur derzeitigen Arbeitsmarktstatistik, Personen, die in der Regel einem Beruf nachgingen, am Stichtag der Zählung jedoch keinen Arbeitsplatz innehatten. Zu ihnen zählten auch alle männlichen Schulentlassenen, die noch nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden waren, und von den weiblichen diejenigen, die sich in der Haushaltungsliste als arbeitsuchend oder arbeitslos eingetragen hatten.

Nach der Art ihrer Erwerbstätigkeit wurden die Erwerbspersonen nach drei Merkmalen gegliedert:

- Beruf,
- Art des Betriebes und
- Stellung im Beruf.

Die Berufszuordnung erfolgte nach der am Stichtag ausgeübten hauptberuflichen Tätigkeit. Die Systematik der Berufe umfaßte 441 Berufe, die zu 167 Berufsordnungen, 38 Berufsgruppen und 8 Berufsabteilungen zusammengefaßt wurden.¹⁵⁴

Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Betriebe wurde nach 151 Wirtschaftszweigen vorgenommen, die zu 74 Wirtschaftsgruppen und 10 Wirtschaftsabteilungen aggregiert wurden. Probleme, die beim Vergleich mit der wirtschaftssystematischen Gliederung mit anderen bzw. vorgelagerten Zählungen auftreten, wurden ebenfalls von Galland¹⁵⁵ ausführlich behandelt.

Nach der Stellung im Beruf wurde wie folgt differenziert:

- Selbständige (Eigentümer, Pächter, Unternehmer, selbständige Handwerksmeister etc.),
- Mithelfende Familienangehörige im Betrieb des Haushaltsvorstandes oder eines anderen Familienmitgliedes,
- Beamte (öffentlich-rechtliche),
- Angestellte (kaufmännische, technische Angestellte, Werkmeister, kaufmännische, technische und Verwaltungslehrlinge usw.) und
- Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Heimarbeiter, gewerbliche Lehrlinge, Hausgehilfen usw.).

In verkürzten Darstellungen wurden die Beamten, Angestellten und Arbeiter zu Abhängigen zusammengefaßt. Erstmals wurde bei der Zählung im Jahre 1950 der Versuch unternommen, durch eine vertiefende Gliederung der genannten Positionen zu zusätzlichen sozio-ökonomischen Aussagen zu gelangen. So wurden die Selbständigen in der Landwirtschaft nach der Größe der bewirtschafteten Bodenfläche und die Selbständigen im Gewerbe nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Personen gegliedert. Bei den Beamten wurde nach einfachen und mittleren, gehobenen und höheren Dienst unterschieden, Angestellte wurden nach drei Gruppen des monatlichen Bruttoeinkommens (ent-

¹⁵⁴ Näheres zum Vergleich der beruflichen Gliederung mit der Zählung im Jahre 1939 findet man bei Galland 1956, S. 152 ff.

¹⁵⁵ A.a.O., S. 136 ff.

sprach drei Kategorien der erfaßten Kranken- bzw. Angestelltenversicherungspflicht) differenziert.

4.2.3.2.2 Zählung per 6. Juni 1961

Rechtsgrundlage:

- Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961.¹⁵⁶

Dargestellte Tatbestände: (Sämtliche Ergebnisse sind nach dem Geschlecht gegliedert.)

- Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt; Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige außerdem nach Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt und sozialer Stellung des Ernährers.
- Erwerbspersonen nach Geschlecht, Altersjahren und Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsgruppen, Berufsklassen, sozialer Stellung, Stellung im Beruf; Erwerbstätige außerdem nach Wochenarbeitszeit und mit weiterer Tätigkeit; Erwerbslose nach Merkmalen der zuletzt ausgeübten Tätigkeit.
- Nichterwerbspersonen nach Geschlecht, Altersjahren, Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, überwiegendem Lebensunterhalt.
- Anstaltsbevölkerung (Personal und Insassen) nach Anstaltsarten, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt; Erwerbspersonen unter der Anstaltsbevölkerung außerdem nach Wirtschaftsbereichen.
- Auspendler (ohne Soldaten) – Berufspendler sowie Schüler und Studierende – am Wohnort nach Zielgemeinden, benutztem Verkehrsmittel; Berufspendler außerdem nach Altersgruppen, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft und Wirtschaftsabteilungen.
- Einpendler (ohne Soldaten) – Berufspendler sowie Schüler und Studierende – am Arbeitsort bzw. am Schul- oder Studienort nach Wohnsitzgemeinden; Berufspendler außerdem nach Altersgruppen, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft und Wirtschaftsabteilungen.
- Personen mit abgeschlossener Ausbildung an einer Fach- bzw. Berufsfachschule oder Hochschule nach Altersgruppen (für Frauen auch nach dem Familienstand „verheiratet“), Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Fachrichtung der Ausbildung; Erwerbspersonen mit abgeschlossener Ausbildung außerdem nach Wirtschaftsunterabteilungen, Berufsklassen, Stellung im Beruf.

¹⁵⁶ BGBl. 1961, I, S. 437 ff.

- Schüler und Studierende nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt.
- Für Vertriebene und Deutsche aus der SBZ unter den vorgenannten Personenkreisen liegen Ergebnisse nach den meisten dort erwähnten Merkmalen vor.
- Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt; Ausländer unter den Erwerbspersonen außerdem nach Wirtschaftsabteilungen, Berufsklassen, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, mit weiterer Tätigkeit, abgeschlossener Ausbildung, Fachrichtungsgruppen; Ausländer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Merkmalen des Ernährers.

Grundlage der Zählung war wiederum und wie auch in den Folgezählungen¹⁵⁷ die Wohnbevölkerung ohne die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen. Für die regionale Zuordnung war beim Vorhandensein mehrerer Wohnungen diejenige entscheidend, von der aus die Arbeits- oder Ausbildungsstätte erreicht wurde oder in der sich die betreffende Person überwiegend aufhielt. Militärangehörige wurden der Gemeinde ihres Standortes (Berufssoldaten etc.) bzw. der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung (Wehrpflichtige etc.) zugeordnet.

Erstmalig wurden in der Zählung im Jahre 1961 getrennte Fragen nach der überwiegenden Quelle des Lebensunterhaltes (Unterhaltskonzept) und nach der Beteiligung am Erwerbsleben (ebenfalls zum ersten mal nach dem Erwerbskonzept; zu beiden Konzepten siehe Abschnitt 4.2.3.1) gestellt. Damit hat der Begriff Erwerbspersonen (wie auch der Begriff Erwerbstätige) in den Zählungsergebnissen 1961 einen anderen Inhalt, als in den Ergebnissen der im Jahre 1950 durchgeführten Zählung, bei der letztmalig das Hauptberufskonzept (siehe Abschnitt 2.2.1) zugrunde gelegt worden war. „Die nach dem neuen Begriffsinhalt gegenüber dem früheren mehr erfaßten Erwerbspersonen dürften bei gleichen Voraussetzungen für die Anwendung beider Konzepte im Durchschnitt auf etwa 2 Prozent zu veranschlagen sein“¹⁵⁸. Vieles spreche dafür, so urteilt das StBA weiter, „daß das Erwerbskonzept von 1961, wenn man es schon 1950 angewandt hätte, bei der damaligen ökonomischen Situation zu ähnlichen Ergebnissen wie das Hauptberufskonzept geführt hätte. Daher wird man die Unterschiede zwischen den Ergebnissen beider Zählungen ... im wesentlichen als reale Änderung zu betrachten haben“¹⁵⁹. Weitere Hinweise zum Vergleich beider Zählungsergebnisse sowie zur quantitativen Beurteilung der Auswirkungen der definitorischen Unterschiede auf die Zählungsergebnisse findet man bei Herberger.¹⁶⁰

¹⁵⁷ Daher wird bei deren Darstellung im Folgenden nicht mehr gesondert darauf eingegangen.

¹⁵⁸ StBA 1967, S. 17.

¹⁵⁹ A.a.O.

¹⁶⁰ Herberger 1966, S. 95 ff.

Der bei der Zählung im Jahre 1950 noch angewandte Begriff Arbeitslose wurde durch den Begriff Erwerbslose ersetzt. Als solche wurden diejenigen Personen erfaßt, die sich in der Haushaltsliste, ohne eine Erwerbstätigkeit anzugeben, als arbeitslos bezeichnet hatten.

Nach der Stellung im Beruf wurden unterschieden:

- Selbständige,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Beamte,
- Angestellte,
- Arbeiter,
- Kaufmännische Lehrlinge und
- Gewerbliche Lehrlinge.

Diese Differenzierung weicht insofern von der im Jahre 1950 vorgenommenen ab, als die Lehrlinge gesondert dargestellt und nicht den Arbeitern (gewerbliche Lehrlinge) bzw. Angestellten (kaufmännische Lehrlinge) zugeordnet wurden.

Die Unterhaltsquellen wurden, wie im Abschnitt 4.2.3.1 dargestellt, differenziert, lediglich die Position Rente und dgl. wurde weiter untergliedert nach

- Sozialversicherungsrente, Pension u.dgl. (Sozialversicherungsrente einschließlich Witwen- und Waisenrente, sonstige öffentliche Rentenleistungen wie KB-Rente, Unfallrente usw., Beamtenruhegehalt einschließlich Witwen- und Waisengeld, öffentliche Fürsorgeleistungen),
- eigenes Vermögen u.dgl. (eigenes Vermögen, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung, Altenteil, Privatpension, Rentenzahlung aus dem Ausland) und
- sonstige Unterhaltsquellen (Unterhaltszahlung des geschiedenen Ehemannes, Alimente, Stipendien usw.).

Neu war auch 1961 die Frage nach der Wochenarbeitszeit. Die entsprechenden Eintragungen erleichterten die Abgrenzung zwischen Haupt- und Nebenberuf.

Bei der wirtschaftssystematischen Zuordnung ist zu beachten, dass das Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung) sowie das Geld-, Bank- und Börsenwesen nicht, wie bisher, dem Bereich Handel und Verkehr, sondern den Sonstigen Wirtschaftsbereichen zugeordnet wurde.

4.2.3.2.3 Zählung per 27. Mai 1970

Rechtsgrundlage:

- Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz) vom 14. April 1969.¹⁶¹

Dargestellte Tatbestände:

- Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Beteiligung am Er-

¹⁶¹ BGBl. 1969, I, S. 292 ff.

werbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Berufsordnungen des ausgeübten und erlernten Berufes, Stellung im Beruf, sozio-ökonomischen Gruppen, leitender oder aufsichtsführender Tätigkeit, Art der Maschinenbedienung, Nettoerwerbseinkommen, Wochenarbeitszeit, weiterer Tätigkeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, schulische und berufliche Ausbildung (höchster Abschluß), Gemeindegrößenklassen und Stadt-Land-Gliederung.

- Selbständige nach Geschlecht, sozio-ökonomischen Gruppen, Betriebsgrößenklassen und Nettoerwerbseinkommen.
- Erwerbstätige Haushaltsvorstände mit Telefonanschluß nach ausgewählten Berufen.
- Bevölkerung in Haushalten sowie in Anstalten nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt und Stellung im Beruf. Erwerbstätige unter der Anstaltsbevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft. Nichterwerbstätige unter der Anstaltsbevölkerung nach Art der Anstalt, Geschlecht, Altersgruppen und überwiegendem Lebensunterhalt.
- Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Geschlecht, Altersgruppen, Beteiligung am Erwerbsleben, Merkmalen des Ernährers (Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Wirtschaftsabteilungen, Berufsgruppen, Stellung im Beruf und Nettoerwerbseinkommen). Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und wirtschaftlich abhängigen Personen.
- Frauen nach Altersgruppen, Familienstand, gegenwärtiger bzw. früherer Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte; berufliche Ausbildung.
- Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf. Österreichische und türkische Staatsangehörige auch nach der Ausbildung (höchster Abschluß).
- Pendler über die Gemeindegrenze und innergemeindliche Pendler nach Geschlecht, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte. Überwiegend benutztem Verkehrsmittel (ggf. nach Art der gegenwärtig besuchten Schule), nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit, Nettoerwerbseinkommen und Gemeindegrößenklassen; Berufspendler auch nach Altersgruppen.
- In Ausbildung befindliche Personen am Familienwohnsitz nach Geschlecht, Altersgruppen, Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit, Art der gegenwärtig besuchten Schule und Erwerbstätigkeitsmerkmalen des Fa-

milienvorstandes (Beteiligung am Erwerbsleben und Nettoerwerbseinkommen). Personen, die allgemeinbildende Schulen besucht haben, nach Geschlecht, Art des Schulabschlusses und Dauer der praktischen Berufsausbildung. Personen mit Abschluß an einer berufsbildenden Schule nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Religionszugehörigkeit, Schulart, ausgewählten Fachrichtungen, Dauer der Ausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben. Personen mit Hochschulausbildung nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Abschlußjahrgruppen, Alter beim Abschluß, ausgewählten Fachrichtungen und Dauer der Ausbildung.

Von den Fragen zu den erwerbs- und bildungsstatistischen Merkmalen waren sieben gegenüber der Zählung 1961 neu. Während beispielsweise die Fragen über den ausgeübten Beruf 1961 lediglich durch die Frage zum Besuch einer Hoch- oder Fachschule ergänzt wurden, wurde 1970 die gesamte abgeschlossene Ausbildung erfragt. Ebenfalls neu gegenüber der Zählung im Jahre 1961 waren Fragen nach

- der Maschinenbedienung,
- dem Nettoerwerbseinkommen,
- leitender oder aufsichtführender Tätigkeit und für Nichterwerbstätige der früheren Erwerbstätigkeit und dem Jahr des Ausscheidens.

Erstmals wurde ca. die Hälfte der Fragen lediglich an 10 Prozent der Bevölkerung gestellt. Es waren dies neben den bereits genannten neuen Fragen zu erwerbsstatistischen Merkmalen die Frage an Selbständige über die in ihrem Betrieb tätigen Personen und die Frage an Besitzer von landwirtschaftlich genutzten Flächen nach der Größe dieser Fläche.

Wie 1961 lag auch dem Erwerbspersonenbegriff der Zählung 1970 das Erwerbskonzept zugrunde. Die wirtschaftssystematische Gliederung sowie die nach dem Beruf und der Stellung im Beruf wurde allerdings 1970 für die Erwerbstätigen, nicht wie 1961 für die Erwerbspersonen, vorgenommen. Soldaten wurden den erwerbsstatistischen Kategorien des öffentlichen Dienstes (Gebietskörperschaften, Beamte) zugeordnet (1961 wurden die Soldaten nicht in den erwerbsstatistischen Daten nachgewiesen). Die Differenzierung nach der Stellung im Beruf sowie nach dem überwiegenden Lebensunterhalt erfolgte nach den gleichen Kategorien, wie zur Zählung im Jahre 1961.¹⁶²

4.2.3.2.4 Zählung per 25. Mai 1987

Rechtsgrundlage:

- Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985.¹⁶³
- Ursprünglich war die Zählung für Mai 1981 geplant, mußte jedoch mehr-

¹⁶² Hinsichtlich der berufssystematischen Vergleichsbarmachung der Ergebnisse der Zählungen in den Jahren 1925 bis 1970 sei auf die bereits im Abschnitt 2.2.1 benannte Arbeit von Stockmann und Willms-Herget sowie auf Hohls (1991, S. 333) verwiesen.

¹⁶³ BGBl. 1985, I, S. 2078 ff.

fach verschoben werden. Weitere vorgesehene Termine waren der 19. Mai 1982 und der 27. April 1983. Die Zählung zum letztgenannten Termin wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. April 1983 ausgesetzt. Die dafür ausschlaggebenden verfassungsrechtlichen Bedenken führten schließlich zum Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes, das am 15. Dezember 1983 verkündet wurde. Die Ergebnisse der Auswertung dieses Urteils fanden ihren Niederschlag im Volkszählungsgesetz 1987.

Dargestellte Tatbestände:

- Bevölkerung nach Geschlecht, Geburtsjahr und -monat, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Haupt- und Nebenwohnung, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt.
- Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nach erlerntem Beruf und Dauer der praktischen Berufsausbildung, höchstem Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen, höchstem Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie nach Hauptfachrichtung des höchsten Abschlusses.
- Erwerbstätige nach Dauer der praktischen Berufsausbildung, Wirtschaftsabteilung, Berufsordnungen, Altersgruppen, Stellung im Beruf, sozioökonomischen Gruppen, Nebenerwerbstätigkeit, allgemeinem und berufsbildendem Schulabschluß (höchster Abschluß), Hauptfachrichtungen, Gemeindegrößenklassen und siedlungsstruktureller Gliederung.
- Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen sowie Bevölkerung in Haushalten nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt und Stellung im Beruf der Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt.
- Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf und höchstem Schulabschluß.
- Pendler über die Gemeindegrenze und innergemeindliche Pendler nach Geschlecht, Familienstand, Altersgruppen, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte und überwiegend benutztem Verkehrsmittel; Berufspendler nach Altersgruppen, Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen; Pendler über die Gemeindegrenze nach Ziel- und Wohnsitzgemeinde.

Im Gegensatz zur vorangegangenen Zählung wurde die Zählung 1987 in allen Erhebungsbereichen und im Hinblick auf das gesamte Erhebungsprogramm als Vollerhebung durchgeführt. Alle Ergebnisse beziehen sich daher auf die Gesamtheit der Erhebungseinheiten. Von in der Zählung 1970 gültigen Begriff der Wohnbevölkerung wurde 1987 auf Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung umgestellt. Das bedeutete für Verheiratete mit mehr als einer Wohnung, dass sie nicht am Ort der Wohnung, von der sie ihre Arbeits- oder Ausbildungsstätte erreichten, gezählt wurden, sondern am Ort des Familienwohnsitzes. Nach

Aussagen des Statistischen Bundesamtes wird jedoch dadurch der Vergleich der Zählungsergebnisse kaum beeinflusst.¹⁶⁴

Der Vergleich der Bildungsabschlüsse zwischen den Zählungen 1970 und 1987 ist erheblich beeinträchtigt. Das zum Einen deshalb, weil die entsprechenden Fragen 1987 lediglich von Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren zu beantworten waren (1970: keine Altersbegrenzung). Zweitens wurde der höchste Abschluß 1987 getrennt für Allgemeinbildung und Berufsbildung durch gesonderte Fragen ermittelt, 1970 gab es nur eine Frage nach dem höchsten Bildungsabschluß.

4.2.3.3 Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine laufende repräsentative Mehrzweckstichprobe. Er wendet sich an Haushalte/Personen und liefert aktuelle statistische Daten in regionaler und relativ tiefer fachlicher Gliederung über die Struktur der Bevölkerung, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, Haushalte und Familien, die Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die berufliche Struktur und Ausbildung der Erwerbsbevölkerung. Die mit der Durchführung des Mikrozensus verfolgten Ziele sind u.a. folgende¹⁶⁵:

- Schaffung eines laufenden Berichtswesens, in dem in regelmäßigen, relativ kurzen Abständen schnell, rationell und zuverlässig die wichtigsten Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten ermittelt werden, um so die mehrjährige Lücke zwischen jeweils zwei Volks- und Berufszählungen zu schließen.
- Gewinnung international vergleichbarer Zahlen über Erwerbstätige und Arbeitslose.
- Erweiterung und Verbesserung der Kenntnisse über bevölkerungs- und erwerbs- bzw. wirtschaftsstatistische Tatbestände, auch durch zusätzliche, im Zeitverlauf wechselnde Fragestellungen, wie sie durch das System der persönlichen Befragung ermöglicht werden.
- Erprobung der Erfassung von Tatbeständen, die in kommenden Großzählungen erhoben werden sollen.
- Entlastung des Programms der Volks- und Berufszählung durch Übernahme von für die Volks- und Berufszählung vorgesehenen Tatbeständen in den Fragekatalog des Mikrozensus.
- Vertiefung der aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung gewonnenen Erkenntnisse durch Anschlußbefragungen.

Nach fünfjähriger Vorbereitungszeit wurde das erste Gesetz zur Durchführung des Mikrozensus erlassen (Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens-Mikrozensus vom 16. März

¹⁶⁴ StBA 1990, Sozio-ökonomische Struktur ..., S. 8.

¹⁶⁵ Nach Herberger 1977, Die Statistiken ..., S. 36.

1957¹⁶⁶). Das Gesetz (Laufzeit bis einschl. 1959) sah eine viermalige Erfassung pro Jahr vor – einmal jährlich mit einem Auswahlatz von 1 Prozent der Bevölkerung und zusätzlich dreimal jährlich mit einem Auswahlatz von 0,1 Prozent; damit wurden zu Beginn ca. 210 000 bzw. 21 000 Haushalte und etwa die dreifache Zahl von Personen in die Stichprobe einbezogen. Erstmals fanden das Erwerbs- und das Unterhaltskonzept Anwendung und somit wurde auch die Vergleichbarkeit mit internationalen Daten und dem bis dahin in der deutschen amtlichen Statistik angewandten Hauptberufskonzept gesichert. Die erste Berichtswoche mit einem Auswahlatz von 1 Prozent war die vom 6. bis 12. Oktober 1957. Folgende Tatbestände wurden dargestellt:

- Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft, Haushalte, gegliedert nach Personen insgesamt und nach Kindern unter 15 Jahren, nach Wirtschaftsabteilungen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach der Erwerbstätigkeit der Ehefrau im Zusammenhang mit der Kinderzahl.
- Erwerbspersonen nach Geschlecht und Alter, nach der sozialen Stellung und nach Wirtschaftsabteilungen; Erwerbslose nach der Dauer der Erwerbslosigkeit (teilweise unter besonderem Nachweis der Vertriebenen).
- Anzahl und Ausmaß der von jedem einzelnen ausgeübten Tätigkeiten. Vorwiegende Unterhaltsquelle. Ausbildung der Erwerbstätigen für den gegenwärtig ausgeübten Beruf. Voraussichtliche Alters- und Invaliditätsversorgung; Krankenversicherungsschutz.

Die Erhebungen mit einem Auswahlatz von 0,1 Prozent wurden in den Monaten Januar, April und Juni durchgeführt. Zu allen Fragen bestand Auskunftspflicht.

Mit dem Mikrozensusgesetz aus dem Jahre 1960 (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens-Mikrozensus – vom 5. Dezember 1960¹⁶⁷) wurde das Gesetz aus dem Jahre 1957 novelliert und seine Laufzeit bis zum Jahre 1962 verlängert. Darüber hinaus wurden weitere drei Merkmale in das Frageprogramm aufgenommen, allerdings zur nur einmaligen Erfassung im Verlängerungszeitraum. Das betraf u.a. die Einkommenslage und die Betreuung von Kindern erwerbstätiger Mütter. Der Zeitraum bis 1962 wird in der Literatur als Einführungs- und Konsolidierungsphase des Mikrozensus bezeichnet.¹⁶⁸

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember 1962¹⁶⁹ hatte zunächst eine Laufzeit bis 1968, die später bis 1974 ausgedehnt wurde (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung ... vom 28. Dezember

¹⁶⁶ BGBl. 1957, I, S. 213 ff.

¹⁶⁷ BGBl. 1960, I, S. 873 f.

¹⁶⁸ Siehe u.a. Emmerling/Riede 1997, S. 161 f.

¹⁶⁹ BGBl. 1962, I, S. 767.

1968¹⁷⁰). Es sah eine gewisse Neugestaltung des Mikrozensus vor. Das Erhebungsprogramm wurde fortan in ein regelmäßig der Befragung zugrunde zu legendes Grundprogramm und in flexibel gestaltete, im Bedarfsfall zu erfragende Zusatzprogramme unterteilt. Gegenstand der Zusatzprogramme waren solche Merkmale, wie z.B.

- berufliche Ausbildung,
- Umfang der von Arbeitnehmern geleisteten Sonntagsarbeit und Arbeit in Nachtschichten und
- Erwerbstätigkeit der 40- bis 65jährigen Frauen für die Zeit zwischen ihrem 15. und 65. Lebensjahr.

In den Jahren 1962 bis 1974 wurden ca. 40 derartige Zusatzprogramme erhoben.

Noch eine weitere Neuerung wurde 1962 eingeführt. Es wurde dazu übergegangen, einen einmal ausgewählten Haushalt mehrere Jahre hintereinander zu befragen. Nach dem Rotationsprinzip wurde jedes Jahr ein Viertel der Auswahlinheiten durch andere ersetzt (Verfahren der partiellen Rotation). Damit erhielt der Mikrozensus Züge einer Panelbefragung und seine Ergebnisse in begrenztem Maße die Vorzüge einer solchen.

Am 15. Juli 1975 wurde ein neues Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) erlassen.¹⁷¹ Da die Verabschiedung des Gesetzes aber verspätet erfolgte, wurde 1975 kein Mikrozensus, sondern lediglich die EG-Arbeitskräfteerhebung durchgeführt. Das Gesetz (Geltungsdauer bis 1982) erweiterte die Fragen zum Grundprogramm, z.B. um Fragen zum Pendlergeschehen. Die zusätzlichen Merkmale wurden allerdings entweder nur zwei- oder vierjährig oder mit verringertem Auswahlsatz (0,25 bzw. 0,1 Prozent) erhoben. Gleichzeitig wurden die drei Vierteljahreserhebungen mit dem Auswahlsatz von 0,1 Prozent angesichts der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, die 1974 eingeführt wurde, in der Folgezeit nicht mehr durchgeführt. Die neue Statistik erfaßt erwerbsstatistische Daten für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und damit für seinerzeit ca. 75 Prozent der Erwerbstätigen im vierteljährlichen Rhythmus (siehe Abschnitt 4.2.3.4). Damit erübrigten sich die unterjährigen Zwischenerhebungen des Mikrozensus.

Das Mikrozensusgesetz vom 21. Februar 1983 (mit einer vorgesehenen Laufzeit bis 1990) kam angesichts der Verfassungsbeschwerden zum Volkszählungsgesetz 1983 nicht zur Anwendung. Es wurde mit entsprechenden Verordnungen in den Jahren 1983¹⁷² und 1984¹⁷³ ausgesetzt, so dass in diesen beiden Jahren lediglich die EG-Arbeitskräfteerhebung durchgeführt wurde.

¹⁷⁰ BGBl. 1968, I, S. 1456 ff.

¹⁷¹ BGBl. 1975, I, S. 1909 ff.

¹⁷² BGBl. 1983, I, S. 1493.

¹⁷³ BGBl. 1984, I, S. 1679.

Unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes in seinem sogenannten Volkszählungsurteil (siehe Abschnitt 4.2.3.2) wurde das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) am 10. Juni 1985 erlassen.¹⁷⁴ Trotz vorangegangener kontroverser Diskussionen wurde die Auskunftspflicht mit nur wenigen Ausnahmen beibehalten. Zur Prüfung der Frage, ob dennoch die Auskunftspflicht weiter eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden kann, wurden vom Gesetzgeber für die Jahre 1985, 1986 und 1987 Testerhebungen vorgeschrieben und neben der Haupterhebung durchgeführt. Diese wurden mit vollem Frageprogramm und einem Auswahlsatz von 0,25 Prozent auf der Basis freiwilliger Teilnahme vorgenommen. Die Auswertung ergab, dass im sogenannten Kernbereich des Mikrozensus im Interesse einer hohen Datenqualität auf die Auskunftspflicht nicht verzichtet werden kann.

In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost wurde der Mikrozensus erstmalig im April 1991 durchgeführt (siehe dazu auch Abschnitt 4.2.2). Wegen der schnellen und gravierenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft dieses Teiles der Bundesrepublik wurde in der Mikrozensusanpassungsverordnung vom 18. Oktober 1991¹⁷⁵ mit Bezug auf das:

- Mikrozensusgesetz von 1985¹⁷⁶ und
- Gesetz zur Änderung des o.g. Gesetzes und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) vom 17. Dezember 1990¹⁷⁷

abweichend vom § 5 des Mikrozensusgesetzes, der u.a. eine jährliche Erfassung festlegt, die Durchführung zweier zusätzlicher Befragungen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost angeordnet. Die Stichprobe wurde im Oktober 1991 (Berichtswoche vom 21. bis 27.) und im Januar 1992 (Berichtswoche vom 20. bis 26.) durchgeführt, und zwar mit einem Auswahlsatz von 0,25 von Hundert. Befragt wurde ein Viertel der im April 1991 erfaßten Haushalte, u.a. zu den erwerbsstatistischen Fragen des Mikrozensus (mit Ausnahme der sonst für eine zweite Erwerbstätigkeit zu machenden Angaben). Die Ergebnisse der zusätzlichen Erhebungen wurden in einer gesonderten Publikation veröffentlicht (siehe Abschnitt 3.2.1 im Anhang A).

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt vom 17. Dezember 1990¹⁷⁸ wurden die Befragten bei einer Reihe weiterer Fragen von der Auskunftspflicht entbunden. Das betraf u.a. die Fragen zum Pendlerverhalten und zur Aus- und Weiterbildung.

Um die Vielfalt der in den letzten Jahren mit dem Mikrozensus erfaßten Merkmale zu illustrieren, seien im Folgenden die erwerbsstatistischen Tatbe-

¹⁷⁴ BGBl. 1985, I, S. 955 ff.

¹⁷⁵ BGBl. 1991, I, S. 2030.

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ BGBl. 1990, I, S. 2837 f.

¹⁷⁸ BGBl. 1990, I, S. 2837 ff.

stände, die Gegenstand der Ergebnisse des Mikrozensus waren, mit dem Stand 1992 dargestellt¹⁷⁹:

- Jährlich: Erwerbstätige nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Stellung im Beruf, normalerweise und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit je Woche (Stunden und Tage) sowie Gründen für Differenz zwischen beiden, Art des Arbeitsvertrages, Voll- bzw. Teilzeittätigkeit, Art des Krankenversicherungsschutzes, Art der Krankenkasse, Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung, wirtschaftsfachlicher Gliederung (z.B. nach Wirtschaftsbereichen), Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen sowie zweiter Erwerbstätigkeit.
- Tätigkeitsfälle nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer (in allen Tätigkeitsfällen geleistete Arbeitsstunden in der Berichtswoche).
- Erwerbspersonen nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Stellung im Beruf und wirtschaftsfachlicher Gliederung (z.B. nach Wirtschaftsbereichen).
- Erwerbstätige Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der ledigen Kinder, Familienstand, Alter, Staatsangehörigkeit, Ehedauer, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer und Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen.
- Ausländische Erwerbstätige nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, wirtschaftsfachlicher Gliederung (z.B. nach Wirtschaftsabteilungen), Arbeitsdauer, Art des Arbeitsvertrages und Teil- bzw. Vollzeittätigkeit.
- Erwerbslose nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Angaben über die zuletzt alten Einkommensquellen sowie Dauer und Umstände der Arbeitsuche.
- Nichterwerbspersonen nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen sowie Zeitpunkt und Grund für Beendigung der letzten Tätigkeit.
- Zweijährlich: Erwerbstätige nach beruflicher Gliederung, Tätigkeitsmerkmalen, Lage des Arbeitsplatzes, Stellung im Betrieb, Aus- und Weiterbildung sowie Berufs- und Betriebswechsel.
- Dreijährlich: Erwerbstätige nach Pendlereigenschaft, benutztem Verkehrsmittel sowie Zeitaufwand für den Weg und Entfernung zur Arbeitsstätte. Abhängige Erwerbstätige nach Art der betrieblichen Altersvorsorge (0,25 Prozent).

Mit dem Mikrozensusgesetz vom 17. Januar 1996¹⁸⁰ wird die Durchführung der Erhebung bis zum Jahre 2004 geregelt. Dabei wurde versucht, die Belastung der Befragten zu minimieren und den organisatorischen Aufwand zu verringern, beides verbunden mit einer inhaltlichen Weiterentwicklung (die erwerbs-

¹⁷⁹ StBA 1992, S. 29.

¹⁸⁰ BGBl. 1996, I, S. 34 ff.

statistischen Angaben aber augenscheinlich kaum betreffend) und insbesondere unter Beibehaltung des grundsätzlichen Charakters des Mikrozensus. Aus der Kombination unterschiedlicher Periodizitäten und Auswahlsätze ergibt sich eine Dreiteilung des Frageprogramms:

- Jährlich und mit einem Auswahlatz von 1 Prozent wird das Grundprogramm erhoben. Dazu gehören u.a. die Merkmalskomplexe:
 - Quellen des Lebensunterhaltes, Höhe des Einkommens,.
 - Allgemeine und berufliche Ausbildung (für Personen ab dem 51. Lebensjahr freiwillig) und.
 - Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsuche, Nichterwerbspersonen.
- Ebenfalls jährlich, aber mit einem Auswahlatz von bis zu 0,5 Prozent, wird ein Ergänzungsprogramm erhoben. Es beinhaltet u.a. die Merkmalsbereiche:
 - Berufliche und allgemeine Aus- und Fortbildung,
 - ergänzende Angaben zur Erwerbstätigkeit und
 - Angaben zur früheren Erwerbstätigkeit.
- Ein Zusatzprogramm enthält in vierjährigem Abstand gestellte Fragen (mit unterschiedlichem Auswahlatz: 1 Prozent oder bis zu 0,5 Prozent), u.a. zu den Komplexen:
 - Zusatzangaben zur beruflichen Ausbildung (freiwillig),
 - Pendlereigenschaft, -merkmale (freiwillig),
 - Zusatzangaben für Ausländer (freiwillig) und
 - Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit.¹⁸¹

Die Qualität der Erhebungsergebnisse des Mikrozensus wird weitgehend dadurch positiv beeinflusst, dass die Befragung überwiegend durch zuvor geschulte Interviewer erfolgt. Nur in jenen Fällen, in denen die Haushalte in der für die persönliche Befragung vorgesehenen Frist nicht erreichbar sind oder auf einer schriftlichen Befragung bestehen, wird die Ausfüllung des jeweils vorgesehenen Interviewvordruckes durch die Haushalte vorgenommen.

Wie bereits an einzelnen Stellen der bisherigen Ausführungen erkennbar geworden ist, liegt dem Mikrozensus das Berichtswochenkonzept zugrunde, das bedeutet, dass sich die Mehrzahl von Fragen auf die konkrete Situation einer fest fixierten Woche bezieht. So gilt beispielsweise eine Person auch dann als erwerbstätig, wenn die Erwerbstätigkeit im Laufe der festgelegten Woche beendet oder begonnen wurde. Mehrheitlich ist die Berichtswoche die letzte Woche im April eines Jahres ohne Feiertage. Eine Ausnahme ist z.B. für das Jahr 1992 zu registrieren, in dem die Berichtswoche die Woche vom 4. bis 10. Mai war. In den ersten Mikrozensus-Jahren (1957 bis 1962) lag die Berichtswoche im Oktober.

¹⁸¹ Eine detaillierte Übersicht über den Zeitraum bis zum Jahre 2004 findet man bei StBA 1998, Reihe 4.1.1, S. 14 oder in Emmerling/Riede 1997, S. 167 (für die Jahre 1991 bis 1995 bieten einen analogen Überblick Vogel/Grünwald 1996, S. 225).

Durch EU-Verordnung ist seit 1975 eine Arbeitskräftestichprobe mit einem Auswahlatz von 0,4 Prozent angeordnet, die zunächst zweijährig (1975 bis 1983), ab 1984 jährlich durchzuführen war. Ab 1992 wurde das Frageprogramm wesentlich erweitert. Dabei handelt es sich um ein konstantes Grundprogramm und Sondererhebungen mit wechselndem Frageprogramm. Die Beantwortung eines Teils der Fragen ist freiwillig. Spätestens seit 1996 ist die EU-Arbeitskräfteerhebung vollständig in den Mikrozensus integriert, stellt dort sozusagen eine Unterstichprobe bei 40 Prozent der Mikrozensus-Befragten dar. In den Fällen, in denen nicht bereits die Fragestellungen des Mikrozensus mit denen der EU-Arbeitskräftestichprobe übereinstimmen, wurden zusätzliche Fragestellungen in das Frageprogramm des Mikrozensus aufgenommen. So ist beispielsweise nur dann von einer internationalen Vergleichbarkeit der Zahl der Arbeitslosen auszugehen, wenn die Betroffenen binnen zweier Wochen für eine Beschäftigung verfügbar sind. Demzufolge wurde eine entsprechende vertiefende Frage zur Arbeitslosigkeit im Programm des Mikrozensus erforderlich. Zur Verdeutlichung des Umfangs der Arbeitskräftestichprobe der EG sei das Jahr 1992 ausgewählt. In diesem Jahr wurden rd. 150 000 Haushalte zu folgenden Tatbeständen befragt:

- Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Haushaltszusammensetzung, Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Beteiligung am Erwerbsleben, Schüler/Student, allgemeiner Schulabschluß, beruflicher Ausbildungsabschluß, Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, ausgeübtem Beruf, Wirtschaftszweig, Voll-, Teilzeittätigkeit, normalerweise und tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden sowie Grund für Differenz zwischen beiden, Wochenend-, Abend-, Nacht-, Schichtarbeit, Dauer der Tätigkeit, Dauer einer befristeten Tätigkeit, Größe und Lage der Arbeitsstätte; Arbeitsuche, Grund, Dauer und Art der Arbeitssuche, Art der gesuchten Tätigkeit, Verfügbarkeit; Arbeitslose nach Grund der Beendigung, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig der letzten Tätigkeit, Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe.
- Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf und Wohnsitz vor Jahresfrist.
- Für alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren: Aus- und Fortbildung in den letzten vier Wochen.
- Zum Auswahlverfahren des Mikrozensus sollen hier keine detaillierten Ausführungen gemacht werden. Der Nutzer der Erhebungsergebnisse kann getrost davon ausgehen, dass die Daten vom StBA nur in einer solchen Differenzierung hochgerechnet werden (und um hochgerechnete Ergebnisse handelt es sich stets bei den veröffentlichten Angaben), die bei dem zu erwartenden Stichprobenfehler vertretbar ist.¹⁸²

¹⁸² Wer dennoch Näheres zum Auswahlverfahren wissen möchte, mag sich informieren bei StBA 1997, *Das Arbeitsgebiet ...*, S. 332 f.; Vogel/Grünwald 1996, S. 223 f. oder Emmerling/Riede 1997, S. 160 ff., insbesondere S. 164 f.

4.2.3.4 Beschäftigtenstatistik

Sekundärstatistischer Vorläufer der Beschäftigtenstatistik war die über die Arbeitsämter auf der Grundlage der dort vorhandenen Karteien geführte Arbeitsstatistik/Beschäftigtenstatistik, die im Jahre 1946 aufgebaut und in der BRD Anfang der sechziger Jahre wegen zunehmender Differenzen zu den Ergebnissen des Mikrozensus und der Berufszählung im Jahre 1961 zunächst auf Stichproben eingeschränkt und schließlich eingestellt wurde.¹⁸³

Als Beschäftigtenstatistik wird eine sekundärstatistische Erhebung zur Erfassung und Beschreibung aktueller Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet, deren Träger die Bundesanstalt für Arbeit ist. Die Beschäftigtenstatistik ist eine Sekundärstatistik. Rechtsgrundlage ist das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969¹⁸⁴, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 25. September 1996¹⁸⁵. Im § 6 des AFG wird die Bundesanstalt für Arbeit beauftragt, „... Umfang und Art der Beschäftigung sowie Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Berufe und der beruflichen Bildungsmöglichkeiten im allgemeinen und in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten, auch nach der sozialen Struktur, zu beobachten, zu untersuchen und für die Durchführung der Aufgaben der Bundesanstalt auszuwerten (Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)“¹⁸⁶.

Beschäftigte im Sinne der Beschäftigtenstatistik sind alle Arbeitnehmer, die der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- oder Rentenversicherung unterliegen oder nach dem AFG beitragspflichtig sind (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; siehe Abschnitt 2 im Anhang B). Mit der Beschäftigtenstatistik nicht erfaßt werden somit die Selbständigen, mithelfenden Familienangehörige, Beamte und von der Sozialversicherungspflicht befreite Angestellte. Ebenfalls nicht erfaßt werden die geringfügig Beschäftigten. Geringfügigkeit ist gegeben (Stand 1996), wenn eine Tätigkeit kurzfristig ausgeübt (höchstens 2 Monate oder 50 Tage) oder geringfügig entlohnt wird. Letzteres setzt voraus, dass die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt und das Einkommen eine bestimmte, jährlich neu angepasste, Höchstgrenze nicht überschreitet. Diese Höchstgrenze betrug z.B. im Jahre 1996 für das frühere Bundesgebiet 590, für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost 500 DM.

Aus der Sicht der Darstellung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen kommt die Beschäftigtenstatistik einer Totalerhebung, sieht man von definitorisch bedingten strukturellen Einschnitten ab, recht nahe. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (siehe Abschnitt 4.2.3.3) 1994 waren immerhin 80 Prozent der

¹⁸³ Näheres zu dieser Statistik in den fünfziger Jahren in der BRD findet man bei Galland 1956, S. 26 ff.

¹⁸⁴ BGBl. 1969, I, S. 582 ff.

¹⁸⁵ BGBl. 1996, I, S. 1461 ff.

¹⁸⁶ Ebenda.

Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.¹⁸⁷ Dabei ist jedoch zu beachten, dass dieser Anteil bei Betrachtung wirtschaftssystematischer und/oder regionaler Strukturen in bestimmten Teilmengen recht unterschiedlich ausfällt, dies in Abhängigkeit von dem teilweise recht unterschiedlichen Anteil der mit der Beschäftigtenstatistik nicht erfaßten Personengruppe in den einzelnen Wirtschaftszweigen und -abteilungen. So ist der Deckungsgrad der Beschäftigtenstatistik beispielsweise in Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei oder in den Gebietskörperschaften mit einem hohen Anteil von Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten wesentlich niedriger, als z.B. im Verarbeitenden Gewerbe. Demzufolge ist der Deckungsgrad der Beschäftigtenstatistik in den einzelnen Regionen abhängig von deren Wirtschaftsstruktur.

Grundlage der Beschäftigtenstatistik ist das integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung (gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung) und zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung). Es wurde im früheren Bundesgebiet mit Wirkung vom 1. Januar 1973, in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, zunächst mit einigen Modifikationen, im Jahre 1991 eingeführt. Meldepflichtig sind die Arbeitgeber. Anlaß, Form, Inhalt und Fristen der Meldungen sind rechtlich geregelt in der

- Zweiten Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenerfassungs-Verordnung – 2. DEVO) vom 29. Mai 1980¹⁸⁸ und
- Zweiten Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenübermittlungs-Verordnung – 2. DÜVO) vom 29. Mai 1980¹⁸⁹

sowie in den dazu erlassenen Veränderungsverordnungen. Je Person und Beschäftigungsfall haben die Arbeitgeber für ihre sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer auf einem einheitlichen Meldevordruck (Versicherungsnachweis) oder auf maschinenlesbaren Datenträgern folgende Meldungen abzugeben:

- Anmeldung (bei Aufnahme einer Beschäftigung),
- Abmeldung (bei Ende einer Beschäftigung),
- Jahresmeldung (für jedes am 31.12. bestehende Beschäftigungsverhältnis) und
- Meldungen aus sonstigem Anlaß (Ummeldung – besteht aus gleichzeitiger Ab- und Anmeldung, Unterbrechungsmeldung, Änderung versicherungsrelevanter Merkmale eines Beschäftigten).

Die Meldungen werden von den Arbeitgebern bei den Trägern der Krankenversicherung eingereicht. Nach Prüfung der Angaben werden die Daten erfaßt und

¹⁸⁷ StBA 1997, Reihe 4.2.1, S. 6.

¹⁸⁸ BGBl. 1980, I, S. 593 ff.

¹⁸⁹ BGBl. 1980, I, S. 616 ff.

für die Mitgliederbestandsführung genutzt, bevor sie an die Rentenversicherungsträger (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Datenstelle der Rentenversicherung für alle die Landesversicherungsanstalten tangierenden Meldungen) weitergeleitet werden. Die Sonderanstalten (Bundesknappschaft, Seekasse, Bahnversicherungsanstalt) erhalten die Meldungen direkt von den Betrieben. Eine nochmalige Prüfung der Angaben geht ihrer Verwendung für die Führung der Rentenversicherungskonten voraus. Schließlich werden die für die Arbeitsverwaltung benötigten Daten an die Bundesanstalt für Arbeit weitergegeben und dort noch einmal geprüft. Die Bundesanstalt speist die Daten in folgende zwei Dateien (ohne Hilfsdateien) ein, welche die Grundlage für alle statistischen Auswertungen bilden:

- Versichertendatei (alle Daten eines Versicherten werden unter seiner Versicherungsnummer auf einem Versichertenkonto geführt und nach dem Wirksamkeitsdatum in chronologischer Reihenfolge gespeichert),
- Betriebsdatei (jeder Betrieb ist durch eine vom zuständigen Arbeitsamt vergebene Betriebsnummer identifiziert; Zusammenfassungen mehrerer, in einer Gemeinde liegenden Betriebe sind unter bestimmten Bedingungen möglich).

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder erhalten von der Bundesanstalt für Arbeit anonymisierte Daten. Die statistische Auswertung erfolgt arbeitsteilig. Die Bundesanstalt für Arbeit aggregiert Daten zum Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung (u.a. für Arbeitsamtsbezirke) bzw. der Forschung (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). Das StBA erarbeitet Ergebnisse für allgemeine Zwecke des Bundes in tiefer fachlicher Gliederung, die Statistischen Landesämter werten die Daten für allgemeine Zwecke der Länder mit dem Schwerpunkt tiefer regionaler Gliederung aus.

Insbesondere folgende Merkmale bzw. Merkmalsgruppen sind Gegenstand der Meldungen der Betriebe und der darauf fußenden Auswertungen:

- Geschlecht,
- Alter,
- Staatsangehörigkeit,
- Stellung im Beruf,
- Ausbildung (allgemeinbildende- und Berufsabschlüsse),
- Beruf (ausgeübte Tätigkeit, nicht erlernter bzw. früher ausgeübter Beruf),
- Wirtschaftszweig (des Betriebes, definiert als örtliche Einheit),
- Arbeitsort und Wohnort,
- Rentenversicherungsträger,
- Voll- bzw. Teilzeitarbeit (letztere differenziert nach unter 18 Wochenstunden und 18 Wochenstunden und mehr; in Veröffentlichungen des StBA werden beide Gruppen zusammengefaßt),
- Beschäftigungsdauer (Beginn und Ende der Beschäftigung) und
- Bruttoarbeitsentgelt (sozialversicherungspflichtiges, bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze).

Die Auswertung der Daten erfolgt im Prinzip (abgesehen von einzelnen monatlichen Aufbereitungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) in zweierlei Gestalt:

1. Vierteljährliche Ermittlung von Bestandszahlen für Personen, die am Stichtag beschäftigt waren, durch Abfrage der Versichertenkonten per letztem Tag eines Quartales.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird nach demographischen, erwerbsstatistischen, wirtschaftssystematischen und regionalen Gesichtspunkten gegliedert (jährlich per 30. Juni wird ein tiefer gegliedertes Material mit zusätzlichen Aussagen und Merkmalskombinationen erarbeitet). Die als Stichtagsmaterial bezeichneten Ergebnisse ermöglichen eine laufende kurzfristige Beobachtung der Beschäftigungsentwicklung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer.

Zu einigen Einzelfragen: Im Stichtagsmaterial werden personenbezogene Daten nachgewiesen; Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen werden demzufolge nur einmal gezählt. In einem solchen Fall werden für die Zuordnung der Person zu den einzelnen Gruppierungen die Merkmale der zuletzt aufgenommenen Beschäftigung herangezogen. – Für die Ermittlung des Alters eines Beschäftigten wird die Altersjahrmethode angewandt, d.h. das vollendete Altersjahr wird unter Berücksichtigung von Geburtsdatum und Erhebungsstichtag ermittelt (im Gegensatz zur Geburtsjahrmethode, siehe Pkt. Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, dass bis Ende 1995 die regionalen Ergebnislagerungen ausschließlich arbeitsortbezogen waren. Ab Veröffentlichungsstichtag 31. März 1996 stehen darüber hinaus auch Wohnortangaben zur Verfügung.

Die Abfrage der Versichertenkonten wird sechs Monate nach dem Erfassungsstichtag vorgenommen. Diese zeitliche Abschneidegrenze erscheint recht großzügig bemessen, wenn man bedenkt, dass die Meldefrist bei 2 bzw. 6 Wochen liegt. Letztere wird in der Praxis jedoch leider oft weit überschritten, so dass die genannten sechs Monate einen Kompromiß zwischen Vollständigkeit und Aktualität darstellen. Erfahrungsgemäß liegen bis zu diesem Zeitpunkt 95 Prozent der Meldungen vor.¹⁹⁰ Nach von der Lippe haben jedoch Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gezeigt, „daß die Beschäftigtenstatistik dazu neigt, die Expansion in Aufschwungsphasen zu unterschätzen (mit Untererfassungen von fast 1/2 Mill. Beschäftigten)“.¹⁹¹

Für das frühere Bundesgebiet liegen Ergebnisse seit Stichtag 30. Juni 1974 (in der Fachserie des StBA seit 31. März 1977) vor, für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost seit dem Stichtag 31. März 1992 (in der Fachserie des StBA seit Stichtag 30. Juni 1993).

¹⁹⁰ StBA 1997, Reihe 4.2.1, S. 7.

¹⁹¹ Von der Lippe 1996, Wirtschaftsstatistik, S. 101.

2. Auf der Grundlage der Jahres-, Ab- und Unterbrechungsmeldungen wird in Abständen von 2 bis 3 Jahren für ein bestimmtes Kalenderjahr ein sogenanntes Jahreszeitraummaterial erarbeitet.

Gegenstand dieses Materials ist primär der Beschäftigungsfall, nicht die Person, mit Angaben zur Beschäftigungsdauer und zum beitragspflichtigen Bruttoentgelt. Hatte eine Person also mehrere aufeinanderfolgende oder mehrere parallele Beschäftigungsfälle im Berichtsjahr, so ist jeder der Beschäftigungsfälle (die Person also mehrfach) in dem Material enthalten (Anmerkung: bei einer Stichtagserfassung treten nacheinanderfolgende Beschäftigungsfälle einer Person nur als ein Fall auf; die Mehrfachzählung der Person ergibt sich dann nur aus parallelen Beschäftigungsfällen).

Werden im Jahreszeitraummaterial Auswertungen nach dem Alter vorgenommen, so wird dies nach der Geburtsjahresmethode ermittelt. Danach ergibt sich das Alter aus der Differenz zwischen Berichtsjahr und Geburtsjahr.

Bei personenbezogenen Darstellungen im Jahreszeitraummaterial wird jede Person mit mehreren Beschäftigungsfällen im Berichtsjahr nur einmal gezählt. Die Merkmale für die Ergebnislagerung werden dann dem Beschäftigungsfall mit der längsten Dauer entnommen.

4.2.3.5 Bereichs- und andere Statistiken mit Erwerbstätigenangaben

4.2.3.5.1 Arbeitsstättenzählungen

Zunächst zu den Arbeitsstättenzählungen. Derartige Erhebungen fanden in der BRD zu den Stichtagen:

- 13. September 1950,
- 6. Juni 1961,
- 27. Mai 1970 und
- 25. Mai 1987

statt. Sie wurden stets zusammen mit Volks- und Berufszählungen durchgeführt. Die Rechtsgrundlagen betreffend sei daher auf den Abschnitt 4.2.3.2 verwiesen. Die Arbeitsstättenzählungen in der BRD waren nahezu Totalerhebungen, da sie sich auf fast alle Wirtschaftsbereiche erstreckten. Nicht erfaßt wurde lediglich der größte Teil der Land- und Forstwirtschaft. Somit wurden in die Arbeitsstättenzählungen auch solche Bereiche einbezogen, die durch andere Statistiken nur unvollständig oder überhaupt nicht abgedeckt wurden. Das betrifft insbesondere das Dienstleistungsgewerbe und die Organisationen ohne Erwerbscharakter.¹⁹²

Mit der Zählung im Jahre 1950 wurden folgende Beschäftigtenangaben erhoben (alle Positionen: männlich, weiblich, insgesamt):

¹⁹² Was die Definition des Begriffes Arbeitsstätte anbelangt, soll an dieser Stelle auf nähere Erläuterungen verzichtet werden, da im Abschnitt 2 im Anhang B eine ausführliche Darstellung des Begriffsinhaltes und der Abgrenzungen enthalten ist.

- Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Angestellte und Beamte
- Arbeiter, Gesellen, Gehilfen,
 - gelernte (Facharbeiter, Handwerksgesellen usw.),
 - angelernte,
 - ungelernte (Hilfsarbeiter)
- Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre,
 - kaufmännische, technische und Verwaltungslehrlinge,
 - gewerbliche Lehrlinge,
 - Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre.

Als Darunter-Position von den Gesamtbeschäftigten wurden ausgewiesen:

- Heimatvertriebene,
- Schwerbeschädigte und
- Knappschaftsvollrentner.

Außerdem wurden die Heimarbeiter (soweit für die jeweilige Arbeitsstätte tätig) gesondert dargestellt.¹⁹³

Gegenüber der Arbeitsstättenzählung 1950 wurde der Frageprogrammteil zur Beschäftigung für die Zählung in 1961 etwas verkürzt (von 42 auf 33 Kennziffern). Folgende Positionen wurden erhoben (jeweils männlich, weiblich, insgesamt; Teilbeschäftigte männlich, weiblich):

- Tätige Inhaber,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Beamte,
- Angestellte,
- Arbeiter (ohne Heimarbeiter) und
- Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre.

Weiter verknüpft (auf 24 Kennziffern) wurden die Beschäftigtenposition (hier: Tätige Personen) in der Zählung des Jahres 1970:

- Tätige Inhaber,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Beamte/Richter,
- Angestellte,
- Facharbeiter, Gesellen (ohne Heimarbeiter),
- Sonstige Arbeiter (ohne Heimarbeiter),
- Gewerbliche Lehrlinge,
- kaufmännische, technische und Verwaltungslehrlinge.

Als Darunter vom Gesamt:

- Teilbeschäftigte und
- Ausländer.

¹⁹³ Eine ausführliche Besprechung der Arbeitsstättenzählung 1950 findet man bei Galland 1956, S. 205 ff.

Außerdem wurden die Heimarbeiter erfaßt (alle Positionen: männlich, weiblich).¹⁹⁴

Die in der bisher letzten Arbeitsstättenzählung (1987) erhobenen Beschäftigtenpositionen entsprachen denen der vorangegangenen Zählung. Lediglich die Lehrlinge (hier: Auszubildende) wurden wie bereits im Jahre 1961 wieder in einer Position ausgewiesen; außerdem wurde auf einen Nachweis der Heimarbeiter verzichtet.

4.2.3.5.2 Bereichserhebungen

Wesentliche Quelle für Beschäftigtenangaben ist der gesamte Komplex der Bereichserhebungen. Hier ist zu differenzieren zwischen einmalig oder in unregelmäßiger mehrjähriger Periodizität durchgeführten Zensen bzw. Großerhebungen einerseits und in regelmäßiger kurzfristiger Periodizität durchgeführten Erhebungen andererseits. Für die erstgenannten seien hier aufgeführt:

- die Landwirtschaftszählungen in den Jahren 1960, 1971, 1979 und 1991,
- der Industriezensus in den Jahren 1963 und 1967,
- der Zensus im produzierenden Gewerbe 1979 und 1985,
- die Handwerkszählungen in den Jahren 1949, 1956, 1963, 1968, 1977 und 1995,
- die Handels- und Gaststättenzählungen in den Jahren 1960, 1968, 1979, 1985 und 1993,
- der Verkehrszensus 1962 und
- die Personalstrukturhebung im öffentlichen Dienst im Jahre 1968.

Als kurzfristige periodische Erhebungen seien beispielhaft benannt¹⁹⁵:

1. **Berichterstattung:** Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft
Periodizität: jährlich für April (Berlin, Bremen, Hamburg: zweijährlich)
Berichtspflicht: Stichprobenerhebung, maximal 100 000 landwirtschaftliche Betriebe (Auswahlsatz 15 Prozent)
Tatbestände: Merkmale über die Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind

¹⁹⁴ Hinsichtlich des Vergleichs der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen zwischen 1875 und 1970 sei auf die Arbeit von Stockmann und Willms-Herget (siehe Abschnitt 2.2.1) verwiesen, die eine vereinheitlichte Klassifikation mit 34 Erwerbsbranchen enthält (siehe auch Hohls 1991, S. 333).

¹⁹⁵ Nach StBA 1992. Die hier dargestellte Erhebungsauswahl wurde natürlich nicht seit Beginn der Existenz des Statistischen Bundesamtes realisiert, sondern hat sich historisch herausgebildet. Aus den in der Vorbemerkung dargestellten Gründen ist es jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, die historischen Entwicklungsetappen zu verfolgen und darzustellen. Interessenten seien daher in diesem Zusammenhang auf die vom StBA seit dem Jahre 1950 wiederholt herausgegebene Publikation „Das Arbeitsgebiet des Statistischen Bundesamtes“ verwiesen.

2. **Berichterstattung:** Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebserhebung)
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: produzierende Betriebe von höchstens 68 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes
Tatbestände: Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Bruttolohn- und Gehaltssumme
3. **Berichterstattung:** Erhebung für Kleinbetriebe (Betriebserhebung)
Periodizität: jährlich für September
Berichtspflicht: mit Berichterstattung unter Pkt. 2 nicht erfaßte Betriebe
Tatbestände: Beschäftigte
4. **Berichterstattung:** Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Unternehmenserhebung)
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: maximal 13 000 Unternehmen mit zwei und mehr Betrieben
Tatbestände: Beschäftigte, Bruttolohn- und Gehaltssumme
5. **Berichterstattung:** Betriebserhebung – Monatsbericht im a) Bauhauptgewerbe, b) Ausbaugewerbe
Periodizität: monatlich
Berichtspflicht: a) Baubetriebe von maximal 20 000 Unternehmen
b) maximal 9 000 ausbaugewerbliche Betriebe
Tatbestände: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und Gehaltssumme
6. **Berichterstattung:** Betriebserhebung – a) Totalerhebung im Baugewerbe, b) Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: a) alle Betriebe des Bauhauptgewerbes
b) maximal 27 000 Betriebe des Ausbaugewerbes
Tatbestände: für Juni – Beschäftigte (für „a“ auch nach Stellung im Betrieb), Arbeitsstunden, Bruttolohn- und Gehaltssumme
7. **Berichterstattung:** Unternehmenserhebung – Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Baugewerbe
Periodizität: jährlich
Berichtspflicht: maximal 35 000 Unternehmen des Baugewerbes
Tatbestände: Beschäftigte, Bruttolohn- und Gehaltssumme
8. **Berichterstattung:** Handwerksberichterstattung
Periodizität: vierteljährlich
Berichtspflicht: Stichprobe, rd. 50 000 Handwerksunternehmen
Tatbestände: Beschäftigte

- | | | |
|-----|---|--|
| 9. | Berichterstattung:
Periodizität:
Berichtspflicht:
Tatbestände: | Großhandelsstatistik
monatlich, jährlich, mehrjährig
Stichprobe, bis 13 500 Unternehmen
monatlich: Voll- und Teilzeitbeschäftigte
jährlich: Tätige Personen |
| 10. | Berichterstattung:
Periodizität:
Berichtspflicht:
Tatbestände: | Einzelhandelsstatistik
monatlich, jährlich, mehrjährig
Stichprobe, maximal 35 000 Unternehmen
monatlich: Voll- und Teilzeitbeschäftigte
jährlich: Tätige Personen |
| 11. | Berichterstattung:
Periodizität:
Berichtspflicht:
Tatbestände: | Gastgewerbestatistik
monatlich, zweijährig
Stichprobe, bis 11 500 Unternehmen
monatlich: Voll- und Teilzeitbeschäftigte
zweijährig: Tätige Personen |
| 12. | Berichterstattung:
Periodizität:
Berichtspflicht:
Tatbestände: | Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt
jährlich (30.6.)
Unternehmen der Binnenschifffahrt
Anzahl und Art der beschäftigten Personen |
| 13. | Berichterstattung:
Periodizität:
Berichtspflicht:

Tatbestände: | Personalstatistik der öffentlichen Haushalte
jährlich (30.6.)
Behörden des Bundes und der Länder, Gemeinden
und deren Einrichtungen, Sozialversicherungsträger
Beschäftigte nach Art, Umfang und Dauer des
Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht,
Laufbahngruppen, Einstufung und Alter |

Literatur

- Angermann, O., Janke, R.: Die Umgestaltung der amtlichen Statistik im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Statistik in bewegter Zeit, Ehrengabe zum 65. Geburtstag von Egon Hölder, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992, S. 112 - 126.
- Angermann, O.: Sammlung, Sicherung und Rückrechnung von statistischen Angaben über die ehemalige DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 78. Band, Nr. 3/1994, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 340 - 349.
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.): Volkszählung, Tabellenteil; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Duncker und Humblot, Berlin-München 1949.
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.): Berufszählung, Tabellenteil Heft 1; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Duncker und Humblot, Berlin 1950.
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.): Berufszählung, Tabellenteil Heft 2; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Duncker und Humblot, Berlin 1950.
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.): Bibliographie der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Duncker und Humblot, Berlin 1951.
- Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.): Berufszählung, Textteil; Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Duncker und Humblot, Berlin 1953.
- Beck, E.: Berufszählung vom 29. Oktober 1946, in: Statistische Praxis, 3. Jg., Nr. 6/1948, S. 90.
- Becker, B., Schoer, K.: Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 8/1986, S. 588 - 593.
- Block, M.: Handbuch der Statistik, Deutsche Ausgabe zugleich als Handbuch der Statistik des Deutschen Reiches von H. v. Scheel, Verlag von Veit und Comp., Leipzig 1879.
- Buchwald, W.: Die Statistiken der Beschäftigungsfälle in den Betrieben, in: Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Heft 11, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1977, S. 47 - 63.
- Donda, A./Herde, E./Kuhn, O./Struck, R.: Statistik; Lehrbuch, 6., überarbeitete Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1986.
- Donda, A. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Rechnungsführung und Statistik; 2., überarbeitete Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1987.
- Donner, O.: Statistik; Grundzüge der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Reihe B, Wirtschaftswissenschaft, Hrsg. J. Jessen und E. Wiskemann, 3. Auflage, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1942.
- Emmerling, D., Riede, Th.: 40 Jahre Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 3/1997, S. 160 - 174.
- Fischer, P.: Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 - 1990 -, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 213, Nr. 5/1994, G. Fischer Verlag, Stuttgart, S. 597 - 617.
- Flaskämper, P.: Allgemeine Statistik, Grundriss der Statistik, Teil I; zweite, durchgesehene und ergänzte Auflage,

- Verlag von Richard Meiner, Hamburg 1949.
- Frerich, J./Frey, M.: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München 1996.
- Fritz, W. u.a.: Handbuch der Erwerbstätigenstatistik in der ehemaligen DDR, 10 Bände, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.), Berlin 1996.
- Fritz, W.: Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR, in: Historische Sozialforschung, 22. Jg., Nr. 3/4/1997, Sonderheft: 20 Jahre Zentrum für Historische Sozialforschung, Teil II: Politik und Gesellschaft, S. 300 - 357.
- Fritz, W.: Kleines Lexikon der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in der DDR, HSR-Transition, Vol. 2 (2000), Internet: <http://www.hsr-trans.de>.
- Fritz, W.: Chronik der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in Deutschland, HSR-Transition, Vol. 5 (2000), Internet: <http://www.hsr-trans.de>.
- Galland, Th.: Statistik der Beschäftigten und Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 3, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1956.
- Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Hrsg.): Berufstätigenerhebung 1990, Stichtag 30. November 1990 - Berichtsunterlagen.
- Gleitze, B.: Statistisches Lexikon, Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1935.
- Güttler, M.: Das Statistische Informationssystem der DDR, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 76. Band Nr. 1/1992, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 175 - 193.
- Hagn, H. u.a.: 75 Jahre Statistisches Landesamt in Thüringen; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.), Erfurt 1996.
- Haushofer, M.: Lehr- und Handbuch der Statistik; zweite, vollständig umgearbeitete Auflage, Wilhelm Braumüller, K. K. Hof- und Universitätsbuchhändler, Wien 1882.
- Heidenreich, H.-J.: Erwerbstätigkeit im April 1989, Ergebnis des Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 7/1990, S. 451 - 465.
- Hennig, I.: Die statistische Abrechnung der territorialen Bilanzentscheide - eine wichtige Aufgabe zur Vervollkommen der Arbeitskräfteplanung, in: Statistische Praxis, 26. Jg., Nr. 12/1971, S. 642, 643.
- Herberger, L.: Die Statistik der Erwerbstätigkeit, in: Umriss einer Wirtschaftsstatistik, Festgabe für Paul Flaskämper zur 80. Wiederkehr seines Geburtstages, Hrsg. A. Blind, Verlag von Felix Meiner, Hamburg 1966, S. 87 - 102.
- Herberger, L. und Mitarbeiter: Das Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 6/1975, S. 349 - 362.
- Herberger, L.: Das Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik und die laufenden Schätzungen von Erwerbstätigen, in: Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Heft 11, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1977, S. 87 - 103.
- Herberger, L.: Die Statistiken der erwerbstätigen Personen, in: Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Heft 11, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1977, S. 21 - 45.
- Herberger, L., Becker, B.: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Beschäftigtenstatistik und im Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 4/1983, S. 290 - 304.
- Herberger, L., Mayer, H.-L.: Überblick über die derzeitigen Statistiken des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung, in: Statistiken des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung (anlässlich der 30. Tagung des Statistischen Beirats am 7.

- Juni 1983), *Wirtschaft und Statistik*, Beilage zu Nr. 2/1984, S. 3 - 22.
- Hoffmann, G.: *Die Landesstatistik*, in: *Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn*, Hrsg. F. Burgdörfer, Band I. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 90 - 103.
- Hohls, R.: *Quellen zur Erwerbsstatistik Deutschlands im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert*, in: *Grundlagen der Historischen Statistik von Deutschland; Quellen, Methoden, Forschungsziele*; Hrsg. W. Fischer und A. Kunz, Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 65, Westdeutscher Verlag, Opladen 1991, S. 315 - 350.
- Hölder, E., Ehling, M.: *Zur Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland*, in: *Grundlagen der Historischen Statistik von Deutschland; Quellen, Methoden, Forschungsziele*; Hrsg. W. Fischer und A. Kunz, Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 65, Westdeutscher Verlag, Opladen 1991, S. 15 - 31.
- Hölder, E.: *Amtliche Statistik im vereinten Deutschland - Teil der europäischen Statistik -*, in: *Allgemeines Statistisches Archiv 1992, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft* (Hrsg.), 76. Band, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1992, S. 20 - 33.
- Hölder, E.: *DDR-Statistik - Schein und Wirklichkeit*, in: *Statistik in bewegter Zeit, Ehrengabe zum 65. Geburtstag von Egon Hölder*, Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992, S. 303 - 310.
- Huhle, F.: *Statistik als ein Erkenntnismitel der Wirtschaftspolitik*, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1938.
- Hüttner, K.: *Das Statistische Bundesamt*, Boldt Verlag, Bonn 1972.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): 3., *Berufsstatistik der Staaten und größeren Verwaltungsbezirke, Dritter Teil; Berufsstatistik nach der allgemeinen Berufszählung vom 5. Juni 1882*; Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Band 4, Drittes Drittel; Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1884.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Zusammenstellung der zu Anfang des Jahres 1884 geltenden Bestimmungen für die gemeinsame Statistik des Deutschen Reichs, Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Band 1*, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin 1884.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Die Statistik des Deutschen Reichs im Jahre 1897, Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Band 101*, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin 1897.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Achtzehnter Jahrgang 1897*, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1897.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Die berufliche und soziale Gliederung des Deutschen Volkes, Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895; Berufs- und Gewerbebeziehung vom 14. Juni 1895, Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Band 111*; Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1899.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Anordnungen für die Reichsstatistik bis zum Schluß des Jahres 1903*, in: *Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs*, 13. Jg., Nr. 1/1904, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin, S. 1 - 8.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Sechszwanzigster Jahrgang 1905*, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1905.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): *Berufsstatistik, Abteilung I; Einführung, Die Reichsbevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf; Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907*;

- Statistik des Deutschen Reichs, Band 202, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1909.
- Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet des Kaiserlichen Statistischen Amtes nach dem Stande des Jahres 1912, Statistik des Deutschen Reichs, Band 201, Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin 1913.
- Kockel, K.: Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 76. Band, Nr. 1/1992, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 1 - 13.
- Krug, J.: Statistik der Sozialversicherung, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgkötter, Band II, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 1180 - 1192.
- Lachnit, A.: Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes, in: Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR - Beiträge zu einer Statistiktageung in Berlin -, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Metzler-Poeschel, Stuttgart 1993, S. 65-72.
- Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes (Hrsg.): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, Franz Ehrenwirth-Verlag, München 1949.
- Lippe, P. von der: Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 215, Nr. 6/1996, Lucius und Lucius, Stuttgart, S. 641 - 674.
- Lippe, P. von der: Wirtschaftsstatistik; 5., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Lucius und Lucius, Stuttgart 1996.
- Lorenz, Ch.: Angewandte Sozialstatistik, Bevölkerungsstatistik und Spezielle Sozialstatistik; Forschungslehre der Sozialstatistik, zweiter Band, Duncker und Humblot, Berlin 1963.
- Mayer, H.-L.: Die Beschäftigtenstatistik, in: Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Heft 11, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1977, S. 65 - 86.
- Mayer, H.-L., Becker, B.: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigungsdauer, Bruttoarbeitsentgelt und Art der Beschäftigung, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 12/1984, S. 994 - 1009.
- Mayr, G.: Statistik und Gesellschaftslehre, erster Band: Theoretische Statistik; aus Handbuch des Öffentlichen Rechts: Einleitungsband, Akademische Verlagbuchhandlung J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Freiburg i.B. und Leipzig 1895.
- Mehnert, K./Schulte, H. (Hrsg.): Deutschland-Jahrbuch 1949, Im West-Verlag, Essen 1949.
- Mischler, E.: Allgemeine Grundlagen der Verwaltungs-Statistik; Handbuch der Verwaltungs-Statistik, Band 1, Verlag der J.G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart 1892.
- Müller, J.: Theorie und Technik der Statistik, Ein Grundriss für Studium und Praxis; Grundriss der Deutschen Statistik, I. Teil, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1927.
- Oertel, I.: Abschluß der Sicherung und Archivierung der gespeicherten ehemaligen DDR-Statistiken auf elektronischen Datenträgern und Ausblick auf weitere Archivierungsarbeiten, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft (Hrsg.), 80. Band, Nr. 2/1996, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 251 - 260.
- Plate, R.: Die Berufsstatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band II, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 648 - 662.

- Rathje, U.: Der „Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ der DDR, in: Historische Sozialforschung, 21. Jg., Nr. 2/1996, S. 113 - 118.
- Reichardt, W.: Die Reichsstatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band I, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 77 - 90.
- Richter, J.: Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR von 1945 bis 1981 - Dokumentation-, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.), Berlin 1996.
- Schaake, U.: Die Arbeitsstatistik in der sowjetischen Besatzungszone, in: Statistische Praxis, 4. Jg., Nr. 9/1949, S. 139, 140.
- Sowjetische Militäradministration in Deutschland: Befehl Nr. 65 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration und Oberbefehlshabers der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (für einen organisierten Arbeitseinsatz der arbeitsfähigen Bevölkerung in der sowjetischen Okkupationszone), Berlin, 15. September 1945.
- Sowjetische Militäradministration in Deutschland: Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung des - Oberbefehlshabers der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 72, Registrierung der Industrieunternehmen in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, Berlin, 25. September 1945.
- Sowjetische Militäradministration in Deutschland: Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration - Oberbefehlshaber der Gruppe Sowjetische Besatzungsarmee in Deutschland Nr. 105, Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone, Stadt Berlin, 19. Oktober 1945.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, 3. Jg., VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1958.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1962, 7. Jg., VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1962.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964, Staatsverlag, Berlin 1967.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Wirtschaftlich tätige und nicht wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung, Schriftenreihe Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964, Band 8, Berlin 1967.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung nach Stellung im Betrieb, Wirtschaftszweig und Eigentumsform der Arbeitsstätte, Arbeitspendler; Schriftenreihe Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964, Band 9, Berlin 1967.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Wirtschaftlich Tätige nach Berufen und Hoch- bzw. Fachschulabschluß; Schriftenreihe Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964, Band 10/11, Berlin 1967.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Wirtschaftlich tätige und nicht wirtschaftlich tätige Wohnbevölkerung; Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971, Band 5, Berlin 1972.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Arbeitskräftesystematiken, Loseblattsammlung, Staatsverlag, Berlin 1974.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Informationsverzeichnis und methodische Festlegungen für langfristige Reihen, Teil VI: Arbeitskräfte/Bildung, Berlin 1978.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Rechnungsführung und Statistik in der Deutschen Demokratischen Republik, Schulungsmaterial, 11 Hefte;

- Heft 10 - Statistik der Bevölkerung, Arbeitskräfte und Bildung, Berlin 1979.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Zentrales Zählbüro (Hrsg.): Zusammenfassende Darstellung und Materialien zu den Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Volks- und Berufszählung am 29.10.1946, Berlin 1979.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Ausgewählte Ergebnisse der Volks- und Berufszählung; Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31.12.1981, Berlin 1984.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31.12.1981, Ausgewählte Ergebnisse, Berlin 1984.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Zentrales Zählbüro (Hrsg.): Zusammenfassende Darstellung und Materialien zu den Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen der Deutschen Demokratischen Republik, Teile I bis V, Berlin 1979 (Teil I), 1983 (Teile II und III) und 1984 (Teile IV und V).
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Systematik der Volkswirtschaftszweige der Deutschen Demokratischen Republik (Ausgabe 1985), Berlin 1985.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte (Hrsg.): Allgemeine Entwicklung der Aufgabenstellung, Arbeitsweise und Organisation der staatlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik 1945 - 1980, Berlin 1987.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1988, Teil II: Arbeitsbereiche / Tätigkeitshauptgruppen, Berlin 1988.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Erfassung der Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen per Oktober 1988, Teil IV: Tätigkeitshauptgruppen / Qualifikationsniveau, Berlin 1988.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abteilung Planung, Koordinierung, Kontrolle (Hrsg.): Übersicht der Berichterstattungen des zentralisierten Berichtswesens 1989, Berlin 1988.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abteilung Planung, Koordinierung und Kontrolle (Hrsg.): Zentrale Datenbank Statistik (ZDB), Kennziffern der Datenbank-Dateneinträge, Teil I; B: Datenbestand Industrie und Bauwesen (IND/BAU), Nutzerhinweise, Grund-Kennziffern, Berlin 1988.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik, 34. Jahrgang, Staatsverlag, Berlin 1989.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Inspektion für Berichtswesen (Hrsg.): Übersicht der Berichterstattungen des fachlichen Berichtswesens 1989/1990, Sachgebiet Arbeitskräfte/Löhne, Berlin 1989.
- Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (Hrsg.): Katalog zur Ersterfassung und Fortschreibung (Aktualisierung) der Stammdaten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, Berlin 1977.
- Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (Hrsg.): Arbeitsgesetzbuch und andere ausgewählte Rechtsvorschriften, Textausgabe, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, Staatsverlag, Berlin 1986.
- Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Jahrbuch Arbeitskräfte und Löhne, Berlin 1990.
- Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90, 35. Jg., Rudolf Haufe Verlag, Berlin 1990.
- Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.): Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Aufbau-Aufgabengebiet, Tätigkeitsbericht 1948, Wiesbaden 1949.
- Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.): Die Ergebnisse der Berufszählung vom 29.10.1946 für das Bundesgebiet, Arb.-Nr. VIII/8/2, Statistische Berichte, 2.1.1950.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet des Statistischen Bundesamtes, Stand Mitte 1950, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 5, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart-Köln 1950.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die berufliche Gliederung der Erwerbspersonen im Bundesgebiet, Die Erwerbspersonen nach Alter, Stellung im Beruf und Familienstand (Endgültige Ergebnisse der Berufszählung 1950), Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/20, Wiesbaden, erschienen am 18. November 1952.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die Bevölkerung im Bundesgebiet nach der Erwerbstätigkeit (Endgültige Ergebnisse der Berufszählung 1950), Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/18, Wiesbaden, erschienen am 8. Juli 1952.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13.9.1950, Teil I, Heft 1: Die Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 36, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart-Köln, Mai 1953.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Stand Mitte 1958, Statistik der Bundesrepublik Deutschlands, Band 182, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1958.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Stand Mitte 1966, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz 1966.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbspersonen in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung, Fachserie A. Bevölkerung und Kultur, Volks- und Berufszählung vom 6. Juli 1961, Heft 12, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz, Juni 1967.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972, herausgegeben anlässlich des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz 1972.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige in wirtschaftlicher Gliederung nach Wochenarbeitszeit und weiterer Tätigkeit; Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Volkszählung vom 27. Mai 1970, Heft 17, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz, Januar 1974.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Ausgabe 1976, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz 1976.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983, Arbeitsunterlage, Wiesbaden August 1982.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bundesstatistik – für wen und wofür? 3. Auflage, Wiesbaden 1989.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Informationen über die Bundesstatistik, Heft 1, aus den Bereichen Bevölkerung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Ausland, Wiesbaden 1989.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Informationen über die Bundesstatistik, Heft 2, aus den Bereichen Unternehmen und Arbeitsstätten, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Löhne und Gehälter, Preise, Außenhandel, Umwelt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wiesbaden 1989.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): DDR 1990, Zahlen und Fakten, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1990.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozioökonomische Struktur und Unterhaltsquellen der Bevölkerung, Struktur der Erwerbstätigkeit; Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Volkszählung vom 25. Mai 1987, Fachserie 1, Heft 4, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart, Oktober 1990.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sechs Monate nach der Vereinigung – wie weit ist die Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern? Mitteilung für die Presse, Wiesbaden, 11. April 1991.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistische Rechtsgrundlagen, Loseblattsammlung, Stand 1. Januar 1991, Arbeitsunterlage, Wiesbaden 1991.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Katalog der Statistiken zum Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufstätigenerhebung vom 30. November 1990 in den neuen Ländern und Berlin-Ost – Methodik und Ergebnisse – Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4, S. 1, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.): Dokumentation Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981 in der ehemaligen DDR, Teile 1 und 2, Berlin 1993.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern, Band 22 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.): Abschlußbericht zur Sicherung und Übergabe maschinenlesbarer Datenträger aus dem Statistikdatenbestand der ehemaligen DDR, Berlin 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 15, Wiesbaden 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14, Wiesbaden 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Informationssystem des Bundes, Datenbestand 1994/95, Wiesbaden 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Informationssystem des Bundes, Definitionskatalog 1994 in vier Bänden (A-E, F-K, L-S und T-Z), Wiesbaden 1994.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgewählte Zahlen zum Binnenhandel 1985, 1988 und 1989, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 21, Wiesbaden 1995.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gemeinden 1994 und ihre Veränderungen seit 01.01.1948 in den neuen Ländern, Metzler-Poeschel, Stuttgart 1995.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1996, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1996.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Quellennachweise zur amtlichen Statistik Preußens, des Deutschen Reichs und aus der Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland; 2., vermehrte Auflage, zusammengestellt in der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 1996.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik, Ausgabe 1997, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin (Hrsg.): Dokumentation über die archivierten statistischen Analysen, Text- und Zahlenberichte der ehemaligen SZS und des ehemaligen Statistischen Amtes der DDR 1945 – 1990, 3 Bände, Berlin 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 30. September 1996, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.2.1, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1997.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Verzeichnis der Veröffentlichungen 1998/99, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1998.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Entgelte und Beschäftigungsdauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 1992, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.2.2, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1998.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ergebnisse des Mikrozensus 1996, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1998.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ergebnisse des Mikrozensus 1996, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.1.2 Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1998.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Februar 1998, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.3, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1998.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Mikrozensus 1998 (Interviewvordruck 1) sowie Mikrozensus 1998 und Arbeitskräftestichprobe der EU 1998 (Interviewvordruck 1+E) für die Berichtswoche 20. bis 26. April 1998.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Januar 1999, Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.3, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart 1999.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Vierzigster Jahrgang 1919, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1919.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Berufszählung, Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, Statistik des Deutschen Reichs, Band 402, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1927.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1928.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Gewerbliche Betriebszählung, Die gewerblichen Betriebe und Unternehmungen im Deutschen Reich, Teil I, Einführung in die gewerbliche Betriebszählung 1925, Die gewerblichen Niederlassungen (örtliche Betriebseinheiten) im Deutschen Reich; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, Statistik des Deutschen Reichs, Band 413 I, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1929.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Gewerbliche Betriebszählung, Die gewerblichen Betriebe und Unternehmungen im Deutschen Reich, Teil II, Das Personal der gewerblichen Niederlassungen im Deutschen Reich; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, Statistik des Deutschen Reichs, Band 413 II, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1929.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Landwirtschaftliche Betriebszählung; Personal, Viehstand, Maschinenverwendung; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, Statistik des Deutschen Reichs, Band 410, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1929.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftskunde, Ein Abriß der deutschen Reichsstatistik, Bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1930.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Beschäftigung der Industrie 1928 bis 1932, in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 41. Jg., Nr. 3/1932, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, S. 20 – 27.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Einführung in die Berufszählung, Systematische und alphabetische Verzeichnisse zur Berufszählung 1933; Berufszählung, Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933, Statistik des Deutschen Reichs, Band 453, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik G.m.b.H., Berlin 1936.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Das Arbeitsgebiet des Statistischen Reichsamtes, in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 48. Jg., Nr. 1/1939, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin, S. 1 - 66.

- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Berufszählung, Einführung in die Berufszählung; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939, Statistik des Deutschen Reichs, Band 555; Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin 1941.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Die Reichsbevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf, Berufszählung; Die Berufstätigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reiches, Heft 1; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939, Statistik des Deutschen Reichs, Band 556, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin 1942.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): 70 Jahre Statistisches Reichsamt 1872 - 1942, in: Wirtschaft und Statistik, 22. Jg., Nr. 7/1942, S. 229.
- Statistisches Reichsamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Neunundfünfziger Jahrgang 1941/42, Berlin 1942.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Die Sowjetische Zone in der deutschen Wirtschaft, Manuskript, Berlin 1945.
- Statistisches Zentralamt: Niederschrift über die Pressekonferenz am 28. November 1945 im Statistischen Zentralamt, Berlin C 2, Klosterstraße 80/85 (Manuskript).
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1946.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Arbeitsmarkstatistik, Manuskript, Berlin 1947.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): 75 Jahre Statistisches Reichsamt – 2 Jahre Statistisches Zentralamt – 1 Jahr Statistische Praxis, Kurzmitteilungen des statistischen Dienstes, in: Statistische Praxis, 2. Jg., Nr. 10/1947, S. 157.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Entwicklung der einzelnen Arbeitsgebiete der amtlichen deutschen Statistik, dargestellt durch Beiträge von Mitarbeitern des Statistischen Zentralamtes, überreicht durch Präsident Professor Dr. Gleitze, Manuskript, Berlin 1947.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Endgültige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, 2. Folge, Beilage zur Statistischen Praxis, 3. Jg., Nr. 6/1948.
- Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band IV, Sowjetische Besatzungszone, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1949.
- Statistisches Zentralamt der DDR (Hrsg.): Volks- und Berufszählung in der Deutschen Demokratischen Republik am 31. August 1950, Band 2, Manuskript, Berlin 1952.
- Tyszka, C.: Statistik, Teil I: Theorie, Methode und Geschichte der Statistik, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1924.
- Tyszka, C.: Statistik, Teil II: Die Wirtschaft, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1924.
- Valta, R. von: Die Statistik des Arbeitseinsatzes, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band II, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 663 - 675.
- Vogel, F./Grünwald, W.: Kleines Lexikon der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, R. Oldenbourg Verlag, München 1996.
- Voigt, B.: Statistik der Arbeitsstätten, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band II, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 675 - 688.
- Winkler, O.W.: Unterschiedliche Ansätze zur Wirtschafts- und Sozialstatistik in Ost und West, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 208, Nr. 5/1991, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, S. 459 - 492.

- Winkler, W.: Grundriss der Statistik, Band I, Theoretische Statistik; Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft, Hrsg. A. Spielhoff, Band XLVI, Verlag von Julius Springer, Berlin 1931.
- Winkler, W.: Grundriss der Statistik, Band II, Gesellschaftsstatistik; Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft, Hrsg. A. Spielhoff, Band XLVIa, Verlag von Julius Springer, Berlin 1933.
- Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften (WWI) (Hrsg.): Deutschland in Zahlen 1950, Bundesverlag GmbH, Köln 1951.
- Wolff, H.: Wirtschaftsstatistik, Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie; Diehl, K. und Mombert, P. (Hrsg.), Band 21, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1927.
- Wünsche, J.: Verwaltungsstatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band I, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 482 - 487.
- Zahn, F. (Hrsg.): Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Georg von Mayr bei der Feier seines 70. Geburtstages am 12. Februar 1911 als Ehrengabe dargebracht, II. Band, J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier), München und Berlin 1911.
- Zeitler, R.: Die Gemeindestatistik, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Ehrengabe für Friedrich Zahn, Hrsg. F. Burgdörfer, Band I, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik Paul Schmidt, Berlin 1940, S. 103 - 112.
- Zizek, F.: Grundriss der Statistik; zweite, neubearbeitete Auflage, Verlag von Duncker und Humblot, München und Leipzig 1923.

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BW	Berichtswesen
bzw.	beziehungsweise
ca.	Zirka
dar.	darunter (in der Statistik: unvollständige Aufgliederung einer Gesamtmenge in Teilmengen nach einem oder mehreren Merkmalen)
dav.	davon (in der Statistik: vollständige Aufgliederung einer Gesamtmenge in Teilmengen nach einem Merkmal)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
d.h.	das heißt
DIVA	Dokumentations- und Informationssystem für Verwaltungsarchive (rechnergestützt)
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaften
einschl.	einschließlich
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
f.	(und die) folgende (Seite)
Fbl.	Formblatt
ff.	(und die) folgenden (Seiten)
GAV	Gesellschaftliches Arbeitsvermögen
GBI.	Gesetzblatt (der DDR)
GeStAL	Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
i.E.	im Erscheinen
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KStA	Kaiserliches Statistisches Amt
lt.	laut (im Sinne von: gemäß)
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
o.g.	Oben genannt
rd.	Rund
RuSt	Rechnungsführung und Statistik

S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SAL	Staatssekretariat für Arbeit und Löhne
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
s.o.	siehe oben
SS	Schutzstaffel
StBA	Statistisches Bundesamt
StRA	Statistisches Reichsamt
StZA	Statistisches Zentralamt
STATIS-	Statistisches Informationssystem des Bundes
BUND	
SYPRO	Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
u.a.	unter anderem (bei Literaturangaben: und andere)
u.dgl.	und dergleichen
usw.	und so weiter
VbE	Vollbeschäftigteneinheit
VBWGZ	Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung
WZ	Systematik der Wirtschaftszweige
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
z. Zt.	zur Zeit

Anhang A: Datenquellen und ausgewählte Daten

Inhaltsverzeichnis von Anhang A

Anhang A: Datenquellen und ausgewählte Daten.....	148
1. Statistik im Deutschen Reich	152
1.1 Datenquellen	152
1.2 Ausgewählte Daten	158
Tabelle 1: Hauptberuflich Erwerbstätige und Dienende ¹⁾ nach regionaler Gliederung (Berufszählung 5. Juni 1882; Reichsgebiet)	158
Tabelle 2: Erwerbstätige und Dienende ¹⁾ nach Berufsabteilungen und Stellung im Beruf (Berufszählung 14. Juni 1895; Reichsgebiet)	159
Tabelle 3: Beschäftigungsgrad im Jahr 1904 nach den Nachweisen der Kran- kenkassen ¹⁾ ; Reichsgebiet	160
Tabelle 4: Hauptberuflich Erwerbstätige und Dienende ¹⁾ nach Berufsabteilungen und Stellung im Beruf (Berufszählung 12. Juni 1907; Reichsgebiet)	161
Tabelle 5: Erwerbstätige und Hausangestellte ¹⁾ nach der Stellung im Beruf, insgesamt, darunter Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk (Berufszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet)	162
Tabelle 6: Beschäftigte der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der Betriebe nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Landwirtschaftliche Betriebszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet ¹⁾	163
Tabelle 7: Personal der gewerblichen Niederlassungen nach Gewerbeabteilungen, Stellung im Betrieb und Geschlecht (Gewerbliche Betriebszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet)	164
Tabelle 8: Erwerbspersonen und hauptberuflich Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf, insgesamt, darunter Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk (Berufszählung 16. Juni 1933; Reichsgebiet)	165
Tabelle 9: Beschäftigte Arbeiter und Angestellte ¹⁾ 1933 bis 1938 nach der Mitgliederstatistik der Krankenkassen; Reichsgebiet ²⁾ , Angaben in 1 000. 166	
Tabelle 10: Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf und Selbständige Berufslose nach Wirtschaftsabteilungen (Berufszählung 17. Mai 1939; Reichsgebiet ¹⁾)	167
Tabelle 11: Arbeiter und Angestellte ¹⁾ nach der Arbeitsbuchkartei Juni 1938 bis April 1941; Reichsgebiet ²⁾	168

2. Statistik in den ersten Nachkriegsjahren	169
2.1 Datenquellen	169
2.2 Ausgewählte Daten	171
Tabelle 12: Berufstätige (ohne Umsiedler) nach Ländern Sowjetische Besatzungszone (ohne Berlin) – Volkszählung 1.12.1945	171
Tabelle 13: In Arbeit stehende Berufstätige (ohne Umsiedler) nach Ländern, Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf Sowjetische Besatzungszone (ohne Berlin) – Volkszählung 1.12.1945	172
Tabelle 14: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose nach Besatzungszonen und Ländern Deutschland ¹⁾ (Volks- und Berufszählung 29.10.1946).....	175
Tabelle 15: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf Deutschland ¹⁾ (Volks- und Berufszählung 29.10.1946)	177
Tabelle 16: Meldepflichtige ¹⁾ , Beschäftigte, Arbeitslose ²⁾ nach Ländern (Sowjetische Besatzungszone Mai 1946)	178
3. Die Statistik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland	179
3.1 Die Statistik in der DDR	179
3.1.1 Datenquellen	179
3.1.2 Ausgewählte Daten	188
Tabelle 17: Berufstätige (einschließlich Lehrlinge) nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 31.8.1950; Gebiet der DDR).....	188
Tabelle 18: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 31.12.1964; Gebiet der DDR).....	189
Tabelle 19: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 1.1.1971; Gebiet der DDR).....	190
Tabelle 20: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 31.12.1981; Gebiet der DDR).....	191
Tabelle 21: Berufstätige, darunter weiblich, nach Stellung im Beruf (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12., ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1000.....	192
Tabelle 22: Berufstätige nach Stellung im Beruf sowie Lehrlinge nach Eigentumsform der Betriebe (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12., ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1 000	193
Tabelle 23: Berufstätige nach Altersgruppen (Anteile) und Geschlecht (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 30.9.).....	195
Tabelle 24: Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12.; ab 1960 - 30.9.)	196

Tabelle 25: Berufstätige nach Stellung im Beruf und ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 1955 - 31.12.; ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1 000.....	197
Tabelle 26: Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000	199
Tabelle 27: Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000	200
Tabelle 28: Lehrlinge nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000.....	201
Tabelle 29: Berufstätige in der volkseigenen und genossenschaftlichen ¹⁾ Wirtschaft mit Hoch- und Fachschulabschluß ²⁾ nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober ³⁾), Angaben in 1 000	202
Tabelle 30: Qualifikation der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen ¹⁾ Wirtschaft (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober ²⁾).....	203
Tabelle 31: Arbeiter und Angestellte der Betriebe der Industrieministerien nach ausgewählten Arbeitsbereichen und ausgewählten Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988).....	204
Tabelle 32: Qualifikation der Arbeiter und Angestellten der Betriebe der Industrieministerien nach Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988), Angaben in Personen (A) und Prozent (B).....	205
3.1.3 Datenquellen zur Rückrechnung der DDR-Statistik	206
3.1.4 Ausgewählte Daten zur Rückrechnung der DDR-Statistik ..	208
Tabelle 33: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾ ; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000.....	208
Tabelle 34: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen und Ländern (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾ ; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000	210
Tabelle 35: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾ ; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000	212
Tabelle 36: Erwerbstätige im Großhandel nach Wirtschaftsgruppen (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾), Angaben im Jahresdurchschnitt	215
Tabelle 37: Erwerbstätige im Einzelhandel nach Wirtschaftsgruppen (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾), Angaben im Jahresdurchschnitt	216
Tabelle 38: Beschäftigte (ohne Lehrlinge) im x-Bereich nach Wirtschaftszweigen und Ländern (Gebiet der ehemaligen DDR ¹⁾ , 1989).....	217

3.1.5. Datenquellen zum Übergangsjahr 1990	218
3.1.6 Ausgewählte Daten zum Übergangsjahr 1990	219
Tabelle 39: Berufstätige am 30.11.1990 nach Geschlecht, Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen (neue Bundesländer ³⁾)	219
Tabelle 40: Berufstätige am 30.11.1990 nach Wirtschaftsabteilungen und Ländern (neue Bundesländer ²⁾)	220
3.2 Statistik der BRD	221
3.2.1 Datenquellen	221
3.2.2 Ausgewählte Daten	233
Tabelle 41: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, insgesamt und Abhängige nach Altersgruppen (Volks- und Berufszählung 13.9.1950; Bundesgebiet)	233
Tabelle 42: Erwerbstätige ¹⁾ nach Stellung im Beruf und Altersgruppen (Volks- und Berufszählung 6.6.1961; Bundesgebiet)	234
Tabelle 43: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 27.5.1970; Bundesgebiet)	235
Tabelle 44: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Wochenarbeitszeit (Volks- und Berufszählung 27.5.1970; Bundesgebiet)	236
Tabelle 45: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 25.5.1987; Bundesgebiet)	237
Tabelle 46: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen ¹⁾ (Bundesgebiet)	238
Tabelle 47: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf ¹⁾ (Bundesgebiet) ...	240
Tabelle 48: Erwerbstätige nach Altersgruppen ¹⁾ (Bundesgebiet)	241
Tabelle 49: Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen (Bundesgebiet)	242
Tabelle 50: Erwerbstätige ¹⁾ nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen (Bundesgebiet)	243
Tabelle 51: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und je Woche normalerweise geleisteten Arbeitsstunden; geleistete Arbeitsstunden je Person nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen ¹⁾ (April 1996 ²⁾ ; Bundesgebiet)	244
Tabelle 52: Erwerbstätige im April 1996 ¹⁾ nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit, Stellung im Beruf sowie abhängig Erwerbstätige nach Stellung im Betrieb (Bundesgebiet)	245
Tabelle 53: Strukturdaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.9.1996 (Bundesgebiet)	246
Tabelle 54: Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Monatsdurchschnitte); Bundesgebiet ¹⁾	248

1. Statistik im Deutschen Reich

1.1 Datenquellen

Für die Veröffentlichung von Erhebungsergebnissen gab es im Deutschen Reich nie eine gesetzliche Verpflichtung. Außerdem unterlag die Publikationstätigkeit besonders in Verbindung mit der Vorbereitung und Führung des zweiten Weltkrieges zusätzlichen Beschränkungen. So war ab 24. April 1934 per Gesetz festgelegt: „Wenn durch die Veröffentlichung statistischer Daten in beschreibender, zahlenmäßiger oder graphischer Form ... wichtige wehrpolitische und wehrwirtschaftliche Belange des Deutschen Reiches gefährdet werden, ist der Tatbestand des fahrlässigen Landesverrates erfüllt“.¹ Auch die Herausgabe des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich wurde mit den Ausgaben 1939/40 und 1941/42 nur noch für den dienstlichen Gebrauch vorgenommen und anschließend völlig eingestellt. Dennoch liegen Daten aus den Statistiken der Erwerbstätigkeit in reichlichem Maße vor. Die wichtigsten Quellen seien im Folgenden dargestellt, wobei Veröffentlichungen regionaler statistischer Behörden besonders aus zwei Gründen keine Berücksichtigung finden. Zum Einen würde es den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Andererseits bieten diese Publikationen auch nur selten zusätzliche Gliederungsmerkmale oder verfeinerte, tiefer gehende Gliederungen.

Die mit Abstand wichtigste Quelle ist die Reihe Statistik des Deutschen Reiches, erstmals erschienen 1873 und bis 1883 als Erste Reihe bezeichnet und mit römischen Zahlen beziffert. Seit 1884 sind die Bände mit arabischen Ziffern gekennzeichnet und die Reihe wurde als Neue Folge weitergeführt, wobei dieser Zusatz ab 1903 nicht mehr im Gebrauch war (der letzte Band, Nr. 601, erschien im Jahre 1944).

Die Ergebnisse der Berufszählungen wurden in folgenden Bänden der Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht (einschließlich Erhebungsunterlagen und umfangreicher methodischer Erläuterungen):

¹ Reichsgesetzblatt I 1934, S. 341 ff., nach: Statistisches Bundesamt 1996, Quellennachweise.

<i>Band</i>	<i>Titel</i>
<i>5. Juni 1882</i>	
2	Berufsstatistik, Teil I
3	Berufsstatistik, Teil II
4	Berufsstatistik der Staaten und größeren Verwaltungsbezirke, 3 Teile
<i>14. Juni 1895</i>	
102	Berufsstatistik im Ganzen, Teil I
103	Berufsstatistik im Ganzen, Teil II
104	Berufsstatistik der Bundesstaaten, Teil I
105	Berufsstatistik der Bundesstaaten, Teil II
106	Berufsstatistik der Bundesstaaten, Teil III
107	Berufsstatistik der deutschen Großstädte, Teil I
108	Berufsstatistik der deutschen Großstädte, Teil II
109	Berufsstatistik der kleineren Verwaltungsbezirke
110	Berufsstatistik nach Ortsgrößenklassen
111	Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes
<i>12. Juni 1907</i>	
202	Berufsstatistik, Teil 1
203	Berufsstatistik, Teil 2
204	Teil 3: Die Bevölkerung Preußens
205	Teil 4: Die Bevölkerung der Bundesstaaten außer Preußen
206	Teil 5: Die Bevölkerung der Bundesstaaten nach Alter, Familienstand etc.
207	Teil 6: Großstädte
208	Teil 7: Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern
209	Teil 8: Kleinere Verwaltungsbezirke
210	Teil 9: Bevölkerung nach Hauptberuf und Gebürtigkeit
211	Teil 10: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes
<i>16. Juni 1925</i>	
402	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs, 3 Teile
403	Berufszählung in Ost- und Mitteldeutschland, 12 Hefte
404	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen, Hefte 13-25
405	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung, Süddeutschland und Hessen, Hefte 26-35
406	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Großstädten, Hefte 1-7
407	Die Haushaltungen und Familien nach ihrer beruflichen und sozialen Gliederung
408	Textliche Darstellung der Ergebnisse
<i>16. Juni 1933</i>	
453	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung im Deutschen Reich, 3 Hefte

<i>Band</i>	<i>Titel</i>
454	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen, Ost- und Mitteldeutschland, Hefte 1-12
455	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen, Nord- und Westdeutschland, Hefte 13-24
456	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen, Süddeutschland und Hessen, Hefte 25-33
457	Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Großstädten, 4 Hefte
458	Textliche Darstellung der Ergebnisse
467	Erhebungs- und Bearbeitungsplan
469	Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland, 4 Hefte
470	Die Hauptergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich (einschl. Saarland), 4 Hefte
<i>17. Mai 1939</i>	
555	Berufszählung, Einführung
556	Berufszählung, Die Berufstätigkeit der Bevölkerung, 2 Teile
557	Berufszählung, Die Berufstätigkeit der Bevölkerung in den Reichsteilen, 28 Hefte

Nachfolgend genannte Bände enthalten Ergebnisse der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebs- sowie nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählungen:

<i>Band</i>	<i>Titel</i>
<i>1. Dezember 1875</i>	
XXXIV	Einleitung, Übersicht sämtlicher Gewerbebetriebe des Deutschen Reiches
XXXV	Nachweisung der Betriebs- und Personalverhältnisse für die Gewerbebetriebe mit mehr als 5 Gehilfen
<i>5. Juni 1882</i>	
5	Landwirtschaftliche Betriebsstatistik
6	Gewerbestatistik des Reichs im Ganzen und der Großstädte
7	Gewerbestatistik der Staaten und größeren Verwaltungsbezirke
<i>14. Juni 1895</i>	
112	Die Landwirtschaft im Deutschen Reich
113	Gewerbestatistik für das Reich im Ganzen
114	Gewerbestatistik der Bundesstaaten, Teil 1
115	Gewerbestatistik der Bundesstaaten, Teil 2
116	Gewerbestatistik der Großstädte
117	Gewerbestatistik der Verwaltungsbezirke, Teil 1
118	Gewerbestatistik der Verwaltungsbezirke, Teil 2
119	Gewerbe und Handel im Deutschen Reich

<i>Band</i>	<i>Titel</i>
<i>12. Juni 1907</i>	
212	Landwirtschaftliche Betriebsstatistik, 2 Teile
213	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 1
214	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 2
215	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 3
216	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 4: Bundesstaaten
217	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 5: Großstädte
218	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 6: Kleinere Verwaltungsbezirke
219	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 7: Kleinere Verwaltungsbezirke, Bundesstaaten außer Preußen
220	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 8: Gliederung und Verteilung der Gewerbebetriebe im Deutschen Reich
221	Gewerbliche Betriebsstatistik, Teil 8 (Forts.): Zusammenfassende Darstellung
222	Gewerbliche Betriebsstatistik, Ergänzungsband
<i>16. Juni 1925</i>	
409	Landwirtschaftliche Betriebszählung, Einführung, Zahl und Größe der Betriebe etc.
410	Landwirtschaftliche Betriebszählung, Personal, Viehstand etc.
411	Forstwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Binnen- und Küstenfischerei, Nebengewerbe
412	Die Hauptergebnisse in den kleineren Verwaltungsbezirken. Die Landwirtschaft im Deutschen Reich, 2 Teile
413	Gewerbliche Betriebszählung, 5 Teile
415	Die gewerblichen Niederlassungen und die technischen Betriebseinheiten in Ost- und Mitteldeutschland, Hefte 1a, b - 5a, b
416	Die gewerblichen Niederlassungen und die technischen Betriebseinheiten im Norden und Westen Deutschlands, Hefte 6a, b - 9a, b
417	Die gewerblichen Niederlassungen und die technischen Betriebseinheiten in Süddeutschland und Hessen, Hefte 10a, b - 12a, b
418	Das Gewerbe im Deutschen Reich
<i>16. Juni 1933</i>	
459	Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Betriebsgröße etc., 3 Hefte
461	Personal und Maschinenverwendung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, 2 Hefte
462	Gewerbliche Betriebszählung. Die gewerblichen Niederlassungen im Deutschen Reich
463	Gewerbliche Betriebszählung, Hefte 1-5
464	Gewerbliche Betriebszählung, Hefte 6-9
465	Gewerbliche Betriebszählung, Hefte 10-12
466	Das Gewerbe im Deutschen Reich
467	Erhebungs- und Bearbeitungsplan

<i>Band</i>	<i>Titel</i>
469	Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland, 4 Hefte
470	Die Hauptergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich (einschl. Saarland), 4 Hefte
<i>17. Mai 1939</i>	
559	Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939 in den Gemeinden, 10 Hefte
560	Landwirtschaftliche Betriebszählung, Einführung
566	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung, Einführung
568	Die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung im Deutschen Reich, 14 Hefte
569	Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in den Reichsteilen, 2 Hefte
571	Die Einzelhandelsbetriebe im Deutschen Reich und in den Reichsteilen

Die Veröffentlichungen in der Statistik des Deutschen Reichs wurden ergänzt durch die Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs (ab 1927, insgesamt 43 Ausgaben) und die Vierteljahres- bzw. Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, erschienen von 1873 bis 1942. Zunächst wurden Vierteljahres-, ab 1877 Monatshefte herausgegeben, die bis 1883 in gesonderten Bänden der Statistik des Deutschen Reichs zusammengefaßt wurden. Ab 1884 hatten die Monatshefte bzw. Vierteljahreshefte (seit 1892) die Gestalt einer gesonderten Zeitschrift.

Auf zwei Quellen sei besonders hingewiesen. Es sind dies die Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* und das *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich*. *Wirtschaft und Statistik* erschien als Zeitschrift des Statistischen Reichsamts ab Januar 1921, zunächst monatlich, 1922 bis 1941 halbmonatlich, seit 1942 wieder monatlich. Im Bedarfsfall wurden Sonderhefte oder Sonderbeilagen herausgegeben. Beispielhaft sei hier lediglich auf die Sonderbeilage zum Heft 19 des Jahrgangs 1941 hingewiesen (Die Erwerbspersonen im Deutschen Reich und in den Reichsteilen nach Wirtschaftsabteilungen, Wirtschaftsgruppen, Wirtschaftszweigen und nach der sozialen Stellung; endgültiges Ergebnis der Berufszählung vom 17. Mai 1939).

Die wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik (hier: Reichsstatistik) findet man im *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich*, das in den Jahren 1880 bis 1942 herausgegeben wurde. Es enthielt erstmals im sechsundzwanzigsten Jahrgang (1905) einen gesonderten Abschnitt Arbeitsmarkt mit drei Tabellen, u.a. mit Angaben über den Beschäftigungsgrad im Jahre 1904 nach den Meldungen der Krankenkassen über ihren Mitgliederstand. Dieser Abschnitt wurde in den folgenden Ausgaben des Jahrbuches unter wechselnden Bezeichnungen (zuletzt ab 1938: Beschäftigung, Arbeitseinsatz und Arbeitslosigkeit) weitergeführt und ausgedehnt. Obwohl er überwiegend Daten über Arbeitslosigkeit und Stellenvermittlung, zwischenzeitlich auch über Löhne, enthielt, findet man dort neben den Angaben über Beschäftigung auf der

Grundlage der Krankenkassenmeldungen auch weitere interessante statistische Daten der Erwerbstätigkeit mit den dazugehörigen Quellenangaben im Abschnitt Quellennachweis. So bietet beispielsweise das Jahrbuch 1941/42 Daten über die vorhandenen (beschäftigte und arbeitslose) Arbeiter und Angestellte nach Berufsgruppen und -arten sowie nach Altersgruppen und über beschäftigte Arbeiter und Angestellte nach der Art der beruflichen Verwendung und nach Berufsgruppen, ermittelt durch Auswertung der bei den Arbeitsämtern geführten Arbeitsbuchkartei.

Letztlich seien noch das Reichsarbeitsblatt und der Arbeitsmarkt-Anzeiger erwähnt. Das Reichsarbeitsblatt erschien seit April 1903 in unterschiedlicher Periodizität (zwischen monatlich und viermal im Monat), seit 1921 mit einer monatlichen Statistischen Beilage und gelegentlichen Sonderbeilagen. In ihm wurden u.a. regelmäßig Daten über die Beschäftigung nach der Mitgliederbewegung der Krankenkassen veröffentlicht (nach den Meldungen der Krankenkassen). Der Arbeitsmarkt-Anzeiger wurde seit 1914 unter wechselndem Namen herausgegeben (ab Oktober 1927: Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger, April 1934: Arbeit und Arbeitslosigkeit, April 1938: Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich). Auch in ihm findet man interessante Daten über die Erwerbstätigkeit. So wurden z.B. in Beilagen die Ergebnisse der Erhebungen vom 25. Juni 1938 und 5. Juli 1940 über arbeitsbuchpflichtige Personen veröffentlicht. Beide Publikationen wurden zunächst von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamtes herausgegeben (bis 1920) und anschließend von der Reichsarbeitsverwaltung (bis August 1927) und vom Reichsarbeitsministerium (nur Reichsarbeitsblatt) fortgeführt. Der Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger wurde von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und ab 1939 ebenfalls vom Reichsarbeitsministerium übernommen.

1.2 Ausgewählte Daten

Tabelle 1: Hauptberuflich Erwerbstätige und Dienende¹⁾ nach regionaler Gliederung (Berufszählung 5. Juni 1882; Reichsgebiet)

<i>Staaten</i>	<i>Erwerbstätige</i>	<i>darunter weiblich</i>	<i>Dienende¹⁾</i>	<i>darunter weiblich</i>
Königreich Preußen	10 826 308	2 493 075	886 177	855 425
Königreich Bayern	2 726 668	1 012 932	95 977	93 749
Königreich Sachsen	1 334 478	388 114	66 914	65 276
Königreich Württemberg	815 209	214 085	53 750	52 859
Großherzogtum Baden	674 250	190 168	41 440	39 907
Großherzogtum Hessen	371 635	80 979	24 225	23 611
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	233 344	48 179	23 070	22 187
Großherzogtum Sachsen-Weimar	125 325	30 380	7 701	7 457
Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	38 842	7 838	4 403	4 171
Großherzogtum Oldenburg	136 793	29 142	13 069	12 783
Herzogtum Braunschweig	159 871	44 738	8 797	8 607
Herzogtum Sachsen-Meiningen	92 508	29 013	3 307	3 186
Herzogtum Sachsen-Altenburg	66 293	17 523	3 525	3 385
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha	80 266	19 257	4 859	4 707
Herzogtum Anhalt	94 716	22 097	6 846	6 606
Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	28 487	6 577	1 601	1 556
Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt	31 909	7 537	1 680	1 618
Fürstentum Waldeck	21 578	5 884	1 864	1 816
Fürstentum Reuß älterer Linie	21 295	5 235	1 013	996
Fürstentum Reuß jüngerer Linie	41 993	10 543	2 347	2 290
Fürstentum Schaumburg-Lippe	14 135	2 564	1 445	1 423
Fürstentum Lippe	38 687	12 008	4 168	4 081
Freie und Hansestadt Lübeck	27 068	6 536	3 332	3 291
Freie Hansestadt Bremen	62 773	14 427	8 815	8 646
Freie und Hansestadt Hamburg	195 406	43 403	26 442	25 743
Reichsland Elsaß-Lothringen	726 657	218 994	28 157	27 038
Deutsches Reich insgesamt	18 986 494	4 961 228	1 324 924	1 282 414

¹⁾ Für häusliche Dienste, im Haushalt der Herrschaft lebend.

Quelle: Kaiserliches Statistisches Amt 1884, Berufsstatistik, S. 1846 und 1848.

Tabelle 2: Erwerbstätige und Dienende¹⁾ nach Berufsabteilungen und Stellung im Beruf (Berufszählung 14. Juni 1895; Reichsgebiet)

<i>Berufsabteilungen</i>	<i>Stellung im Beruf²⁾</i>	<i>Erwerbstätige</i>	<i>darunter weiblich</i>	<i>Dienende¹⁾</i>
Landwirtschaft, Gärtnereien und Tierzucht Forstwirtschaft und Fischerei	a	2 568 725	346 899	349 693
	b	96 173	18 107	12 751
	c	5 627 794	2 388 148	12 253
	i	8 292 692	2 753 154	374 697
Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen	a	2 061 764	519 492	268 255
	b	263 745	9 324	27 267
	c	5 955 711	992 302	24 612
	i	8 281 220	1 521 118	320 134
Handel und Verkehr	a	843 557	202 616	244 992
	b	261 907	11 987	29 504
	c	1 233 047	365 005	9 481
	i	2 338 511	579 608	283 977
Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art		432 491	233 865	1 270
Militär- und Zivildienst, sogenannte freie Berufe		1 425 961	176 648	191 122
Ohne Beruf und Berufsangabe		2 142 808	1 115 549	168 116
Insgesamt		22 913 683	6 379 942	1 339 316

¹⁾ Dienstboten für häusliche Dienste.

²⁾ a: Selbständige, auch leitende Beamte und sonstige Geschäftsleiter (Eigentümer, Inhaber, Besitzer, Mitinhaber oder Mitbesitzer, Pächter, Erbpächter, Handwerksmeister, Unternehmer, Direktoren, Administratoren);

b: Wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildetes Verwaltungs-, Aufsichts- und Büropersonal;

c: Sonstige Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter;

i: insgesamt.

Quelle: Kaiserliches Statistisches Amt 1897, Statistisches Jahrbuch, S. 7.

Tabelle 3: Beschäftigungsgrad im Jahr 1904 nach den Nachweisen der Krankenkassen¹⁾; Reichsgebiet

<i>Monat</i>	<i>Gesamtzahl der Mitglieder am 1. Tag des Monats</i>		
	<i>männlich</i>	<i>weiblich</i>	<i>insgesamt</i>
Januar	2 613 127	1 100 369	3 713 496
Februar	2 619 013	1 109 011	3 728 024
März	2 677 009	1 123 582	3 800 591
April	2 753 566	1 132 646	3 886 212
Mai	2 844 975	1 149 510	3 994 485
Juni	2 882 618	1 152 632	4 035 250
Juli	2 891 257	1 143 381	4 034 638
August	2 900 441	1 137 320	4 037 761
September	2 912 454	1 141 844	4 054 298
Oktober	2 929 316	1 160 374	4 089 690
November	2 920 658	1 178 597	4 099 255
Dezember	2 895 319	1 187 597	4 082 916

¹⁾ Berichtet haben

53 Gemeindekrankenkassen,
752 Ortskrankenkassen,
338 Innungskrankenkassen,
2136 Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen und
7 andere Krankenkassen (außer Hilfskassen).

Quelle: nach Kaiserliches Statistisches Amt 1905, S. 280 f.

Tabelle 4: Hauptberuflich Erwerbstätige und Dienende¹⁾ nach Berufsabteilungen und Stellung im Beruf (Berufszählung 12. Juni 1907; Reichsgebiet)

<i>Berufsabteilungen</i>	<i>Stellung im Beruf^{a)}</i>	<i>Erwerbstätige</i>	<i>darunter weiblich</i>	<i>Dienende²⁾</i>
Landwirtschaft, Gärtnereien und Tierzucht Forstwirtschaft und Fischerei	a	2 500 974	328 234	150 214
	b	98 812	16 264	8 738
	c	7 283 471	4 254 488	4 877
	i	9 883 257	4 598 986	163 829
Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe	a	1 729 467	342 610	267 261
	aa	247 655	134 680	1 671
	b	686 007	63 936	40 777
	c	8 593 125	1 562 698	22 047
	i	11 256 254	2 103 924	331 756
Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	a	1 012 192	246 641	298 634
	b	505 909	79 689	34 645
	c	1 959 525	605 043	9 676
	i	3 477 626	931 373	342 955
Häusliche Dienste einschließlich persönliche Bedienung, Lohnarbeit wechselnder Art		471 695	320 904	1 226
Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, freie Berufsarten		1 738 530	288 311	223 388
Ohne Beruf und Berufsangabe		3 404 983	1 792 207	201 601
Insgesamt		30 232 345	10 035 705	1 264 755

¹⁾ Für häusliche Dienste, im Haushalt ihrer Herrschaft lebend.

²⁾ a) Selbständige, auch leitende Beamte und sonstige Geschäftsleiter.

aa) Gewerbetreibende, die in der eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft arbeiten.

b) Nichtleitende Beamte; wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildetes Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Rechnungs- und Büropersonal

c) Sonstige Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter einschließlich der im Gewerbe tätigen Familienangehörigen und Dienenden.

i) insgesamt.

Quelle: Kaiserliches Statistisches Amt 1909, S. 4 f.

Tabelle 5: Erwerbstätige und Hausangestellte¹⁾ nach der Stellung im Beruf, insgesamt, darunter Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk (Berufszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet)

<i>Stellung im Beruf / Beruf</i>	<i>Erwerbstätige</i>	<i>darunter weiblich</i>	<i>Hausangestellte¹⁾</i>
	insgesamt		
Eigentümer	4 846 270	865 350	584 558
Pächter	166 658	25 330	29 451
Sonstige Betriebsleiter	250 335	12 363	114 421
Hausgewerbetreibende	275 237	190 093	1 223
Selbständige	5 538 500	1 093 136	729 653
Technische Angestellte und Beamte	1 588 367	351 358	64 664
Werkmeister und Aufsichtspersonal	385 411	7 918	5 280
Kaufmännische Angestellte, Büropersonal	3 300 454	1 078 379	79 288
Angestellte und Beamte	5 274 232	1 437 655	149 232
Arbeiter in charakteristischen Berufen	8 443 036	1 980 202	17 423
Betriebshandwerker und Hilfsberufe	1 222 392	87 226	4 010
Übrige Arbeiter	4 768 326	1 436 398	11 875
Arbeiter	14 433 754	3 503 826	33 308
Mithelfende Familienangehörige	5 437 227	4 132 956	1 136
Hausangestellte	1 325 587	1 310 439	79
insgesamt	32 009 300	11 478 012	913 408
	darunter: Industrie und Handwerk		
Eigentümer	1 430 308	239 521	189 501
Pächter	16 312	506	2 867
Sonstige Betriebsleiter	64 248	1 462	27 785
Hausgewerbetreibende	274 245	189 299	1 220
Selbständige	1 785 113	430 788	221 373
Technische Angestellte und Beamte	228 844	9 282	14 166
Werkmeister und Aufsichtspersonal	298 148	6 671	4 104
Kaufmännische Angestellte, Büropersonal	925 301	319 579	24 159
Angestellte und Beamte	1 452 293	335 532	42 429
Arbeiter in charakteristischen Berufen	5 723 036	910 410	13 305
Betriebshandwerker und Hilfsberufe	766 186	24 683	2 503
Übrige Arbeiter	3 292 174	1 024 364	7 044
Arbeiter	9 781 396	1 959 457	22 852
Mithelfende Familienangehörige	220 421	183 103	129
insgesamt	13 239 223	2 908 880	286 783
	ohne Beruf und Berufsangabe		
insgesamt	3 844 430	2 147 277	106 708
	Summe		
Wohnbevölkerung	35 853 730	13 625 289	1 020 116

¹⁾ Im Haushalt ihres Arbeitgebers lebend.

Quelle: Statistisches Reichsamt 1927, S. 228 und 230.

Tabelle 6: Beschäftigte der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der Betriebe nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Landwirtschaftliche Betriebszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet¹⁾

<i>Größenklasse</i>	<i>insgesamt</i>	<i>davon männlich</i>	<i>weiblich</i>
Gesamtbeschäftigte (einschl. Betriebsleiter)			
0,1 bis unter 5 a	16 813	8 613	8 200
5 bis unter 50 a	2 219 849	1 076 938	1 142 911
0,5 bis unter 2 ha	2 382 183	1 052 219	1 329 964
2 bis unter 5 ha	2 761 179	1 301 301	1 459 878
5 bis unter 10 ha	2 364 574	1 167 582	1 196 992
10 bis unter 20 ha	1 877 583	952 658	924 925
20 bis unter 50 ha	1 311 420	707 096	604 324
50 bis unter 100 ha	371 195	217 224	153 971
100 bis unter 200 ha	286 051	171 612	114 439
200 ha und darüber	764 515	502 078	262 437
insgesamt	14 355 362	7 157 321	7 198 041
darunter: ständig beschäftigte fremde Arbeitskräfte			
0,1 bis unter 5 a	364	151	213
5 bis unter 50 a	25 961	11 570	14 391
0,5 bis unter 2 ha	59 868	30 698	29 170
2 bis unter 5 ha	119 225	54 803	64 422
5 bis unter 10 ha	213 304	103 391	109 913
10 bis unter 20 ha	386 460	200 790	185 670
20 bis unter 50 ha	513 930	298 961	214 969
50 bis unter 100 ha	216 423	140 523	75 900
100 bis unter 200 ha	203 694	132 542	71 152
200 ha und darüber	567 052	404 293	162 759
insgesamt	2 306 281	1 377 722	928 559

¹⁾ Ohne Saargebiet.

Quelle: Nach Statistisches Reichsamt 1929, Landwirtschaftliche Betriebszählung, S. 26 und 70 f.

Tabelle 7: Personal der gewerblichen Niederlassungen nach Gewerbeabteilungen, Stellung im Betrieb und Geschlecht (Gewerbliche Betriebszählung 16. Juni 1925; Reichsgebiet)

<i>Stellung im Betrieb</i>	<i>Geschlecht</i>	<i>Gewerbeabteilung insgesamt</i>	<i>nicht landwirtschaftliche Gärtnereien u. Tierzucht u. Hochseefischerei</i>	<i>Industrie und Handwerk</i>	<i>Handel und Verkehr</i>	<i>Theater-, Musik- u. Schauspielungsge- werbe, ge- werblich be- triebener Unterricht</i>	<i>Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe</i>
Personal in Betrieben	i	18 749 583	62 081	12 704 135	5 476 682	110 654	396 031
	m	13 891 731	46 482	9 805 923	3 749 049	71 683	218 594
insgesamt	w	4 857 852	15 599	2 898 212	1 727 633	38 971	177 437
Eigentümer und Mit- eigentümer	i	2 685 274	12 357	1 402 113	1 186 959	14 533	69 312
	m	2 191 293	11 221	1 198 297	911 234	10 353	60 188
	w	493 981	1 136	203 816	275 725	4 180	9 124
Pächter	i	60 148	1 082	22 912	34 653	326	1 175
	m	53 318	1 009	22 064	28 917	284	1 044
	w	6 830	73	848	5 736	42	131
Sonstige Betriebsleiter	i	612 072	921	386 580	209 982	2 822	11 767
	m	352 041	788	188 833	151 835	2 247	8 338
	w	260 031	133	197 747	58 147	575	3 429
Verwaltungs-, Büro- u. kfm. Personal	i	2 278 972	1 661	704 269	1 552 557	6 086	14 399
	m	1 491 959	1 012	462 038	1 018 675	2 860	7 374
	w	787 013	649	242 231	533 882	3 226	7 025
Techn. Betriebs- und Aufsichts- personal	i	976 352	1 505	415 530	421 842	45 940	91 535
	m	814 351	1 421	396 345	350 571	31 821	34 193
	w	162 001	84	19 185	71 271	14 119	57 342
Gehilfen und Arbeiter	i	11 209 429	34 707	9 408 659	1 534 000	35 418	196 645
	m	8 759 643	28 556	7 414 683	1 188 803	22 766	104 835
	w	2 449 786	6 151	1 993 976	345 197	12 652	91 810
Mithelfende Familien- angehörige	i	927 336	9 848	364 072	536 689	5 529	11 198
	m	229 126	2 475	123 663	99 014	1 352	2 622
	w	698 210	7 373	240 409	437 675	4 177	8 576
Allein- arbeitende Selbständige	i	1 340 985	4 071	751 102	547 966	5 311	32 040
	m	839 957	3 489	440 848	366 351	2 847	25 927
	w	501 028	582	310 254	181 615	2 646	6 113

i = insgesamt
m = männlich
w = weiblich

Quelle: Nach Statistisches Reichsamt 1929, Gewerbliche Betriebszählung, Teil II, S. 12 f.

Tabelle 8: Erwerbspersonen und hauptberuflich Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf, insgesamt, darunter Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk (Berufszählung 16. Juni 1933; Reichsgebiet)

<i>Stellung im Beruf</i>	<i>Erwerbspersonen</i>			<i>hauptberuflich Erwerbstätige</i>		
	<i>insgesamt</i>	<i>männlich</i>	<i>weiblich</i>	<i>insgesamt</i>	<i>männlich</i>	<i>weiblich</i>
	insgesamt					
Selbständige zusammen	5 302 916	4 366 551	936 365	5 299 809	4 363 701	936 108
Eigentümer und Pächter	5 213 589	4 281 997	931 592	5 213 589	4 281 997	931 592
Angestellte in leitender Stellung	61 262	57 292	3 970	58 155	54 442	3 713
Beamte in leitender Stellung ¹⁾	28 065	27 262	803	28 065	27 262	803
Mithelfende Familienangehörige	5 312 116	1 163 081	4 149 035	5 312 116	1 163 081	4 149 035
Beamte ²⁾	1 480 792	1 352 925	127 867	1 480 792	1 352 925	127 867
Angestellte zusammen	4 032 345	2 465 591	1 566 754	3 156 899	1 883 418	1 273 481
Fach- und technische Angestellte usw.	1 303 871	888 176	415 695	1 046 606	687 379	359 227
Kaufmännische und Büroangestellte	2 728 474	1 577 415	1 151 059	2 110 293	1 196 039	914 254
Arbeiter	14 949 786	11 461 088	3 488 698	10 142 385	7 335 577	2 806 808
Hausangestellte	1 218 119	7 797	1 210 322	1 049 055	5 899	1 043 156
Insgesamt	32 296 074	20 817 033	11 479 041	26 441 056	16 104 601	10 336 455
	darunter: Industrie und Handwerk					
Selbständige zusammen	1 516 933	1 269 928	247 005	1 515 503	1 268 584	246 919
Eigentümer und Pächter	1 489 868	1 243 744	246 124	1 489 868	1 243 744	246 124
Angestellte in leitender Stellung	26 382	25 505	877	24 952	24 161	791
Beamte in leitender Stellung ¹⁾	683	679	4	683	679	4
Mithelfende Familienangehörige	273 177	46 733	226 444	273 177	46 733	226 444
Beamte ²⁾	22 613	22 170	443	22 613	22 170	443
Angestellte zusammen	1 300 818	973 066	327 752	990 991	731 027	259 964
Fach- und technische Angestellte usw.	475 226	444 713	30 513	354 629	331 720	22 909
Kaufmännische und Büroangestellte	825 592	528 353	297 239	636 362	399 307	237 055
Arbeiter	9 939 441	7 982 283	1 957 158	6 053 802	4 618 604	1 435 198
Insgesamt	13 052 982	10 294 180	2 758 802	8 856 086	6 687 118	2 168 968

¹⁾ Einschließlich Offiziere in leitender Stellung.

²⁾ Einschließlich Soldaten.

Quelle: Statistisches Reichsamt 1936, S. 2/52.

Tabelle 9: Beschäftigte Arbeiter und Angestellte¹⁾ 1933 bis 1938 nach der Mitgliederstatistik der Krankenkassen; Reichsgebiet²⁾ Angaben in 1 000

<i>Monat (Ende)</i>	<i>1933</i>	<i>1934</i>	<i>1935</i>	<i>1936</i>	<i>1937</i>	<i>1938</i>
Insgesamt						
Januar	12 078	13 984	15 042	16 188	17 269	18 736
Februar	12 082	14 416	16 283	16 179	17 591	18 871
März	12 595	15 094	15 767	16 870	17 996	19 433
April	13 060	15 718	16 365	17 472	18 907	19 957
Mai	13 539	15 952	16 815	17 946	19 233	20 409
Juni	13 673	15 940	16 928	18 123	19 418	20 536
Juli	13 809	15 949	17 078	18 301	19 583	20 714
August	14 104	15 988	17 124	18 364	19 657	20 835
September	14 297	16 042	17 058	18 357	19 625	20 848
Oktober	14 458	16 072	16 954	18 279	19 662	20 838
November	14 439	15 935	16 948	18 168	19 511	20 825
Dezember	13 741	15 362	16 081	17 624	18 716	20 016
Jahresdurchschnitt	13 433	15 470	16 424	17 592	18 885	20 114
darunter: weiblich						
Januar	4 504	4 729	4 997	5 146	5 538	5 876
Februar	4 505	4 755	5 018	5 177	5 575	5 911
März	4 574	4 840	5 080	5 295	5 635	6 014
April	4 690	5 055	5 254	5 467	5 897	6 195
Mai	4 820	5 166	5 353	5 593	5 983	6 372
Juni	4 853	5 178	5 382	5 631	6 025	6 420
Juli	4 841	5 196	5 380	5 669	6 074	6 491
August	4 874	5 202	5 376	5 685	6 088	6 525
September	4 903	5 214	5 364	5 680	6 072	6 542
Oktober	4 929	5 241	5 360	5 705	6 090	6 583
November	4 863	5 175	5 318	5 676	6 041	6 593
Dezember	4 743	5 015	5 159	5 543	5 872	6 419
Jahresdurchschnitt	4 751	5 052	5 246	5 507	5 894	6 306

¹⁾ Einschließlich Kranke, ohne zum Wehrdienst Eingezogene.

²⁾ Ab November 1935 einschl. Saarland.

Quelle: Statistisches Reichsamt 1942, Statistisches Jahrbuch, S. 410.

Tabelle 10: Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf und Selbständige Berufslose nach Wirtschaftsabteilungen (Berufszählung 17. Mai 1939; Reichsgebiet¹⁾)

<i>Stellung im Beruf</i>	<i>Erwerbspersonen bzw. Selbständige insgesamt</i>	<i>Berufslose männlich</i>	<i>weiblich</i>
Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei			
Selbständige	2 420 486	2 099 444	321 042
Mithelfende Familienangehörige	5 782 334	1 160 620	4 621 714
Beamte	19 309	19 302	7
Angestellte	89 550	78 212	11 338
Arbeiter	2 535 837	1 548 825	987 012
insgesamt	10 847 516	4 906 403	5 941 113
Industrie und Handwerk			
Selbständige	1 585 810	1 325 380	260 430
Mithelfende Familienangehörige	325 501	27 545	297 956
Beamte	31 017	30 427	590
Angestellte	1 846 255	1 318 538	527 717
Arbeiter	12 715 458	9 966 213	2 749 245
insgesamt	16 504 041	12 668 103	3 835 938
Handel und Verkehr			
Selbständige	1 342 658	1 005 940	336 718
Mithelfende Familienangehörige	594 044	47 696	546 348
Beamte	660 439	620 312	40 127
Angestellte	1 974 678	1 076 825	897 853
Arbeiter	2 279 064	1 708 395	570 669
insgesamt	6 850 883	4 459 168	2 391 715
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen (ohne häusliche Dienste)			
Selbständige	329 604	250 540	79 064
Mithelfende Familienangehörige	45 098	2 482	42 616
Beamte	1 379 144	1 270 340	108 804
Angestellte	1 338 577	695 158	643 419
Arbeiter	975 714	599 496	376 218
insgesamt	4 068 137	2 818 016	1 250 121
Häusliche Dienste			
Angestellte (Hausangestellte)	20 602	1 036	19 566
Arbeiter (Hausgehilfen)	1 501 116	14 067	1 487 049
insgesamt	1 521 718	15 103	1 506 615
Erwerbspersonen insgesamt			
Selbständige	5 678 558	4 681 304	997 254
Mithelfende Familienangehörige	6 746 977	1 238 343	5 508 634
Beamte	2 089 909	1 940 381	149 528
Angestellte	5 269 662	3 169 769	2 099 893
Arbeiter	20 007 189	13 836 996	6 170 193
insgesamt	39 792 295	24 866 793	14 925 502
Selbständige Berufslose			
	7 463 609	3 520 376	3 943 233
Erwerbspersonen und Selbständige Berufslose			
	47 255 904	28 387 169	18 868 735

¹⁾ Die in den Jahren 1938 und 1939 eingetretenen Gebietsänderungen sind dokumentiert in: Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes, S. 6; die von März 1938 bis März 1939 zu verzeichnenden Gebietszugänge hatten ein Wachstum der Bevölkerungszahl von 66,0 auf 79,5 Millionen Einwohner zur Folge.

Quelle: Statistisches Reichsamt 1942, Die Reichsbevölkerung, S. 1/2.

Tabelle 11: Arbeiter und Angestellte¹⁾ nach der Arbeitsbuchkartei Juni 1938 bis April 1941; Reichsgebiet²⁾

<i>Stand vom</i>	<i>männlich</i>	<i>weiblich</i>	<i>insgesamt</i>	<i>darunter be- schäftigt</i>
25. Juni 1938	14 974 092	7 312 992	22 287 084	20 708 454
31. August 1938	15 152 759	7 543 138	22 695 897	.
31. Oktober 1938	15 284 715	7 731 522	23 016 237	.
31. Dezember 1938	15 276 168	7 859 201	23 135 369	.
28. Februar 1939	15 363 243	7 939 860	23 303 103	.
30. April 1939	15 511 805	8 170 307	23 682 112	.
30. Juni 1939	15 549 929	8 351 990	23 901 919	.
31. August 1939	15 794 688	8 548 074	24 342 762	.
31. Oktober 1939	15 829 171	8 663 544	24 492 715	.
31. Dezember 1939	15 942 465	8 711 722	24 654 187	.
29. Februar 1940	15 951 170	8 735 514	24 685 684	.
30. April 1940	16 165 803	8 866 319	25 032 122	.
30. Juni 1940	16 308 681	8 741 377	25 050 058	.
5. Juli 1940	14 064 811	8 989 140	23 053 951	22 218 514
31. August 1940	14 112 281	9 110 759	23 223 040	22 323 460
30. September 1940	14 148 589	9 153 078	23 301 667	22 413 916
31. Oktober 1940	14 011 217	9 174 739	23 185 956	22 344 864
30. November 1940	13 935 545	9 215 095	23 150 640	22 341 109
31. Dezember 1940	13 872 108	9 238 004	23 110 112	22 310 591
31. Januar 1941	13 767 752	9 241 040	23 008 792	22 193 610
28. Februar 1941	13 601 290	9 255 054	22 856 344	22 096 408
31. März 1941	13 528 190	9 286 093	22 808 283	22 092 533
30. April 1941	13 592 223	9 406 192	22 998 415	22 297 614

. = Angabe kann nicht gemacht werden, da der Nachweis fehlt.

¹⁾ ab Juli 1940 ohne zum Wehrdienst Eingezogene.

²⁾ Bis 30. Juni 1940 altes Reichsgebiet; ab 5. Juli 1940 ohne den Landesarbeitsamtsbezirk Sudetenland, ohne die eingegliederten Ostgebiete und ohne den Arbeitsamtsbezirk Eupen.

Quelle: Statistisches Reichsamt 1942, Statistisches Jahrbuch, S. 412.

2. Statistik in den ersten Nachkriegsjahren

2.1 Datenquellen

Im Folgenden kann nur eine subjektive Auswahl der zur Verfügung stehenden Datenquellen angesprochen werden. Demzufolge bleiben beispielsweise die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter (bis auf eine Ausnahme) oder auch die in der Statistischen Praxis publizierten Volks- und Berufszählungsdaten unberücksichtigt. Bezüglich der einzigen gesamtdeutschen Zählung findet man zusätzliche Angaben in der vom Ausschuß der Deutschen Statistiker zusammengestellten und veröffentlichten Bibliographie der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946.²

Für die Ergebnisse der am 12. August 1945 in Berlin durchgeführten Volks- und Berufszählung sei auf die Berliner Statistik, Sonderheft 5, verwiesen, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin im Jahre 1948. Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 01. Dezember 1945 in der SBZ (ohne Berlin) wurden vom Statistischen Zentralamt im Jahre 1946 im Deutschen Zentralverlag veröffentlicht. Archiviert sind die Ergebnisse beider Zählungen im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde.³

Herausgeber der grundlegenden Datensammlungen zur Volks- und Berufszählung per 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin war der für diese Zählung gebildete Ausschuß der Deutschen Statistiker (siehe Haupttext, Abschnitt 3.2.1). Erschienen sind im Verlag Duncker und Humblot, Berlin, zur Berufszählung insgesamt drei Hefte.

Das Heft 1 (Berufszählung, Tabellenteil), erschienen 1950, enthält neben zusammenfassenden Übersichten für Deutschland, die vier Besatzungszonen und die Länder einen Tabellenteil für Deutschland mit Angaben über:

- die Bevölkerung nach Stellung im Beruf und Erwerbstätigkeit,
- die Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Stellung im Beruf und Altersgruppen,
- die Erwerbspersonen in der betrieblichen (wirtschaftssystematischen) Gliederung nach Stellung im Beruf und Altersgruppen und
- die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen.

Das Heft 2 der Berufszählung, Tabellenteil (ebenfalls 1950 erschienen), enthält für Deutschland:

² Berlin 1951, Verlag Duncker und Humblot

³ Die konkreten Standorte können aus StBA 1997, Dokumentation, Bd. 1, S. 15 entnommen werden.

- die Erwerbspersonen nach Berufen und Wirtschaftszweigen und
- die Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und ausgewählten Berufen.

Beide Hefte enthalten im Anhang die Systematik der betrieblichen (wirtschaftssystematischen) und die Systematik der beruflichen Gliederung. Das dritte Heft zur Berufszählung (Textteil) erschien 1953. In folgenden vier Hauptabschnitten wurden die Zählungsergebnisse ausgewertet:

- der Umfang der Erwerbstätigkeit (einschließlich eines Vergleiches mit früheren Zählungen),
- die Erwerbspersonen und die Bevölkerung nach der Stellung im Beruf,
- die Gliederung der Erwerbspersonen und der Bevölkerung nach der Betriebszugehörigkeit und
- die berufliche Gliederung der Erwerbspersonen.

Auf zwei weitere Veröffentlichungen zur Zählung am 29. Oktober 1946 soll noch aufmerksam gemacht werden. Es ist dies erstens der Titel „Die Ergebnisse der Berufszählung vom 29.10.1946 für das Bundesgebiet“.⁴ Zweitens wurde vom Statistischen Zentralamt herausgegeben: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone⁵. Die Veröffentlichung besteht aus vier Bänden:

- Band I Gemeindeverzeichnis,
- Band II Gemeindestatistik (in 5 Heften, jeweils eines für die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen),
- Band III Landes- und Kreisstatistik (5 Hefte, s.o.) und
- Band IV Sowjetische Besatzungszone.

Auch zur Volks- und Berufszählung in Deutschland am 29. Oktober 1946 sind Ergebnisse für alle vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, für die Sowjetische Besatzungszone, für Groß-Berlin und für die westlichen Besatzungszonen im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, zu finden.⁶

Letztlich seien noch Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erwähnt. Von dem genannten Amt wurden seit Juni 1948 Statistische Berichte mit Arbeitsergebnissen des Amtes herausgegeben, so u.a. im Juli 1948 über Beschäftigte in der Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in den Monaten Januar bis April 1948. Außerdem erschienen seit September 1948 die Statistischen Monatszahlen (Nr. 1 = August 1948) mit den wichtigsten Wirtschaftsreihen des In- und Auslandes einschließlich ausgewählter Ergebnisse der Geschäfts- und Bewirtschaftsstatistiken der Verwaltungen. So enthielt z.B. die Nr. 1 der Monatszahlen Angaben aus der Statistik der Arbeitsverwaltungen für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, wie die Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen und Ländern, insgesamt und dar-

⁴ Enthalten in Statistische Berichte, herausgegeben vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Wiesbaden, Nr. VIII/8/2) am 2. Januar 1950.

⁵ Deutscher Zentralverlag, Berlin 1949.

⁶ Die Standorte sind StBA 1997, S. 16, zu entnehmen.

unter weiblich. Daneben enthält dieses Heft u.a. Angaben aus der Industrieberichterstattung:

- Beschäftigte in Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten Januar bis Juni 1948 (Juni nach Ländern) nach Inhaber und Angestellte, Arbeiter
- Gesamtbeschäftigte nach Industriegruppen.

Analoge Angaben findet man in den folgenden Heften. Im April 1949 erschien das erste Heft der Monatszeitschrift Wirtschaft und Statistik, ebenfalls herausgegeben vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Von da an wurden die Monatszahlen in dieser Zeitschrift veröffentlicht und stellten keine selbständige Publikation mehr dar.

2.2 Ausgewählte Daten

Tabelle 12: Berufstätige (ohne Umsiedler) nach Ländern Sowjetische Besatzungszone (ohne Berlin) – Volkszählung 1.12.1945

	<i>insgesamt</i>	<i>Provinz Mark-Brandenburg</i>	<i>Land Mecklenburg- Vorpommern</i>
Berufstätige insgesamt	6 161 442	839 533	548 367
männlich	3 405 344	458 090	304 278
weiblich	2 756 098	381 443	244 089
in Arbeit Stehende	5 806 284	797 238	524 977
männlich	3 219 514	431 397	289 100
weiblich	2 586 770	365 841	235 877
Arbeitslose	355 158	42 295	23 390
männlich	185 830	26 693	15 178
weiblich	169 328	15 602	8 212
	<i>Provinz Sachsen</i>	<i>Land Thüringen¹⁾</i>	<i>Bundesland Sachsen</i>
Berufstätige insgesamt	1 435 936	1 109 948	2 227 658
männlich	830 478	623 814	1 188 684
weiblich	605 458	486 134	1 038 974
in Arbeit Stehende	1 378 080	1 040 648	2 065 341
männlich	801 886	583 629	1 113 502
weiblich	576 194	457 019	951 839
Arbeitslose	57 856	69 300	162 317
männlich	28 592	40 185	75 182
weiblich	29 264	29 115	87 135

¹⁾ Einschließlich Regierungsbezirk Erfurt.

Quelle: nach Statistisches Zentralamt 1946, S. 19.

Tabelle 13: In Arbeit stehende Berufstätige (ohne Umsiedler) nach Ländern, Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf Sowjetische Besatzungszone (ohne Berlin) – Volkszählung 1.12.1945

		<i>Land- u. Forstwirtschaft</i>	<i>Industrie u. Handwerk</i>	<i>Handel u. Verkehr</i>	<i>Off. Dienst. priv. Dienstleistungen</i>	<i>Häusliche Dienste</i>	<i>insgesamt</i>
		Insgesamt					
Berufstätige	insgesamt	1 610 220	2 516 869	871 355	647 149	160 691	5 806 284
	männlich	735 083	1 627 673	512 646	341 645	2 467	3 219 514
	weiblich	875 137	889 196	358 709	305 504	158 224	2 586 770
Selbständige	insgesamt	397 479	321 894	184 051	60 785	-	964 209
	männlich	291 009	243 501	126 935	41 232	-	702 677
	weiblich	106 470	78 393	57 116	19 553	-	261 532
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	539 296	119 001	90 258	18 636	-	767 191
	männlich	91 271	14 281	8 849	1 243	-	115 644
	weiblich	448 025	104 720	81 409	17 393	-	651 547
Angestellte	insgesamt	24 079	284 907	318 374	385 035	39 066	1 051 461
	männlich	16 174	163 450	176 450	199 058	611	555 743
	weiblich	7 905	121 457	141 924	185 977	38 455	495 718
Arbeiter	insgesamt	649 366	1 791 067	278 672	182 693	121 625	3 023 423
	männlich	336 629	1 206 441	200 412	100 112	1 856	1 845 450
	weiblich	312 737	584 626	78 260	82 581	119 769	1 177 973
		Provinz Mark Brandenburg					
Berufstätige	insgesamt	291 766	279 764	99 260	108 766	17 682	797 238
	männlich	131 259	183 142	61 076	55 510	410	431 397
	weiblich	160 507	96 622	38 184	53 256	17 272	365 841
Selbständige	insgesamt	79 123	43 198	20 769	8 188	-	151 278
	männlich	55 919	32 832	14 603	5 497	-	108 851
	weiblich	23 204	10 366	6 166	2 691	-	42 427
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	104 450	14 987	10 023	2 686	-	132 146
	männlich	17 136	2 099	1 203	194	-	20 632
	weiblich	87 314	12 888	8 820	2 492	-	111 514
Angestellte	insgesamt	3 431	26 195	35 217	61 236	7 839	133 918
	männlich	2 534	13 864	19 688	29 951	145	66 182
	weiblich	897	12 331	15 529	31 285	7 694	67 736
Arbeiter	insgesamt	104 762	195 384	33 251	36 656	9 843	379 896
	männlich	55 670	134 347	25 582	19 868	265	235 732
	weiblich	49 092	61 037	7 669	16 788	9 578	144 164

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 13: In Arbeit stehende Berufstätige (...) Volkszählung 1.12.1945
FORTSETZUNG

		<i>Land- u. Forstwirtschaft</i>	<i>Industrie u. Handwerk</i>	<i>Handel u. Verkehr</i>	<i>Off. Dienst. priv. Dienst- leistungen</i>	<i>Häusliche Dienste</i>	<i>insgesamt</i>
Land Mecklenburg-Vorpommern							
Berufstätige	insgesamt	252 215	128 471	61 153	66 996	16 142	524 977
	männlich	128 466	89 184	37 792	33 394	264	289 100
	weiblich	123 749	39 287	23 361	33 602	15 878	235 877
Selbständige	insgesamt	69 465	25 624	12 045	4 995	-	112 129
	männlich	51 500	19 233	8 702	3 371	-	82 806
	weiblich	17 965	6 391	3 343	1 624	-	29 323
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	83 044	7 090	5 178	1 252	-	96 564
	männlich	14 258	828	539	65	-	15 690
	weiblich	68 786	6 262	4 639	1 187	-	80 874
Angestellte	insgesamt	3 664	16 383	24 463	41 419	5 298	91 227
	männlich	2 582	9 234	13 733	19 390	78	45 017
	weiblich	1 082	7 149	10 730	22 029	5 220	46 210
Arbeiter	insgesamt	96 042	79 374	19 467	19 330	10 844	225 057
	männlich	60 126	59 889	14 818	10 568	186	145 587
	weiblich	35 916	19 485	4 649	8 762	10 658	79 470
Provinz Sachsen							
Berufstätige	insgesamt	437 927	541 077	210 908	143 829	44 339	1 378 080
	männlich	197 960	399 724	127 080	76 493	629	801 886
	weiblich	239 967	141 353	83 828	67 336	43 710	576 194
Selbständige	insgesamt	85 392	63 819	40 157	12 938	-	202 306
	männlich	64 195	48 254	27 588	8 943	-	148 980
	weiblich	21 197	15 565	12 569	3 995	-	53 326
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	122 588	24 947	21 006	4 089	-	172 630
	männlich	20 585	2 979	2 143	258	-	25 965
	weiblich	102 003	21 968	18 863	3 831	-	146 665
Angestellte	insgesamt	7 970	65 036	78 699	87 355	3 976	243 036
	männlich	5 686	41 935	44 789	46 513	63	138 986
	weiblich	2 284	23 101	33 910	40 842	3 913	104 050
Arbeiter	insgesamt	221 977	387 275	71 046	39 447	40 363	760 108
	männlich	107 494	306 556	52 560	20 779	566	487 955
	weiblich	114 483	80 719	18 486	18 668	39 797	272 153

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 13: In Arbeit stehende Berufstätige (...) Volkszählung 1.12.1945
FORTSETZUNG

		<i>Land- u. Forstwirtschaft</i>	<i>Industrie u. Handwerk</i>	<i>Handel u. Verkehr</i>	<i>Off. Dienst, priv. Dienst- leistungen</i>	<i>Häusliche Dienste</i>	<i>insgesamt</i>
Land Thüringen¹⁾							
Berufstätige	insgesamt	303 300	467 013	136 708	102 212	31 415	1 040 648
	männlich	132 746	314 220	80 074	56 178	411	583 629
	weiblich	170 554	152 793	56 634	46 034	31 004	457 019
Selbständige	insgesamt	83 498	61 505	32 881	10 459	-	188 343
	männlich	59 735	48 949	23 420	7 215	-	139 319
	weiblich	23 763	12 556	9 461	3 244	-	49 024
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	137 236	23 491	17 117	3 351	-	181 195
	männlich	25 356	4 053	1 894	345	-	31 648
	weiblich	111 880	19 438	15 223	3 006	-	149 547
Angestellte	insgesamt	3 557	53 842	53 832	66 201	10 460	187 892
	männlich	2 306	31 315	30 449	35 329	191	99 590
	weiblich	1 251	22 527	23 383	30 872	10 269	88 302
Arbeiter	insgesamt	79 019	328 165	32 878	22 201	20 955	483 218
	männlich	45 349	229 903	24 311	13 289	220	313 072
	weiblich	33 670	98 262	8 567	8 912	20 735	170 146
Bundesland Sachsen							
Berufstätige	insgesamt	325 012	1 100 544	363 326	225 346	51 113	2 065 341
	männlich	144 652	641 403	206 624	120 070	753	1 113 502
	weiblich	180 360	459 141	156 702	105 276	50 360	951 839
Selbständige	insgesamt	80 011	127 738	78 199	24 205	-	310 153
	männlich	59 660	94 233	52 622	16 206	-	222 721
	weiblich	20 351	33 505	25 577	7 999	-	87 432
Mithelfende Familienangehörige							
	insgesamt	91 978	48 486	36 934	7 258	-	184 656
	männlich	13 936	4 322	3 070	381	-	21 709
	weiblich	78 042	44 164	33 864	6 877	-	162 947
Angestellte	insgesamt	5 457	123 451	126 163	128 824	11 493	395 388
	männlich	3 066	67 102	67 791	67 875	134	205 968
	weiblich	2 391	56 349	58 372	60 949	11 359	189 420
Arbeiter	insgesamt	147 566	800 869	122 030	65 059	39 620	1 175 144
	männlich	67 990	475 746	83 141	35 608	619	663 104
	weiblich	325 012	1 100 544	363 326	225 346	51 113	2 065 341

¹⁾ Einschließlich Regierungsbezirk Erfurt.

Quelle: nach Statistisches Zentralamt 1946, S. 21.

Tabelle 14: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose nach Besatzungszonen und Ländern Deutschland¹⁾ (Volks- und Berufszählung 29.10.1946)

<i>Gebiet</i>		<i>Erwerbs- personen</i>	<i>davon Erwerbstätig</i>	<i>Erwerbslose</i>
Deutschland	insgesamt	28 900 252	27 123 961	1 776 291
	männlich	17 452 331	16 416 974	1 035 357
	weiblich	11 447 921	10 706 987	740 934
Amerikanische Zone	insgesamt	8 068 209	7 341 842	726 367
	männlich	4 739 416	4 286 479	452 937
	weiblich	3 328 793	3 055 363	273 430
Bayern	insgesamt	4 279 490	3 863 630	415 860
	männlich	2 448 929	2 190 569	258 360
	weiblich	1 830 561	1 673 061	157 500
Hessen	insgesamt	1 842 874	1 679 107	163 767
	männlich	1 116 255	1 024 463	91 792
	weiblich	726 619	654 644	71 975
Württemberg-Baden	insgesamt	1 742 470	1 606 642	135 828
	männlich	1 025 732	929 793	95 939
	weiblich	716 738	676 849	39 889
Bremen	insgesamt	203 375	192 463	10 912
	männlich	148 500	141 654	6 846
	weiblich	54 875	50 809	4 066
Britische Zone	insgesamt	8 759 060	8 294 340	464 720
	männlich	6 030 340	5 723 560	306 780
	weiblich	2 728 720	2 570 780	157 940
Schleswig-Holstein	insgesamt	971 415	877 951	93 464
	männlich	658 415	595 569	62 846
	weiblich	313 000	282 382	30 618
Hamburg	insgesamt	619 427	588 517	30 910
	männlich	426 158	405 466	20 692
	weiblich	193 269	183 051	10 218
Niedersachsen	insgesamt	2 575 094	2 426 175	148 919
	männlich	1 692 625	1 591 988	100 637
	weiblich	882 469	834 187	48 282
Nordrhein-Westfalen	insgesamt	4 593 124	4 401 697	191 427
	männlich	3 253 142	3 130 537	122 605
	weiblich	1 339 982	1 271 160	68 822

¹⁾ Im Rahmen der vier Besatzungszonen und Groß-Berlins.

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 14: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose nach Besatzungs-
zonen und Ländern Deutschland¹⁾ (Volks- und Berufszählung
29.10.1946)

FORTSETZUNG

<i>Gebiet</i>		<i>Erwerbs- personen</i>	<i>davon</i> <i>Erwerbstätig</i> <i>Erwerbslose</i>	
Französische Zone	insgesamt	2 326 538	2 293 358	33 180
	männlich	1 353 134	1 332 123	21 011
	weiblich	973 404	961 235	12 169
Baden	insgesamt	563 347	557 858	5 489
	männlich	312 079	308 520	3 559
	weiblich	251 268	249 338	1 930
Württemberg- Hohenzollern ²⁾	insgesamt	543 410	535 293	8 117
	männlich	294 845	289 241	5 604
	weiblich	248 565	246 052	2 513
Rheinland-Pfalz	insgesamt	1 219 781	1 200 207	19 574
	männlich	746 210	734 362	11 848
	weiblich	473 571	465 845	7 726
Sowjetische Zone	insgesamt	8 139 574	7 740 915	398 659
	männlich	4 464 149	4 267 588	196 561
	weiblich	3 675 425	3 473 327	202 098
Brandenburg	insgesamt	1 225 057	1 168 023	57 034
	männlich	637 530	613 382	24 148
	weiblich	587 527	554 641	32 886
Mecklenburg	insgesamt	951 877	886 269	65 608
	männlich	507 359	476 984	30 375
	weiblich	444 518	409 285	35 233
Sachsen-Anhalt	insgesamt	1 880 694	1 798 698	81 996
	männlich	1 083 922	1 041 620	42 302
	weiblich	796 772	757 078	39 694
Thüringen	insgesamt	1 378 081	1 315 462	62 619
	männlich	771 263	737 748	33 515
	weiblich	606 818	577 714	29 104
Sachsen	insgesamt	2 703 865	2 572 463	131 402
	männlich	1 464 075	1 397 854	66 221
	weiblich	1 239 790	1 174 609	65 181
Groß-Berlin	insgesamt	1 606 871	1 453 506	153 365
	männlich	865 292	807 224	58 068
	weiblich	741 579	646 282	95 297

²⁾ Einschließlich bayerischer Kreis Lindau.

Quelle: Ausschuß der Deutschen Statistiker ... 1950, Tabellenteil Heft 1, S. 2.

Tabelle 15: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf
Deutschland¹⁾ (Volks- und Berufszählung 29.10.1946)

Wirtschaftsabteilung	Stellung im Beruf	Erwerbstätige		
		insgesamt	männlich	weiblich
Land- und Forstwirtschaft	Selbständige	1 929 441	1 508 692	420 749
	Mithelfende Familienangehörige	3 446 964	702 538	2 744 426
	Beamte	7 437	7 394	43
	Angestellte	93 069	73 808	19 261
	Arbeiter	2 356 872	1 388 014	968 858
	Zusammen	7 833 783	3 680 446	4 153 337
Industrie und Handwerk	Selbständige	1 424 475	1 111 882	312 593
	Mithelfende Familienangehörige	219 196	15 128	204 068
	Beamte	5 329	5 219	110
	Angestellte	1 316 751	857 703	459 048
	Arbeiter	7 659 729	5 945 140	1 714 589
	Zusammen	10 625 480	7 935 072	2 690 408
Handel und Verkehr	Selbständige	886 910	660 704	226 206
	Mithelfende Familienangehörige	233 293	18 676	214 617
	Beamte	243 897	226 914	16 983
	Angestellte	1 429 402	780 935	648 467
	Arbeiter	1 425 676	1 110 291	315 385
	Zusammen	4 219 178	2 797 520	1 421 658
Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen (ohne häusliche Dienste)	Selbständige	341 097	236 984	104 113
	Mithelfende Familienangehörige	26 737	754	25 983
	Beamte	308 361	260 454	47 907
	Angestellte	1 720 511	832 800	887 711
	Arbeiter	1 061 611	666 187	395 424
	Zusammen	3 458 317	1 997 179	1 461 138
Häusliche Dienste	Angestellte (Hausangestellte)	85 981	1 203	84 778
	Arbeiter (Hausgehilfen)	901 222	5 554	895 668
	Zusammen	987 203	6 757	980 446
Insgesamt	Selbständige	4 581 923	3 518 262	1 063 661
	Mithelfende Familienangehörige	3 926 190	737 096	3 189 094
	Beamte	565 024	499 981	65 043
	Angestellte	4 645 714	2 546 449	2 099 265
	Arbeiter	13 405 110	9 115 186	4 289 924
	Zusammen	27 123 961	16 416 974	10 706 987

¹⁾ Im Rahmen der vier Besatzungszonen und Groß-Berlins.

Quelle: Ausschuß der Deutschen Statistiker ... 1950, Tabellenteil Heft I, S. 13.

Tabelle 16: Meldepflichtige¹⁾, Beschäftigte, Arbeitslose²⁾ nach Ländern (Sowjetische Besatzungszone Mai 1946)

	<i>Meldepflichtige</i>	<i>Beschäftigte</i>	<i>Arbeitslose</i>
Männer			
Mark Brandenburg	583 366	528 939	3 823
Mecklenburg-Vorpommern	447 563	395 366	1 178
Sachsen-Anhalt	928 177	865 507	3 031
Thüringen	729 247	663 327	5 176
Land Sachsen	1 279 236	1 168 864	3 438
insgesamt	3 967 589	3 622 003	16 646
Frauen			
Mark Brandenburg	732 676	515 224	36 410
Mecklenburg-Vorpommern	536 799	360 242	12 296
Sachsen-Anhalt	1 010 627	694 152	12 972
Thüringen	846 422	494 794	21 743
Land Sachsen	1 342 460	980 331	21 220
insgesamt	4 468 984	3 044 743	104 641
Insgesamt			
Mark Brandenburg	1 316 042	1 044 163	40 233
Mecklenburg-Vorpommern	984 362	755 608	13 474
Sachsen-Anhalt	1 938 804	1 559 659	16 003
Thüringen	1 575 669	1 158 121	26 919
Land Sachsen	2 621 696	2 149 195	24 658
insgesamt	8 436 573	6 666 746	121 287

¹⁾ Männer vom 14. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr, Frauen vom 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr sowie alle Männer und Frauen über 65 bzw. 50 Jahre, sofern sie erwerbstätig sind.

²⁾ Arbeitsfähige Arbeitslose ausschließlich der beschränkt arbeitsfähigen Arbeitslosen.

Quelle: Statistisches Zentralamt 1947, Arbeitsmarktstatistik (auf der Basis der Berichte der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge).

3. Die Statistik in beiden deutschen Teilstaaten sowie im wiedervereinigten Deutschland

3.1 Die Statistik in der DDR

3.1.1 Datenquellen

Die Publikationspolitik der SZS sowie die Verteilung der Erhebungsergebnisse unterlagen, besonders ab Anfang der siebziger Jahre, in ständig steigendem Ausmaß dem Einfluß der Parteiführung der SED. So führte die begründete Befürchtung der Parteiführung, dass eine rückhaltlose Offenlegung der Ergebnisse der Erhebungen der amtlichen Statistik es der Bevölkerung der DDR und dem Ausland ermöglichen könnte, sich über die eigenen Erfahrungen hinaus mittels der statistischen Daten ein realistisches Abbild der gesellschaftlichen Gegebenheiten und Entwicklungen schaffen zu können, zu einer Minimierung der Öffentlichkeitsarbeit der SZS. Zudem wurde unter dem Druck der SED-Parteiführung der Empfängerkreis für die Ergebnisse der einzelnen Erhebungen auf wenige Staatsorgane beschränkt. Wissenschaftliche Einrichtungen blieben dabei in aller Regel ausgeschlossen. Erschwerend kam hinzu, dass eine Vielzahl von Berichterstattungsergebnissen unterschiedlich graduierten Geheimhaltungsstufen unterlag. Etwas großzügiger wurde bei der Verteilung von Sammelbänden sowie von den durch die Bezirksstellen der SZS für ihr Territorium herausgegebenen Statistischen Jahr- bzw. Taschenbüchern verfahren. Gleiches traf auf die von einigen Kreisstellen der SZS (wenn auch nicht regelmäßig) erarbeiteten regionalen Statistischen Taschenbücher zu. Der breiten Öffentlichkeit aber waren die in diesen Datensammlungen enthaltenen Angaben dennoch nicht zugänglich. Dies alles hatte zur Folge, dass heute der prinzipiell mögliche Zugriff zu den Daten der amtlichen Statistik der DDR stark erschwert und überwiegend nur an ganz bestimmten Standorten möglich ist. Allerdings ist das Volumen der unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen allen Interessenten zur Verfügung stehenden Daten bemerkenswert groß.

Die einzige bis zum Ende der Existenz der amtlichen Statistik der DDR herausgegebene Publikation war das Statistische Jahrbuch der DDR. Es erschien jährlich seit 1955, zunächst im Deutschen Zentralverlag, ab 1963 im Staatsverlag, und stellte die alleinige Form umfassender Veröffentlichung amtlicher statistischer Daten neben den noch im Folgenden dargestellten Fällen partieller

Datenpräsentationen dar.⁷ Ab dem eingangs genannten Zeitraum wurde der Inhalt des Statistischen Jahrbuches zunehmend durch die Parteiführung der SED beeinflusst und schließlich durch entsprechende Vorgaben bestimmt. Auf den Gebieten Erwerbstätigkeit und Löhne/Gehälter sind in den Jahrbüchern Angaben über Berufstätige nach der Stellung im Beruf, der wirtschaftssystematischen, territorialen und eigentumsformmäßigen Struktur der Betriebe und dem Geschlecht sowie über Arbeiter und Angestellte, deren Qualifikation und Bruttoarbeitseinkommen in einem gesonderten Abschnitt sowie auch in eingeschränktem Umfang in den Bereichskapiteln enthalten. Im Jahrbuch 1989 beanspruchen diese Daten über 30 Seiten. Damit wurden aber lediglich 5,2 Prozent der im Jahr 1989 erfaßten Kennziffern veröffentlicht.

Als weitere Datenquelle kommt, wenn auch nur auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt, die Zeitschrift „Statistische Praxis“ in Betracht. Sie war das monatlich herausgegebene Publikationsorgan der amtlichen Statistik der DDR, in dem bis etwa Mitte der sechziger Jahre, wenn auch in unterschiedlicher Dichte, interessante analytische und auch methodische Beiträge zu den unterschiedlichsten Themen veröffentlicht wurden. Darüber hinaus enthielt jedes Heft sogenannte Monatszahlen (wobei diese Rubrik auch Jahresvergleiche beinhaltete). Diese regelmäßige Veröffentlichung aktueller statistischer Daten war vermutlich auch für die Parteiführung der SED der Anlass, die weitere Herausgabe der Statistischen Praxis zu untersagen. So erschien im Februar 1979 das letzte Heft. Am Rande sei an dieser Stelle erwähnt, dass die SZS neben der „Statistischen Praxis“ auch „Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik“ herausgab, dies aber lediglich in den Jahren 1957 bis 1959.

Erhebungsbezogene Datenveröffentlichungen wurden durch die SZS ausschließlich zu den Volks- und Berufszählungen vorgenommen, wenn auch für die letzte Zählung im Jahre 1981 in stark eingeschränktem Umfang.⁸ Neben der Datenpräsentation im Statistischen Jahrbuch und in der „Statistischen Praxis“ wurden gesonderte Ergebnisbände herausgegeben. Der Titel „Volks- und Berufszählung in der Deutschen Demokratischen Republik am 31. August 1950“ liegt in zwei Bänden mit insgesamt 11 Heften vor, wobei der Band 2 mit 5 Heften der Berufszählung gewidmet ist. Die „Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964“ erschienen in einer Schriftenreihe von 24 Bänden mit 38 Buchbinderbänden in den Jahren 1966/67. 6 Bände erschienen zur „Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 1. Januar 1971“ in den Jahren 1971 bis 1974, wobei der im Oktober 1972 herausgegebene fünfte Band Daten der Berufszählung enthält. In Folge der restriktiven Beschränkung der Publikationstätigkeit der SZS durch die SED-Führung wurden die Ergeb-

⁷ Dabei wird allerdings vom Statistischen Taschenbuch abstrahiert, da dieses lediglich jeweils einen Extrakt aus dem Statistischen Jahrbuch enthielt, mithin keine zusätzlichen Informationen lieferte.

⁸ Detaillierte Angaben dazu findet man bei Richter 1996 und in StBA 1994, Heft 15.

nisse der Zählung per 31.12.1981 erstmals nicht in größerem Umfang herausgegeben, sondern lediglich in Gestalt von 9 Ergebnisheften (Auflage zwischen 50 und 100 Exemplaren) Staatsorganen und ausgewählten wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Ein weiterer, zusammenfassender Ergebnisband hatte eine Auflage von 200 Exemplaren. Vorrangig für Bibliotheken und den internationalen Informationsaustausch gab die SZS einen gesonderten Ergebnisband („Ausgewählte Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31.12.1981“) heraus. Die Originalergebnisse der Zählungen befinden sich im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde.⁹

Die meisten der bisher angesprochenen Datenquellen wie auch der überwiegende Teil der dokumentierten Literatur befanden sich zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Abschnittes in der Fachbibliothek der Zweigstelle Berlin des StBA. Wo dieser Bestand in Gänze oder zu Teilen nach dem Umzug der Zweigstelle Berlin nach Bonn (geplant Mitte 1999) verbleiben wird (Berlin, Bonn, Wiesbaden), ist dem Autor nicht bekannt. Anders verhält es sich mit dem umfangreichen Archivbestand der amtlichen Statistik. Dieser wurde zunächst von der Zweigstelle Berlin des StBA vom Statistischen Amt der DDR übernommen und befindet sich seit November 1997 im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde. Damit lagert dort ein umfangreicher Fundus statistischer Daten der amtlichen DDR-Statistik, wobei es sich sowohl um bestimmte Querschnittsmaterialien, als auch, und das primär, um Erhebungsergebnisse handelt. Allerdings wurden Monats- und Vierteljahresergebnisse (außer IV. Quartal) vor Übergabe an das Bundesarchiv kassiert, ausgehend von der durch die bisherigen Erfahrungen begründeten Annahme, dass künftig ausschließlich Jahresergebnisse von Interesse sind. Jedoch sind seit Übernahme des Bestandes die Recherchemöglichkeiten eingeschränkt. Die Ursache liegt in Folgendem: Die von den DDR-Statistikern für den Nachweis der Archivalien vorgegebenen Berichtstitel gaben nicht immer hinreichend Auskunft über den Inhalt der Dokumente. In diesen Fällen wurden in das von den Mitarbeitern der SZS entwickelte rechnergestützte Dokumentations- und Informationssystem für Verwaltungsarchive (DIVA) sogenannte Ergänzungstexte aufgenommen, die zusätzliche Auskünfte über den Inhalt der Dokumente enthalten. Die Zweigstelle Berlin des StBA hat das DIVA vom Statistischen Amt der DDR übernommen und weiter gepflegt. Das Bundesarchiv lehnte jedoch seinerseits die Übernahme des Systems ab. Damit stehen alle in den Ergänzungstexten enthaltenen Informationen für eine Recherche im Bundesarchiv nicht mehr zur Verfügung. Die Mitarbeiter des Archivs der Zweigstelle Berlin des StBA haben jedoch das DIVA-Projekt genutzt, um eine Dokumentation über die archivierten statistischen Analysen, Text- und Zahlenberichte der amtlichen Statistik der DDR (1945-

⁹ Die konkreten Standorte sind in StBA 1997, Dokumentation, Bd. 1, S. 17 - 80 nachgewiesen. Darüber hinaus wurden Auszüge aus Originalergebnissen aller Zählungen in StBA 1994, Heft 15 veröffentlicht.

1990) zu erarbeiten¹⁰ und so aufzubauen, dass sie als Findhilfsmittel im Bundesarchiv genutzt werden kann. Dadurch wurde allerdings die Situation hinsichtlich der Ergänzungstexte nicht beeinflusst. Darüber, ob und wo das DIVA nach der Verlegung der Zweigstelle des StBA noch genutzt werden kann, ist dem Autor keine Aussage möglich.¹¹

Zu den ergiebigsten Querschnittsmaterialien gehört das Jahrbuch Arbeitskräfte und Löhne.¹² Die Kennziffernsammlung enthält absolute und relative (Struktur- und Entwicklungsindizes) Angaben aus der Erwerbstätigenstatistik sowie zur Abrundung aus der Bevölkerungsstatistik der DDR aus den Jahren 1949 bis 1989, für den Beginn der Mehrzahl der Zeitreihen im Fünfjahresrhythmus. Die Daten werden in sechs Abschnitten präsentiert:

- Bevölkerung (Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht)
- Berufstätige, Stichtagszahlen (Berufstätige nach der Stellung im Betrieb, Geschlecht, Altersgruppe sowie verkürzt Arbeitende nach Eigentumsform und Wirtschaftsbereich der Betriebe)
- Ausbildung und Qualifikation (Lehrlinge im Jahresdurchschnitt, Stichtagsangaben für Berufstätige in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft mit Hoch- bzw. Fachschulabschluß nach Wirtschaftsbereichen der Betriebe, Berufstätige nach Qualifikationsstufen)
- Berufstätige, Durchschnittszahlen (Berufstätige, Arbeiter und Angestellte, Berufstätige ohne Arbeiter und Angestellte für Volkswirtschaft insgesamt sowie Arbeiter und Angestellte in der volkseigenen Wirtschaft nach Wirtschaftsbereichen, Berufstätige in Industriebetrieben nach Wirtschaftssektoren, alles in Personen, überwiegend auch in Vollbeschäftigteneinheiten)
- Bruttolöhne und Einkommen der Arbeiter und Angestellten (Bruttolohnsumme und monatlicher Durchschnittslohn je Vollbeschäftigteneinheit der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft sowie in der volkseigenen Wirtschaft nach Bereichen und in der Industrie nach Wirtschaftssektoren; für Arbeiter und Angestellte Summe des Arbeitseinkommens sowie monatliches Durchschnittseinkommen nach Einkommensbestandteilen, differenziert nach Wirtschaftsbereichen; Lohnstruktur der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten nach dem Geschlecht bzw. dem Wirtschaftsbereichen)
- Arbeits- und Ausfallzeiten (Arbeits- und Ausfallzeiten der Produktionsarbeiten sowie je Produktionsarbeiten und je Arbeiter und Angestellten, Struktur der Arbeiter und Angestellten nach der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit und nach der Dauer des Urlaubs- alles nach Wirtschaftsberei-

¹⁰ StBA 1997, Dokumentation.

¹¹ Die Standorte der zu den Statistiken der Erwerbstätigkeit archivierten Materialien findet man im wesentlichen in StBA 1997, Dokumentation, Bd. I, S. 125 - 221.

¹² Standorte siehe StBA 1997, Dokumentation, Bd. I, S. 219 f.

chen, Struktur der Produktionsarbeiter nach dem Schichtsystem, Mechanisierungsgrad der Arbeit in der Industrie nach Industriesektoren).

Als Zweites sei auf die langfristigen Reihen für die Jahre 1975 bis 1989 nach Kombinat in der Struktur vom 1.1.1990 hingewiesen.¹³ Zwar mögen Kombinatsergebnisse heute nur noch in einer geringen Zahl von Fällen von Interesse sein. Gelegentlich können aber unter bestimmten Gegebenheiten Kombinate als Repräsentanten für wirtschaftssystematisch determinierte Aussagen dienen. Insofern kommt den genannten langfristigen Reihen eine zusätzliche Bedeutung zu. Sie enthalten u.a. Angaben über

- Arbeiter und Angestellte im Jahresdurchschnitt (ohne Lehrlinge, VbE und Personen),
- ständig berufstätige vollbeschäftigte weibliche Arbeiter und Angestellte mit 1, 2, 3 und mehr Kindern,
- Bruttoarbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten und des Produktionspersonals je Vollbeschäftigter, darunter Bruttolohn, Prämien,
- Produktionspersonal, das 1-schichtig, 2-schichtig, 3-schichtig arbeitete,
- Arbeits- und Ausfallzeiten des Produktionspersonals je VbE und
- die Qualifikationsstruktur.

Wenn man die archivierten Datenbestände sichtet, findet man bis einschließlich 1974 Zahlenberichte unter dem Titel „Erhebung über die Berufstätigen (bzw. Beschäftigten); Durchschnittszahlen der Arbeiter und Angestellten sowie Lehrlinge, Bruttolohnsumme, Durchschnittslöhne, Lehrlingsentgelte ...“, ab 1975 als „Jahresbericht ...“ firmierend und generell auf dem Deckblatt und/oder auf den Tabellen mit der Zusatzbezeichnung „Z7“ versehen. Die bis 1974 gebräuchliche Bezeichnung ist irreführend. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Ergebnisse einer weiteren Erhebung der Erwerbstätigenstatistik. Vielmehr sind es Hochrechnungsergebnisse, die für die Geldbilanz und andere Zwecke in der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen und Eigentumsformen vorgenommen wurden. Der Hintergrund war, dass mit den laufenden Erhebungen nicht für alle Bereiche entsprechende Angaben erfaßt wurden. Daher waren für die nichterfaßten Bereiche (im Wesentlichen Genossenschaften, privater Bereich, konfessionelle Einrichtungen) die Bruttolohnsummen unter Verwendung der Angaben der Arbeitskräfteberichterstattung zu schätzen und Jahresdurchschnittsangaben für Arbeiter und Angestellte sowie Lehrlinge aus den Stichtagsangaben der BTE zu berechnen. Darüber hinaus wurden Daten aus der Handwerksberichterstattung entnommen. Angaben über die Berufstätigen im x-Bereich sind allerdings auch in diesen Ergebnissen nicht enthalten. Für die Jahre 1968 bis 1989 sind die Zahlenwerke „Z7“ unter dem Berichtstitel „Jahresbericht über Arbeiter und Angestellte sowie Lehrlinge nach Wirtschaftsbereichen – Durchschnittszahlen, Lohnsummen, Lehrlingsentgelte und nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge“ archiviert.¹⁴ Die Ergebnisse der Vorjahre

¹³ Standort siehe StBA 1997, Dokumentation, Bd. 1, S. 214.

¹⁴ Standort siehe StBA 1997, Dokumentation, Bd. 1, S. 220 f.

wurden, offensichtlich als Folge der irreführenden Titelgebung, fälschlicherweise und unter den gegebenen Bedingungen im Nachhinein unkorrigierbar unter Berichtstiteln der Berufstätigenerhebung¹⁵ archivarisches erfasst.

Abschließend zu den archivierten Querschnittsmaterialien sei auf die statistischen Jahrbücher zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen hingewiesen, die ebenfalls Beschäftigtenangaben enthalten. Besonders zu erwähnen sind hier das

- Statistische Jahrbuch der Industrie¹⁶,
- Statistische Jahrbuch des Bauwesens¹⁷,
- Statistische Jahrbuch der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft¹⁸ und
- Statistische Jahrbuch des Transport- und Verkehrswesens¹⁹.

Was die archivierten Ergebnisse der Erwerbstätigenstatistik anbelangt, so handelt es sich mehrheitlich um zentrale Erhebungsergebnisse (also „DDR insgesamt“), seltener liegen Bezirks- und gar Kreisergebnisse vor. Territorialergebnisse sind vorrangig in den Statistischen Landesämtern archiviert. In der Dokumentation (StBA 1997) ist noch zu beachten, dass die Ergebnisse der beiden nur zeitweilig existierenden Erhebungen (Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit, Erwachsenenqualifizierung) der Dokumentation der Ergebnisse jener Berichterstattungen zugeordnet wurden, in die sie integriert worden sind (Schichtberichterstattung, Qualifikationsberichterstattung).

Die Ergebnisse der Bereichsstatistiken mit Beschäftigtenangaben sind mit ihren Standorten in der Archiv-Dokumentation (StBA 1997) in den jeweiligen Bereichs-Abschnitten nachgewiesen.²⁰

Über den Archivdatenbestand im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, hinaus gibt es in der zuständigen Abteilung der Zweigstelle Berlin des StBA noch einen sogenannten PC-Datenbestand. Er enthält für das Jahr 1989 Kreisangaben, und zwar

- aus der Berufstätigenerhebung Angaben über die Berufstätigen insgesamt (ohne Lehrlinge) nach Wirtschaftsbereichen (wirtschaftssystematische Gliederung der DDR) und
- aus der Qualifikationsberichterstattung Angaben über Arbeiter und Angestellte nach sechs Qualifikationsstufen.

Angaben über den Verbleib dieses Datenbestandes nach dem Umzug der Zweigstelle nach Bonn können nicht gemacht werden.

¹⁵ StBA 1997, Bd. 1, S. 170 ff.

¹⁶ Standort siehe StBA 1977, Dokumentation, Bd. 2, S. 228 f.

¹⁷ A.a.O., Bd. 3, S. 23.

¹⁸ A.a.O., Bd. 2, S. 78.

¹⁹ A.a.O., Bd. 3, S. 119.

²⁰ Es sind dies insbesondere die Abschnitte Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (05) und Produzierendes Gewerbe (06; beide a.a.O., Bd. 2) sowie Verkehr (10) und Erhebungen für besondere Zwecke (24; beide a.a.O., Bd. 3). Arbeitsstättenzählungsergebnisse findet man mit ihrem Standort a.a.O., Bd. 1, S. 225 f.

Im StBA Wiesbaden liegen zwei Kategorien von gesicherten Einzeldaten (Betriebsangaben) in maschinenlesbarer Form vor. Es handelt sich dabei erstens um die Erhebungsdatenbestände bestimmter Jahre. Für die Erwerbstätigenstatistik sind das im Einzelnen die Daten der

- Berufstätigenerhebung (9155)²¹ für die Jahre 1975, 1980, 1983 bis 1989 (1983 bis 1989 ohne privates Handwerk),
- Arbeitskräfteberichterstattung (9152) für die Jahre 1974, 1975, 1980 bis 1989,
- Beschäftigtengruppenerhebung bzw. Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen (9158) für die Jahre 1978 bis 1989,
- Schichtberichterstattung (9161) für die Jahre 1984 bis 1989,
- Normenberichterstattung (9162) für die Jahre 1985 bis 1989 und
- Qualifikationsberichterstattung bzw. Qualifikation, qualifikationsgerechter Einsatz sowie Aus- und Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten (9518) für die Jahre 1980 und 1987 bis 1989.²²

Zweitens wurden die Daten der Zentralen Datenbank Statistik gesichert. Es handelt sich dabei um Angaben der Betriebe aus den Bereichen Industrie und Bau, wobei die aus einzelnen Erhebungen eingespeicherten Kennziffern eine unterschiedliche Speicherdauer haben. Der Abrechnungszeitraum/Stichtag für die ersten eingespeicherten Kennziffern liegt für die

- Arbeitskräfteberichterstattung im Jahr 1971,
- Beschäftigtengruppenerhebung im Jahr 1975,
- Schichtberichterstattung im Jahr 1976,
- Normenberichterstattung im Jahr 1974 und
- Qualifikationsberichterstattung im Jahr 1973.

Außerdem sei noch der Bereich Landwirtschaft in der Zentralen Datenbank Statistik erwähnt. Dort sind Daten über Anzahl und Ausbildungsstand der ständig Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen land- und Forstwirtschaft aus der Berichterstattung auf Formblatt 576 gespeichert, frühestens ab Abrechnungsjahr 1977.

Die Ergebnisse der unausgelösten Statistiken der Erwerbstätigkeit (siehe Haupttext Abschnitt 4.1.2.5) wurden nicht von der amtlichen Statistik der DDR archiviert, sondern von dem jeweiligen Staatsorgan, das die Erhebung/ Erhebungen durchführte. Die entsprechenden Archive wurden mehrheitlich vom Bundesarchiv übernommen. Das gleiche trifft für den Zentralen Kaderdatenspeicher des Ministerrates der DDR zu. Für die Jahre 1980 und 1985 bis 1989 sind im Bundesarchiv Personaldaten im Umfang von etwa 300 000 Daten-

²¹ Die Klammerangabe hinter der Erhebungsbezeichnung enthält die sogenannte Auftragsnummer, die zur Identifikation bei der maschinellen Bearbeitung der Daten dient.

²² Alle genannten Datenbestände (außer die der Normenberichterstattung) wurden auch den Statistischen Landesämtern für ihr Territorium zur Verfügung gestellt.

sätzen pro Jahrgang archiviert.²³ Letztlich befindet sich auch der Datenspeicher GAV im Bundesarchiv. Dabei handelt es sich um Personaldaten im Umfang von 7,25 Millionen Datensätzen aus dem Erhebungszeitraum 1989. Sie liegen in zwei Fassungen vor. Während die nichtanonymisierte Fassung²⁴ nur den Betroffenen zugänglich ist, steht die anonymisierte Fassung²⁵ auch anderen Nutzern zur Verfügung.

Der sachgemäße Umgang mit den Daten der amtlichen Statistik der DDR erfordert z.T. Kenntnisse, insbesondere über die einzelnen Erhebungen und die entsprechende Methodik im Zeitverlauf, die über die in dieser Veröffentlichung dargelegten hinaus gehen. Es sei daher auf die Dokumentation der Erwerbstätigenstatistik der DDR²⁶ hingewiesen. Sie umfaßt insgesamt 5 Bände mit 10 Buchbinderbänden, und zwar

- den Einführungsband (u.a. enthält er Auszüge aus Rechtsgrundlagen, alle Systematiken der Volkswirtschaftszweige und ein Sachwortverzeichnis für die gesamte Dokumentation),
- das Handbuch (enthält die wichtigsten Informationen mit Stand 1989),
- den Ergänzungsband 1 (Definitionen – Auszüge aus nahezu allen Ausgaben),
- den Ergänzungsband 2 (Erhebungsunterlagen aus dem gesamten Existenzzeitraum der amtlichen DDR-Statistik, 5 Buchbinderbände) und
- den Ergänzungsband 3 (Methodik der durchgeführten Rückrechnungen – siehe Haupttext Abschnitt 4.1.3 –, Systematiken und Koeffizienten, 2 Buchbinderbände).

Auf einige spezifische Aspekte der Erwerbstätigenstatistik, die bei der Arbeit mit Originalergebnissen zu beachten sind, wurde in den bisherigen Darlegungen bereits aufmerksam gemacht (siehe Haupttext Abschnitt 4.1.2.1). Rahmenbedingungen besonderer Art und aus der Sicht der amtlichen Statistik der DDR allgemeinen Charakters sollen im Folgenden kurz beschrieben werden. Es handelt sich dabei um die zur sogenannten vereinfachten Planung synchron ins Leben gerufene vereinfachte Abrechnung. Das Anliegen bestand darin, den u.a. durch statistische Erhebungen verursachten Verwaltungsaufwand in kleineren oder z.T. auch mittleren Betrieben nicht unverhältnismäßig anwachsen zu lassen bzw. zu senken. Das geschah durch eine Verringerung des Volumens der abzurechnenden Kennziffern und/oder der Häufigkeit der Erfassung, verbunden mit geringeren Anforderungen an die Nachweisführung auch im Rahmen der Arbeitskräfterechnung. Die ersten diesbezüglichen rechtlichen Festlegungen

²³ Bestandssignatur DC 20 MD/1.

²⁴ Bestandssignatur DQ 3 MD/2.

²⁵ Bestandssignatur DQ 3 MD/1.

²⁶ Fritz u.a. 1996. Die komplette Ausgabe der Dokumentation ist in der BRD an insgesamt 26 Standorten (nach dem letzten Stand) zugänglich, die im Kleinen Lexikon der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in der DDR (Fritz 2000, in HSR-Transition) im Einzelnen nachgewiesen sind. Darüber hinaus befindet sie sich im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde (Behälter-Nr. 23031 bis 23033).

wurden mit der Verordnung über vereinfachte Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik vom 8. September 1972²⁷ und die entsprechende Anordnung vom 22. September 1972²⁸ erlassen. Gültig waren die Regelungen zur vereinfachten Abrechnung ab 1973. Einbezogen wurden zunächst örtlich geleitete Betriebe. Ab 1974 erfolgte eine Ausdehnung auf ausgewählte zentral geleitete Betriebe, wobei dieser Betriebskreis jährlichen Änderungen unterworfen war, diese Änderungen hatten jedoch keine gravierenden Auswirkungen auf die Ergebnisse. Wichtig ist es jedoch, bei der Arbeit mit Originalergebnissen darauf zu achten, auf welchen Betriebskreis sich das jeweilige Erhebungsergebnis bezieht (voll abrechnende, vereinfacht abrechnende oder voll und vereinfacht abrechnende Betriebe). Sollte ein direkter Vergleich von Daten durch unterschiedliche Betriebskreise gestört sein, muß ggf. auf die Verwendung absoluter Angaben verzichtet und, so kein kausaler Zusammenhang des betrachteten Merkmals zur Betriebsgröße vorliegt, auf die ausschließliche Betrachtung relativer Werte ausgewichen werden. In der Erwerbstätigenstatistik waren lediglich zwei Erhebungen nicht von den genannten Regelungen tangiert. Es waren dies die Berufstätigenerhebung, die (mit den bekannten Einschränkungen) als Totalerhebung konzipiert war, und die Normenberichterstattung. Bei letzterer war dem Anliegen der vereinfachten Abrechnung durch die Begrenzung der Berichtspflicht in Abhängigkeit von der Betriebsgröße bereits Genüge getan; eine Abhängigkeit von Planungsregelungen war außerdem nicht gegeben.

Bis Mitte der achtziger Jahre wurden die Regelungen zur vereinfachten Abrechnung schrittweise abgebaut. In der Erwerbstätigenstatistik fanden sie letztmalig 1984 Anwendung, und zwar bei der Schichtberichterstattung.

²⁷ GBl. 1972, Teil II, Nr. 56, S. 609.

²⁸ A.a.O., S. 610 ff.

3.1.2 Ausgewählte Daten

Tabelle 17: Berufstätige (einschließlich Lehrlinge) nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf (Volks- und Berufszählung 31.8.1950; Gebiet der DDR)

<i>Alter der Berufs- tätigen</i>	<i>Berufstätige insgesamt</i>	<i>davon: Arbeiter/ Angestellte</i>	<i>Selbständige</i>	<i>Mithelfende Fa- milienangehörige</i>
Insgesamt				
unter 20	1 187 073	1 016 779	1 229	169 065
20 - 25	946 369	816 111	18 553	111 705
25 - 30	760 767	625 229	40 314	95 224
30 - 40	1 350 664	1 047 771	153 760	149 133
40 - 50	1 992 299	1 426 767	340 461	225 071
50 - 55	841 761	568 922	170 042	102 797
55 - 60	633 624	410 036	144 761	78 827
60 - 65	448 197	273 818	122 157	52 222
65 und mehr	316 405	115 112	155 832	45 461
Zusammen	8 477 159	6 300 545	1 147 109	1 029 505
Männlich				
unter 20	634 158	561 064	968	72 126
20 - 25	494 882	441 556	15 603	37 723
25 - 30	404 230	352 053	32 775	19 402
30 - 40	769 015	635 800	118 964	14 251
40 - 50	1 246 710	963 266	275 431	8 013
50 - 55	547 762	407 082	138 239	2 441
55 - 60	423 017	305 738	115 029	2 250
60 - 65	338 013	236 078	99 165	2 770
65 und mehr	232 534	100 395	127 354	4 785
Zusammen	5 090 321	4 003 032	923 528	163 761
Weiblich				
unter 20	552 915	455 715	261	96 939
20 - 25	451 487	374 555	2 950	73 982
25 - 30	356 537	273 176	7 539	75 822
30 - 40	581 649	411 971	34 796	134 882
40 - 50	745 589	463 501	65 030	217 058
50 - 55	293 999	161 840	31 803	100 356
55 - 60	210 607	104 298	29 732	76 577
60 - 65	110 184	37 740	22 992	49 452
65 und mehr	83 871	14 717	28 478	40 676
Zusammen	3 386 838	2 297 513	223 581	865 744

Quelle: StBA 1994, Heft 15, S. 62.

Tabelle 18: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf
(Volks- und Berufszählung 31.12.1964; Gebiet der DDR)

<i>Alter der Berufstätigen</i>	<i>Berufstätige insgesamt</i>	<i>davon: Arbeiter/ Angestellte</i>	<i>Genossen- schafts- mitglieder</i>	<i>darunter: Genossen- schafts- bauern</i>	<i>Selb- ständige</i>	<i>Mithelfende Familien- angehörige</i>
Insgesamt						
unter 20	304 202	284 826	17 549	12 794	106	1 721
20 - 25	942 831	870 096	67 876	51 567	1 838	3 021
25 - 30	1 082 967	926 124	133 875	105 371	15 068	7 900
30 - 40	1 676 253	1 433 476	207 132	168 935	22 678	12 967
40 - 50	1 266 065	1 026 678	175 535	154 480	43 828	20 024
50 - 55	838 966	667 001	117 584	103 373	40 108	14 273
55 - 60	854 341	669 510	121 620	104 905	49 631	13 580
60 - 65	624 866	476 457	97 869	89 239	42 840	7 700
65 und mehr	404 067	277 282	66 621	61 985	54 685	5 479
Zusammen	7 994 558	6 631 450	1 005 661	852 649	270 782	86 665
Männlich						
unter 20	153 875	141 747	11 521	8 055	56	551
20 - 25	519 195	472 678	44 537	33 343	1 293	687
25 - 30	643 579	550 715	80 092	61 978	12 206	566
30 - 40	952 605	815 158	118 550	91 848	17 966	931
40 - 50	575 972	464 768	77 533	60 421	32 788	883
50 - 55	407 817	322 038	54 995	42 564	30 011	773
55 - 60	471 311	368 019	64 535	50 000	37 772	985
60 - 65	435 258	337 283	63 221	56 656	33 774	980
65 und mehr	300 090	207 319	49 385	45 969	42 329	1 057
Zusammen	4 459 702	3 679 725	564 369	450 834	208 195	7 413
Weiblich						
unter 20	150 327	143 079	6 028	4 739	50	1 170
20 - 25	423 636	397 418	23 339	18 224	545	2 334
25 - 30	439 388	375 409	53 783	43 393	2 862	7 334
30 - 40	723 648	618 318	88 582	77 087	4 712	12 036
40 - 50	690 093	561 910	98 002	94 059	11 040	19 141
50 - 55	431 149	344 963	62 589	60 809	10 097	13 500
55 - 60	383 030	301 491	57 085	54 905	11 859	12 595
60 - 65	189 608	139 174	34 648	32 583	9 066	6 720
65 und mehr	103 977	69 963	17 236	16 016	12 356	4 422
Zusammen	3 534 856	2 951 725	441 292	401 815	62 587	79 252

Quelle: StBA 1994, Heft 15, S. 63.

Tabelle 19: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf
(Volks- und Berufszählung 1.1.1971; Gebiet der DDR)

<i>Alter der Berufstätigen</i>	<i>Berufstätige insgesamt</i>	<i>davon: Arbeiter/ Angestellte</i>	<i>Genossen- schafts- mitglieder</i>	<i>darunter: Genossen- schafts- bauern</i>	<i>Selb- ständige</i>	<i>Mithelfende Familien- angehörige</i>
Insgesamt						
unter 20	402 659	378 858	23 546	16 089	37	218
20 - 25	784 987	732 464	50 950	29 143	726	847
25 - 30	975 062	891 818	75 205	44 079	5 311	2 728
30 - 35	1 195 780	1 054 110	124 876	88 734	11 834	4 960
35 - 40	963 376	817 010	126 498	101 294	14 397	5 471
40 - 45	890 183	742 205	122 705	103 903	18 565	6 708
45 - 50	780 342	644 892	106 094	90 541	20 546	8 810
50 - 55	531 758	438 477	68 358	57 787	18 430	6 493
55 - 60	715 318	585 367	92 499	78 327	29 131	8 321
60 - 65	575 166	462 150	75 479	64 355	32 273	5 264
65 und mehr	399 620	297 016	58 862	52 986	39 782	3 960
Zusammen	8 214 251	7 044 367	925 072	727 238	191 032	53 780
Männlich						
unter 20	219 323	203 083	16 120	11 363	22	98
20 - 25	430 548	395 824	34 031	18 943	496	197
25 - 30	540 068	485 501	50 177	27 640	4 162	228
30 - 35	666 752	579 807	76 677	50 412	9 785	483
35 - 40	537 326	448 960	75 587	57 236	12 178	601
40 - 45	460 933	380 149	65 211	53 340	15 044	529
45 - 50	341 403	277 764	47 270	38 419	15 845	524
50 - 55	235 159	189 357	31 131	24 653	14 216	455
55 - 60	339 124	271 141	44 727	35 364	22 558	698
60 - 65	365 983	289 967	48 689	40 070	26 453	874
65 und mehr	276 507	201 011	43 119	38 730	31 406	971
Zusammen	4 413 126	3 722 564	532 739	396 170	152 165	5 658
Weiblich						
unter 20	183 336	175 775	7 426	4 726	15	120
20 - 25	354 439	336 640	16 919	10 200	230	650
25 - 30	434 994	406 317	25 028	16 439	1 149	2 500
30 - 35	529 028	474 303	48 199	38 322	2 049	4 477
35 - 40	426 050	368 050	50 911	44 058	2 219	4 870
40 - 45	429 250	362 056	57 494	50 563	3 521	6 179
45 - 50	438 939	367 128	58 824	52 122	4 701	8 286
50 - 55	296 599	249 120	37 227	33 134	4 214	6 038
55 - 60	376 194	314 226	47 772	42 963	6 573	7 623
60 - 65	209 183	172 183	26 790	24 285	5 820	4 390
65 und mehr	123 113	96 005	15 743	14 256	8 376	2 989
Zusammen	3 801 125	3 321 803	392 333	331 068	38 867	48 122

Quelle: StBA 1994, Heft 15, S. 64.

Tabelle 20: Berufstätige nach Geschlecht, Altersgruppen und Stellung im Beruf
(Volks- und Berufszählung 31.12.1981; Gebiet der DDR)

<i>Alter der Berufstätigen</i>	<i>Berufstätige insgesamt</i>	<i>davon: Arbeiter/ Angestellte</i>	<i>Genossen- schafts- mitglieder</i>	<i>darunter: Genossen- schafts- bauern</i>	<i>Selb- ständige</i>	<i>Mithelfende Familien- angehörige</i>
Insgesamt						
unter 20	367 037	346 999	19 870	14 734	50	118
20 - 25	1 186 484	1 116 485	68 372	52 286	907	720
25 - 30	1 237 409	1 159 594	71 167	56 839	4 484	2 164
30 - 35	1 038 776	964 429	61 041	46 607	9 317	3 989
35 - 40	908 465	837 363	52 528	38 502	13 139	5 435
40 - 45	1 279 995	1 155 121	96 848	79 328	19 776	8 250
45 - 50	1 021 003	893 866	102 163	90 641	17 806	7 168
50 - 55	875 500	752 698	97 856	89 633	17 847	7 099
55 - 60	663 272	569 467	71 698	65 948	15 686	6 421
60 - 65	328 600	281 703	32 327	28 973	12 322	2 248
65 und mehr	173 706	141 833	15 400	14 186	14 751	1 722
Zusammen	9 080 247	8 219 558	689 270	577 677	126 085	45 334
Männlich						
unter 20	209 959	196 382	13 482	10 245	32	63
20 - 25	629 137	582 516	45 844	35 284	588	189
25 - 30	642 943	591 953	47 458	38 533	3 292	240
30 - 35	539 347	493 172	38 624	29 914	7 158	393
35 - 40	465 154	422 860	31 515	23 160	10 192	587
40 - 45	661 397	588 880	56 055	45 188	15 651	811
45 - 50	534 312	461 479	57 909	50 683	14 255	669
50 - 55	448 080	380 157	53 367	48 493	13 929	627
55 - 60	290 435	245 737	32 824	29 730	11 414	460
60 - 65	197 206	164 877	21 978	19 455	9 945	406
65 und mehr	94 721	72 698	10 226	9 348	11 287	510
Zusammen	4 712 691	4 200 711	409 282	340 033	97 743	4 955
Weiblich						
unter 20	157 078	150 617	6 388	4 489	18	55
20 - 25	557 347	533 969	22 528	17 002	319	531
25 - 30	594 466	567 641	23 709	18 306	1 192	1 924
30 - 35	499 429	471 257	22 417	16 693	2 159	3 596
35 - 40	443 311	414 503	21 013	15 342	2 947	4 848
40 - 45	618 598	566 241	40 793	34 140	4 125	7 439
45 - 50	486 691	432 387	44 254	39 958	3 551	6 499
50 - 55	427 420	372 541	44 489	41 140	3 918	6 472
55 - 60	372 837	323 730	38 874	36 218	4 272	5 961
60 - 65	131 394	116 826	10 349	9 518	2 377	1 842
65 und mehr	78 985	69 135	5 174	4 838	3 464	1 212
Zusammen	4 367 556	4 018 847	279 988	237 644	28 342	40 379

Quelle: StBA 1994, Heft 15, S. 65.

Tabelle 21: Berufstätige, darunter weiblich, nach Stellung im Beruf (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12., ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1000

Jahr	insgesamt	Berufstätige insgesamt			darunter: weiblich			
		davon:	Arbeiter/		insgesamt	davon:	Arbeiter/	
		Angestellte	Mitglieder von Prod. Gen.	Selbstständige/ Mithelfende Familienangehörige		Angestellte	Mitglieder von Prod. Gen.	Selbstständige/ Mithelfende Familienangehörige
1949	7 313,0	4 900,0	-	2 413,0	2 989,0	1 715,0	-	1 274,0
1950	7 196,0	5 019,0	-	2 177,0	2 880,0	1 790,0	-	1 090,0
1955	7 722,5	5 950,5	192,8	1 579,2	3 395,6	2 543,5	92,0	760,1
1960	7 685,6	6 196,3	1 065,5	423,7	3 456,4	2 839,8	459,1	157,5
1961	7 692,5	6 259,7	1 049,6	383,2	3 515,7	2 916,2	453,1	146,4
1962	7 682,3	6 248,5	1 063,6	370,1	3 535,6	2 926,7	468,7	140,2
1963	7 646,0	6 217,1	1 072,3	356,5	3 515,5	2 913,2	467,2	135,1
1964	7 657,8	6 226,6	1 080,7	350,5	3 546,5	2 944,4	467,3	134,8
1965	7 675,8	6 259,8	1 075,8	340,1	3 580,8	2 987,3	462,1	131,4
1966	7 683,8	6 286,9	1 074,0	322,9	3 605,7	3 021,5	458,8	125,4
1967	7 713,7	6 336,5	1 067,5	309,7	3 642,3	3 068,7	453,3	120,3
1968	7 711,8	6 374,9	1 044,0	293,0	3 656,4	3 105,6	437,3	113,5
1969	7 745,9	6 433,3	1 029,1	283,5	3 716,7	3 173,6	430,4	112,7
1970	7 769,3	6 490,6	1 010,5	268,2	3 749,7	3 227,1	421,1	101,5
1971	7 794,8	6 546,3	990,0	258,5	3 797,8	3 286,1	411,0	100,8
1972	7 811,1	6 735,7	839,7	235,7	3 823,8	3 379,3	349,7	94,9
1973	7 844,5	6 803,7	819,3	221,8	3 854,3	3 428,1	340,1	86,0
1974	7 901,4	6 891,1	801,8	208,5	3 902,9	3 491,2	331,1	80,9
1975	7 947,6	6 963,4	787,6	196,6	3 945,6	3 542,1	324,7	78,7
1976	8 018,3	7 068,2	764,4	185,8	3 998,6	3 607,9	317,5	73,3
1977	8 058,3	7 125,1	751,4	181,8	4 032,7	3 650,3	311,7	70,7
1978	8 118,1	7 193,2	743,7	181,1	4 065,7	3 684,9	309,8	71,0
1979	8 183,9	7 258,3	743,4	182,2	4 101,9	3 720,0	308,7	73,2
1980	8 225,2	7 299,7	745,6	180,0	4 105,9	3 728,7	306,5	70,7
1981	8 295,9	7 364,6	752,2	179,1	4 127,3	3 751,4	305,8	70,1
1982	8 367,7	7 429,1	759,5	179,1	4 148,7	3 776,0	304,2	68,5
1983	8 445,3	7 491,4	775,2	178,7	4 176,3	3 801,1	307,0	68,3
1984	8 498,5	7 531,1	791,2	176,3	4 196,1	3 816,5	310,2	69,4
1985	8 539,0	7 557,2	804,9	176,8	4 208,8	3 825,0	313,7	70,1
1986	8 547,6	7 554,7	815,3	177,6	4 200,4	3 815,0	315,1	70,3
1987	8 570,7	7 571,2	820,9	178,5	4 200,3	3 814,7	314,9	70,7
1988	8 594,4	7 588,7	824,0	181,6	4 203,9	3 817,5	314,4	72,1
1989	8 547,3	7 541,5	821,2	184,6	4 177,7	3 793,0	311,4	73,2

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 3.

Tabelle 22: Berufstätige nach Stellung im Beruf sowie Lehrlinge nach Eigentumsform der Betriebe (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12., ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1 000

Jahr	Insgesamt davon:		Genossenschaftlich					Privat
	Volkseigen		Insgesamt	Produktionsgenossenschaften	VdgB ^{b)}	Konsumgenossenschaften	Sonstige Genossenschaften	
Berufstätige								
1955	7 722,5	4 167,2	466,0	217,5	31,8	215,6	1,1	3 089,3
1960	7 685,6	4 822,8	1 433,0	1 180,9	41,3	209,2	1,5	1 429,9
1970	7 769,3	5 173,9	1 451,0	1 143,3	58,0	246,9	2,9	1 144,3
1980	8 225,2	6 571,4	1 210,2	922,6	39,8	237,4	10,2	443,7
1985	8 539,0	6 837,2	1 254,0	956,4	41,7	242,2	13,7	447,8
1986	8 547,6	6 839,0	1 259,9	959,0	42,6	244,1	14,3	448,6
1987	8 570,7	6 855,7	1 263,2	959,0	43,0	246,2	14,9	451,8
1988	8 594,4	6 872,5	1 263,7	958,4	43,3	246,4	15,6	458,2
1989	8 547,3	6 828,8	1 259,4	953,4	43,6	246,6	16,0	459,1
Arbeiter und Angestellte								
1955	5 950,5	4 167,2	273,3	25,0	31,8	215,6	0,9	1 510,0
1960	6 196,3	4 822,8	367,4	115,9	41,3	209,2	1,0	1 006,1
1970	6 490,6	5 173,9	440,6	133,4	58,0	246,9	2,4	876,1
1980	7 299,7	6 571,4	464,5	177,6	39,8	237,4	9,7	263,7
1985	7 557,2	6 837,2	449,0	152,2	41,7	242,2	12,9	270,9
1986	7 554,7	6 839,0	444,7	144,6	42,6	244,1	13,5	271,0
1987	7 571,2	6 855,7	442,2	139,0	43,0	246,2	14,0	273,3
1988	7 588,7	6 872,5	439,6	135,2	43,3	246,4	14,7	276,6
1989	7 541,5	6 828,8	438,2	132,8	43,6	246,6	15,2	274,5
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften								
1955	192,8	-	192,8	192,6	-	-	0,2	-
1960	1 065,5	-	1 065,5	1 065,1	-	-	0,5	-
1970	1 010,5	-	1 010,5	1 009,9	-	-	0,5	-
1980	745,6	-	745,6	745,0	-	-	0,5	-
1985	804,9	-	804,9	804,1	-	-	0,8	-
1986	815,3	-	815,3	814,4	-	-	0,8	-
1987	820,9	-	820,9	820,1	-	-	0,9	-
1988	824,0	-	824,0	823,2	-	-	0,9	-
1989	821,2	-	821,2	820,4	-	-	0,8	-

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 22: Berufstätige nach Stellung im Beruf sowie Lehrlinge nach Eigentumsform der Betriebe
FORTSETZUNG

Jahr	Insgesamt davon:		Genossenschaftlich					Privat
	Volkseigen		Insgesamt	Produktionsgenossenschaften	VdgB ^{b)}	Konsumgenossenschaften	Sonstige Genossenschaften	
Selbständig Erwerbstätige und mithelfende Familienangehörige								
1955	1 579,2	-	-	-	-	-	-	1 579,2
1960	423,7	-	-	-	-	-	-	423,7
1970	268,2	-	-	-	-	-	-	268,2
1980	180,0	-	-	-	-	-	-	180,0
1985	176,8	-	-	-	-	-	-	176,8
1986	177,6	-	-	-	-	-	-	177,6
1987	178,5	-	-	-	-	-	-	178,5
1988	181,6	-	-	-	-	-	-	181,6
1989	184,6	-	-	-	-	-	-	184,6
außerdem: Lehrlinge								
1955	465,5	260,3	31,0	4,5	2,8	23,7	0,0	174,2
1960	307,4	208,4	37,6	23,6	1,4	12,6	0,0	61,4
1970	448,8	353,9	53,6	38,4	1,8	13,3	0,0	41,5
1980	492,0	418,5	57,3	39,7	1,2	16,1	0,1	16,2
1985	398,0	323,8	58,9	45,1	1,0	12,5	0,2	15,4
1986	390,6	316,1	58,9	45,1	1,0	12,7	0,1	15,5
1987	386,8	310,4	61,4	47,7	1,0	12,6	0,2	15,0
1988 ^{a)}	385,3	309,1	60,7	47,1	1,1	12,5	0,1	15,3
1989 ^{a)}	338,5	271,4	53,5	41,6	0,9	10,8	0,1	13,6

¹⁾ Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

²⁾ einschließlich x-Bereich.

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Statistisches Jahrbuch, S. 127.

Tabelle 23: Berufstätige nach Altersgruppen (Anteile) und Geschlecht (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 30.9.)
Angaben in Prozent

Jahr Wirtschaftsbereich	Ins- gesamt	unter 25	Altersgruppen (Jahre)				
			25 35	35 45 bis unter 45	45 60	60 65	60 und älter
Berufstätige							
1969	100	11,8	26,7	21,6	25,7	7,9	6,2
1975	100	15,1	22,4	26,2	25,5	5,9	5,0
1979	100	14,9	22,5	27,1	28,2	3,4	3,9
1984	100	15,3	25,6	21,7	30,9	4,5	2,0
1989	100	12,9	26,2	21,5	33,1	4,6	1,7
Männlich							
1969	100	10,6	27,9	21,4	22,5	9,4	8,1
1975	100	14,4	22,6	26,8	23,2	6,7	6,2
1979	100	14,4	22,8	27,5	26,9	3,8	4,5
1984	100	14,7	25,6	21,5	30,8	5,2	2,3
1989	100	12,3	25,8	21,1	33,0	6,0	1,7
Weiblich							
1969	100	13,2	25,3	22,0	29,2	6,3	4,1
1975	100	15,7	22,2	25,5	27,8	5,0	3,8
1979	100	15,4	22,1	26,6	29,5	3,0	3,4
1984	100	15,9	25,5	21,9	31,0	3,8	1,9
1989	100	13,6	26,5	21,9	33,1	3,2	1,7
Anteil der Altersgruppen an den Berufstätigen je Wirtschaftsbereich 1989							
Berufstätige							
Industrie	100	13,3	26,0	21,8	32,9	4,7	1,3
Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	100	12,8	22,3	20,8	33,9	5,3	5,0
Bauwirtschaft	100	14,9	27,7	22,3	30,3	3,6	1,1
Land- und Forstwirtschaft	100	13,2	26,3	18,8	34,0	5,9	1,9
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	100	13,5	25,8	20,2	33,6	5,3	1,6
Handel	100	14,4	25,7	21,2	32,1	4,3	2,3
Sonstige produzierende Zweige	100	10,7	25,1	24,0	34,7	4,1	1,4
Nichtproduzierende Bereiche	100	10,9	27,0	22,6	33,7	4,0	1,8
Insgesamt	100	12,9	26,2	21,5	33,1	4,6	1,7
darunter weiblich							
Industrie	100	14,3	26,0	22,3	32,9	3,2	1,3
Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)	100	9,5	19,8	21,8	38,2	5,6	5,0
Bauwirtschaft	100	9,8	27,1	25,4	33,0	3,2	1,5
Land- und Forstwirtschaft	100	12,8	25,0	18,2	37,8	4,2	2,0
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	100	13,7	24,0	20,9	35,3	4,0	2,1
Handel	100	15,8	25,8	20,5	32,0	3,7	2,1
Sonstige produzierende Zweige	100	13,7	27,2	23,9	31,5	2,6	1,1
Nichtproduzierende Bereiche	100	12,5	28,5	22,9	32,0	2,6	1,5
Insgesamt	100	13,6	26,5	21,9	33,1	3,2	1,7

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Statistisches Jahrbuch, S. 131.

Tabelle 24: Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: bis 1955 - 31.12.; ab 1960 - 30.9.)
Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Industrie</i>	<i>Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)</i>	<i>Bauwirtschaft</i>	<i>Land- u. Forst- wirtschaft</i>
1949	7 313,0	1 989,6	630,0	474,0	2 242,4
1950	7 196,0	2 098,1	600,0	464,5	2 005,1
1955	7 722,5	2 542,4	505,6	435,2	1 720,6
1960	7 685,6	2 767,8	414,1	469,8	1 303,7
1965	7 675,8	2 796,3	393,1	455,3	1 178,6
1970	7 769,3	2 855,4	403,8	537,9	997,1
1975	7 947,6	3 033,0	269,0	556,5	894,5
1976	8 018,3	3 071,4	260,9	565,9	878,2
1977	8 058,3	3 083,2	258,6	571,8	873,5
1978	8 118,1	3 101,4	257,3	576,7	876,9
1979	8 183,9	3 120,9	257,8	579,6	876,2
1980	8 225,2	3 127,8	258,7	583,2	878,5
1981	8 295,9	3 157,0	260,0	584,4	884,5
1982	8 367,7	3 177,1	261,9	584,8	888,9
1983	8 445,3	3 197,5	262,3	583,3	901,0
1984	8 498,5	3 219,1	263,4	583,1	914,2
1985	8 539,0	3 235,8	263,7	577,9	922,0
1986	8 547,6	3 221,5	263,8	574,1	926,5
1987	8 570,7	3 214,9	264,5	568,9	928,5
1988	8 594,4	3 216,4	266,1	566,6	928,2
1989	8 547,3	3 186,8	266,6	559,9	923,5
	<i>Verkehr</i>	<i>Post- u. Fern- meldewesen</i>	<i>Handel</i>	<i>Sonstige produ- zierende Zweige</i>	<i>Nichtprodu- zierende Bereiche</i>
1949	448,0		620,0		909,0
1950	455,3		674,0		899,0
1955	501,4		844,8		1 172,4
1960	553,6		890,2	95,6	1 190,9
1965	566,8		885,1	135,6	1 265,0
1970	447,4	133,9	857,9	180,7	1 355,2
1975	460,6	140,2	845,9	234,1	1 513,7
1976	465,0	139,9	848,3	240,6	1 548,2
1977	471,3	137,9	844,1	244,0	1 573,8
1978	473,9	137,4	841,2	253,0	1 600,4
1979	474,8	135,9	845,7	260,4	1 632,7
1980	477,9	134,9	850,4	262,3	1 651,6
1981	478,8	135,1	849,9	263,9	1 682,2
1982	486,8	133,4	853,1	265,2	1 716,4
1983	491,4	133,2	856,3	271,5	1 748,9
1984	493,4	133,5	861,4	257,1	1 773,4
1985	496,4	133,5	869,1	250,2	1 790,4
1986	495,7	131,6	877,8	251,4	1 805,2
1987	501,4	131,3	881,0	253,0	1 827,2
1988	504,5	131,5	883,2	256,0	1 841,9
1989	507,7	131,4	876,8	251,2	1 843,4

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 5.

Tabelle 25: Berufstätige nach Stellung im Beruf und ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 1955 - 31.12.; ab 1960 - 30.9.), Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>insgesamt</i>	<i>darunter in den Wirtschaftsbereichen:</i>					
		<i>Industrie</i>	<i>Produzieren- des Handwerk (ohne Bau- handwerk)</i>	<i>Bauwirt- schaft</i>	<i>Land- und Forstwirt- schaft</i>	<i>Verkehr, Post- und Fernmelde- wesen</i>	<i>Handel</i>
Berufstätige							
1955	7 722,5	2 542,4	505,6	435,2	1 720,6	501,4	844,8
1960	7 685,6	2 767,8	414,1	469,8	1 303,7	553,6	890,2
1970	7 769,3	2 855,4	403,8	537,9	997,1	581,3	857,9
1980	8 225,2	3 127,8	258,7	583,2	878,5	612,8	850,4
1985	8 539,0	3 235,8	263,7	577,9	922,0	629,8	869,1
1986	8 547,6	3 221,5	263,8	574,1	926,5	627,4	877,8
1987	8 570,7	3 214,9	264,5	568,9	928,5	632,7	881,0
1988	8 594,4	3 216,4	266,1	566,6	928,2	636,0	883,2
1989	8 547,3	3 186,8	266,6	559,9	923,5	639,1	876,8
Arbeiter und Angestellte							
1955	5 950,5	2 526,5	259,1	390,4	500,9	481,4	696,5
1960	6 196,3	2 752,7	163,9	381,5	352,0	536,7	790,5
1970	6 490,6	2 843,6	151,5	423,6	232,2	569,9	799,0
1980	7 299,7	3 124,5	107,9	514,7	285,0	604,4	812,6
1985	7 557,2	3 232,5	111,9	507,8	278,9	621,9	831,3
1986	7 554,7	3 218,1	111,7	504,4	273,4	619,4	839,9
1987	7 571,2	3 211,5	112,4	499,2	270,0	624,9	843,3
1988	7 588,7	3 213,0	113,3	496,8	266,2	628,0	844,0
1989	7 541,5	3 183,4	113,3	490,5	262,9	631,0	836,9
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften							
1955	192,8	-	1,5	0,6	190,2	-	-
1960	1 065,5	2,0	73,2	61,6	916,9	-	-
1970	1 010,5	2,7	130,1	95,4	755,7	-	-
1980	745,6	3,0	66,3	53,1	587,3	-	-
1985	804,9	3,0	70,7	53,8	637,3	-	-
1986	815,3	3,1	71,0	53,1	647,2	-	-
1987	820,9	3,1	71,1	52,6	652,7	-	-
1988	824,0	3,1	71,1	51,9	656,1	-	-
1989	821,2	3,1	70,8	50,8	654,7	-	-

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 25: Berufstätige nach Stellung im Beruf und ausgewählten Wirtschaftsbereichen
FORTSETZUNG

<i>Jahr</i>	<i>insgesamt</i>	<i>darunter in den Wirtschaftsbereichen:</i>					
		<i>Industrie</i>	<i>Produzieren- des Handwerk (ohne Bau- handwerk)</i>	<i>Bauwirt- schaft</i>	<i>Land- und Forstwirt- schaft</i>	<i>Verkehr, Post- und Fernmelde- wesen</i>	<i>Handel</i>
Selbständig Erwerbstätige und mithelfende Familienangehörige							
1955	1 579,2	15,9	245,0	44,2	1 029,5	20,0	148,3
1960	423,7	13,1	177,0	26,7	34,8	16,9	99,7
1970	268,2	9,1	122,2	18,9	9,3	11,4	58,8
1980	180,0	0,2	84,6	15,4	6,2	8,4	37,9
1985	176,8	0,3	81,2	16,3	5,9	7,9	37,8
1986	177,6	0,3	81,1	16,6	5,9	7,9	37,9
1987	178,5	0,3	81,0	17,0	5,9	7,9	37,7
1988	181,6	0,3	81,7	18,0	5,9	8,0	39,2
1989	184,6	0,4	82,5	18,6	5,8	8,2	39,9
außerdem: Lehrlinge							
1970	448,8	196,6	23,9	80,4	26,0	31,8	38,8
1980	492,0	235,4	18,1	70,8	33,0	42,5	51,0
1985	398,0	186,3	15,0	46,7	41,1	35,6	38,6
1986	390,6	181,7	15,0	45,3	41,0	34,4	38,6
1987	386,8	176,6	15,0	44,5	42,7	34,9	38,9
1988 ¹⁾	385,3	174,7	16,4	43,3	41,2	38,5	37,4
1989 ¹⁾	338,5	154,6	14,7	37,9	36,4	34,1	31,3

¹⁾ einschließlich x-Bereich.

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Statistisches Jahrbuch, S. 128.

Tabelle 26: Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Industrie</i>	<i>Produzierendes Handwerk</i>	<i>Bauwirtschaft</i>	<i>Land- und Forst- wirtschaft</i>
1950	7 194	2 062	613	351	2 047
1955	7 570	2 522	503	431	1 633
1960	7 645	2 757	423	462	1 338
1965	7 577	2 784	392	452	1 161
1970	7 750	2 842	402	531	1 031
1975	7 981,7	3 064,1	269,5	556,4	927,1
1976	8 033,0	3 092,4	262,7	563,0	910,1
1977	8 061,4	3 111,6	258,2	567,5	899,7
1978	8 109,5	3 125,5	255,5	571,5	900,6
1979	8 171,1	3 145,1	256,3	574,6	895,3
1980	8 213,8	3 153,6	257,2	577,7	896,2
1981	8 263,8	3 174,6	258,6	577,0	897,3
1982	8 337,0	3 193,5	260,6	578,4	902,8
1983	8 409,3	3 215,4	262,7	578,3	908,3
1984	8 475,5	3 243,2	263,9	578,5	919,7
1985	8 526,3	3 265,2	264,1	575,3	928,6
1986	8 546,0	3 254,5	264,3	571,4	934,9
1987	8 562,5	3 241,7	265,2	566,9	936,8
1988	8 589,1	3 243,5	266,2	564,8	937,9
1989	8 550,0	3 222,3	263,7	557,5	934,7
	<i>Verkehr</i>	<i>Post- und Fern- meldewesen</i>	<i>Handel</i>	<i>Sonstige produ- zierende Zweige</i>	<i>Nichtprodu- zierende Bereiche</i>
1950	345	93	598	1 087	
1955	388	118	844	1 130	
1960	424	125	890	111	1 116
1965	432	129	867	153	1 207
1970	447	129	850	184	1 336
1975	456,5	134,8	840,8	232,5	1 500,0
1976	462,1	134,6	842,1	240,3	1 525,5
1977	467,2	134,1	836,3	241,6	1 545,2
1978	468,1	132,8	833,0	248,1	1 574,3
1979	469,5	132,3	838,3	257,1	1 602,5
1980	475,4	131,5	841,2	258,2	1 623,0
1981	476,1	131,3	841,0	261,0	1 646,8
1982	481,3	131,0	844,6	262,4	1 682,5
1983	486,1	130,7	846,8	268,3	1 712,6
1984	488,8	131,2	855,2	257,0	1 738,0
1985	492,1	130,6	862,9	250,9	1 756,6
1986	493,3	129,4	871,9	248,2	1 778,2
1987	498,5	128,9	874,9	250,7	1 798,9
1988	503,0	129,1	878,2	253,9	1 812,6
1989	505,8	128,8	875,0	249,6	1 812,6

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 58.

Tabelle 27: Arbeiter und Angestellte nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Industrie</i>	<i>Produzierendes Handwerk</i>	<i>Bauwirtschaft</i>	<i>Land- und Forst- wirtschaft</i>
1950	4 901	2 039	292	290	509
1955	5 817	2 506	257	388	428
1960	6 094	2 742	173	378	325
1965	6 153	2 771	137	352	267
1970	6 455	2 829	149	418	253
1975	6 984,6	3 060,9	115,9	487,1	271,6
1976	7 065,7	3 089,1	112,4	494,3	276,8
1977	7 119,9	3 108,5	109,0	499,2	287,6
1978	7 180,5	3 122,4	106,0	503,0	300,7
1979	7 245,7	3 141,9	106,1	505,7	301,3
1980	7 288,2	3 150,4	106,3	509,0	303,1
1981	7 335,4	3 171,4	107,7	508,4	301,8
1982	7 402,1	3 190,4	108,8	509,4	302,9
1983	7 463,0	3 212,1	110,3	508,7	299,3
1984	7 514,8	3 239,9	111,7	508,3	296,8
1985	7 551,7	3 261,9	112,2	505,0	292,0
1986	7 558,7	3 251,2	112,3	501,5	286,7
1987	7 566,3	3 238,3	113,1	497,2	281,0
1988	7 586,6	3 240,1	113,8	495,0	277,6
1989	7 544,2	3 218,9	110,7	487,9	273,4
	<i>Verkehr</i>	<i>Post- und Fern- meldewesen</i>	<i>Handel</i>	<i>Sonstige produ- zierende Zweige</i>	<i>Nichtprodu- zierende Bereiche</i>
1950	313	93	371	995	
1955	370	118	695	1 055	
1960	406	125	786	106	1 052
1965	417	129	788	149	1 145
1970	435	129	789	180	1 274
1975	447,2	134,8	796,3	229,6	1 441,2
1976	453,2	134,6	800,1	237,6	1 467,5
1977	458,6	134,1	796,0	239,0	1 487,8
1978	459,5	132,8	793,5	245,5	1 517,0
1979	460,9	132,3	799,2	254,5	1 543,9
1980	466,9	131,5	802,9	255,4	1 562,7
1981	467,7	131,3	803,1	258,6	1 585,5
1982	473,1	131,0	806,6	260,0	1 619,9
1983	478,0	130,7	808,9	265,9	1 649,0
1984	480,7	131,2	817,7	254,8	1 673,7
1985	484,1	130,6	825,5	248,8	1 691,6
1986	485,4	129,4	834,1	246,2	1 712,0
1987	490,6	128,9	837,1	248,7	1 731,5
1988	495,0	129,1	839,8	252,0	1 744,2
1989	497,7	128,8	835,4	247,7	1 743,6

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 59.

Tabelle 28: Lehrlinge nach Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Industrie</i>	<i>Produzierendes Handwerk</i>	<i>Bauwirtschaft</i>	<i>Land- und Forst- wirtschaft</i>
1950	372	153	85	44	18
1955	454	170	84	59	27
1960	323	124	39	40	34
1965	352	146	30	49	38
1970	417	166	24	88	28
1975	419,7	192,5	14,6	62,6	27,4
1976	428,0	196,1	16,5	66,6	29,1
1977	454,2	209,2	18,6	71,1	31,2
1978	468,6	217,9	19,3	71,6	32,4
1979	473,3	222,1	19,4	71,2	32,8
1980	469,4	220,5	19,0	68,0	34,3
1981	461,7	216,0	18,7	66,4	34,5
1982	443,2	207,4	17,9	60,4	36,3
1983	423,2	199,2	17,6	54,8	37,7
1984	401,8	189,5	16,4	50,5	38,3
1985	383,4	179,1	15,5	47,4	38,9
1986	370,6	172,9	15,2	44,4	38,9
1987	365,2	167,1	15,4	44,6	37,3
1988	363,3	164,6	16,6	43,2	37,1
1989	334,4	153,5	14,6	40,0	33,2

	<i>Verkehr</i>	<i>Post- und Fern- meldewesen</i>	<i>Handel</i>	<i>Sonstige produ- zierende Zweige</i>	<i>Nichtprodu- zierende Bereiche</i>
1950	11	3	31	28	
1955	18	4	57	35	
1960	16	4	34	3	16
1965	15	4	36	3	15
1970	25	5	36	3	25
1975	29,5	6,6	42,9	9,7	29,5
1976	31,7	6,8	45,8	10,6	31,7
1977	32,7	7,3	48,5	11,5	32,7
1978	32,8	8,2	49,8	12,0	32,8
1979	32,1	8,2	49,4	12,3	32,1
1980	32,0	8,3	49,1	11,8	32,0
1981	31,7	8,1	47,1	11,5	31,7
1982	31,6	7,8	44,7	11,2	31,6
1983	27,5	7,4	42,0	11,0	27,5
1984	26,0	7,1	39,5	10,3	26,0
1985	24,6	7,1	37,4	10,2	24,6
1986	23,4	6,8	36,7	9,1	23,4
1987	23,6	6,6	37,4	9,3	23,6
1988 ¹⁾	25,0	6,6	36,8	10,1	25,0
1989 ¹⁾	23,5	6,5	33,1	9,3	23,5

¹⁾ einschließlich x-Bereich.

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 48.

Tabelle 29: Berufstätige in der volkseigenen und genossenschaftlichen¹⁾ Wirtschaft mit Hoch- und Fachschulabschluß²⁾ nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober³⁾), Angaben in 1 000

<i>Jahr</i>	<i>insgesamt</i>	<i>darunter in den Wirtschaftsbereichen:</i>					
		<i>Industrie</i>	<i>Bauindustrie</i>	<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	<i>Verkehr</i>	<i>Post- und Fernmelde- wesen</i>	<i>Handel</i>
Hoch- und Fachschulkader insgesamt							
1970	716,3	202,5	30,1	45,0		26,4	22,3
1975	1 019,2	302,7	43,0	62,5		41,3	37,2
1980	1 412,2	376,0	55,2	74,6	37,5	11,5	50,2
1981	1 455,5	388,2	56,1	76,8	38,1	12,2	52,7
1982	1 502,2	402,0	57,8	79,0	39,8	12,4	55,0
1983	1 549,1	416,8	58,6	81,3	40,9	12,7	58,3
1984	1 594,2	438,2	60,5	83,7	42,2	13,1	61,4
1985	1 636,0	455,3	61,6	86,0	43,8	13,3	64,4
1986	1 663,1	462,5	62,5	88,2	44,7	13,5	66,6
1987	1 693,2	469,8	63,5	90,0	45,9	13,7	69,2
1988	1 720,8	478,2	64,4	92,0	47,7	13,8	71,2
1989	1 731,0	481,2	64,2	93,2	49,2	13,9	72,2
darunter: weiblich							
1970	235,1	24,3	2,7	6,6		2,9	6,5
1975	392,5	62,0	8,3	14,0		8,0	16,6
1980	699,6	96,5	14,6	20,5	8,1	3,2	25,5
1981	732,1	102,8	15,5	21,6	8,6	3,6	27,6
1982	767,0	109,9	16,4	23,2	9,7	3,7	29,4
1983	802,5	117,4	17,2	24,7	10,1	3,9	31,8
1984	837,9	128,1	18,2	26,4	10,8	4,1	34,2
1985	872,2	136,8	19,3	27,9	11,6	4,3	36,4
1986	894,8	142,1	20,0	29,5	12,0	4,5	38,4
1987	920,6	148,0	20,7	31,1	12,6	4,7	40,6
1988	944,5	153,5	21,3	32,6	13,3	4,8	42,2
1989	958,4	156,9	21,8	33,6	14,1	4,9	43,5

¹⁾ ohne Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

²⁾ ab 1976 zählten zu den Fachschulkadern auch mittlere medizinische Fachkräfte, denen eine Fachschulzuerkennung ausgesprochen wurde (bis einschließlich 1975: Facharbeiter); siehe dazu auch Definitionen im Abschnitt 4.1.2.8.

³⁾ Land- und Forstwirtschaft: 30. September.

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 50.

Tabelle 30: Qualifikation der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen¹⁾ Wirtschaft (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober²⁾)

<i>Jahr</i>	<i>Berufstätige insgesamt</i>	<i>darunter mit ... Hochschul- abschluß</i>	<i>Fachschul- abschluß³⁾</i>	<i>Meister- abschluß</i>	<i>Facharbeiter- abschluß³⁾</i>
1 000 Personen					
1971	6 550,9	278,9	482,8	3 220,7	
1975	7 213,8	398,9	620,3	254,0	3 832,1
1980	7 506,3	500,7	911,5	278,2	4 327,5
1981	7 570,4	517,6	937,9	283,3	4 424,2
1982	7 640,4	534,7	967,4	288,2	4 512,5
1983	7 705,7	553,0	996,1	294,5	4 577,6
1984	7 770,4	571,5	1 022,7	301,5	4 650,9
1985	7 819,0	588,8	1 047,2	306,7	4 707,6
1986	7 821,1	600,0	1 063,0	310,8	4 732,0
1987	7 845,7	612,7	1 080,5	315,6	4 763,4
1988	7 855,4	626,1	1 094,7	321,1	4 764,6
1989	7 789,0	634,3	1 096,6	324,8	4 721,8
Prozent					
1971	100	4,3	7,4	49,2	
1975	100	5,5	8,6	3,5	53,1
1980	100	6,7	12,1	3,7	57,7
1981	100	6,8	12,4	3,7	58,4
1982	100	7,0	12,7	3,8	59,1
1983	100	7,2	12,9	3,8	59,4
1984	100	7,4	13,2	3,9	59,9
1985	100	7,5	13,4	3,9	60,2
1986	100	7,7	13,6	4,0	60,5
1987	100	7,8	13,8	4,0	60,7
1988	100	8,0	13,9	4,1	60,7
1989	100	8,1	14,1	4,2	60,6

¹⁾ ohne Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

²⁾ Land- und Forstwirtschaft: 30. September.

³⁾ ab 1976 zählten zu den Fachschulkadern auch mittlere medizinische Fachkräfte, denen eine Fachschulzuerkennung ausgesprochen wurde (bis einschließlich 1975: Facharbeiter); siehe dazu auch Definitionen im Abschnitt 4.1.2.8.

Quelle: Statistisches Amt der DDR 1990, Jahrbuch, S. 56.

Tabelle 31: Arbeiter und Angestellte der Betriebe der Industrieministerien nach ausgewählten Arbeitsbereichen und ausgewählten Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988)

<i>Arbeitsbereich</i>	<i>insgesamt</i>	<i>darunter:</i> <i>Produktions-</i> <i>personal</i>	<i>davon:</i> <i>Produktions-</i> <i>arbeiter</i>	<i>Ingenieur-</i> <i>technisches</i> <i>Personal</i>	<i>Produktions-</i> <i>vorbere-</i> <i>tendes</i> <i>Personal</i>	<i>Leistungs-</i> <i>und Ver-</i> <i>waltungs-</i> <i>personal</i>
Produktionsdurchführende Bereiche	1 131 443	1 044 527	1 018 282	26 245	9 960	72 491
bereichstypische Leistung	1 111 373	1 027 131	1 003 400	23 731	9 408	70 674
nichtbereichstypische Leistung	20 070	17 396	14 882	2 514	552	1 807
Produktionshilfsbereiche	588 733	525 377	504 040	21 337	14 166	43 204
innerbetrieblicher Transport	77 669	71 664	70 988	676	581	3 710
Reparatur, Instandhaltung	292 094	262 643	253 724	8 919	6 388	21 372
Werkzeug- und Modellbau	60 501	53 285	52 581	704	3 354	3 681
Gütekontrolle	71 463	61 556	53 080	8 476	1 306	8 322
Energiewirtschaft	51 031	43 052	41 092	1 960	1 969	5 151
sonstige	35 976	33 177	32 575	602	568	968
Produktionsvorbereitende Bereiche	319 874	29 422	20 218	9 204	219 262	65 513
Forschung, Entwicklung	105 919	13 249	12 297	952	73 363	16 867
Konstruktion	38 036	2 475	2 207	268	30 055	5 247
Projektierung	31 732	646	293	353	25 856	4 840
Technologie	56 935	6 188	835	5 353	37 926	12 168
Produktionsvorbereitung	29 376	3 153	1 552	1 601	14 111	11 186
Investitionsabteilung	26 931	1 892	1 677	215	16 270	8 347
sonstige	20 993	1 646	1 323	323	13 652	5 171
wiss. Arbeitsorganisation	9 952	173	34	139	8 029	1 687
Leitung und produktions- sichernde Bereiche	205 270	/	/	/	/	153 096
Leitung	35 121					32 492
Planung	17 905					17 435
Finanzökonomie, Preise	13 084					12 825
Arbeit und Löhne	16 332					15 622
Rechnungsführung u. Statistik	51 915					51 207
Betriebsleitung, Organisation	7 685					4 708
Datenverarbeitung	31 516					3 764
Information, Dokumentation	3 830					2 856
Allgemeine Verwaltung	27 582					12 187
Beschaffung und Absatz	164 397	18 501	17 792	709	2 309	36 292
Material- u. Lagerwirtschaft	80 809	9 830	9 703	127	996	17 984
Absatz, Kundendienst, Werbung	83 588	8 671	8 089	582	1 313	20 298
Kultur- und Sozialwesen	109 104	1 955	1 930	25	127	10 229
Kader, Bildung	55 380	1 451	1 408	43	443	20 249
Insgesamt	2 630 079	1 630 103	1 571 787	58 316	249 864	413 270

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Quelle: SZS 1988, Erfassung, Teil II, S. 1 (Standort: Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, Behälter 20902).

Tabelle 32: Qualifikation der Arbeiter und Angestellten der Betriebe der Industrieministerien nach Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR; ohne x-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988), Angaben in Personen (A) und Prozent (B)

		<i>Insgesamt</i>	<i>darunter: Hochschul- kader</i>	<i>Fachschul- kader</i>	<i>Meister</i>	<i>Fach- arbeiter</i>
Produktionspersonal.	A	1 630 103	14 795	34 429	44 722	1 240 486
	B	100	0,9	2,1	2,7	76,1
Produktionsarbeiter	A	1 571 787	1 831	5 610	36 429	1 232 665
	B	100	0,1	0,4	2,3	78,4
Ingenieurtechnisches Personal	A	58 316	12 964	28 819	8 293	7 821
	B	100	22,2	49,4	14,2	13,4
Produktionsvorbereitendes Personal	A	249 864	66 491	91 229	12 320	74 197
	B	100	26,6	36,5	4,9	29,7
Leitungs- und Verwaltungspersonal	A	413 270	62 522	111 502	56 346	169 250
	B	100	15,1	27,0	13,6	41,0
Leitungspersonal	A	196 721	47 255	74 644	51 267	22 795
	B	100	24,0	37,9	26,1	11,6
Verwaltungspersonal	A	216 549	15 267	36 858	5 079	146 455
	B	100	7,1	17,0	2,3	67,6
EDV-Personal	A	36 718	7 524	7 710	219	19 155
	B	100	20,5	21,0	0,6	52,2
Betreuungspersonal	A	83 281	922	3 012	1 552	50 719
	B	100	1,1	3,6	1,9	60,9
Pädagogisches Personal	A	29 251	5 757	10 258	8 645	4 409
	B	100	19,7	35,1	29,6	15,1
Übriges Personal	A	193 592	5 249	15 184	4 647	116 739
	B	100	2,7	7,8	2,4	60,3
Insgesamt	A	2 636 079	163 260	273 324	128 451	1 674 955
	B	100	6,2	10,4	4,9	63,5

Quelle: SZS 1988, Erfassung, Teil IV, S. 1 (Standort: Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, Behälter 20905).

3.1.3 Datenquellen zur Rückrechnung der DDR-Statistik

Die Ergebnisse der Rückrechnung wurden überwiegend vom StBA in der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR veröffentlicht. Es handelt sich dabei zunächst um Daten aus den Berufszählungen 1950, 1964, 1971 und 1981, die im Heft 15 der genannten Sonderreihe (StBA 1994) enthalten sind.²⁹ Dabei erfolgte die Rückrechnung nach Ländern sowie nach Wirtschaftsbereichen und Wirtschaftsabteilungen. Rückgerechnete Angaben aus der amtlichen Erwerbstätigenstatistik der DDR wurden in Heft 14 der Sonderreihe publiziert (StBA 1994). Es handelt sich um folgende Angaben:

- Strukturdaten über Erwerbstätige 1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1980, 1985, 1988 und 1989,
- Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen 1970, 1975, 1980, 1985, 1988 und 1989,
- Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen 1970, 1975, 1980, 1985, 1988 und 1989,
- Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen und Ländern 1985, 1988 und 1989 sowie
- Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf, Wirtschaftszweigen und Ländern 1985, 1988 und 1989.

Schließlich wurden für den Binnenhandel, getrennt nach Großhandel und Einzelhandel, in dem Heft 21 (StBA 1995) rückgerechnete Erwerbstätigenangaben präsentiert. Es handelt sich dabei um Erwerbstätige insgesamt, darunter Abhängige, für die Jahre 1985, 1988 und 1989 nach Ländern und einer verfeinerten wirtschaftssystematischen Gliederung.³⁰

Über die genannten veröffentlichten Ergebnisse hinaus wurden weitere Rückrechnungen vorgenommen. So wurden für das Jahr 1989 Kreisdaten durch die Statistischen Landesämter mit Unterstützung der Zweigstelle Berlin des StBA in grober wirtschaftssystematischer Gliederung berechnet. Die Daten liegen bei den Statistischen Landesämtern und beim StBA Wiesbaden vor. Außerdem wurden vom Autor Berechnungen für die Jahre 1978, 1982 und 1987 für das vom StBA, Zweigstelle Berlin, dem DIW Berlin und dem IWH bearbeitete Forschungsprojekt „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“ vorgenommen. Die Daten sind nach Wirtschaftszweigen gegliedert.

Grunddaten zur Rückrechnung (Nachaufbereitungen der Berufstätigenerhebung, Arbeitstabellen) sind im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, archiviert.³¹ Letztlich enthält das Handbuch der Erwerbstätigenstatistik in der ehemaligen DDR im Ergänzungsband 3 Koeffizienten zur Umrechnung von Beschäftigtenangaben in der Gliederung nach Vierstellern der Systematik der

²⁹ Erwerbstätigenangaben findet man dort im Abschnitt 3 (S. 51 f.).

³⁰ 3-Steller der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

³¹ Die Standorte sind in StBA 1977, Dokumentation, Bd. 1, S. 215 f., nachgewiesen.

Volkswirtschaftszweige 1985 in die Gliederung nach Rechenbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Wirtschaftszweige).³²

Um eventuellen Fehldeutungen oder Mißverständnissen vorzubeugen, ist abschließend zum Thema Datenquellen der Rückrechnung noch kurz auf die Veröffentlichung „DDR 1990, Zahlen und Fakten“ (StBA 1990) einzugehen. In den Vorbemerkungen findet sich der Hinweis, dass bei abweichenden Bezeichnungen in den Fällen DDR-Angaben auf die BRD-Terminologie „abgestellt“ wurden, in denen inhaltliche Übereinstimmung mit den Bundesergebnissen gegeben war (S. 9). Das legt den Schluß nahe, dass der Abschnitt über Erwerbstätigkeit (S. 31 ff.) den Rückrechnungsergebnissen entsprechende Angaben enthält. Dem ist nicht so, es handelt sich nicht um Rückrechnungsergebnisse. Unter dem Begriff Erwerbstätige wurde hier die Summe aus Berufstätige plus Lehrlinge ausgewiesen. Die Mütter in der bezahlten Freistellung (Erziehungsurlaub) blieben unberücksichtigt. Außerdem enthalten die Angaben nicht die Beschäftigten des x-Bereiches (siehe Haupttext Abschnitt 4.1.2.1). Bedauerlicherweise fehlt sowohl in den Vorbemerkungen zum Abschnitt Erwerbstätigkeit, als auch bei den Tabellen jeglicher Hinweis darauf. Die Anmerkung in den Vorbemerkungen, dass die Veröffentlichung Bezug auf die Statistischen Jahrbücher der DDR nimmt, ist angesichts der Tatsache, dass sich auch dort kein Hinweis auf die Nichtberücksichtigung des x-Bereiches findet, nicht ausreichend.

³² Fritz u.a. 1996. Die entsprechende Tabelle in der Gliederung nach Ländern ist im Anlageband zum Ergänzungsband 3 veröffentlicht.

3.1.4 Ausgewählte Daten zur Rückrechnung der DDR-Statistik

Tabelle 33: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen
(Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾; Jahresdurchschnitt), Angaben in
1 000

Wirtschaftsabteilung ²	1970	1975	1980	1985	1988	1989
Selbständige und mithelfende Familienangehörige						
Land- und Forstwirtschaft,						
Fischerei	9,4	6,6	6,1	6,2	6,3	6,3
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	132,1	88,4	81,2	81,5	82,9	84,3
Baugewerbe	19,0	19,4	17,8	16,1	17,7	18,3
Handel	31,2	25,3	23,2	22,3	23,5	24,0
Verkehr, Nachrichten-						
übermittlung	12,3	8,7	8,0	7,9	8,0	8,2
Kreditinstitute, Versicherungs-						
unternehmen	-	-	-	-	-	-
Dienstleistungen von Unterneh-						
men und freien Berufen	64,9	48,2	44,3	42,7	44,8	45,8
Gebietskörperschaften und						
Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-
Private Haushalte, Organisatio-						
nen ohne Erwerbszweck	-	-	-	-	-	-
Zusammen	268,8	196,6	180,6	176,9	183,2	187,0
Abhängige						
Land- und Forstwirtschaft,						
Fischerei	1 024,7	923,2	918,5	967,5	978,4	969,3
Energie- und Wasserversorgung,						
Bergbau	291,2	316,5	336,1	347,9	353,8	349,6
Verarbeitendes Gewerbe	3 136,0	3 221,0	3 346,7	3 384,1	3 364,9	3 323,7
Baugewerbe	618,5	626,8	659,4	635,7	618,9	609,5
Handel	781,3	799,2	831,3	824,0	835,3	826,1
Verkehr, Nachrichten-						
übermittlung	495,6	497,0	638,0	649,6	659,4	654,1
Kreditinstitute, Versicherungs-						
unternehmen	61,1	59,9	60,9	58,0	58,8	58,4
Dienstleistungen von Unterneh-						
men und freien Berufen	363,5	396,9	458,1	502,2	520,0	514,5
Gebietskörperschaften und						
Sozialversicherung	1 522,2	1 782,6	1 846,2	1 976,9	2 038,8	2 040,0
Private Haushalte, Organisatio-						
nen ohne Erwerbszweck	172,4	176,4	195,5	205,9	211,7	214,6
Zusammen	8 467,3	8 799,5	9 290,7	9 551,6	9 639,9	9 560,0

FORTSETZUNG nächste Seite

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 33: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen
FORTSETZUNG

<i>Wirtschaftsabteilung^{a)}</i>	<i>1970</i>	<i>1975</i>	<i>1980</i>	<i>1985</i>	<i>1988</i>	<i>1989</i>
Erwerbstätige insgesamt						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 034,1	929,8	924,6	973,7	984,7	975,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	291,2	316,5	336,1	347,9	353,8	349,6
Verarbeitendes Gewerbe	3 268,9	3 309,4	3 428,0	3 465,6	3 447,8	3 408,0
Baugewerbe	637,5	646,2	677,2	651,8	636,6	627,9
Handel	812,4	824,4	854,5	846,4	858,8	850,1
Verkehr, Nachrichtenübermitt- lung	507,9	505,7	645,9	657,5	667,4	662,4
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	61,1	59,9	60,9	58,0	58,8	58,4
Dienstleistungen von Unterneh- men und freien Berufen	428,3	445,2	502,4	544,9	564,8	560,3
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 522,2	1 782,6	1 846,2	1 976,9	2 038,8	2 040,0
Private Haushalte, Organisatio- nen ohne Erwerbszweck	172,4	176,4	195,5	205,9	211,7	214,6
Insgesamt	8 736,1	8 996,0	9 471,3	9 728,5	9 823,1	9 747,0

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstätten-
zählung.

Quelle: StBA 1994, Heft 14, S. 20

Tabelle 34: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen und Ländern (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000

<i>Wirtschaftsabteilung²⁾</i>	<i>Insge- samt</i>	<i>Branden- burg</i>	<i>Mecklen- burg-Vor- pommern</i>	<i>Sachsen</i>	<i>Sachsen- Anhalt</i>	<i>Thüringen</i>	<i>Berlin- Ost</i>
1985							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	973,7	210,3	216,4	192,2	198,0	149,7	7,1
Energie- und Wasserversor- gung, Bergbau	347,9	84,7	17,9	104,4	59,5	68,8	12,6
Verarbeitendes Gewerbe	3 465,6	431,0	242,3	1 286,4	653,3	658,7	193,9
Baugewerbe	651,8	113,6	87,1	176,7	118,3	97,0	59,2
Handel	846,4	128,5	105,9	241,0	150,7	130,0	90,2
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	657,5	104,8	99,0	171,3	120,3	81,8	80,3
Kreditinstitute, Versiche- rungsunternehmen	58,0	9,1	7,2	16,6	10,2	9,1	5,8
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	544,9	71,6	63,1	158,1	77,4	75,2	99,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 976,9	337,4	293,7	494,3	313,8	280,4	257,3
Private Haushalte, Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck	205,9	30,3	26,9	53,4	36,1	34,5	24,7
Insgesamt	9 728,5	1 521,3	1 159,4	2 894,2	1 737,5	1 585,3	830,8

FORTSETZUNG nächste Seite

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstätten-
zählung.

Tabelle 34: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen und Ländern
FORTSETZUNG

<i>Wirtschaftsabteilung^a</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Brandenburg</i>	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	<i>Sachsen</i>	<i>Sachsen-Anhalt</i>	<i>Thüringen</i>	<i>Berlin-Ost</i>
1988							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	984,7	211,5	221,9	194,9	198,7	150,4	7,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	353,8	85,9	18,9	105,9	60,6	69,7	12,9
Verarbeitendes Gewerbe	3 447,8	434,3	242,1	1 268,8	646,2	656,9	199,5
Baugewerbe	636,6	110,1	82,8	172,7	117,9	96,0	57,1
Handel	858,8	130,3	107,2	241,6	151,5	133,0	95,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	667,4	108,4	102,4	172,7	118,8	83,7	81,5
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	58,8	9,2	7,3	17,0	10,0	9,2	6,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	564,8	73,3	66,2	164,1	80,0	77,4	103,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	2 038,8	346,1	299,2	506,5	322,8	292,1	272,1
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	211,7	30,6	27,1	55,0	36,2	37,7	25,1
Insgesamt	9 823,1	1 539,7	1 175,0	2 899,2	1 742,6	1 606,1	860,6
1989							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	975,6	209,6	219,3	193,1	197,2	149,1	7,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	349,6	85,4	19,2	104,5	59,8	68,0	12,8
Verarbeitendes Gewerbe	3 408,0	430,2	240,7	1 250,1	639,5	650,3	197,1
Baugewerbe	627,9	108,8	81,4	169,7	116,1	95,1	56,7
Handel	850,1	129,8	106,5	237,8	150,2	131,7	94,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	662,4	107,7	102,2	170,4	117,8	83,2	81,0
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	58,4	9,2	7,3	16,8	10,0	9,2	6,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	560,3	72,9	64,6	162,6	79,6	77,4	103,2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	2 040,0	347,4	300,4	502,9	323,9	292,1	273,5
Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	214,6	30,9	27,1	56,7	36,3	38,5	25,2
Insgesamt	9 747,0	1 531,8	1 168,5	2 864,7	1 730,4	1 594,6	857,0

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Quelle: StBA 1994, Heft 14, S. 30.

Tabelle 35: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾; Jahresdurchschnitt), Angaben in 1 000

Wirtschaftszweig ²⁾	1978	1982	1987
Insgesamt	9 334,4	9 596,1	9 791,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	933,9	944,3	981,1
Landwirtschaft	867,8	871,3	901,5
Gewerbl. Gärtnerei und Tierhaltung, Forstwirtschaft, Fischerei	66,1	73,0	79,6
Warenproduzierendes Gewerbe	4 377,7	4 464,7	4 447,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	328,3	340,8	351,7
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	132,4	139,1	143,6
Elektrizitäts- und Fernwärmeversorgung usw.	93,0	96,8	97,8
Gasversorgung	15,8	16,9	18,3
Wasserversorgung	23,6	25,4	27,5
Bergbau	195,9	201,7	208,1
Kohlenbergbau	110,1	116,6	124,1
Übriger Bergbau	85,8	85,1	84,0
Verarbeitendes Gewerbe	3 385,3	3 457,0	3 454,0
Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	182,7	188,6	185,1
Mineralölverarbeitung	66,1	63,8	59,7
Herstellung von Kunststoffwaren	39,3	38,7	36,3
Gummiverarbeitung	35,9	37,5	39,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	103,4	102,4	99,9
Feinkeramik	32,7	33,9	33,8
Herstellung und Verarbeitung von Glas	46,2	47,8	47,4
Eisenschaffende Industrie	76,3	79,9	81,1
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	47,3	48,7	49,0
Gießerei	40,2	38,7	40,8
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	66,9	65,1	63,4
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	93,6	94,8	100,4
Maschinenbau	516,5	555,5	568,7
Herstellung von Büromaschinen, EDV-Geräten und -Einrichtungen	67,1	66,7	63,1

FORTSETZUNG nächste Seite

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 35: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾; Jahresdurchschnitt)
FORTSETZUNG

<i>Wirtschaftszweig²⁾</i>	<i>1978</i>	<i>1982</i>	<i>1987</i>
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	178,9	178,3	164,1
Schiffbau	47,5	46,7	46,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	458,1	482,5	498,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	59,1	61,7	64,4
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	87,0	85,8	82,2
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	57,0	58,3	59,2
Holzbearbeitung	21,8	22,3	23,0
Holzverarbeitung	133,6	135,2	138,8
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	31,9	32,0	31,3
Papier- und Pappeverarbeitung	28,0	28,1	27,5
Druckerei, Vervielfältigung	37,9	37,2	37,0
Ledergewerbe	86,5	82,7	81,3
Textilgewerbe	254,1	244,0	235,8
Bekleidungsgewerbe	150,3	146,6	145,8
Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	281,3	294,1	292,5
Getränkeherstellung	51,2	53,0	53,0
Tabakverarbeitung	6,9	6,4	5,6
B a u g e w e r b e	664,1	666,9	641,7
Bauhauptgewerbe	572,9	570,2	541,6
Ausbaugewerbe	91,2	96,7	100,1
Handel und Verkehr	1 476,3	1 501,6	1 518,7
H a n d e l	842,3	851,2	854,6
Großhandel, Handelsvermittlung	220,8	226,2	232,9
Einzelhandel	621,5	625,0	621,7
V e r k e h r, N a c h r i c h t e n ü b e r m i t t l u n g	634,0	650,4	664,1
Eisenbahnen	265,1	265,2	273,2
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	26,5	29,9	31,7
Deutsche Bundespost	145,8	143,1	141,5
Übriger Verkehr	196,6	212,2	217,7

FORTSETZUNG nächste Seite

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Tabelle 35: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾; Jahresdurchschnitt)
FORTSETZUNG

<i>Wirtschaftszweig²⁾</i>	<i>1978</i>	<i>1982</i>	<i>1987</i>
Dienstleistungsunternehmen	538,4	584,9	616,6
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	60,5	59,7	58,5
Kreditinstitute	46,0	45,4	44,5
Versicherungsunternehmen	14,5	14,3	14,0
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	477,9	525,2	558,1
Gastgewerbe, Heime	82,2	95,5	116,7
Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe	96,3	99,6	95,3
Gesundheits- und Veterinärwesen	12,2	9,6	10,0
Übrige Dienstleistungsunternehmen	287,2	320,5	336,1
Staat	1 820,8	1 900,9	2 018,2
Gebietskörperschaften	1 813,7	1 894,1	2 011,5
Sozialversicherung	7,1	6,8	6,7
Private Haushalte und Organisation ohne Erwerbszweck	187,3	199,7	209,7
Private Haushalte (häusliche Dienste)	8,5	5,4	3,7
Organisationen ohne Erwerbszweck	178,8	194,3	206,0

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Quelle: Berechnungen des Autors für das vom Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Berlin, dem DIW Berlin und dem IWH bearbeitete Forschungsprojekt „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“.

Tabelle 36: Erwerbstätige im Großhandel nach Wirtschaftsgruppen (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾), Angaben im Jahresdurchschnitt

Nr. der Systematik ²⁾	Großhandel mit ... ³⁾	1988		1989	
		Erwerbstätige insgesamt	darunter Abhängige	Erwerbstätige insgesamt	darunter Abhängige
401	Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	5 733	5 733	5 665	5 665
402	textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	1 829	1 827	1 801	1 799
404	techn. Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	6 060	6 060	5 976	5 976
405	festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	15 356	15 024	15 138	14 782
406	Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	3 778	3 778	3 722	3 722
407	Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	13 564	13 537	13 379	13 352
408	Altmaterial, Reststoffen	13 296	12 404	13 114	12 106
411	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	69 648	69 608	68 693	68 654
412	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	17 503	17 496	17 253	17 246
413	Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	19 786	19 784	19 514	19 512
414	feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	429	429	423	423
416	Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	17 135	17 134	16 885	16 884
418	pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen	4 727	4 727	4 661	4 661
419	Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	19 730	18 647	19 432	18 303
40/41	Insgesamt	208 574	206 188	205 656	203 085

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

³⁾ Kurzbezeichnungen.

Quelle: StBA 1995, Heft 21, S. 17 f.

Tabelle 37: Erwerbstätige im Einzelhandel nach Wirtschaftsgruppen (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾), Angaben im Jahresdurchschnitt

<i>Nr. der Systematik²⁾</i>	<i>Großhandel mit ...³⁾</i>	<i>1988</i>		<i>1989</i>	
		<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	<i>darunter Abhängige</i>	<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	<i>darunter Abhängige</i>
431	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	371 147	371 098	367 991	367 642
432	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	87 617	87 615	86 849	86 847
433	Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	22 085	22 080	21 890	21 885
434	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	22 568	22 564	22 372	22 368
435	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	5 673	5 673	5 623	5 623
436	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	27 228	27 210	26 993	26 977
437 50	Tankstellen (Absatz in eigenem Namen)	10 798	10 475	10 714	10 394
438	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	6 421	6 421	6 369	6 369
439	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	72 955	52 343	72 312	51 587
43	Insgesamt	626 492	605 479	621 113	599 692

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

³⁾ Kurzbezeichnungen.

Quelle: StBA 1995, Heft 21, S. 27 und 34.

Tabelle 38: Beschäftigte (ohne Lehrlinge) im x-Bereich nach Wirtschaftszweigen und Ländern (Gebiet der ehemaligen DDR¹⁾, 1989)

<i>Wirtschaftszweig²⁾</i>	<i>insgesamt</i>	<i>Brandenburg</i>	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	<i>Sachsen</i>
übriger Bergbau	42 736	-	-	19 103
Druckerei, Vervielfältigung	25 940	1 638	1 617	12 324
Bauhauptgewerbe	4 467	4 467	-	-
Großhandel	2 920	128	239	158
Verlagsgewerbe	7 600	781	397	1 823
Organisationen ohne Erwerbszweck	146 693	21 236	16 138	40 943
Gebietskörperschaften (ohne Soldaten)	300 584	51 048	40 851	55 025
Soldaten	195 954	58 231	57 476	29 819
insgesamt	726 894	137 529	116 718	159 195

	<i>Sachsen-Anhalt</i>	<i>Thüringen</i>	<i>Berlin-Ost</i>
übriger Bergbau	-	23 633	-
Druckerei, Vervielfältigung	2 483	3 481	4 397
Bauhauptgewerbe	-	-	-
Großhandel	-	199	2 196
Verlagsgewerbe	561	623	3 415
Organisationen ohne Erwerbszweck	25 486	22 818	20 072
Gebietskörperschaften (ohne Soldaten)	37 105	30 079	86 476
Soldaten	18 235	23 019	9 174
insgesamt	83 870	103 852	125 730

¹⁾ Gebietsstand 31.12.1990, einschließlich Berlin-Ost.

²⁾ Nach Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Quelle: Arbeitsunterlagen (unveröffentlicht) der in der Zweigstelle Berlin des StBA durchgeführten Rückrechnungen.

3.1.5. Datenquellen zum Übergangsjahr 1990

Die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung wurden in beachtlichem Umfang im Rahmen der vom StBA herausgegebenen Fachserie 1 veröffentlicht (1993, Berufstätigenerhebung). Der Band enthält Daten über die Beschäftigten am 30.11.1990 nach

- Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen,
- Wirtschaftsabteilungen und Ländern,
- Wirtschaftszweigen und ausgewählten Personengruppen (Teilzeitbeschäftigte, nebenberuflich Tätige, Auszubildende, Personen im Babyjahr, mitarbeitende Genossenschaftsmitglieder),
- Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf sowie Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sowie
- Beschäftigte in Handwerksunternehmen nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen,
- Beschäftigte in Handwerksunternehmen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf sowie Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten,
- Beschäftigte in Unternehmen nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen und
- Unternehmen am 30.11.1990 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen.³³

Ebenfalls in der Außenstelle des Bundesarchivs wurden die Originalergebnisse der im Jahre 1990 durchgeführten Arbeitskräfteberichterstattung archiviert.³⁴

³³ Die Originalergebnisse der Berufstätigenerhebung befinden sich im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin-Lichterfelde. Der Standort ist im StBA 1997, Dokumentation, Bd. 1, S. 177 f. nachgewiesen.

³⁴ Die entsprechenden Behälter-Nummern (Standorte) kann man der Dokumentation (a.a.O.) auf den Seiten 127, 148, 152 f., 155 und 162 entnehmen.

3.1.6 Ausgewählte Daten zum Übergangsjahr 1990

Tabelle 39: Berufstätige am 30.11.1990 nach Geschlecht, Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen (neue Bundesländer³⁾)

Wirtschaftsabteilung ⁿ	G. ⁿ	Berufs- tätige insgesamt	davon: Arbeiter	Angestellte	tätige Inhaber mithelfende Familienan- gehörige	unbezahlt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	I	624 552	517 740	98 667	5 645	2 500
	M	397 279	346 695	45 769	4 185	630
	W	227 273	171 045	52 898	1 460	1 870
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	I	315 241	218 774	96 461	3	3
	M	233 788	182 023	51 762	2	1
	W	81 453	36 751	44 699	1	2
Verarbeitendes Gewerbe	I	2 517 282	1 652 451	802 231	47 132	15 468
	M	1 513 758	1 106 942	365 041	40 434	1 341
	W	1 003 524	545 509	437 190	6 698	14 127
Baugewerbe	I	580 340	425 006	120 635	27 068	7 631
	M	501 643	412 432	62 043	26 506	662
	W	78 697	12 574	58 592	562	6 969
Handel	I	675 136	219 127	400 191	43 998	11 820
	M	208 507	105 993	72 523	25 313	4 678
	W	466 629	113 134	327 668	18 685	7 142
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	I	572 145	405 083	147 633	15 743	3 686
	M	369 911	284 121	70 602	14 592	596
	W	202 234	120 962	77 031	1 151	3 090
Kreditinstitute, Versicherungen	I	81 333	5 968	69 473	5 552	340
	M	19 497	3 877	11 755	3 776	89
	W	61 836	2 091	57 718	1 776	251
Dienstleistungen	I	497 993	224 041	214 339	48 293	11 320
	M	215 659	102 171	79 814	30 034	3 640
	W	282 334	121 870	134 525	18 259	7 680
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	I	86 402	20 467	65 935		
	M	25 453	6 535	18 918		
	W	60 949	13 932	47 017		
Gebietskörperschaften	I	1 662 431	291 485	1 370 946		
	M	569 702	116 520	453 182		
	W	1 092 729	174 965	917 764		
Insgesamt	I	7 612 855	3 980 142	3 386 511	193 434	52 768
	M	4 055 197	2 667 309	1 231 409	144 842	11 637
	W	3 557 658	1 312 833	2 155 102	48 592	41 131

¹⁾ Nach Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

²⁾ I = insgesamt; M = männlich; W = weiblich.

³⁾ Einschließlich Berlin-Ost, Gebietsstand 31.12.1990.

Quelle: StBA 1993, Berufstätigenerhebung, S. 18 - 65 (Auszug).

Tabelle 40: Berufstätige am 30.11.1990 nach Wirtschaftsabteilungen und Ländern (neue Bundesländer²⁾)

<i>Wirtschaftsabteilung¹⁾</i>	<i>insgesamt</i>	<i>Brandenburg</i>	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	<i>Sachsen</i>	<i>Sachsen-Anhalt</i>	<i>Thüringen</i>	<i>Berlin-Ost</i>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	624 552	135 424	140 916	128 412	124 581	90 078	5 141
Energie- und Wasserversorgung	315 241	75 437	18 325	98 862	56 721	53 228	12 668
Verarbeitendes Gewerbe	2 517 282	324 686	191 910	892 527	479 938	476 823	151 398
Baugewerbe	580 340	104 229	75 631	163 110	105 345	86 793	45 232
Handel	675 136	93 357	98 639	185 894	123 941	103 383	69 922
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	572 145	89 981	86 679	144 605	103 483	70 339	77 058
Kreditinstitute, Versicherungen	81 333	11 392	10 036	25 470	11 808	13 221	9 406
Dienstleistungen	497 993	69 450	61 648	152 644	75 734	63 104	75 413
Organisationen ohne Erwerbszweck	86 402	19 575	10 666	23 650	15 164	10 012	7 335
Gebietskörperschaften	1 662 431	266 930	245 636	442 741	279 267	242 099	185 758
insgesamt	7 612 855	1 190 461	940 086	2 257 915	1 375 982	1 209 080	639 331

¹⁾ Nach Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

²⁾ Gebietsstand 31.12.1990

Quelle: StBA 1993, Berufstätigenerhebung, S. 66.

3.2 Statistik der BRD

3.2.1 Datenquellen

Im Gegensatz zur amtlichen Statistik der DDR, der es lediglich gestattet war, „... wesentliche Ergebnisse der Volkswirtschaftspläne und der gesellschaftlichen Entwicklung“ zu veröffentlichen³⁵ bzw. „... die Veröffentlichung von halbjährlichen Mitteilungen über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes und von Monatszahlen zur Entwicklung der Volkswirtschaft“ vorzunehmen³⁶, war die amtliche Statistik der BRD von Anfang an zur Offenlegung ihrer Erhebungsergebnisse verpflichtet. Eine entsprechende Rechtsvorschrift war bereits im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 im § 2, Pkt. 1 formuliert worden.³⁷ Im § 3 (1), Pkt. 1 c des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke - Bundesstatistikgesetz - vom 22. Januar 1987 ist als Aufgabe fixiert „... die Ergebnisse der Bundesstatistiken ... für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen“³⁸. Dieser Verpflichtung entsprach das StBA in stetig wachsendem Umfang und mit kontinuierlich verbesserter Qualität der Präsentation. So umfaßte beispielsweise das System der gedruckten Veröffentlichungen im Jahre 1989 bereits rund 600 Titel mit jährlich ca. 1 100 Ausgaben in einer Gesamtauflage von rd. 850 000 Exemplaren (StBA 1989, Bundesstatistik, S. 13). Um dem potentiellen Nutzer den Zugang zu den Arbeitsergebnissen der amtlichen Statistik der BRD zu erleichtern und einen Überblick über die Vielfalt der Publikationen zu ermöglichen, gibt das StBA regelmäßig ein Verzeichnis der Veröffentlichungen, zuletzt in einer Auflagenhöhe von 10 000 Exemplaren heraus. Das erste Verzeichnis dieser Art erschien bereits mit Stand Ende Dezember 1949, damals noch herausgegeben vom Vorläufer des Statistischen Bundesamtes, dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt.

Auf eine Auswahl der wichtigsten Publikationen auf dem Gebiet der Statistiken der Erwerbstätigkeit soll im Folgenden, nicht zuletzt unter Berücksichtigung historischer Aspekte, aufmerksam gemacht werden. Zunächst seien einige Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes benannt:

- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
Das jährlich erscheinende Zahlenwerk, im Titel jeweils das Erscheinungsjahr tragend, ist auch für das in dieser Arbeit behandelte Spezialgebiet eine wichtige Fundstelle. Allein der Abschnitt Erwerbstätigkeit bietet auf rd. 30 Seiten wichtige Informationen über Erwerbstätige, Beschäftigte

³⁵ Statut der SZS vom 24. Juli 1975, § 1 (2), GBl. 1975, Teil I, Nr. 36, S. 639.

³⁶ § 3 (3), a.a.O., S. 640.

³⁷ BGBl. 1953, Teil I, S. 1314.

³⁸ A.a.O., S. 463.

und Arbeitsmarktindikatoren. So sind beispielsweise im Jahrbuch 1997 enthalten Daten über:

- Bevölkerung im April 1996 nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt,
- Erwerbspersonen im April 1996 nach Altersgruppen sowie Erwerbsquoten,
- Erwerbstätige 1970 bis 1996 nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen,
- Erwerbstätige 1960 bis 1996 nach Wirtschaftsbereichen,
- Strukturdaten über Erwerbspersonen und Erwerbstätige im April 1996,
- Erwerbstätige im April 1996,
- Erwerbstätige Frauen im April 1996 nach Familienstand sowie Zahl und Alter der Kinder,
- Erwerbstätige im April 1996 nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen,
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1994 bis 1996,
- Ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.3.1996 nach Staatsangehörigkeit und Ländern,
- Strukturdaten über Arbeitslose Ende September 1996,
- Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und offene Stellen 1980 bis 1996 nach Ländern,
- Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen 1980 bis 1996,
- Strukturdaten über den Arbeitsmarkt 1986 bis 1996 und
- Streiks und Aussperrungen 1996 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen.

Darüber hinaus finden sich Beschäftigtenangaben im Abschnitt Unternehmen und Arbeitsstätten sowie in den Abschnitten über die einzelnen Wirtschaftsbereiche.

- **Wirtschaft und Statistik:**
Die Monatszeitschrift enthält neben methodischen Beiträgen und textlichen Auswertungen von Erhebungsergebnissen als Kernstück des Tabeleinteils Statistische Monatszahlen. Damit wird eine jahrzehntealte Tradition gepflegt - die erste Ausgabe erschien bereits im April 1949 mit Monatszahlen für Februar und März 1949.
- **Konjunktur aktuell:**
Die unregelmäßig erscheinende Zeitschrift veröffentlicht in Form von Tabellen, Grafiken und Texten die wichtigsten Konjunkturindikatoren.
- **Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer:**
Die Veröffentlichung erscheint zweijährlich und legt besonderes Gewicht auf den Nachweis der zeitlichen Entwicklung in der Gliederung nach Ländern.

- Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung:
Zweijährlich werden Zeitreihen ab 1950 veröffentlicht.
- Datenreport
In der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheint diese Publikation zweijährlich (Titeljahr = Jahr der aktuellsten Angaben). Im Teil I wird vom StBA eine Fülle von Fakten und Zahlen dargeboten und kommentiert, so z.B. im Abschnitt Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit (zuletzt 26 Seiten umfassend).

Aus der Reihe der thematischen Veröffentlichungen wird auf drei besonders hingewiesen:

- Kreiszahlen
Mit jährlicher Periodizität veröffentlicht das StBA in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern die wichtigsten Eckdaten für alle Kreise und kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Länder sowie für das Bundesgebiet.
- Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern;
Text- und Zahlenwerk, erschien bis Ende des Jahres 1994 vierteljährlich. Nach ihrer Einstellung wurde diese Publikation ersetzt durch die
- Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, von der jährlich ca. 6 Ausgaben erscheinen.

Erhebungsergebnisse werden z.Zt. in einem nach Sachgebieten gegliederten System von insgesamt 19 Fachserien veröffentlicht. Einzelveröffentlichungen im Rahmen einer Serie sind der Veröffentlichung von Ergebnissen nur in größeren Zeitabständen stattfindender Zählungen gewidmet. Vorgänger dieser Fachserien waren bis zum Jahre 1961 die Publikationen Statistik der Bundesrepublik Deutschland und Statistische Berichte. Die erstgenannte stellte die Fortsetzung der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistik des Deutschen Reiches dar. Sie diente größeren Quellenveröffentlichungen und beinhaltete demzufolge Ergebnisse längerfristiger Erhebungen oder für größere Berichtszeiträume, beispielsweise in den Bänden 11 bis 13 die Beschäftigtenangaben aus der Handwerkszählung per 30. September 1949. Die Statistischen Berichte waren kleineren Quellenveröffentlichungen vorbehalten, mithin Ergebnissen kurzfristiger Erhebungen und vorläufigen Ergebnissen längerfristiger Erhebungen. Als Beispiel sei hier die Veröffentlichung von Daten über Beschäftigte und Arbeiterstunden aus der monatlichen Industrieberichterstattung für Monat Juli 1951 unter der Arbeitsnummer IV/2/38 angeführt. Im Laufe des Jahres 1961 wurden gewisse Umstellungen in den Veröffentlichungen vorgenommen. Das Erscheinen der Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Statistischen Berichte wurde eingestellt und durch ein System von Fachveröffentlichungen in Fachserien ersetzt. So findet man also ab 1962 Daten über Erwerbstätigkeit in Reihe 6 der Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), z.B. unter A/6/II: Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit (später wurden unter dieser Signatur Angaben über Versicherte der gesetzlichen Kran-

ken- und Rentenversicherung veröffentlicht). Ab Anfang 1977 wurden die Fachserien neu gegliedert. Seither gibt es in der Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit) eine Reihe 4 - Erwerbstätigkeit - mit zunächst einstelliger, heute bis zu zweistelliger Untergliederung.

Eine Auswahl aus den aktuellen Fachserien-Veröffentlichungen soll hier dargestellt werden (ohne Ergebnispublikationen zum Mikrozensus, zur Berufszählung und zur Arbeitsstättenzählung; diese finden an anderer Stelle in historischem Zusammenhang Erwähnung):

<i>Reihe</i>	<i>Inhalt</i>
Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit)	
4.2.1	Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vierteljährlich erscheinende Ergebnisse nach Regierungsbezirken gegliedert; außerdem erscheint ein jährlicher Bericht über Strukturergebnisse per 30.06. über zusätzliche Merkmale - wie berufliche Tätigkeit und Ausbildung, Stellung im Beruf - und mit Kreisergebnissen)
4.2.2	Entgelte und Beschäftigungsdauer der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (jährlich erscheinender Bericht mit Daten u.a. zu den Merkmalen Alter, Geschlecht, Wirtschaftszweig, Beruf)
4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt (monatlich erscheinende Bundesergebnisse, z.B. über die Anzahl der Erwerbstätigen, Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen, Arbeitslosen, offenen Stellen und Kurzarbeiter)
4.S.1	Berufstätigenerhebung vom 30. November 1990 in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Methodik und Ergebnisse (einmalig, siehe Abschnitt 4.1.4.1; das „S“ in der Reihenkennzeichnung steht hier wie auch in anderen Fachserien für Sonderbeiträge)
Fachserie 3 (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)	
2.1.8	Arbeitskräfte (zweijährlich veröffentlichte Bundes- und Länderergebnisse der Repräsentativerhebung für den Monat April)
Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe)	
4.1.2	Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengrößenklassen (jährliche Bundes- und Länderergebnisse)
5.2	Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen im Baugewerbe (jährlich, Bundes- und Länderergebnisse)
6.1	Beschäftigung, Umsatz, Investitionen und Kostenstruktur der Unternehmen in der Energie- und Wasserversorgung (jährlich, Bundesergebnisse)
7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk (vierteljährlich, Bundesergebnisse)
Fachserie 6 (Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus)	
1.2	Beschäftigung, Umsatz, Wareneingang, Lagerbestand und Investitionen im Großhandel (jährlich, Bundesergebnisse)
3.2	Beschäftigung, Umsatz, Wareneingang, Lagerbestand und Investitionen im Einzelhandel (jährlich, Bundesergebnisse)
7.3	Beschäftigung, Umsatz, Wareneingang, Lagerbestand und Investitionen im Gastgewerbe (zweijährlich, Bundesergebnisse)
Fachserie 11 (Bildung und Kultur)	
4.4	Personal an Hochschulen (jährlich, Bundes- und Länderergebnisse)
Fachserie 14 (Finanzen und Steuern)	
6	Personal des öffentlichen Dienstes (jährlich, Bundes- und Länderergebnisse)

Die Ergebnisse der Berufszählungen wurden in folgenden Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht³⁹:

Band/Heft Titel

**Volks- und Berufszählung am 13. September 1950
Reihe "Statistik der Bundesrepublik Deutschland"**

- Band 31 Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung des gesamten Zählwerkes vom 13.9.1950. Methodische Vorbemerkung zum gesamten Zählwerk
- Band 34 Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung vom 13.9.1950
- Band 36 Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13.9.1950, Teil I
- Heft 1 Die Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit
- Heft 2 Die Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Alter und Familienstand
- Die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen
- Heft 3 Textheft zu Band 36
- Band 37 Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13.9.1950, Teil II
- Heft 1 Die Erwerbspersonen nach Berufen, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen
- Heft 2 Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf
- Heft 3 Die Erwerbspersonen nach Berufsordnungen und der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit
- Heft 4 Die Erwerbspersonen und die Ehefrauen ohne Beruf nach der voraussichtlichen Altersversorgung und nach der Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung
- Heft 5 Textheft zu Band 37

**Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961
Fachserie A (Bevölkerung und Kultur)**

- Heft 1 Die methodischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung 1961
- Heft 9 Pendler
- Heft 10 Bevölkerung nach Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben
- Heft 11 Bevölkerung und Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige bzw. Rente und dergleichen
- Heft 12 Erwerbspersonen in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung
- Heft 13 Erwerbspersonen in beruflicher Gliederung
- Heft 14 Erwerbstätige nach Wochenarbeitszeit und weiterer Tätigkeit
- Heft 17 Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern (Ergebnisse einer 10prozentigen Repräsentativauswertung)
- Heft 21 Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volks- und Berufszählung 1961

**Volks- und Berufszählung am 27. Mai 1970
Fachserie A (Bevölkerung und Kultur)**

- Heft 1 Ausgewählte Strukturdaten für Bund und Länder
- Heft 2 Ausgewählte Strukturdaten für nichtadministrative Gebietseinheiten
- Heft 3 Zusammengefaßte Daten über Bevölkerung und Erwerbstätigkeit für Bund und Länder
- Heft 4 Zusammengefaßte Daten über Bevölkerung und Erwerbstätigkeit für nichtadministrative Gebietseinheiten
- Heft 13 Bevölkerung nach dem Ausbildungsstand, demographischen Merkmalen und Beteiligung am Erwerbsleben

³⁹ Detailliertere Angaben, u.a. unter Einbeziehung der Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter, zu den Zählungen bis einschl. 1970 findet man bei Hohls 1991, S. 340 ff.

Heft 15	Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben
Heft 16	Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern
Heft 17	Erwerbstätige in wirtschaftlicher Gliederung, nach Wochenarbeitszeit und weiterer Tätigkeit
Heft 18	Erwerbstätige in wirtschaftlicher Gliederung und nach Nettoerwerbseinkommen
Heft 19	Erwerbstätige in sozialer, sozio-ökonomischer und beruflicher Gliederung
Heft 20	Erwerbstätige nach Beruf und Alter
Heft 21	Pendler
Heft 25	Methodische und praktische Vorbereitung sowie Durchführung der Volkszählung 1970
Heft 26	Untersuchungen zur Methode und Genauigkeit der Volkszählung 1970

Volks- und Berufszählung am 25. Mai 1987
Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit)

Heft 1	Ausgewählte Strukturdaten für Bund und Länder
Heft 2	Ausgewählte Eckzahlen für kreisfreie Städte und Landkreise
Heft 4	Sozio-ökonomische Struktur und Unterhaltsquellen der Bevölkerung, Struktur der Erwerbstätigkeit
Heft 8	Ergebnisse für nichtadministrative Gebietsgliederungen
Teil 1	Ausgewählte Strukturdaten
Teil 2	Zusammengefaßte Daten über Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Heft 9	Pendler
Teil 1	Ausgewählte Strukturdaten
Teil 2	Berufs- und Ausbildungspendler
Heft 10	Erwerbstätige
Teil 1	Sozio-ökonomische und berufliche Gliederung, Schulausbildung
Teil 2	Wirtschaftliche und berufliche Gliederung, Berufsausbildung
Heft 12	Vorbereitung, Durchführung und methodische Untersuchungen zur Volkszählung 1987

Die Ergebnisse des Mikrozensus wurden anfangs in der Fachserie 1 (Bevölkerung und Kultur), Reihe 6 veröffentlicht: A/6/I Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Mit der Umgestaltung der Fachserien findet man die Ergebnisse des Mikrozensus in der Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), zunächst in der Reihe 4.1, ab 1978 in der Reihe 4.1.1 – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Diese Jahresreihe informiert über nahezu alle wichtigen Aspekte des Erwerbslebens. Die Erwerbspersonen, Erwerbstätigen und Erwerbslosen werden u.a. in Bezug zur Bevölkerung gesetzt und nach persönlichen und wirtschaftlichen Merkmalen aufgegliedert. Regional wird nach Regierungsbezirken untergliedert. In der ebenfalls in jährlicher Folge erscheinenden Reihe 4.1.2 (Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen) werden vorwiegend Ergebnisse aus dem variablen Teil des Mikrozensus dargeboten (Bundesergebnisse). Diese Berichte enthalten u.a.

- Angaben zur beruflichen Gliederung,
- Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen,
- Ausbildungsstand der Erwerbstätigen,
- Angaben über die Pendlereigenschaft der Erwerbstätigen und Schüler/Studierenden (z.B. Zeitaufwand und Entfernung für den Hinweg zur Arbeitsstätte bzw. Schule/Hochschule sowie benutztes Verkehrsmittel),
- seit 1985 auch Angaben zu Berufs- und Betriebswechsel und Sonderformen der Arbeitszeit sowie

- seit 1996 auch Angaben über zu Hause ausgeübte Erwerbstätigkeit und Anzahl der Personen in der Arbeitsstätte.

Außerdem erschien einmalig die Reihe 4.S.2 (Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost) mit Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung Oktober 1991/Januar 1992 (siehe dazu im Haupttext die Abschnitte 4.2.2 und 4.2.3.3).

In nachfolgend dargestellten Berichten findet man Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen:

<i>Band/Heft</i>	<i>Titel</i>
Zählung am 13. September 1950	
Reihe "Statistik der Bundesrepublik Deutschland" ⁴⁰	
Band 44	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählungen
Band 45	
Heft 1	Die nicht landwirtschaftlichen Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und die darin beschäftigten Personen
Heft 2	Die Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) nach Rechtsformen und Umsatzgrößenklassen
Heft 3	Betriebe und Unternehmen in erweiterter Größenklassengliederung
Band 46	Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken nach der Zählung vom 13. September 1950 (sieben Hefte)
Band 47	Textband
Zählung am 6. Juni 1961	
Fachserie C (Unternehmen und Arbeitsstätten) ⁴¹	
Heft 1	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung
Heft 2	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte
Heft 3	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken
Heft 4	Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen und Beschäftigte
Heft 7	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte 1961, 1950 und 1939
Zählung am 27. Mai 1970	
Fachserie C (Unternehmen und Arbeitsstätten) ⁴²	
Heft 1	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung
Heft 2	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und Beschäftigte
Heft 3	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) nach Beschäftigtengrößenklassen, Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb
Heft 5	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssummen in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken
Heft 9	Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), Unternehmen (Wirtschaftseinheiten) und Beschäftigte 1970, 1961, 1950 und 1939

⁴⁰ Darüber hinaus sind im Statistischen Bericht Nr. IV/15, Heft 1/2 Zählungsergebnisse enthalten (siehe auch unter den nachfolgenden Zählungen).

⁴¹ Siehe auch unter den Zählungen 1970 und 1987.

⁴² Siehe auch unter der Zählung 1987.

- Sonderheft 1 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssummen in den Stadtregionen und ihren Zonen
- Sonderheft 2 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssummen in sonstigen nichtadministrativen Gebietseinheiten

Zählung am 25. Mai 1987
Fachserie 2 (Unternehmen und Arbeitsstätten)

Heft 1	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung
Sonderheft 1	Handwerksunternehmen, Beschäftigte, Löhne und Gehälter sowie Rechtsformen
Heft 2	Arbeitsstätten und Beschäftigte
Heft 3	Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen
Heft 4	Beschäftigte in Arbeitsstätten nach Stellung im Betrieb
Heft 5	Arbeitsstätten und Beschäftigung
Heft 6	Arbeitsstätten und Beschäftigung nach Kreisen
Heft 7	Arbeitsstätten nach Eröffnungsjahren
Heft 8	Unternehmen und Beschäftigte nach Rechtsformen
Heft 9	Beschäftigte in Unternehmen nach Stellung im Betrieb
Heft 10	Unternehmen und Beschäftigung
Heft 11	Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte 1987, 1970, 1961, 1950
Heft 12	Konzentration und Beschäftigte der Unternehmen
Heft 13	Unternehmen, ihre Niederlassungen und deren Beschäftigung nach den Wirtschaftszweigen der Unternehmen und Niederlassungen
Heft 14	Unternehmen, ihre Niederlassungen und deren Beschäftigung nach Unternehmens- und Niederlassungssitz
Heft 15	Arbeitsstätten sowie deren Beschäftigung nach dem Sitz der Arbeitsstätten und den Wirtschaftszweigen ihrer zugehörigen Unternehmen
Heft 16	Niederlassungen der Unternehmen und deren Beschäftigung nach den Wirtschaftszweigen der Niederlassungen und Unternehmen

Neben der Papierform nutzt das StBA auch zunehmend moderne Formen der Datenpräsentation. So werden z.B. folgende CD-Rom angeboten:

- Statistisches Jahrbuch
Die CD enthält neben dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland auch das Jahrbuch für das Ausland.
- STATIS – Statistische Zeitreihen
Etwa 450 000 aktuelle Zeitreihen aus dem Statistischen Informationssystem des Bundes (Näheres dazu am Ende dieses Abschnittes) sind auf der halbjährlich erscheinenden CD gespeichert.
- Statistik regional
Diese CD erscheint jährlich. Die Daten aus der amtlichen Statistik zu den verschiedensten Sachgebieten (u.a. Beschäftigung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit) können für Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet recherchiert werden.

Auf Disketten können vom StBA bezogen werden:

- Ausgewählte Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987
Auf der Diskette sind Kreis-, Regierungsbezirks-, Länder- und Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Stellung im Beruf gespeichert.

- Ausgewählte Ergebnisse zur Arbeitsstättenzählung 1987. Der Umfang beträgt 3 Diskettenpakete mit insgesamt 8 Disketten:
 - Paket 1: Angaben zu Arbeitsstätten und Beschäftigten (Männer und Frauen) 1987 nach 234 Wirtschaftsgruppen (4 Disketten),
 - Paket 2: Angaben zu Arbeitsstätten und Beschäftigten 1970 und 1987 nach 9 Beschäftigtengrößenklassen und 10 Wirtschaftsabteilungen (2 Disketten),
 - Paket 3: Angaben zu Arbeitsstätten und Beschäftigten 1970 und 1987 nach der Stellung im Betrieb, Geschlecht, Ausländerstatus sowie 10 Wirtschaftsabteilungen.
- Ergebnisse der Handwerkszählung vom 31.3.1995
Es handelt sich um ein Paket von 2 Disketten, das Angaben über Handwerksunternehmen und handwerkliche Nebenbetriebe, u.a. über deren Beschäftigte, auch nach ihrer Stellung im Unternehmen, enthält (einschl. eines Zeitvergleiches 1977 - 1995).
- Definitionskatalog STATIS-BUND, Ausgabe 1998
Eine Diskette, unregelmäßig erscheinend, enthält insgesamt ca. 1 600 Definitionen einschl. Begriffsbeziehungen und im Zeitverlauf eingetretener Begriffsänderungen.

Abschließend zu diesem Abschnitt soll noch auf das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) eingegangen werden. Es handelt sich dabei um eine Datenbank mit über einer Million aktueller Zeitreihen aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik, deren Führung nach § 3 (1), Pkt. 8 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 (BGBl. I, S. 462 ff) zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamtes gehört. Die eigentliche Datenbank wird ergänzt durch eine Methodendatenbank für Auswertungs- und Analyseverfahren und eine Datendokumentation zur Beschreibung der statistischen Quellen sowie mit Angaben zur Darstellung und schnellen Datensuche. Das Informationssystem kann Online genutzt werden, die Daten sind aber auch auf Magnetband, Diskette oder als Ausdruck erhältlich (einmalig oder im Abonnement). Zur Erleichterung der Arbeit mit STATIS-BUND gibt das StBA einen Definitionskatalog und eine Übersicht über den Datenbestand heraus (StBA 1994). Aus den Statistiken der Erwerbstätigkeit sind Zeitreihen zu folgenden Tatbeständen gespeichert (Auswahl; in Klammern: Zeitreihen ab ...):

- Abschnitt Erwerbstätigkeit
Mikrozensus
 - Erwerbs-, Nichterwerbspersonen nach überwiegendem Lebensunterhalt und Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht (1964)
 - Erwerbstätige nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht (1964)

Beschäftigtenstatistik

- Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabteilungen, nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und jeweils nach Geschlecht (1974)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Ausländer nach Wirtschaftsabteilungen, ausgewählten -unterabteilungen der WZ, Fassung f.d. Berufszählung 1970 und Geschlecht (1974)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Ausländer nach Wirtschaftsabteilungen, ausgewählten -unterabteilungen und Geschlecht (1974)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Arbeiter, Voll- und Teilzeitbeschäftigte (jeweils dar. weiblich) nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -unterabteilungen (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Facharbeiter (jeweils dar. weiblich), nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -unterabteilungen (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Angestellte, Voll- und Teilzeitbeschäftigte (jeweils dar. weiblich) nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -unterabteilungen (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, dar. Ausländer zusammen, Arbeiter, Angestellte (jeweils dar. weiblich) nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -unterabteilungen (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt nach Wirtschaftsabteilungen, Altersgruppen und Geschlecht (1977, 1974)
- Beschäftigte Arbeitnehmer - Arbeiter, Angestellte, Ausländer - nach Wirtschaftsabteilungen, Altersgruppen und Geschlecht (1974, 1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt nach Ausbildung, Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer - insgesamt, Arbeiter, Angestellte, Ausländer - nach Ausbildung, Altersgruppen und Geschlecht (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte in beruflicher Ausbildung nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten -unterabteilungen und Geschlecht (1978)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, männlich, weiblich nach Ausbildung (Volks-, Hauptschulabschluß, Mittlere Reife zusammen, ohne und mit abgeschlossener Berufsausbildung) und Berufsbereichen (1977)
- Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, Arbeiter, Angestellte, Ausländer in beruflicher Ausbildung nach Berufsbereichen (1977, 1978)
- Beschäftigte Arbeitnehmer - Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (1974)

Schätzung der durchschnittlichen Erwerbstätigen und Erwerbspersonen

- Erwerbstätige insgesamt (Monatsdurchschnitte, saisonbereinigte Werte) (1981)
- Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen der WZ, nach Stellung im Beruf; Arbeitslose, Erwerbspersonen (1960)
- Erwerbstätige nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, -abteilungen der WZ und Stellung im Beruf (1960)
- Abschnitt Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

- Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Voll-, Teilbeschäftigte, nicht ständig Beschäftigte, AK-Einheiten nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Geschlecht; Familienarbeitskräfte nach Altersgruppen und Geschlecht (1964)
- Abschnitt Produzierendes Gewerbe

Monatsbericht der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

- Beschäftigte, Arbeiter nach Hauptgruppen, Wirtschaftsgruppen und -zweigen der SYPRO (1977, 1991)
- Geleistete Arbeiterstunden nach Hauptgruppen, Wirtschaftsgruppen und -zweigen der SYPRO (1977, 1991)

Monatsbericht im Bauhauptgewerbe, aufgeschätzte Ergebnisse für alle Betriebe

- Beschäftigte nach Stellung im Betrieb; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Arbeitstage; geleistete Arbeitsstunden nach Bauarten; Gesamtumsatz; baugewerblicher Umsatz, Auftragseingang (nur Monatsberichts-kreis) nach Bauarten (1967, 1977, 1992)
- Beschäftigte nach Stellung im Betrieb; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Arbeitstage; geleistete Arbeitsstunden nach Bauarten; Gesamtumsatz; baugewerblicher Umsatz nach Bauarten (1967)
- Beschäftigte insgesamt, dar. ausländische Arbeitnehmer nach Stellung im Betrieb und Ländern; Bruttolohnsumme, Bruttogehaltssumme nach Ländern (1967)

Monatsbericht im Bauhauptgewerbe, Monatsberichts-kreis

- Beschäftigte nach Stellung im Betrieb; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Arbeitstage; geleistete Arbeitsstunden nach Bauarten; Gesamtumsatz; baugewerblicher Umsatz nach Bauarten (1977, 1991)

Monatsbericht im Ausbaugewerbe

- Betriebe, Beschäftigte, dar. Arbeiter, geleistete Arbeitsstunden, Bruttolohnsumme, -gehaltssumme, Gesamtumsatz, dar. baugewerblicher Umsatz nach Wirtschaftszweigen der SYPRO (1976)
- Betriebe, Beschäftigte, dar. Arbeiter, geleistete Arbeitsstunden, Bruttolohnsumme, -gehaltssumme, Gesamtumsatz, dar. baugewerblicher Umsatz (1991)

Jahreserhebungen, Totalerhebung im Bauhauptgewerbe

- Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden nach ausgewählten Wirtschaftszweigen der SYPRO und Beschäftigtengrößenklassen (1976)

Jahreserhebungen, Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe

- Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Gesamtumsatz im Vorjahr nach Wirtschaftszweigen der SYPRO und Beschäftigtengrößenklassen (1979)

Jahreserhebung der Unternehmen einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe

- Unternehmen, Unternehmen mit Investitionen, Beschäftigte, Brutto-lohn- und gehaltssumme, Gesamtleistung, dar. Jahresbauleistung, Anlageinvestitionen nach Wirtschaftszweigen der SYPRO (1976, 1991)

Monatsbericht der Betriebe in der Energie- und Wasserversorgung

- Beschäftigte nach Stellung im Betrieb und Wirtschaftsbereichen; Betriebsteile, Betriebe, geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohnsumme, -gehaltssumme nach Wirtschaftsbereichen der SYPRO (1977, 1991)

Jahreserhebung, Investitionserhebung der Unternehmen in der Energie- und Wasserversorgung

- Unternehmen, Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz, Abgabe von Fernwärme und Wasser, Investitionen in aktienrechtlicher und fachlicher Gliederung nach Wirtschaftsgruppen der SYPRO (1975)

Vierteljährliche Handwerksberichterstattung

- Beschäftigte, Umsatz nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten -zweigen der WZ, nach Gewerbegruppen und ausgewählten -zweigen des Verzeichnisses der Gewerbe (1978)
- Beschäftigte, Umsatz nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten -zweigen der WZ (1978)
- Abschnitt Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Großhandelsstatistik

- Beschäftigte im Großhandel nach Beschäftigten-, Umsatzgrößenklassen, Arten des Großhandels, Absatzformen, Bedienungsformen, Wirtschaftszweigen der WZ (1979)

Einzelhandelsstatistik

- Beschäftigte im Einzelhandel nach Beschäftigten-, Umsatzgrößenklassen, Erscheinungsformen, Wirtschaftszweigen der WZ (1979)

Gastgewerbestatistik

- Beschäftigte im Gastgewerbe nach Beschäftigten-, Umsatzgrößenklassen, Wirtschaftszweigen der WZ (1979)⁴³

⁴³ Weitere Zeitreihen siehe StBA 1994, Datenbestand; es sind dort auch verzeichnet: Segment, regionale Gliederung, Periodizität und Hinweise auf die jeweilige Fachserie.

3.2.2 Ausgewählte Daten

Tabelle 41: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, insgesamt und Abhängige nach Altersgruppen (Volks- und Berufszählung 13.9.1950; Bundesgebiet)

Altersgruppe (Jahre)	insgesamt	männlich	weiblich	
			insgesamtverheiratet
Erwerbstätige insgesamt				
unter 15	169 263	98 827	70 436	-
15 bis unter 18	1 535 461	836 292	699 169	1 153
18 bis unter 20	1 096 196	585 305	510 891	10 501
20 bis unter 25	2 715 323	1 545 019	1 170 304	154 372
25 bis unter 30	2 276 002	1 334 685	941 317	322 108
30 bis unter 35	1 469 880	943 449	526 431	249 398
35 bis unter 40	2 112 555	1 420 161	692 394	387 192
40 bis unter 45	2 288 610	1 586 907	701 703	414 075
45 bis unter 50	2 245 326	1 595 755	649 571	382 426
50 bis unter 55	1 781 663	1 233 320	548 343	313 887
55 bis unter 60	1 280 728	871 492	409 236	225 065
60 bis unter 65	891 270	638 734	252 536	131 167
65 und älter	761 948	527 063	234 885	105 330
Insgesamt	20 624 225	13 217 009	7 407 216	2 696 674
Abhängige				
unter 15	109 664	69 967	39 697	-
15 bis unter 18	1 292 452	736 217	556 235	883
18 bis unter 20	935 180	519 259	415 921	8 031
20 bis unter 25	2 254 305	1 352 938	901 367	99 918
25 bis unter 30	1 760 238	1 123 158	637 080	163 325
30 bis unter 35	1 083 949	763 881	320 068	106 924
35 bis unter 40	1 445 183	1 088 885	356 298	131 755
40 bis unter 45	1 484 558	1 161 354	323 204	118 051
45 bis unter 50	1 420 872	1 146 690	274 182	87 551
50 bis unter 55	1 059 568	853 109	206 459	52 955
55 bis unter 60	702 710	572 837	129 873	25 235
60 bis unter 65	448 002	384 499	63 503	9 113
65 und älter	184 839	149 621	35 218	2 707
Insgesamt	14 181 520	9 922 415	4 259 105	806 448
Mithelfende Familienangehörige insgesamt				
	3 184 390	642 310	2 542 080	1 706 540
Selbständige insgesamt				
	3 258 315	2 652 284	606 031	183 686

Quelle: StBA 1952, Arb.-Nr. VIII/8/20, S. 13.

Tabelle 42: Erwerbstätige¹⁾ nach Stellung im Beruf und Altersgruppen (Volks- und Berufszählung 6.6.1961; Bundesgebiet), Angaben in 1 000

<i>Altersgruppe (Jahre)</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Selbständige</i>	<i>Mithelfende Familien- angehörige</i>	<i>Beamte</i>	<i>Angestellte</i>
unter 15	301,0	-	24,0	-	2,8
15 bis unter 18	1 501,0	-	76,2	8,1	150,0
18 bis unter 20	1 406,1	1,0	74,9	17,3	377,9
20 bis unter 25	3 662,5	40,6	274,9	81,3	1 069,8
25 bis unter 30	2 852,4	135,7	259,8	106,6	665,2
30 bis unter 35	2 765,8	261,4	267,7	150,0	631,3
35 bis unter 40	2 589,4	317,6	294,6	162,0	649,4
40 bis unter 45	1 941,0	286,7	212,9	125,9	480,2
45 bis unter 50	2 373,8	409,0	258,9	189,4	519,3
50 bis unter 55	2 544,5	500,0	271,8	158,3	512,3
55 bis unter 60	2 238,6	481,9	236,3	143,4	425,9
60 bis unter 65	1 370,4	368,5	181,2	95,7	251,1
65 und älter	853,2	433,0	222,6	6,9	85,7
ohne Angabe	20,1	2,1	1,9	0,5	3,5
Insgesamt	26 419,7	3 237,8	2 657,6	1 245,5	5 824,1

	<i>Arbeiter (ohne Heimarbeiter)</i>	<i>Heim- arbeiter</i>	<i>Lehrlinge u.dgl.</i>	<i>darunter gewerbliche</i>	<i>ohne Angabe</i>
unter 15	43,8	-	230,1	141,4	0,1
15 bis unter 18	381,9	0,4	883,5	511,9	1,0
18 bis unter 20	713,1	0,9	219,4	101,2	1,5
20 bis unter 25	2 098,5	9,2	82,5	32,0	5,7
25 bis unter 30	1 659,3	17,1	5,3	1,2	3,2
30 bis unter 35	1 433,6	18,7	1,2	-	2,0
35 bis unter 40	1 146,3	17,8	0,1	-	1,5
40 bis unter 45	821,4	12,7	-	-	1,1
45 bis unter 50	981,5	14,2	-	-	1,4
50 bis unter 55	1 086,4	14,3	-	-	1,3
55 bis unter 60	939,2	10,9	-	-	1,0
60 bis unter 65	468,6	4,9	-	-	0,6
65 und älter	100,9	3,6	-	-	0,1
ohne Angabe	11,0	0,1	0,7	0,4	0,3
Insgesamt	11 885,2	125,5	1 423,0	788,4	20,9

¹⁾ Ohne Soldaten.

Quelle: berechnet nach StBA 1967, S. 56 f.

Tabelle 43: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf
(Volks- und Berufszählung 27.5.1970; Bundesgebiet), Angaben in
1 000

Wirtschafts- abteilung (I = insgesamt m = männlich w = weiblich)		Erwerbs- tätige insgesamt	davon nach Stellung im Beruf:					Kaufm., techn. Arbeiter	Gewerbl. Auszu- bildende
			Selb- ständige	Mithelf. Familien- angehörige	Beamte	Ange- stellte	Auszu- bildende		
Land- u. Forstwirt- schaft, Tierhaltung u. Fischerei	i	1 990,5	663,1	1 008,0	6,6	48,7	2,2	241,9	20,0
	m	1 024,5	578,5	219,0	5,6	28,7	1,1	177,1	14,6
	w	966,0	84,6	789,0	1,0	20,0	1,1	64,8	5,4
Energiewirtschaft u. Wasserversor- gung, Bergbau	i	537,7	1,4	-	3,5	146,3	3,6	372,9	10,0
	m	498,0	1,2	-	3,3	121,6	2,4	359,9	9,7
	w	39,6	0,2	-	0,2	24,8	1,1	13,0	0,3
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	i	10 386,5	467,9	183,4	2,0	2 582,1	131,7	6 632,2	387,2
	m	7 228,1	405,2	26,9	1,5	1 713,9	70,7	4 681,9	328,0
	w	3 158,4	62,7	156,6	0,4	868,1	61,0	1 950,4	59,2
Baugewerbe	i	2 032,5	166,4	39,6	-	251,9	11,4	1 477,1	86,3
	m	1 901,1	161,2	7,5	-	183,5	7,1	1 457,7	84,2
	w	131,4	5,2	32,0	-	68,4	4,3	19,4	2,1
Handel	i	3 304,5	592,9	205,8	0,0	1 553,1	163,4	654,4	134,8
	m	1 576,1	407,3	24,1	0,0	620,0	60,2	402,2	62,3
	w	1 728,4	185,6	181,6	0,0	933,1	103,2	252,2	72,5
Verkehr u Nachrichten- übermittlung	i	1 443,0	77,4	16,7	461,9	300,8	20,4	546,3	19,6
	m	1 182,7	70,5	3,7	417,6	181,1	15,7	475,8	18,4
	w	260,3	6,9	13,0	44,3	119,8	4,6	70,5	1,3
Kreditinstitute u. Versicherungs- gewerbe	i	681,8	32,3	6,5	17,1	536,2	49,7	34,3	5,6
	m	368,2	27,9	0,4	15,8	283,5	27,1	10,5	2,9
	w	313,5	4,3	6,2	1,3	252,7	22,7	23,7	2,7
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	i	3 590,9	568,1	195,9	376,2	1 431,7	70,6	819,0	129,6
	m	1 434,2	386,9	22,8	223,4	485,9	15,7	265,5	34,1
	w	2 156,7	181,2	173,1	152,8	945,8	54,9	553,5	95,5
Organisationen o. Erwerbscharakter u. private Haushalte	i	335,9	1,9	-	31,3	193,2	2,3	102,3	4,9
	m	109,1	1,4	-	29,7	63,9	0,5	13,0	0,5
	w	226,8	0,5	-	1,5	129,3	1,8	89,2	4,4
Gebietskörper- schaften u. Sozial- versicherung	i	2 190,2	0,0	0,0	1 030,1	724,6	24,8	405,5	5,2
	m	1 682,2	0,0	0,0	986,6	387,9	13,2	290,6	4,0
	w	508,0	0,0	-	43,5	336,7	11,7	114,9	1,2
Insgesamt	i	26 493,5	2 571,4	1 655,8	1 928,6	7 768,5	480,0	11 285,9	803,2
	m	17 004,2	2 040,0	304,4	1 683,6	4 069,8	213,7	8 134,2	558,5
	w	9 489,3	531,4	1 351,5	245,0	3 698,7	266,4	3 151,6	244,7

Quelle: StBA 1974, S. 19.

Tabelle 44: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Wochenarbeitszeit
(Volks- und Berufszählung 27.5.1970; Bundesgebiet), Angaben in
1 000

Wirtschaftsabteilung (i = insgesamt m = männlich w = weiblich)		Erwerbstätige insgesamt	davon mit einer Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden			
			unter 15	15 - 24	25 - 36	über 36
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	i	1 990,5	111,2	54,0	92,4	1 732,9
	m	1 024,5	31,5	17,1	30,6	945,3
	w	966,0	79,7	36,9	61,8	787,6
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	i	537,7	2,6	4,5	7,2	523,3
	m	498,0	1,1	0,6	3,6	492,8
	w	39,6	1,5	3,9	3,6	30,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	i	10 386,5	94,0	296,4	402,4	9 593,6
	m	7 228,1	26,6	25,1	82,2	7 094,2
	w	3 158,4	67,4	271,4	320,4	2 499,5
Baugewerbe	i	2 032,5	16,0	25,0	31,5	1 960,0
	m	1 901,1	6,4	4,4	17,1	1 873,2
	w	131,4	9,6	20,6	14,4	86,8
Handel	i	3 304,5	76,5	200,9	250,7	2 776,4
	m	1 576,1	11,6	15,0	31,3	1 518,3
	w	1 728,4	64,9	185,9	219,5	1 258,1
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	i	1 443,0	14,7	44,3	39,1	1 345,0
	m	1 182,7	3,6	4,0	11,1	1 164,1
	w	260,3	11,1	40,3	28,0	180,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	i	681,8	12,4	31,6	29,9	608,0
	m	368,2	2,0	2,5	6,0	357,8
	w	313,5	10,4	29,0	23,9	250,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	i	3 590,9	99,0	235,2	345,3	2 911,4
	m	1 434,2	17,1	28,1	75,9	1 313,1
	w	2 156,7	81,9	207,1	269,4	1 598,3
Organisationen ohne Er- werbscharakter und private Haushalte	i	335,9	14,1	27,7	29,9	264,2
	m	109,1	1,2	2,0	4,0	101,9
	w	226,8	13,0	25,7	25,9	162,2
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	i	2 190,2	15,6	63,6	57,1	2 053,9
	m	1 682,2	4,3	5,8	13,8	1 658,2
	w	508,0	11,3	57,7	43,3	395,7
Insgesamt	i	26 493,5	456,1	983,2	1 285,5	23 768,7
	m	17 004,2	105,3	104,6	275,5	16 518,8
	w	9 489,3	350,8	878,6	1 009,9	7 249,9

Quelle: StBA 1974, S. 20.

Tabelle 45: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf
(Volks- und Berufszählung 25.5.1987; Bundesgebiet, Angaben in
1 000

Wirtschafts- abteilung (l = insgesamt m = männlich w = weiblich)		Erwerbs tätige insgesamt	davon nach Stellung im Beruf:				Kaufm., techn. Auszu- stellte bildende		Gewerbl. Auszu- bildende
			Selb- ständige	Mithelf. Familien- angehörige	Beamte, Richter, Soldaten	Ange- stellte	Arbeiter		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	m	565,2	314,2	44,8	5,7	33,3	1,6	136,5	29,1
	w	300,9	42,5	173,6	0,6	24,4	4,6	41,6	13,6
	i	866,1	356,7	218,4	6,3	57,7	6,2	178,2	42,7
Energie- und Wasserversor- gung, Bergbau	m	455,3	1,8	0,1	2,9	142,0	3,9	281,3	23,4
	w	55,2	0,4	0,2	0,3	38,4	3,6	11,7	0,7
	i	510,5	2,2	0,4	3,1	180,4	7,4	292,9	24,1
Verarbeitendes Gewerbe	m	6 398,3	298,1	9,4	0,8	1 812,9	63,3	3 824,8	389,1
	w	2 430,8	56,0	43,0	0,2	907,4	103,1	1 263,9	57,2
	i	8 829,1	354,1	52,4	1,0	2 720,3	166,4	5 088,6	446,4
Baugewerbe	m	1 720,2	171,1	3,6	2,0	208,2	9,4	1 186,4	139,6
	w	187,5	9,9	19,9	0,2	122,6	10,0	20,1	5,0
	i	1 907,7	181,0	23,4	2,1	330,8	19,4	1 206,5	144,6
Handel	m	1 413,9	294,6	11,5	-	647,4	59,1	359,0	42,3
	w	1 777,1	166,0	53,3	-	1 108,3	135,2	296,0	18,4
	i	3 191,0	460,6	64,8	-	1 755,7	194,3	655,0	60,7
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	m	1 194,6	68,1	3,0	394,1	207,0	14,2	474,2	34,1
	w	369,5	13,6	7,4	80,2	161,0	14,6	87,0	5,8
	i	1 564,1	81,7	10,4	474,2	368,0	28,8	561,2	39,9
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe	m	514,6	60,9	0,5	12,1	396,4	31,4	11,8	1,6
	w	474,5	10,9	6,0	2,3	395,7	33,1	25,3	1,2
	i	989,1	71,8	6,5	14,3	792,1	64,4	37,1	2,8
Dienstleistungen v. Unternehmen u. freien Berufen	m	2 270,3	504,5	17,8	365,6	853,4	48,0	422,0	58,9
	w	3 489,1	278,5	83,4	283,5	1 806,5	276,0	664,9	96,2
	i	5 759,3	783,0	101,2	649,0	2 660,0	324,0	1 086,9	155,1
Organisationen o. Erwerbszweck, private Haushalte	m	204,0	2,8	0,0	47,5	108,6	6,1	28,3	10,7
	w	318,4	2,2	1,1	4,7	211,3	18,4	74,2	6,5
	i	522,4	5,0	1,1	52,2	319,9	24,4	102,6	17,2
Betriebskörper schaften, Sozialversicherung	m	1 919,3	-	-	1 093,6	433,5	22,4	349,9	20,0
	w	848,9	-	-	144,3	516,9	41,9	140,6	5,2
	i	2 768,1	-	-	1 237,9	950,4	64,2	490,5	25,1
Insgesamt	m	16 655,7	1 716,0	90,7	1 924,1	4 842,6	259,3	7 074,2	748,7
	w	10 251,9	580,0	387,9	516,1	5 292,5	640,3	2 625,3	209,8
	i	26 907,5	2 296,0	478,6	2 440,2	10 135,1	899,6	9 699,5	958,5

Quelle: nach StBA 1990, Fachserie 1, S. 84 f.

Tabelle 46: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen¹⁾ (Bundesgebiet), Angaben in 1 000

Monat/ Jahr	Erwerbstätige insgesamt	davon in den Wirtschaftsabteilungen			Baugewerbe	Handel
		Land- u. Forst- wirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	Energiewirtschaft, Wasserversor- gung, Bergbau	Verarb. Gewerbe (o. Baugewerbe)		
Insgesamt						
Okt. 1957	25 653	4 112	923	9 239	1 917	2 976
Okt. 1958	25 969	3 967	923	9 404	2 004	2 966
Okt. 1959	26 205	3 794	885	9 505	2 054	3 060
Okt. 1960	26 501	3 541	864	9 795	2 064	3 126
Okt. 1961	26 877	3 562	801	10 039	2 101	3 068
Okt. 1962	26 659	3 241	769	10 040	2 056	3 118
April 1963	26 907	3 172	764	10 102	2 137	3 147
April 1964	26 838	3 042	742	10 001	2 147	3 130
Mai 1965	27 100	2 965	699	10 130	2 189	3 180
April 1966	27 112	2 756	664	10 209	2 236	3 214
April 1967	26 397	2 672	602	9 742	2 073	3 190
April 1968	26 354	2 653	576	9 747	2 065	3 177
April 1969	26 640	2 577	571	10 093	2 077	3 129
April 1970	26 452	2 370	521	10 250	2 026	3 129
April 1971	26 596	2 200	528	10 354	1 976	3 181
Männer						
Okt. 1957	16 124	1 867	881	6 283	1 854	1 428
Okt. 1958	16 306	1 797	880	6 438	1 947	1 355
Okt. 1959	16 456	1 750	843	6 496	1 989	1 409
Okt. 1960	16 648	1 625	820	6 674	1 996	1 431
Okt. 1961	16 986	1 643	759	6 918	2 001	1 414
Okt. 1962	16 881	1 483	726	6 926	1 963	1 437
April 1963	17 127	1 457	722	7 011	2 039	1 458
April 1964	17 078	1 430	699	6 907	2 046	1 439
Mai 1965	17 266	1 375	657	7 043	2 080	1 466
April 1966	17 333	1 278	625	7 113	2 117	1 489
April 1967	16 933	1 240	564	6 907	1 957	1 501
April 1968	16 928	1 237	537	6 937	1 957	1 506
April 1969	17 107	1 207	531	7 162	1 961	1 474
April 1970	16 942	1 122	483	7 222	1 900	1 447
April 1971	17 049	1 046	488	7 342	1 842	1 472

FORTSETZUNG nächste Seite

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus.

Quelle: StBA 1972, S. 146.

Tabelle 46: Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen¹⁾ (Bundesgebiet)
FORTSETZUNG

Monat/ Jahr	Erwerbstätige insgesamt	davon in den Wirtschaftsabteilungen		Organisationen o. Erwerbs- charakter u. Pri- vate Haushalte	Gebietskör- perschaften u. Sozialversi- cherung ²⁾
		Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Kreditinstitute u. Versicherungs- gewerbe		
Insgesamt					
Okt. 1957	25 653	1 442	420	2 372	614
Okt. 1958	25 969	1 477	414	2 453	649
Okt. 1959	26 205	1 450	428	2 538	672
Okt. 1960	26 501	1 509	437	2 579	669
Okt. 1961	26 877	1 497	496	2 912	533
Okt. 1962	26 659	1 488	493	2 985	484
April 1963	26 907	1 528	510	3 020	485
April 1964	26 838	1 569	540	3 149	483
Mai 1965	27 100	1 574	551	3 221	474
April 1966	27 112	1 525	583	3 306	444
April 1967	26 397	1 498	596	3 388	442
April 1968	26 354	1 458	605	3 445	439
April 1969	26 640	1 435	621	3 493	444
April 1970	26 452	1 438	645	3 493	389
April 1971	26 596	1 493	688	3 495	386
Männer					
Okt. 1957	16 124	1 248	245	961	101
Okt. 1958	16 306	1 263	232	973	102
Okt. 1959	16 456	1 236	242	986	103
Okt. 1960	16 648	1 274	245	1 003	105
Okt. 1961	16 986	1 261	271	1 155	106
Okt. 1962	16 881	1 241	266	1 169	122
April 1963	17 127	1 274	275	1 181	124
April 1964	17 078	1 320	295	1 248	115
Mai 1965	17 266	1 319	296	1 280	121
April 1966	17 333	1 275	318	1 336	111
April 1967	16 933	1 254	323	1 377	113
April 1968	16 928	1 221	336	1 393	120
April 1969	17 107	1 200	347	1 403	133
April 1970	16 942	1 197	359	1 420	116
April 1971	17 049	1 230	374	1 395	124

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus.

²⁾ Einschließlich Soldaten.

Quelle: StBA 1972, S. 146.

Tabelle 47: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf¹⁾ (Bundesgebiet), Angaben in 1 000

Monat/Jahr	Stellung im Beruf als					
	Erwerbs- tätige insgesamt	Mithelfende Selb- ständige	Familienan- gehörige	Beamte, Richter, Soldaten	Angestellte	Arbeiter
	Insgesamt					
Okt. 1957	25 653	3 316	2 830	1 317	5 091	13 100
Okt. 1958	25 969	3 446	2 776	1 371	5 430	12 948
Okt. 1959	26 205	3 415	2 709	1 472	5 638	12 971
Okt. 1960	26 501	3 308	2 599	1 537	5 856	13 201
Okt. 1961	26 877	3 335	2 631	1 618	6 175	13 119
Okt. 1962	26 659	3 180	2 345	1 668	6 486	12 981
April 1963	26 907	3 155	2 310	1 703	6 589	13 150
April 1964	26 838	3 094	2 286	1 756	6 846	12 857
Mai 1965	27 100	3 089	2 238	1 815	7 007	12 952
April 1966	27 112	3 018	2 118	1 834	7 238	12 904
April 1967	26 397	2 948	2 063	1 853	7 245	12 289
April 1968	26 354	2 892	2 035	1 876	7 307	12 244
April 1969	26 640	2 857	1 942	1 899	7 540	12 403
April 1970	26 452	2 766	1 790	1 924	7 693	12 279
April 1971	26 596	2 663	1 647	1 953	8 137	12 197
	Männer					
Okt. 1957	16 124	2 604	569	1 181	2 574	9 196
Okt. 1958	16 306	2 677	521	1 235	2 706	9 167
Okt. 1959	16 456	2 630	538	1 326	2 789	9 173
Okt. 1960	16 648	2 551	496	1 388	2 927	9 286
Okt. 1961	16 986	2 604	501	1 461	3 070	9 350
Okt. 1962	16 881	2 485	411	1 502	3 260	9 223
April 1963	17 127	2 459	401	1 535	3 306	9 427
April 1964	17 078	2 458	386	1 581	3 418	9 236
Mai 1965	17 266	2 453	370	1 631	3 522	9 291
April 1966	17 333	2 393	338	1 647	3 667	9 289
April 1967	16 933	2 348	327	1 659	3 699	8 900
April 1968	16 928	2 301	330	1 669	3 725	8 902
April 1969	17 107	2 271	312	1 683	3 857	8 984
April 1970	16 942	2 197	273	1 697	3 944	8 830
April 1971	17 049	2 118	249	1 710	4 133	8 839

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus.

Quelle: StBA 1972, S. 147.

Tabelle 48: Erwerbstätige nach Altersgruppen¹⁾ (Bundesgebiet), Angaben in 1 000

<i>Alter von ... bis unter ... Jahre²⁾</i>	<i>Mai 1975</i>	<i>April 1980</i>	<i>Juni 1985</i>	<i>April 1986</i>	<i>März 1987³⁾</i>	<i>April 1988</i>	<i>April 1989</i>	<i>April 1990</i>
unter 15	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 20	2 303	2 251	1 934	1 843	1 673	1 550	1 393	1 350
20 - 25	2 812	3 217	3 521	3 696	3 729	3 746	3 690	3 750
25 - 30	2 684	2 937	3 127	3 256	3 375	3 556	3 753	3 949
30 - 35	3 101	2 846	2 978	3 009	3 071	3 160	3 335	3 589
35 - 40	3 652	3 284	2 818	3 013	3 046	3 106	3 166	3 346
40 - 45	2 870	3 734	3 143	2 892	2 746	2 755	2 877	3 183
45 - 50	3 840	2 872	3 538	3 562	3 604	3 528	3 440	3 452
50 - 55	2 488	2 675	2 580	2 675	2 807	3 014	3 215	3 536
55 - 60	1 380	2 030	2 012	2 033	2 048	1 978	1 908	2 102
60 - 65	1 207	583	673	671	694	696	710	777
65 und mehr	623	446	302	290	292	279	256	301
Insgesamt	25 960	26 874	26 626	26 940	27 083	27 366	27 742	29 334

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus, einschließlich Soldaten.

²⁾ Altersgliederung nach Altersjahrmethode (unter Berücksichtigung des genauen Geburtstages).

³⁾ Revidierte Hochrechnung (Basis Volkszählung 1987).

Quelle: StBA 1996, Lange Reihen, S. 22.

Tabelle 49: Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen
(Bundesgebiet), Angaben als Jahresdurchschnitt in 1 000

<i>Wirtschaftsbereich¹⁾</i>	<i>1991</i>	<i>1992</i>	<i>1993</i>	<i>1994</i>	<i>1995</i>	<i>1996</i>
Erwerbstätige²⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 424	1 212	1 115	1 067	1 026	965
Produzierendes Gewerbe	14 437	13 588	12 935	12 545	12 365	11 938
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	693	627	583	549	525	495
Verarbeitendes Gewerbe	11 109	10 208	9 481	8 995	8 801	8 536
Baugewerbe	2 635	2 753	2 871	3 001	3 039	2 907
Handel und Verkehr	6 788	6 804	6 740	6 669	6 572	6 469
Handel	4 603	4 657	4 649	4 639	4 613	4 583
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2 185	2 147	2 091	2 030	1 959	1 886
Dienstleistungsunternehmen	6 524	6 864	7 133	7 422	7 667	7 882
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	1 002	1 032	1 049	1 053	1 042	1 032
Sonstige Dienstleistungsunternehmen ³⁾	5 522	5 832	6 084	6 369	6 625	6 850
Unternehmen zusammen	29 173	28 468	27 923	27 703	27 630	27 254
Staat, priv. Haushalte, priv. Org. o. Erwerbszweck	7 337	7 374	7 292	7 276	7 238	7 211
Staat	5 811	5 753	5 620	5 521	5 424	5 342
Priv. Haushalte, priv. Org. o. Erwerbszweck	1 526	1 621	1 672	1 755	1 814	1 869
Insgesamt	36 510	35 842	35 215	34 979	34 868	34 465
Arbeitnehmer³⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	664	484	426	415	406	378
Produzierendes Gewerbe	13 785	12 921	12 249	11 840	11 655	11 231
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	692	626	582	548	524	494
Verarbeitendes Gewerbe	10 681	9 771	9 034	8 539	8 348	8 089
Baugewerbe	2 412	2 524	2 633	2 753	2 783	2 648
Handel und Verkehr	5 943	5 939	5 863	5 775	5 667	5 554
Handel	3 867	3 902	3 885	3 860	3 824	3 786
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2 076	2 037	1 978	1 915	1 843	1 768
Dienstleistungsunternehmen	5 357	5 639	5 852	6 087	6 280	6 440
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	1 001	1 031	1 048	1 052	1 041	1 031
Sonstige Dienstleistungsunternehmen ³⁾	4 356	4 608	4 804	5 035	5 239	5 409
Unternehmen zusammen	25 749	24 983	24 390	24 117	24 008	23 603
Staat, priv. Haushalte, priv. Org. o. Erwerbszweck	7 337	7 374	7 292	7 276	7 238	7 211
Staat	5 811	5 753	5 620	5 521	5 424	5 342
Priv. Haushalte, priv. Org. o. Erwerbszweck	1 526	1 621	1 672	1 755	1 814	1 869
Insgesamt	33 086	32 357	31 682	31 393	31 246	30 814

¹⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Kurzbezeichnungen.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

³⁾ Einschließlich Wohnungsvermittlung.

Quelle: StBA 1997, Statistisches Jahrbuch, S. 106.

Tabelle 50: Erwerbstätige¹⁾ nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsabteilungen
(Bundesgebiet), Angaben als Jahresdurchschnitt in 1 000

Wirtschaftsabteilung ²⁾	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Selbständige und mithelfende Familienangehörige						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	760	728	689	652	620	587
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1	1	1	1	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	431	435	448	458	451	449
Baugewerbe	222	231	237	248	256	260
Handel	737	756	765	778	789	796
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ³⁾	108	110	113	115	116	118
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ⁴⁾	78	79	79	79	79	79
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht ⁵⁾	1 087	1 145	1 201	1 255	1 310	1 361
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte ⁶⁾	-	-	-	-	-	-
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ⁶⁾	-	-	-	-	-	-
Zusammen	3 424	3 485	3 533	3 586	3 622	3 651
Arbeiter und Angestellte						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	645	457	395	385	376	348
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	649	583	539	507	481	452
Verarbeitendes Gewerbe	10 516	9 602	8 865	8 363	8 171	7 907
Baugewerbe	2 387	2 495	2 606	2 730	2 755	2 621
Handel	3 989	4 019	4 002	3 978	3 939	3 900
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ³⁾	1 672	1 643	1 595	1 550	1 504	1 465
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ⁴⁾	1 049	1 083	1 101	1 106	1 093	1 082
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht ⁵⁾	6 547	6 844	7 070	7 353	7 591	7 780
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte ⁶⁾	711	772	800	846	880	897
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ⁶⁾	2 467	2 342	2 166	2 024	1 890	1 804
Zusammen	30 632	29 840	29 139	28 842	28 680	28 256
Beamte⁷⁾						
	2 507	2 533	2 543	2 540	2 529	2 514
Erwerbstätige insgesamt						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 411	1 191	1 090	1 044	1 003	942
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	651	585	541	509	483	454
Verarbeitendes Gewerbe	10 947	10 037	9 313	8 821	8 622	8 356
Baugewerbe	2 609	2 726	2 843	2 978	3 011	2 881
Handel	4 726	4 775	4 767	4 756	4 728	4 696
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ³⁾	2 222	2 184	2 127	2 066	1 992	1 923
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ⁴⁾	1 151	1 186	1 204	1 208	1 194	1 182
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht ⁵⁾	8 221	8 576	8 858	9 195	9 488	9 728
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte ⁶⁾	751	813	842	888	922	939
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ⁶⁾	3 874	3 785	3 630	3 503	3 388	3 320
Insgesamt	36 563	35 858	35 215	34 968	34 831	34 421

¹⁾ Nach dem Inländerkonzept (erwerbstätige Inländer); vorläufiges Ergebnis.

²⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Berufszählung.

³⁾ Ohne Post giro- und Postsparkassenämter.

⁴⁾ Einschließlich Post giro- und Postsparkassenämter.

⁵⁾ Einschließlich entsprechender Anstalten und Einrichtungen, die nicht als Unternehmen betrieben wurden.

⁶⁾ Ohne Anstalten und Einrichtungen.

⁷⁾ Einschließlich Wehrpflichtiger und Zivildienstleistender.

Quelle: StBA 1997, Statistisches Jahrbuch, S. 104 f.

Tabelle 51: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und je Woche normalerweise geleisteten Arbeitsstunden; geleistete Arbeitsstunden je Person nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen¹⁾ (April 1996²⁾; Bundesgebiet)

	<i>Selbständige</i>	<i>Mithelfende Familienangehörige</i>	<i>Abhängige</i>	<i>insgesamt</i>
Erwerbstätige (1 000)				
insgesamt	3 409	385	32 188	35 982
davon mit ... Wochenarbeitsstunden				
1 - 9	82	42	693	817
10 - 14	88	62	778	928
15 - 20	150	69	2 116	2 334
21 - 30	138	51	1 981	2 170
31 - 35	58	13	1 960	2 031
36 - 39	124	6	12 198	12 329
40	590	34	9 544	10 167
41 - 44	43	/	504	551
45 - 49	228	11	784	1 023
50 - 54	476	19	697	1 192
55 - 69	841	31	678	1 550
70 und mehr	593	43	256	892
Geleistete Wochenarbeitsstunden je Person				
insgesamt	50,2	32,5	36,4	37,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	60,2	40,1	39,7	46,1
Produzierendes Gewerbe	50,2	21,6	37,7	38,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	53,4	30,6	36,0	38,2
Sonstige Dienstleistungen	44,9	19,7	35,3	36,1

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, Tiefengliederung für den Mikrozensus.

2) Ergebnis des Mikrozensus.

Quelle: StBA 1998, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, S. 78 f.

Tabelle 52: Erwerbstätige im April 1996¹⁾ nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit, Stellung im Beruf sowie abhängig Erwerbstätige nach Stellung im Betrieb (Bundesgebiet), Angaben in 1 000

Überwiegend ausgeübte Tätigkeit	Erwerbs-Stellung im Beruf								
	tätige insge- samt	Selb- ständige	Mittel- fende Famili- en- angehö- rige	Abhängige zusam- men	darunter einfache Ange- stellte u. Beam- te/angele- rnte Arbeiter	Stellung im Betrieb mittlere Ange- stellte u. Beam- te/Facha- rbeiter	gehobene Ange- stellte u. Be- am- te/Meiste- r	höhere Ange- stellte u. Be- amte	Auszu- bildende
Männlich									
Maschinen einrich- ten/überwachen	2 594	61	/	2 531	577	1 266	471	121	88
Anbauen/Gewinnen/Herstellen	4 695	577	41	4 067	947	2 174	506	76	341
Handel/Reparatur	2 911	565	10	2 336	294	1 055	484	326	160
Büro/Technisches Bü- ro/EDV/Forschen	3 067	223	6	2 838	150	411	1 109	1 042	114
Marketing/PR/Management	1 391	294	/	1 095	18	42	173	851	6
Persönliche Dienstleistungen	2 995	629	12	2 354	191	364	820	862	90
Sonstige Dienstleistungen	2 881	120	6	2 755	1 187	844	222	70	15
Ohne Angabe	181	22	/	157	14	20	14	7	15
Zusammen	20 706	2 492	79	18 134	3 378	6 176	3 800	3 355	828
Weiblich									
Maschinen einrich- ten/überwachen	297	/	/	291	176	79	21	5	8
Anbauen/Gewinnen/Herstellen	1 109	67	144	897	533	234	46	12	42
Handel/Reparatur	2 419	227	34	2 158	525	1 149	236	115	101
Büro/Technisches Bü- ro/EDV/Forschen	4 317	84	69	4 163	673	1 366	1 535	353	186
Marketing/PR/Management	438	69	/	366	18	38	95	207	/
Persönliche Dienstleistungen	5 100	430	42	4 628	610	778	2 162	741	284
Sonstige Dienstleistungen	1 437	25	9	1 404	1 161	158	51	11	7
Ohne Angabe	159	9	/	147	19	13	9	/	12
Zusammen	15 276	916	306	14 054	3 715	3 815	4 156	1 446	645
Insgesamt									
Maschinen einrich- ten/überwachen	2 891	66	/	2 823	753	1 345	493	126	96
Anbauen/Gewinnen/Herstellen	5 794	645	185	4 964	1 480	2 408	552	87	383
Handel/Reparatur	5 330	792	44	4 494	819	2 204	720	441	261
Büro/Technisches Bü- ro/EDV/Forschen	7 384	308	75	7 001	823	1 777	2 645	1 395	300
Marketing/PR/Management	1 829	363	/	1 461	36	79	268	1 058	10
Persönliche Dienstleistungen	8 096	1 060	55	6 981	801	1 142	2 982	1 604	374
Sonstige Dienstleistungen	4 318	145	14	4 159	2 349	1 002	272	81	21
Ohne Angabe	341	32	/	304	33	33	24	9	27
Insgesamt	35 982	3 409	385	32 188	7 093	9 991	7 955	4 801	1 473

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

1) Ergebnis des Mikrozensus.

Quelle: StBA 1998, Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen, S. 118.

Tabelle 53: Strukturdaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am
30.9.1996 (Bundesgebiet)

Gegenstand der Nach- weisung	insge- samt	männ- lich	weib- lich	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorquartal			Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahresquartal		
				insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich
	Angaben in 1 000			Angaben in %					
Insgesamt	27 979,4	15 746,3	12 233,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	- 1,6	- 2,0	- 1,2
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	25 851,8	14 340,0	11 511,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	-	-	-
Ausländer	2 127,6	1 406,3	721,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	-	-	-
dar. EU-Länder	673,3	443,5	229,8	- 0,2	- 0,1	- 0,3	-	-	-
nach Altersgruppen									
unter 20	1 323,5	762,2	561,3	+ 26,9	+ 26,6	+ 27,4	- 3,2	- 2,6	- 4,0
20 - 25	2 443,2	1 228,9	1 214,3	- 0,7	- 0,4	- 1,1	- 7,9	- 8,4	- 7,4
25 - 30	3 817,2	2 040,9	1 776,3	- 1,3	- 1,1	- 1,6	- 5,8	- 6,0	- 5,5
30 - 35	4 439,8	2 584,1	1 855,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,7
35 - 40	3 924,5	2 271,3	1 653,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
40 - 45	3 468,6	1 922,8	1 545,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
45 - 50	3 053,9	1 682,3	1 371,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 6,3	+ 5,3	+ 7,7
50 - 55	2 539,5	1 434,3	1 105,3	- 2,4	- 2,6	- 2,2	- 10,9	- 11,8	- 9,6
55 - 60	2 415,4	1 408,8	1 006,6	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,0	+ 4,4
60 - 65	476,8	360,9	115,9	+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,2
65 und mehr	76,9	49,8	27,2	+ 0,5	+ 0,9	- 0,3	- 4,0	- 3,4	- 5,0
nach der Stellung im Beruf									
Arbeiter	12 997,8	9 723,5	3 274,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,4	- 3,1	- 3,0	- 3,3
Angestellte	14 981,6	6 022,8	8 958,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	- 0,3	- 0,4
nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung									
Vollzeitbeschäftigung	24 399,1	15 392,3	9 006,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	- 2,3	- 2,2	- 2,5
Teilzeitbeschäftigung	3 580,3	354,0	3 226,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 3,3	+ 10,0	+ 2,6
davon:									
unter 18 Stunden	527,7	66,3	461,4	- 0,4	+ 0,8	- 0,5	- 0,0	+ 0,8	- 0,1
18 Stunden und mehr	3 052,5	287,7	2 764,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 3,9	+ 12,4	+ 3,1
nach Berufsbereichen ¹⁾									
Pflanzenbauer, Tier- züchter, Fischereiberufe	502,8	333,0	169,8	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,4	-	-	-
Bergleute, Mineralgewinner	69,5	68,6	0,9	- 2,6	- 2,6	- 2,9	-	-	-
Fertigungsberufe	8 937,7	7 442,3	1 495,4	+ 1,3	+ 1,6	- 0,1	-	-	-
darunter:									
Metallerzeuger-, bearbeiter	586,0	533,9	52,1	- 0,8	- 0,7	- 1,8	-	-	-
Schlosser, Mechaniker u. zugeordn. Berufe	2 105,8	2 003,3	102,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,6	-	-	-
Elektriker	793,4	747,3	46,1	+ 2,0	+ 2,1	- 0,3	-	-	-
Ernährungsberufe	765,8	416,6	349,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,0	-	-	-
Bauberufe	1 245,3	1 216,6	28,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,1	-	-	-
Technische Berufe	1 962,8	1 607,5	355,3	+ 0,0	- 0,1	+ 0,6	-	-	-
Dienstleistungsberufe	16 356,7	6 197,4	10 159,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	-	-	-
darunter:									
Warenkaufleute	2 216,4	756,9	1 459,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	-	-	-
Verkehrsberufe	1 969,8	1 648,6	321,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	-	-	-
Organisations-, Verwal- tungs-, Büroberufe	5 657,9	1 843,4	3 814,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	-	-	-
Gesundheitsdienstberufe	1 800,1	268,8	1 531,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,2	-	-	-
Sonstige Arbeitskräfte ²⁾	149,9	97,5	52,4	+ 10,1	+ 10,4	+ 9,4	-	-	-

FORTSETZUNG nächste Seite

Tabelle 53: Strukturdaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am
30.9.1996 (Bundesgebiet)
FORTSETZUNG

<i>Gegenstand der Nach- weisung</i>	<i>insge- samt</i>	<i>männ- lich</i>	<i>weib- lich</i>	<i>Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorquartal</i>			<i>Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahresquartal</i>		
	<i>Angaben in 1 000</i>			<i>insge- samt</i>	<i>männ- lich</i>	<i>weib- lich</i>	<i>insge- samt</i>	<i>männ- lich</i>	<i>weib- lich</i>
nach der Ausbildung									
Volks-/Hauptschulab- schluß, Mittlere Reife ¹⁾	22 295,1	12 439,0	9 856,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	-	-	-
davon: ohne abgeschl. Berufs- ausbildg. ²⁾	5 035,6	2 743,8	2 291,8	+ 3,5	+ 4,7	+ 2,0	-	-	-
mit abgeschl. Berufs- ausbildg. ³⁾	17 259,5	9 695,2	7 564,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	-	-
Abitur ⁴⁾	1 203,5	565,2	638,4	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,7	-	-	-
davon: ohne abgeschl. Berufs- ausbildg. ⁵⁾	321,3	154,3	167,1	+ 9,0	+ 7,4	+ 10,6	-	-	-
mit abgeschl. Berufs- ausbildg. ⁶⁾	882,2	410,9	471,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	-	-	-
Fachhochschule ⁷⁾	866,2	605,6	260,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	-	-	-
Hochschule/Universität ⁷⁾	1 323,0	869,6	453,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	-	-	-
Ohne Angabe	2 291,6	1 267,0	1 024,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	-	-	-

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Statistisches Bundesamt, Ausgabe 1975.

²⁾ Einschließlich der Personen „Ohne Angabe“ des Berufsbereiches.

³⁾ Oder gleichwertige Schulbildung.

⁴⁾ Abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung, Abschluß an einer Berufsfach-/Fachschule.

⁵⁾ Hochschulreife allgemein oder fachgebunden.

⁶⁾ Einschließlich Ingenieurschulen.

⁷⁾ Einschließlich Lehrerausbildung.

Quelle: StBA 1997, Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, S. 13.

Tabelle 54: Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Monatsdurchschnitte); Bundesgebiet¹⁾

Jahr Monat	Erwerbstätige Inländer ²⁾ Ursprungswerte ³⁾			Erwerbstätige im Inland ²⁾ Ursprungswerte ³⁾		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	saison- bereinigte Werte ⁴⁾	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	saison- bereinigte Werte ⁴⁾
	1 000	%	1 000	1 000	%	1 000
1995 April	34 758	-0,2	34 893	34 791	-0,1	34 931
Mai	34 742	-0,4	34 843	34 795	-0,3	34 884
Juni	34 807	-0,4	34 818	34 874	-0,3	34 860
Juli	34 735	-0,3	34 805	34 800	-0,2	34 848
August	34 781	-0,5	34 767	34 841	-0,4	34 811
September	35 133	-0,6	34 744	35 194	-0,5	34 792
Oktober	35 062	-0,7	34 712	35 123	-0,6	34 764
November	34 918	-0,8	34 679	34 969	-0,7	34 729
Dezember	34 783	-0,8	34 659	34 821	-0,8	34 710
1996 Januar	34 310	-1,1	34 601	34 326	-1,0	34 644
Februar	34 199	-1,3	34 523	34 212	-1,3	34 569
März	34 238	-1,4	34 452	34 263	-1,4	34 502
April	34 355	-1,2	34 486	34 402	-1,1	34 540
Mai	34 385	-1,0	34 476	34 455	-1,0	34 534
Juni	34 427	-1,1	34 427	34 514	-1,0	34 486
Juli	34 349	-1,1	34 402	34 430	-1,1	34 459
August	34 347	-1,2	34 328	34 419	-1,2	34 381
September	34 651	-1,4	34 263	34 714	-1,4	34 312
Oktober	34 562	-1,4	34 206	34 615	-1,4	34 250
November	34 366	-1,6	34 125	34 414	-1,6	34 172
Dezember	34 179	-1,7	34 059	34 216	-1,7	34 110
1997 Januar	33 648	-1,9	33 952	33 669	-1,9	34 000
Februar	33 614	-1,7	33 957	33 626	-1,7	34 003
März	33 742	-1,4	33 959	33 760	-1,5	34 004
April	33 810	-1,6	33 935	33 849	-1,6	33 982
Mai	33 822	-1,6	33 906	33 882	-1,7	33 954
Juni	33 906	-1,5	33 897	33 990	-1,5	33 952
Juli	33 813	-1,6	33 858	33 898	-1,5	33 917
August	33 855	-1,4	33 835	33 939	-1,4	33 898
September	34 194	-1,3	33 813	34 268	-1,3	33 873
Oktober	34 152	-1,2	33 801	34 219	-1,1	33 859
November	34 046	-0,9	33 808	34 099	-0,9	33 860
Dezember	33 910	-0,8	33 796	33 937	-0,8	33 838
1998 Januar	33 508	-0,4	33 817	33 529	-0,4	33 865

¹⁾ Bei den berechneten Monatsergebnissen können aufgrund der im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ungünstigeren Datenlage in den neuen Ländern bei späteren Berechnungen noch stärkere Korrekturen auftreten.

²⁾ Die Erwerbstätigenangaben nach dem Inländer- und dem Inlandskonzept unterscheiden sich durch den Saldo der Ein- und Auspendler.

³⁾ Ab Januar 1998 neu berechnet.

⁴⁾ Census X-11-Verfahren, Optionssteuerung gemäß Absprache mit der Deutschen Bundesbank.

Quelle: StBA 1998, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, S. 5.

Anhang B: Ausgewählte Definitionen

1. Statistik der DDR

Definitionen:

Absolventen;
Arbeiter und Angestellte;
Arbeitsbereich
Arbeitskräfterechnung;
Arbeitsnorm;
Arbeitsrechtsverhältnis, ruhendes;
Ausfallzeiten;
Belegschaftswechsel;
Berufstätige;
Beschäftigtengruppe;
Durchschnittsermittlung;
Erwerbstätige;
Erwerbstätigenstatistik, Erfassungs-
prinzipien der;
Facharbeiter;
Fachschulkader;
Heimarbeiter;
Hochschulkader;
Lehrlinge;
Meister (Tätigkeitsgruppe);
Meister (Qualifikationsstufe);
Mütter in der bezahlten Freistellung;
Nacherhebungsangaben;
Nominelle Arbeitszeit;
Normalarbeitszeit;
Primärdokumente der Arbeitskräfte-
rechnung;
Produktionsarbeiter;
Produktionspersonal;
Tätigkeitshauptgruppe;
Volkswirtschaftliche Arbeitskräfte-
systematiken;
Vollbeschäftigteneinheit.

Eine ausführliche Zusammenstellung von Begriffen zur DDR-Statistik findet sich bei: Wolfgang Fritz: Kleines Lexikon der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in der DDR. Das Lexikon steht als Volume 2 (2000) der Reihe HSR-Transition im INTERNET zur freien Benutzung zur Verfügung (<http://www.hsr-trans.de>). Im Lexikon werden jene Erhebungskennziffern definiert, Begriffe erläutert und Hilfsmittel der statistischen Arbeit beschrieben, deren Kenntnis für das Verständnis der amtlichen Erwerbstätigenstatistik der DDR sowie die Erschließung und die fehlerfreie, treffsichere Interpretation ihrer Erfassungsergebnisse dem Autor unerlässlich erschien. Das bedeutete gleichzeitig den Verzicht auf die Aufnahme solcher Begriffe, die zwar der Erwerbstätigenstatistik zuzurechnen, nicht aber der skizzierten Zielstellung dienlich sind (wie z.B. der Begriff Beschäftigtengrad). Bei der Bearbeitung des Wortschatzes stand wegen angestrebter hoher Nutzerfreundlichkeit weniger bis ins Detail ausgefeilte wissenschaftliche Präzision, als vielmehr gebrauchsfreundliche, praxisnahe Darstellung im Vordergrund. Historische Aspekte wurden dabei weitestgehend berücksichtigt. So wird demzufolge nicht nur der zuletzt gültige Stand wiedergegeben, sondern es wurde auch der Versuch unternommen, die Wandlung von Begriffen und/oder Begriffsinhalten erforderlichenfalls in die Darstellung mit einzubeziehen oder durch Verweise zu verdeutlichen. Schließlich wurde eine große Anzahl von Verweisbegriffen mit aufgenommen.

Absolventen

Personen, die eine Schule oder einen Lehrgang erfolgreich besucht haben. Im Rahmen der Erwerbstätigenstatistik waren die Absolventen des Direktstudiums an Hoch- und Fachschulen Gegenstand der Qualifikationsberichterstattung, also alle ehemaligen im Direktstudium an einer Hoch- oder Fachschule Studierenden, die das Studium erfolgreich mit Erreichung des gestellten Studienzieles abgeschlossen hatten. Ehemalige Studierende, die das Studium nicht mit vollem Erfolg bestanden hatten, aber bereits exmatrikuliert worden waren, zählten erst nach bestandener Wiederholung der entsprechenden Prüfung bzw. Erfüllung der entsprechenden Bedingungen als Absolventen.

Arbeiter und Angestellte

Arbeitskräfte, die in einem Arbeitsrechtsverhältnis standen, das durch einen unbefristeten oder befristeten Arbeitsvertrag begründet wurde. Heimarbeiter sowie Hausangestellte in privaten Haushalten zählten ebenfalls hierzu. In Produktionsgenossenschaften wurde für Arbeiter und Angestellte der Begriff „Nichtmitglieder“ verwendet. Heimarbeiter wurden ab 1961 einbezogen, Lehrlinge gehörten ab 1960 nicht zu den Arbeiter und Angestellten. Der Begriff findet gleichlautend auch in der BRD-Statistik Anwendung, die Inhalte sind jedoch ungleich. Bei vergleichenden Betrachtungen ist daher zu berücksichtigen, daß

- die Angaben aus der DDR-Statistik die Mütter in der bezahlten Freistellung, die Lehrlinge sowie die im X-Bereich Tätigen nicht enthalten und
- die Daten der BRD-Statistik um die Zahl der Beamten zu ergänzen wäre, da es in der DDR keinen Beamtenstatus gab.

Arbeitsbereich

Beschäftigtengruppe. Gleicher Wirkungs- und Tätigkeitsbereich von Menschen im betrieblichen Arbeitsprozeß, die durch

gemeinsame Aufgaben und Objekte ihrer Arbeit sachlich miteinander verbunden waren. Die Zuordnung der Beschäftigten zu den Arbeitsbereichen erfolgte im Prinzip mittelbar nach der Zugehörigkeit zur jeweiligen Struktureinheit (Abteilung, Unterabteilung, Gruppe, Fachgebiet o.ä.; in Rechnungsführung und Statistik realisiert über die Kostenstelle). Rechtsgrundlagen:

- Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie – Beschäftigtengruppenkataloge – vom 26. April 1962¹ und
- Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10. Dezember 1974².

Arbeitskräfterechnung

Sachgebiet von Rechnungsführung und Statistik zum komplexen Nachweis der Entwicklung und Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Die zuletzt gültigen Rechtsvorschriften³ sahen für die Primärdatenerfassung im Rahmen der Arbeitskräfterechnung die Erfassung und den Nachweis von Angaben zu folgenden Merkmalen/ Merkmalskomplexen je Arbeitskraft vor (komprimierte Darstellung):

- Allgemeines
- (wie z.B. Name, Anschrift, Familienstand, Angaben zu den Kindern, Steuerklasse, Urlaubsanspruch, Rentenart, Quelle des Zugangs, Ursache des Abgangs)
- Arbeitsverhältnis
- (wie z.B. Voll- oder Teilbeschäftigung, vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit, Beginn-Befristigung-Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses, Betriebszugehörigkeit, ruhendes Arbeitsrechtsverhältnis)

¹ GBl. II Nr. 29, S. 271.

² GBl. 1975 I Nr. 1, S. 1.

³ GBl.-Sonderdruck Nr. 800/1.

- Qualifikation und Einsatz
- (wie z.B. Schulbildung, Berufsbildung, Berechtigungsnachweise, vereinbarte Arbeitsaufgabe/Tätigkeit, ausbildungsgerechter Einsatz, Tätigkeitshauptgruppe, Kostenstelle und Arbeitsbereich, Lohnform, Lohn- bzw. Gehaltsgruppe, Schichtsystem)
- Arbeitszeit (zur nominellen Arbeitszeit gehörig, ohne Überstunden)
- (wie z.B. tatsächlich geleistete Arbeitszeit, Erholungsurlaub, Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest, unbezahlte Freistellung, durch gesetzliche Regelungen begründete Ausfallzeiten, Warte- und Stillstandszeiten, unentschuldigtes Fehlen)
- Bezahlte Zeiten (außerhalb der nominellen Arbeitszeit)
- (wie z.B. Überstunden; bezahlte Zeiten für arbeitsfreie Wochenfeiertage, Arbeitsbereitschaft ohne Arbeitsleistung)
- Zusammengefaßte Zeiten
- (wie z.B. bezahlte Zeiten insgesamt, bezahlte Ausfallzeiten, nicht bezahlte Ausfallzeiten)
- Arbeitsleistung
- (wie z.B. Art, Menge und Qualität der geleisteten Arbeit; Vorgaben und ihre Erfüllung nach Arten der Arbeitsnormung)
- Arbeitslohn, andere Einkünfte, Lohnabzüge, Lohneinbehaltungen
- (wie z.B. Brutto- und Nettolohn, andere zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte, nicht zum Arbeitseinkommen zählende Einkünfte, Tariflohn, Mehrlohn, Zuschläge, Lohnsteuer, Sozialversicherungspflichtbeitrag, Beitrag zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung)
- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich Beginn und Abschluß)
- Einkünfte und deren Bestandteile waren außerdem nach Kostenarten, Kostenträgern und Finanzierungsquellen nachzuweisen.

Soweit diese Merkmale zutrafen, waren sie auch für Lehrlinge nachzuweisen. Zusätzlich waren für Lehrlinge der Ausbildungsberuf, Art der Berufsausbildung (mit oder ohne Abitur), Beginn und Beendigung der Berufsausbildung sowie das Brutto- und Nettolehrlingsentgelt zu erfassen. Die Vielzahl sachlicher Zusammenhänge zwischen den einzelnen Erfassungsmerkmalen (wie Arbeitskräfte-Arbeitszeit-Lohn) sowie die Verbindung zwischen Arbeitskräfte- und Kostenrechnung (Kostenarten- und Kostenstellenrechnung) boten gute Möglichkeiten, die Widerspruchsfreiheit und Wahrfähigkeit der Datenerfassung durch entsprechende Abstimmungen zu überprüfen und somit zu sichern. Derartige Abstimmungen wurden aus diesem Grunde im § 29 der Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinationen vom 6. August 1985⁴ verbindlich vorgeschrieben (analoge Festlegungen waren auch in den Rechtsvorschriften zu Rechnungsführung und Statistik aus den Jahren 1969 und 1975 enthalten).

Arbeitsnorm

Allgemeine Bezeichnung für Kennziffern des Aufwandes an lebendiger Arbeit, bezogen auf einen abgegrenzten und beschriebenen Arbeitsauftrag eines oder einer Gruppe von Werktätigen. Der Arbeitsauftrag konnte einen Arbeitsgang, Teile davon oder mehrere Arbeitsgänge umfassen. Bestandteile der Arbeitsnorm waren die Beschreibung der technischen, technologischen und organisatorischen Bedingungen der Arbeitsausführung (Arbeitscharakteristik) sowie die Maßangabe für den dazu erforderlichen Arbeitsaufwand (Normzeit je Arbeitsauftrag, Stück pro Schicht, Arbeitskräfte je Schicht u.ä.). Arbeitsnormen fungierten als Grundlage der Planung und Organisation der Produktion und Arbeit, des Einsatzes des Arbeitsvermögens sowie der Entlohnung der Werktätigen. In Abhängigkeit unterschiedlicher techni-

⁴ GBl. 1985 - Sonderdruck 800/1, S. 9.

scher, technologischer und organisatorischer Bedingungen der Arbeit kamen unterschiedliche Normenarten zur Anwendung.

Arbeitsrechtsverhältnis, ruhendes

Bei Fortbestehen des Arbeitsrechtsverhältnisses wurde die Erfüllung der hauptsächlichlichen Rechte und Pflichten durch die Partner des Arbeitsrechtsverhältnisses zeitweilig ausgesetzt. Für den Werk tätigen entfiel vor allem die Pflicht zur ordnungs- und fristgemäßen Erfüllung der Arbeitsaufgaben, für den Betrieb entfiel die Beschäftigungs- und Lohnzahlungspflicht. Die an einem ruhenden Arbeitsrechtsverhältnis Beteiligten gingen davon aus, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Hauptpflichten und damit das Arbeitsrechtsverhältnis wieder voll auflebten. Das ruhende Arbeitsrechtsverhältnis konnte eintreten

- durch ausdrückliche gesetzliche Festlegung (z.B. Wehrpflichtige im Grundwehrdienst, Mütter in der bezahlten Freistellung),
- wenn der Werk tätige aus objektiven Gründen zeitweilig nicht arbeiten konnte (z.B. Arbeitsunfähigkeit, Inhaftierung) und
- durch Vereinbarung zwischen dem Werk tätigen und dem Betrieb.

Personen mit ruhendem Arbeitsrechtsverhältnis waren in die Arbeitskräfteberichterstattung und auch alle anderen Berichterstattungen der Erwerbstätigenstatistik nicht mit einzubeziehen. In der Berufszählung 1981 dagegen wurden sie als berufstätig erfasst.

Ausfallzeiten

Zeitverluste an der nominellen Arbeitszeit, die dem Betrieb aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, durch Störungen im Betriebsablauf oder aus sonstigen Gründen entstanden, unabhängig davon, ob der Betrieb durch gesetzliche Bestimmungen zu Lohnzahlungen für die ausgefallene Arbeitszeit verpflichtet war:

- Durch gesetzliche Regelungen begründete Ausfallzeiten,
- Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest,
- Ausfallzeiten infolge Warte- und Stillstandszeiten,
- Unbezahlte Freistellung von der Arbeit,
- Unentschuldigtes Fehlen.

Da bei der Ermittlung der nominellen Arbeitszeit bis einschließlich 1960 von der durchschnittlichen Zahl der Personen ausgegangen wurde, war bis zu diesem Jahr die Differenzzeit zwischen der vereinbarten Arbeitszeit der laut Arbeitsvertrag verkürzt Arbeitenden und der durchschnittlichen Normalarbeitszeit Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten. Ab 1961 war das nicht mehr der Fall, da der Ermittlung der nominellen Arbeitszeit die Vollbeschäftigteneinheiten zu Grunde gelegt wurden. Der Erholungsurlaub war bis zum Jahre 1982 Bestandteil der Ausfallzeiten, ab 1983 ist er eine gesonderte Kategorie der nominellen Arbeitszeit.

Belegschaftswechsel

Veränderung der Arbeitskräftezahl innerhalb eines Zeitraumes durch

- Zugang von Arbeitskräften infolge Neueinstellung, Übernahme aus der Berufsausbildung (Lehrverhältnis) und Wiederaufnahme der Tätigkeit nach einem ruhenden Arbeitsrechtsverhältnis (Wehrdienst, Mütter in der bezahlten Freistellung).
- Abgang von Arbeitskräfte infolge Auflösung bzw. Erlöschen des Arbeitsrechtsverhältnisses bei
- natürlichem Abgang (Invalidität, Rentenalter, Tod),
- gesellschaftlich notwendigem Abgang (Aufnahme eines Direktstudiums oder eines Lehrverhältnisses in der Berufsausbildung; Aufnahme des Dienstes in den bewaffneten oder anderen Sicherheitsorganen; geplante Versetzungen und Umsetzungen einschließlich Berufungen; planmä-

Biger Abgang auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen und strukturellen Änderungen; vorübergehende Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wegen Aufnahme des Grundwehrdienstes; Freistellung der Mütter nach Beendigung des Wochenurlaubes oder bei andauernder Krippenunfähigkeit des Kindes).

Der Ausweis erfolgte in Form einer Bilanz:

Anfangsbestand
Zugänge +
Abgänge ./.
Endbestand =

Innerbetriebliche Umsetzungen (wie z.B. von einer Beschäftigtengruppe in eine andere) rechneten nicht zum Belegschaftswechsel.

Die statistische Abrechnung des Belegschaftswechsels erfolgte in der Arbeitskräfteberichterstattung. Einbezogen wurden Vollbeschäftigte und Teilbeschäftigte im 1. Arbeitsrechtsverhältnis mit unbefristetem sowie über 6 Monate befristetem Arbeitsrechtsverhältnis. Bis 1970 wurde der Belegschaftswechsel für Werkkräfte mit unbefristetem und befristetem Arbeitsrechtsverhältnis ausgewiesen. Gleichzeitig waren bis Ende der sechziger Jahre im Belegschaftswechsel der Produktionsarbeiter bzw. des Fachpersonals auch innerbetriebliche Umsetzungen enthalten, soweit es sich um Zu- oder Abgänge von Produktionsarbeitern bzw. Fachpersonal aus anderen bzw. in andere Beschäftigtengruppen handelte und die neu aufgenommene Tätigkeit von Dauer war, es sich also nicht um vorübergehende Einsätze handelte.

Berufstätige

Im Arbeitsprozeß stehende Personen:

- Arbeiter und Angestellte,
- mitarbeitende Mitglieder und Kandidaten der Produktionsgenossenschaften und Rechtsanwaltskollegien,
- tätige Komplementäre,

- tätige Inhaber,
- tätige Mitinhaber,
- tätige Pächter,
- ein Gewerbe oder eine freiberufliche Tätigkeit ausübende Personen (Freiberuflich Tätige) und
- Mithelfende Familienangehörige.

Nicht hierzu zählten:

- Familienangehörige der LPG-Mitglieder, die nur in der individuellen Hauswirtschaft tätig waren,
- Lehrlinge (auch dann, wenn sie Mitglied oder Kandidat einer Produktionsgenossenschaft waren; diese Regelung galt ab 1960, bis 1959 wurden Lehrlinge einbezogen) und
- Mütter in der bezahlten Freistellung (Ausnahme: Berufszählung 1981).

Bis Mitte der sechziger Jahre war der Begriff Beschäftigte gebräuchlich. Dieser Begriff ist jedoch nicht mit dem gleichlautenden der BRD-Statistik identisch. Beispielsweise wurden in der BRD-Statistik die Lehrlinge einbezogen, nicht aber die Heimarbeiter.

Beschäftigtengruppe

Untergliederung (Gruppierung) der Arbeiter und Angestellten nach ihrer durch die Arbeitsteilung bestimmten Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmale waren die Stellung im Arbeitsprozeß (Arbeitsbereich) und die Tätigkeit (ab 1976: Tätigkeitshauptgruppen). Die Zuordnung erfolgte entsprechend den arbeitsvertraglichen Vereinbarungen und an Hand verbindlicher Beschäftigtengruppenkataloge. Statistisch erfaßt wurden Beschäftigtenangaben nach Beschäftigtengruppen mittels der Arbeitskräfteberichterstattung sowie ab 1962 zusätzlich mit der Beschäftigtengruppenerhebung. Folgende Beschäftigtengruppen wurden unterschieden:

a) Beschäftigtengruppen bis 1952:

- In der Produktion Beschäftigte
- Produktionsarbeiter

- Produktionsgrundarbeiter
- Produktionshilfsarbeiter
- Technisches Personal
- Kaufmännisches Personal
- Hilfspersonal
- Lehrlinge
- Nicht in der Produktion Beschäftigte

b) Beschäftigtengruppen 1954:

- Produktionsarbeiter
- Technisches Personal
- Wirtschaftler und Verwaltungspersonal
- Hilfspersonal
- Betreuungspersonal
- Lehrlinge

c) Beschäftigtengruppen 1955 bis 1962:

- Industrielles Personal
- Produktionsarbeiter
- Technisches Personal
- Wirtschaftler und Verwaltungspersonal
- Hilfspersonal und Betreuungspersonal
- Betriebsschutz
- Lehrlinge
- Nichtindustrielles Personal

Für den Zeitraum bis 1962 ist zu berücksichtigen: bis 1956 wurden Heimarbeiter gesondert abgerechnet, gehörten aber nicht zu den Gesamtbeschäftigten; 1957 bis 1962 gehörten die Heimarbeiter zwar zu den Gesamtbeschäftigten (ab 1961: Arbeiter und Angestellte), wurden aber gesondert dargestellt, also weder dem industriellen, noch dem nichtindustriellen Personal zugeordnet. Lehrlinge wurden in den Jahren 1957 bis 1959 zum nichtindustriellen Personal gerechnet, gehörten aber ab 1960 nicht mehr zu den Gesamtbeschäftigten.

d) Beschäftigtengruppen 1963 bis 1970⁵:
Es wurden zunächst zwei große Gruppen unterschieden – Beschäftigte für die

wirtschaftsbereichstypische Leistung und Andere Beschäftigte. Innerhalb der ersten Gruppe wurden folgende Arbeitsbereiche unterschieden:

- Direkt in der Produktion Tätige und Beschäftigte für Zwischenlagerung, Reparatur- und Transportleistungen
- Beschäftigte für die Forschung und Entwicklung der Produktion, für die Konstruktion und Projektierung
- Beschäftigte, die ausschließlich bzw. hauptsächlich für den eigenen Betrieb tätig waren
- Beschäftigte, die ausschließlich bzw. hauptsächlich für Fremde Arbeit leisteten
- Beschäftigte zur Lenkung und Leitung der Produktion
- Beschäftigte in den Arbeitsbereichen der Hauptbuchhaltung, der kaufmännischen Leitung und Allgemeinen Verwaltung

In diesen Bereichen waren (soweit sie dort vorkamen) folgende Beschäftigtengruppen nachzuweisen:

- Produktionsarbeiter
- Produktionsarbeiter für Zwischenlagerung, Reparatur- und Transportleistungen
- Ingenieurtechnisches Personal
- Meister
- Wirtschaftler
- Verwaltungs-, Hilfs- und Abrechnungspersonal

Rechtsgrundlage: Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie – Beschäftigtengruppenkataloge – vom 26. April 1962.⁶ Heimarbeiter gehörten weiterhin zu den Gesamtbeschäftigten und wurden ab 1963 (bzw. 1962, s.o.) den Produktionsarbeitern zugerechnet.

e) Beschäftigtengruppen 1971 bis 1974:

In der Arbeitskräfteberichterstattung wurden (bis 1975) folgende ausgewählte Beschäftigtengruppen abgerechnet:

- Produktionsarbeiter

⁵ 1962 erste Abrechnung in der Beschäftigtengruppenerhebung.

⁶ GBl. 1962, II Nr. 29, S. 271.

- Verwaltungspersonal
- Beschäftigte für EDV

Mit der Beschäftigtengruppenerhebung und der Qualifikationsberichterstattung wurden die Beschäftigten nach Arbeitsbereichen erfaßt:

- Direkt in der Produktion
- Forschung und Entwicklung
- Konstruktion
- Projektierung
- Lenkung und Leitung
- Ökonomie
- EDV einschließlich Vorbereitung
- Materialwirtschaft, Absatz, Kundendienst
- Andere Bereiche
- Bildungswesen

Für die Gebiete Technologie, Büro für Standardisierung, Lichtpauserei und Zeichnungsverwaltung gab es keine einheitliche Festlegung; sie waren nach der jeweiligen betrieblichen Unterstellung einem der genannten Arbeitsbereiche zuzuordnen.

f) Beschäftigtengruppen ab 1976⁷:

Es wurden zwischen Tätigkeitshauptgruppen und Arbeitsbereichen unterschieden. Als Tätigkeitshauptgruppen gab es bis 1982

- Produktionspersonal
- Produktionsarbeiter
- Ingenieurtechnisches Personal
- Produktionsvorbereitendes Personal
- Leitungs- und Verwaltungspersonal
- Betreuungspersonal
- Pädagogisches Personal
- Übriges Personal

Ab 1983 kamen hinzu

- Leitungspersonal
- Verwaltungspersonal
- EDV-Personal

Die Arbeitsbereiche wurden wie folgt differenziert:

- Produktionsdurchführende Bereiche

- Produktion – wirtschaftsbereichstypische Leistung
- Produktion – nichtwirtschaftsbereichstypische Leistung
- Produktionshilfsbereiche
- Innerbetrieblicher Transport
- Reparaturen und Instandhaltungen
- Vorrichtungs-, Werkzeug-, Lehren- und Modellbau
- TKO, Gütekontrolle
- Energiewirtschaft
- Sonstige Produktionshilfsbereiche
- Produktionsvorbereitende Bereiche
- Forschung und Entwicklung
- Konstruktion
- Projektierung
- Technologie
- Produktionsvorbereitung (Maschinenbelegung, Durchlaufplanung)
- Investitionsabteilung
- Sonstige produktionsvorbereitende Bereiche
- Wissenschaftliche Arbeitsorganisation
- Leitungs- und produktionssichernde Bereiche
- Leitung
- Planung
- Finanzökonomie, Preise
- Arbeit und Löhne
- Rechnungsführung und Statistik
- Betriebs- und Leitungsorganisation
- Datenverarbeitung
- Information und Dokumentation
- Allgemeine Verwaltung
- Beschaffung und Absatz
- Material- und Lagerwirtschaft
- Absatz, Kundendienst, Werbung
- Kultur-, Sozialwesen und Betreuungseinrichtungen
- Kader und Bildung
- Betriebssicherheit (Betriebsschutz)
- Übrige Arbeitsbereiche
- Fuhrpark
- Zweigtypische Arbeitsbereiche

Rechtsgrundlagen:

⁷ 1975 erste Erfassung mit der Beschäftigtengruppenerhebung.

- Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10. Dezember 1974⁸
- Anordnung Nr. 2 über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 13. Oktober 1982⁹

Durchschnittsermittlung

Die Durchschnittsermittlung (Personen, Vollbeschäftigteneinheiten) wurde in der Erwerbstätigkeitenstatistik der DDR durch die Betriebe vorgenommen. Wegen der Verpflichtung der amtlichen Statistik zur Planabrechnung war dies nicht anders möglich, hatte aber gegenüber einer Berechnung auf beliebigen Aggregationsebenen den Vorzug hoher Genauigkeit. Für die Berechnung standen den Betrieben zwei Möglichkeiten zur Wahl:

- Berechnung aus Tagesbeständen (tägliche Anschreibung)

$$\begin{aligned}
 &(1) \\
 &\text{Summe der Tagesbestände} \\
 &/ (\text{geteilt durch}) \\
 &\text{Anzahl der angeschriebenen Tage} \\
 &= \\
 &\underline{\text{Durchschnittsbestand}}
 \end{aligned}$$

- Berechnung aus Zeitnachweisen

$$\begin{aligned}
 &(2) \\
 &\text{Summe } N1 \\
 &/ (\text{geteilt durch}) \\
 &N2 \\
 &= \\
 &\underline{\text{Durchschnittszahl in VbE}} \\
 &(3) \\
 &\text{Summe } (N1 + V) \\
 &/ (\text{geteilt durch}) \\
 &N2 \\
 &= \\
 &\underline{\text{Durchschnittszahl in Personen}}
 \end{aligned}$$

Dabei bedeuten:

$N1$ = nominelle Zeit, ergibt sich aus tatsächlich geleisteter Arbeitszeit (ohne Überstunden) plus Erholungsurlaub plus Ausfallzeiten insgesamt (ohne bezahlte arbeitsfreie Wochenfeiertage)

$N2$ = nominelle Zeit je vollbeschäftigter Arbeitskraft

V = volkswirtschaftliche Zeitverluste infolge verkürzter Arbeitszeit lt. Arbeitsvertrag

= Summe der zutreffenden Normalarbeitszeiten minus Summe der individuell vereinbarten Arbeitszeiten¹⁰

Erwerbstätige

Der Begriff war in der amtlichen Statistik der DDR nicht im Gebrauch. Sinnverwandtschaft ist der Begriff Berufstätige, jedoch nicht inhaltsgleich, da er im Gegensatz zu den Erwerbstätigen nicht die Lehrlinge und auch nicht die Mütter in der bezahlten Freistellung (entspricht Müttern im Erziehungsjahr) einbezieht. Zahlenangaben über Berufstätige enthalten außerdem, obwohl per Definition nicht ausgeschlossen, nicht die Berufstätigen im x-Bereich. Von Erwerbstätigen kann man also ausnahmslos nur dann sprechen, wenn die definitorischen und erhebungsbezogenen Unterschiede im Ergebnis einer Rückrechnung überwunden und somit die methodische Vergleichbarkeit zur BRD-Statistik gesichert wurde. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt und es wird mit Daten aus den Originalergebnissen oder aus Veröffentlichungen der DDR gearbeitet, so müssen, um Fehlinterpretationen auszuschließen, die Begriffe der DDR-Statistik verwandt werden. Werden Vergleiche zu BRD-Angaben vorgenommen, empfiehlt sich bei Verwendung nicht rückgerechneter DDR-Angaben gleichzeitig die Bewertung der

⁸ GBl. 1975 I Nr. 1, S. 1.

⁹ GBl. 1982, I Nr. 37, S. 616.

¹⁰ Eine detaillierte Darstellung der Durchschnittsberechnung findet man u.a. in der Richtlinie zur Arbeitskräfteberichterstattung, Stand Juli 1985 in: Fritz u.a. 1996, Ergänzungsband 2 zur 3. Periode.

Auswirkungen der methodischen Unterschiede auf die angestrebte Aussage.

Erwerbstätigenstatistik, Erfassungsprinzipien der

Unternehmensprinzip, Arbeitsortprinzip und Wohnortprinzip. Die Zusammenhänge stellten sich aus Sicht eines Kreises wie folgt dar:

- (1) Berufstätige nach dem Unternehmensprinzip (Kriterium: Sitz des Betriebes)
- (2)+ Berufstätige in Nebenbetrieben, deren Betrieb in einem anderen Kreis lag
- (3) - Berufstätige in Nebenbetrieben anderer Kreise, deren Betrieb im eigenen Kreis ansässig war
- (4) = Berufstätige nach dem Arbeitsortprinzip (Kriterium: Arbeitsort des Berufstätigen)
- (5) + Auspendler (Einwohner des Kreises, die in einem anderen Kreis arbeiteten)
- (6) - Einpendler (Einwohner anderer Kreise, die im Kreis arbeiteten)
- (7) = Berufstätige nach dem Wohnortprinzip (Kriterium: Wohnort des Berufstätigen)

Datenquellen:

- (1) Berufstätigenerhebung (Erfassung; Ergebnisse bis 1971)
- (2) und (3) Nebenbetriebserfassung im Rahmen der Berufstätigenerhebung
- (4) Berufstätigenerhebung (territorial bereinigte Ergebnisse ab 1972)
- (5) und (6) Teilerhebung über Pendler per 15. Oktober 1957, Volks- und Berufszählungen (1950, 1964, 1971 und 1981)
- (7) Volks- und Berufszählungen

Da für die territoriale Bilanzierung der Bevölkerung und der Arbeitskräftereserven jährlich Berufstätigenangaben nach dem Wohnortprinzip benötigt wurden, waren in den Jahren, in denen keine Angaben über Auspendler erfaßt wurden, entsprechende Schätzungen vorzunehmen.

Facharbeiter

Personen, die über die Berufsausbildung oder im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung nach abgeschlossener Ausbildung die Facharbeiterprüfung bestanden haben und im Besitz einer Urkunde über die Ausbildung zum Facharbeiter, eines Facharbeiterzeugnisses bzw. Facharbeiterbriefes waren oder denen aufgrund langjähriger Berufserfahrungen entsprechend den Rechtsvorschriften die Facharbeiterqualifikation zuerkannt wurde. Nicht als Facharbeiter zählten Personen, die im Rahmen der Berufsausbildung oder der Erwachsenenbildung auf Teilgebieten von Facharbeiterberufen ausgebildet wurden.

Zwei Besonderheiten sind zu beachten:

- Die Bildungsabschlüsse des mittleren medizinischen Personals (Krankenschwestern, Pfleger, Hebammen, Krippenerzieherinnen, Physiotherapeuten, Zahntechniker u.a.) wurden 1962 bis 1975 als Facharbeiterabschlüsse gewertet.
- In der Qualifikationsberichterstattung wurden bis einschließlich 1975 nur jene Beschäftigten mit Facharbeiterabschluß auch als Facharbeiter abgerechnet, die im erlernten Beruf oder artverwandt tätig waren. Waren sie dies nicht, galten sie als Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ab 1976 erfolgte die Abrechnung der Facharbeiter unabhängig von der ausgeübten Tätigkeit. Lediglich bei der Gegenüberstellung von vorhandener und erforderlicher Qualifikation wurde die alte Regelung vorerst noch beibehalten. Erst 1984 wurde die neue Abrechnungsmethodik auf alle Abschnitte ausgedehnt.

Fachschulkader

- Personen, die an einer Ingenieur- oder Fachschule in einer beliebigen Studienform oder extern den Fachschulabschluß entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften erworben

haben und denen eine Berufsbezeichnung der Fachschulausbildung erteilt wurde.

- Personen, denen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen der Fachschulabschluß bzw. eine Berufsbezeichnung der Fachschulausbildung zuerkannt wurde.
- Personen, die an staatlich anerkannten mittleren und höheren Fachschulen anderer Länder eine Ausbildung abgeschlossen haben, die der Anforderung des Fachschulabschlusses in der DDR entsprach, und ein entsprechendes Zeugnis hatten.

Nicht als Fachschulkader zählten: Teilnehmer an einem Fachschulteilstudium, das nicht zum Fachschulabschluß führte, Meister, auch wenn die Ausbildung an einer Ingenieur- oder Fachschule erfolgte.

Unterschiedlich wurde die Bewertung der Qualifikation des mittleren medizinischen Personals (dazu gehörten z.B. Krankenschwestern, Pfleger, Hebammen, Krippenerzieherinnen, Physiotherapeuten, Zahntechniker) vorgenommen. Die Abschlüsse des mittleren medizinischen Personals wurden bis 1961 als Fachschulabschlüsse gewertet. In den Jahren 1962 bis 1975 galten sie als Abschlüsse auf Facharbeiterniveau. Erst danach wurden die entsprechenden Bildungsabschlüsse bei Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen wieder als Fachschulausbildung anerkannt. Grundlage dafür war die Anordnung über die medizinische Fachschulankennung für Krankenschwestern und andere mittlere medizinische Fachkräfte vom 21.8.1975.¹¹

Heimarbeiter

Berufstätige, die in eigenen oder selbstgemieteten Räumen und vielfach mit eigenen Produktionsinstrumenten auf der Grundlage eines Arbeitsrechtsverhältnisses für einen Betrieb arbeiteten. Heimarbeiter wurden bis 1962 gesondert abgerechnet, gehörten aber bis 1956 nicht zu den Gesamtbeschäftigten. Ab 1957 wur-

den sie den Gesamtbeschäftigten (bis 1960) bzw. den Arbeiter und Angestellten (ab 1961) zugerechnet, aber weiterhin in der Abrechnung als Einzelposition ausgewiesen. Mit Einführung neuer Beschäftigtengruppen im Jahre 1963 entfiel der gesonderte Ausweis. Fortan wurden die Heimarbeiter entsprechend ihrer Tätigkeit (Produktionsarbeiter) zugeordnet. Im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung wurden die Heimarbeiter entsprechend den gültigen Richtlinien in alle Angaben einbezogen. Lediglich bei den Ausfallzeiten mit Geldleistungen der Sozialversicherung und den nicht bezahlten Ausfallzeiten blieben sie unberücksichtigt.¹²

Hochschulkader

- Personen, die in einer beliebigen Studienform (Direkt-, Fern-, Abend- oder externes Studium) an einer Universität, Hochschule, Ingenieurhochschule, Akademie oder an einem Institut mit Hochschulcharakter den Hochschulabschluß entsprechend den geltenden rechtlichen Regelungen erworben haben.
- Personen, denen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder wissenschaftlicher Leistungen ein wissenschaftlicher Grad oder Titel zuerkannt wurde (z.B. Attestation im Bereich Volksbildung, Dr. h. c., Professor, Kammersänger),
- Inhaber gleichwertiger Abschlußzeugnisse staatlich anerkannter höherer Schulen und Universitäten anderer Länder.

Nicht als Hochschulkader zählten: Teilnehmer an einem verkürzten Sonderstudium (z.B. Teilstudium), das nicht mit dem Erwerb eines Hochschulabschlusses entsprechend den geltenden rechtlichen Regelungen endete.

¹¹ GBl. 1975, I, Nr. 36, S. 642.

¹² Näheres siehe Fritz u.a. 1996, Ergänzungsband 2, 3. Periode.

Lehrlinge

Jugendliche, die im Rahmen eines Lehrverhältnisses auf der Grundlage eines Lehrvertrages in einer gesetzlich festgelegten Ausbildungszeit und entsprechend der Systematik der Facharbeiterberufe (bis 1984: Systematik der Ausbildungsberufe)

- einen Facharbeiterberuf erlernten oder
- in der Berufsausbildung mit Abitur gleichzeitig mit der Facharbeiterqualifikation die Hochschulreife erwarten.

Nicht hierzu zählten: Schüler der erweiterten Oberschule, mit denen ein Lehrvertrag für Facharbeiterberufe mit dem Ziel, den Facharbeiterbrief gleichzeitig mit Erreichung des Abiturs zu erwerben, abgeschlossen wurde. Bis zum Jahre 1959 waren die Lehrlinge Bestandteil der Gesamtbeschäftigten. Ab 1960 wurden sie den Gesamtbeschäftigten bzw. den Arbeiter und Angestellten nicht mehr zugeordnet.

Lehrlinge waren in der Erwerbstätigenstatistik grundsätzlich von dem Betrieb nachzuweisen, mit dem der Lehrvertrag abgeschlossen worden war, auch dann, wenn die Lehrausbildung in einem anderen Betrieb durchgeführt wurde.

Meister (Tätigkeitsgruppe)

Personen, die gemäß Arbeitsvertrag nach dem Prinzip der Einzelleistung einen Meisterbereich (Produktions- bzw. Leistungsbereich) leiteten; sie besaßen für ihre Tätigkeit charakteristische Befugnisse, z.B. Weisungs- und Entscheidungsbefugnis. Im Regelfall verfügten als Meister tätige Personen und ihnen in der Funktion gleichgestellte Leiter über eine entsprechende Qualifikation (Meister-, Hoch- oder Fachschulabschluß). Nicht dazu zählten Beschäftigte mit Meisterqualifikation, die keine Leitungsfunktion ausübten (z.B. Lehrmeister, Schäfermeister).

Mit dem Wandel der Beschäftigtengruppe veränderte sich auch die Zuordnung der Meister auf der Grundlage der ausgeübten Tätigkeit und unabhängig von

der erreichten Qualifikationsstufe. Bis zum Jahre 1962 gehörten die Meister zum Technischen Personal. Ab 1963 (erste Abrechnung 1962) waren sie Bestandteil des Ingenieurtechnischen Personals (Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie – Beschäftigtengruppenkataloge – vom 26.4.1962¹³). Dem Leitungspersonal wurden die Meister schließlich ab 1976 (erste Abrechnung 1975) zugeordnet (Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10.12.1974¹⁴ sowie die dazugehörige Anordnung Nr. 2 vom 13.10.1982¹⁵).

Meister (Qualifikationsstufe)

Personen, die über eine abgeschlossene Ausbildung als Meister bzw. als Meister des Handwerks verfügten bzw. denen aufgrund langjähriger Berufs- und Leitungserfahrungen entsprechend den Rechtsvorschriften die Qualifikation als Meister zuerkannt wurde. Nicht hierzu zählten in Meisterfunktionen eingesetzte oder den Begriff „Meister“ als Tätigkeitsbezeichnung führende Arbeitskräfte wie z.B. Platzmeister, Wagenmeister, die keinen Meisterabschluß hatten.

Mütter in der bezahlten Freistellung

Seit dem 27.5.1976 hatten werktätige Mütter ab Geburt des 2. Kindes nach Ablauf des Wochenurlaubs (= 20 Wochen) die Möglichkeit, bezahlte Freistellung zur häuslichen Betreuung des Kindes bis zur Vollendung dessen ersten Lebensjahres in Anspruch zu nehmen. Diese Regelung wurde in den Jahren 1984 und 1986 noch hinsichtlich der Bedingungen und der Dauer der Freistellung erweitert. Darüber hinaus wurden alleinstehende werktätige Mütter freige-

¹³ GBl. 1962, II Nr. 29, S. 271.

¹⁴ GBl. 1975, Nr. 1, S. 1.

¹⁵ GBl. 1982, I Nr. 37, S. 616.

stellt, wenn sie nach Beendigung des Wochenurlaubs für das Kind keinen Krippenplatz bekamen. Die Dauer der Freistellung richtete sich nach dem Zeitpunkt, zu dem ein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Finanzierung der Freistellung erfolgte für

- Arbeiter und Angestellte über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und
- Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Genossenschaftsmitglieder über die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der DDR.

Während der Zeit der Freistellung ruhte das Arbeitsrechtsverhältnis. Demzufolge wurden Mütter in der bezahlten Freistellung nicht als Berufstätige erfaßt (Ausnahme: Berufszählung 1981). Die gesetzlichen Regelungen zur bezahlten Freistellung von Müttern sind in der Analogie zu dem seit dem 1.1.1986 wirksamen Bundeserziehungsgeldgesetz der BRD zu sehen. Dieses Gesetz sieht vor, dass während des Erziehungsurlaubs das Arbeitsverhältnis bestehen bleibt. Daher werden in der BRD-Statistik Mütter im Erziehungsurlaub als Erwerbstätige ausgewiesen.

Rechtsgrundlagen (Auswahl):

- Verordnung (VO) über die Verlängerung des Wochenurlaubs und die Verbesserung von Leistungen bei Mutterschaft vom 27.5.1976¹⁶
- Erste Durchführungsbestimmung (DB) zur VO über die Verlängerung des Wochenurlaubs und die Verbesserung von Leistungen bei Mutterschaft v. 4.6.1976¹⁷
- Zweite DB zur VO über die Verlängerung des Wochenurlaubs und die Verbesserung von Leistungen bei Mutterschaft vom 14.7.1976¹⁸

- VO zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten vom 17.11.1977¹⁹
- VO über die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9.12.1977²⁰
- VO über die Verbesserung von Leistungen nach der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes und für verheiratete werktätige Mütter mit drei und mehr Kindern bei Pflege erkrankter Kinder vom 24.5.1984²¹
- VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Familien mit Kindern vom 24.4.1986²²
- §§ 246 und 247 des Arbeitsgesetzbuches²³

Nacherhebungsangaben

Strukturell und methodisch (gegenüber der ursprünglichen Abrechnung) bereinigte Angaben für einen dem aktuellen Berichtszeitraum vorangegangenen Erfassungszeitraum bzw. Vergleichszeitraum, in aller Regel für den dem Berichtszeitraum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (Monat, Quartal, seit Jahresbeginn, Jahr). Die Vorjahresangaben wurden zu den Bedingungen des Berichtsjahres ermittelt. Das betraf sowohl zwischen den beiden Zeiträumen eingetretene Veränderungen beim Berichtspflichtigen (z.B. Erweiterung durch Betriebszusammenlegung), als auch beispielsweise Veränderungen erfassungsmethodischer Art, z.B. Änderung der Definition einer Kennziffer. Somit sind aktuell erhobene Angaben und Nacherhebungsangaben einer bestimmten Kennziffer direkt vergleichbar und sichtbar werdende Veränderungen ausschließlich auf

¹⁶ GBl. 1976, I, Nr. 19, S. 269.

¹⁷ GBl. 1976, I, Nr. 19, S. 271.

¹⁸ GBl. 1976, I, Nr. 27, S. 369.

¹⁹ GBl. 1977, I, Nr. 35, S. 373.

²⁰ GBl. 1978 I Nr. 1, S. 1.

²¹ GBl. 1984, I, Nr. 16, S. 193.

²² GBl. 1986, I, Nr. 15, S. 241.

²³ SAL 1986, S. 73.

schließlich auf inhaltliche Ursachen zurückzuführen.

Der Begriff Nacherhebungsangaben ist an sich irreführend, da die entsprechenden Daten nicht mit einer gesonderten Erhebung, sondern im Rahmen der jeweils aktuellen Berichterstattung erfaßt wurden. Da er im allgemeinen Sprachgebrauch war, wurde er dennoch hier aufgenommen. Korrekter allerdings wäre es gewesen, von einer Nacherfassung zu sprechen, wie es beispielsweise im Lexikon für Rechnungsführung und Statistik²⁴ auch getan wurde.

Nominelle Arbeitszeit

In einem bestimmten Zeitraum auf der Grundlage der Normalarbeitszeit (ohne Zeit für bezahlte arbeitsfreie Wochenfeiertage) mögliche Arbeitsstunden.

Die nominelle Arbeitszeit wurde in den Betrieben überwiegend aus den Arbeitszeitplänen, Arbeitszeitznachweisen u.ä. ermittelt durch

- Addition der Soll-Stunden (ohne Stunden für bezahlte arbeitsfreie Wochenfeiertage) oder
- Addition der Ist-Stunden, die Bestandteil der nominellen Arbeitszeit sind (tatsächlich geleistete Arbeitszeit ohne Überstunden, Erholungsurlaub und Ausfallzeiten insgesamt ohne Zeiten für bezahlte arbeitsfreie Wochenfeiertage).

Als Näherungswert wurde die Höhe der nominellen Arbeitszeit ermittelt durch Multiplikation der Kalenderarbeitstage mit der durchschnittlichen täglichen Normalarbeitszeit und der Anzahl der Arbeitskräfte (in Vollbeschäftigteneinheiten).

Bei der Ermittlung der nominellen Arbeitszeit wurde bis einschließlich 1960 von der durchschnittlichen Zahl der Personen ausgegangen. Damit war bis zu diesem Jahr die Differenzzeit zwischen der vereinbarten Arbeitszeit der laut Arbeitsvertrag verkürzt Arbeitenden und der durchschnittlichen Normalarbeitszeit

Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten. Ab 1961 war dies nicht mehr der Fall, da der Ermittlung der nominellen Arbeitszeit die Vollbeschäftigteneinheiten zu Grunde gelegt wurden.

Normalarbeitszeit

Gesetzlich festgelegte wöchentliche Arbeitsstunden der Arbeiter und Angestellten. Das waren zuletzt:

- 43,75 Stunden für die im Einschichtsystem Arbeitenden,
- 42 Stunden für die im Zweischichtsystem Arbeitenden und für Jugendliche bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres,
- 40 Stunden für alle im Dreischichtsystem Arbeitenden und für werktätige Mütter mit mehreren Kindern bis zu 16 Jahren oder mit einem schwerstgeschädigten Kind.

Diese Wochenarbeitszeiten unterlagen im Zeitverlauf einem häufigen Wandel. Zunächst galt eine generelle Wochenarbeitszeit von 48 Stunden. Mit dem Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit vom 18. Januar 1957²⁵ wurde mit Wirkung vom 1. März 1957 für sozialistische und ihnen gleichgestellte Industriebetriebe, für Verkehr und Nachrichtenwesen eine schrittweise Verkürzung auf 45 Stunden vorgesehen und mit der Arbeitszeitverordnung vom 29. Juni 1961 festgeschrieben²⁶. Die Verordnung vom 22. Dezember 1965²⁷ sah dann eine generelle Verkürzung auf 45 Stunden, für im Dreischicht- und durchgehenden Schichtsystem Arbeitende auf 44 Stunden vor. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung wurde mit der Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche vom 3. Mai 1967²⁸ mit Wirkung vom 28. August 1967 vorgenommen: generell galt eine Wochenarbeitszeit von 43,75 Stunden, für im Dreischicht- und durchgehenden Schichtsystem Arbeitende von 42 Stunden. Schließ-

²⁵ GBl. 1957, I, S. 73.

²⁶ GBl. 1961, II, Nr. 41, S. 263.

²⁷ GBl. 1965, II, Nr. 134, S. 897.

²⁸ GBl. 1967, II, Nr. 38, S. 237.

²⁴ Donda 1987, S. 309.

lich wurde mit der Verordnung vom 29. Juli 1976²⁹ die Arbeitszeit der im Dreischicht- und durchgehenden Schichtsystem Arbeitenden auf 40 Stunden, der im Zweischichtsystem Arbeitenden auf 42 Stunden verkürzt.

Primärdokumente der Arbeitskräfte- terechnung

Für die Arbeitskräfte-terechnung kamen folgende Dokumente zur primären Erfassung der Daten in den Betrieben zur Anwendung:

- Arbeitskräftestammdatenbeleg,
- Arbeitskräftestammdatenänderungsbeleg,
- Lohnschein, auftragsgebunden,
- Lohnschein, nicht auftragsgebunden,
- Sammellohnschein,
- Teilungsbeleg,
- Arbeitsnachweis (Arbeitszeiterfassung),
- Antrag auf Urlaub, Studientage, Freistellungen verschiedener Art,
- SV-Barleistungsbeleg,
- Stellenplan/Stellenplanüberwachung und
- Stellenplan/Gesamtübersicht.

Darüber hinaus gab es Vordrucke für den Abschluß, die Änderung und Auflösung des Arbeitsrechtsverhältnisses.

Produktionsarbeiter

Beschäftigtengruppe. Arbeitskräfte, die in den produzierenden Einheiten des Betriebes für die Durchführung des technologischen Prozesses eingesetzt waren bzw. diese Arbeiten durch Ausführung von Reparaturen, Transporten und sonstigen Hilfsleistungen unterstützten. Die Anzahl der Produktionsarbeiter setzte sich aus Produktionsgrundarbeitern und Produktionshilfsarbeitern zusammen. Diese grundsätzliche Begriffsbeschreibung hatte in ihren Grundzügen lange Zeit Bestand. Das darf jedoch letztendlich

bemerkenswerte Unterschiede in den einzelnen Zeitetappen nicht überdecken:

- Bis 1962 wurden Heimarbeiter nicht als Produktionsarbeiter abgerechnet. Das war erst ab 1963 der Fall.
- 1963 bis 1970 wurden Produktionsarbeiter nur für wirtschaftsbereichstypische Leistungen ausgewiesen.
- Eine weitere Einschränkung wurde in der Arbeitskräfteberichterstattung in den Jahren 1971 bis 1975 vorgenommen. Als sogenannte „Produktionsarbeiter Industrie“ waren nur die im Arbeitsbereich direkt in der Produktion Tätige und Beschäftigte für Zwischenlagerung, Reparatur- und Transportleistungen beschäftigten Produktionsarbeiter nachzuweisen.
- Ab 1976 war die Zuordnung völlig unabhängig von der Art des materiellen Produkts (wirtschaftsbereichstypisch oder nicht) vorzunehmen. Fortan galten Produktionsarbeiter als Arbeiter, die in den produzierenden Einheiten des Betriebes für die Durchführung des technologischen Prozesses eingesetzt waren bzw. diese Arbeiten durch Ausführung von Reparaturen, Transporten und sonstigen Hilfsleistungen unterstützten sowie Beschäftigte produktionsvorbereitender Bereiche für den Betrieb von Versuchs- und Pilotanlagen, die ausschließlich oder überwiegend für geplante industrielle Warenproduktion eingesetzt waren (einschließlich Nullserienfertigung). Die Produktionsarbeiter gehörten zur Tätigkeitshauptgruppe Produktionspersonal.

Produktionspersonal

Tätigkeitshauptgruppe; 1975 erstmalige Abrechnung in der Beschäftigtengruppenerhebung, ab 1976 verbindlich eingeführt und in den Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik angewandt. Das Produktionspersonal umfaßte Produktionsarbeiter und Ingenieurtechnisches Personal. Zum Produktionspersonal gehörten auch die Beschäftigten der TKO

²⁹ GBl. I Nr. 29, S. 385.

und Gütekontrolle sowie die Operativtechnologen und die Beschäftigten der Datenverarbeitung für Prozeßsteuerung. Die Zugehörigkeit zu dieser Tätigkeitshauptgruppe war unabhängig von der Art des materiellen Produkts (wirtschaftsbe-reichstypisch oder nichtwirtschaftsbe-reichstypisch).

Tätigkeitshauptgruppe

Beschäftigtengruppe; 1975 erstmalige Abrechnung in der Beschäftigtengrup-penerhebung, ab 1976 verbindlich einge-führt (Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliede-rung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10. Dezember 1974³⁰) und in den Erhebungen der Er-werbstätigenstatistik angewandt. Auf der Basis des Merkmals ausgeübte Tätigkeit wurden zunächst 8, ab 1983 insgesamt 11 für gesamtwirtschaftliche wie auch zweigliche und betriebliche Belange wichtige Tätigkeitshauptgruppen unter-schieden (ab 1983 war die Anordnung Nr. 2 über die Einführung der Rahmen-richtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 13. Oktober 1982³¹ wirksam). Die Zuordnung der Beschäftig-ten zu den Tätigkeitshauptgruppen erfolgte ausschließlich nach dem Merkmal ausgeübte Tätigkeit und völlig unabhän-gig davon, welche Qualifikation vorlag, in welcher Struktureinheit die Tätigkeit ausgeübt wurde oder welche Form der Entlohnung gegeben war. In Zweifelsfäl-len wurde die Arbeitsaufgabe als zusätz-liches Kriterium herangezogen. So war z.B. ein Konstrukteur auch dann dem Produktionsvorbereitenden Personal zuzuordnen (und nicht etwa dem EDV-Personal), wenn die Anwendung von Computern bei der Lösung seiner Ar-beitsaufgabe dominant war. Die Tätig-keitshauptgruppen waren nicht nur verbal definiert, sondern auch mittels der Positi-

onen der Systematik der Tätigkeiten (Verbindungsschlüssel) präzise bestimmt.

Volkswirtschaftliche Arbeitskräfte-systematiken

Von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für verbindlich erklärte und herausgegebene, meist auch von ihr entwickelte Systematiken, die einzelne oder mehrere Merkmale zur Charakteri-sierung der Arbeitskraft zum Inhalt hatten (SZS 1974). Ihre verbindliche Anwen-dung in Rechnungsführung und Statistik in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Volkswirtschaft ab 1. Januar 1976 wurde mit der Anordnung über die Ein-führung und Anwendung Volkswirt-schaftlicher Arbeitskräftesystematiken vom 14. Oktober 1974³² geregelt. Die datenverarbeitungsgerechte Gestaltug der Arbeitskräftesystematiken und ihre einheitliche Anwendung waren, im Ver-bund mit einheitlichen Primärdokumen-ten und Definitionen, eine wichtige Voraussetzung für eine rationelle und effiziente Gestaltung der Infor-mationsbeziehungen im weitesten Sinne. Zum Zeitpunkt des Erlasses o.g. Anord-nung umfaßten die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken folgende Einzelsystematiken:

- Systematik der Berufe,
 - Systematik des Qualifikationsniveaus,
 - Systematik der akademischen Grade,
 - Systematik des ausbildungsgerechten Einsatzes,
 - Systematik der Arbeitskräfte nach Technisierungsstufen,
 - Systematik der Nutzung des Arbeits-vermögens,
 - Systematik der Berechtigungsnach-weise und
 - Systematik der Tätigkeiten.
- Später kamen noch hinzu:
- Rahmenrichtlinie für die neue Gliede-rung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens,

³⁰ GBl. I Nr. 1, S. 1.

³¹ GBl. I Nr. 37, S. 616.

³² GBl. I, Nr. 53, S. 493.

- Systematik der Fremdsprachen,
- Systematik der Sprachbeherrschung,
- Systematik der Länder,
- Systematik – Familienstand,
- Systematik – Geschlecht,
- Systematik der Schulbildung,
- Systematik der Durchführung von Bildungsmaßnahmen (Studienformen),
- Systematik – verliehene Titel,
- Systematik Hochschullehrer,
- Systematik der Auszeichnungen,
- Systematik der Abgangsgründe,
- Systematik der Zugangsquellen,
- Systematik – Körperbeschädigte,
- Systematik der Kategorien der Arbeitszeit und
- Systematik der Schichtarbeit.

Die vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen herausgegebene Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung (zuletzt: Anordnung Nr. 4 über die Führung der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung vom 31. Dezember 1975³³) sowie die Systematik der Facharbeiterberufe waren nicht Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken.

Vollbeschäftigteneinheit

Der Begriff wurde mit dem Ziel der zusammenfassenden Darstellung der Voll- und Teilbeschäftigten 1961 in der Erwerbstätigenstatistik eingeführt. Ein Vollbeschäftigter war gleich einer Vollbeschäftigteneinheit. Die Teilbeschäftigten wurden auf der Grundlage der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit und der rechtlich geregelten Normalarbeitszeit in fiktive Vollbeschäftigte umgerechnet. Über die Umrechnung der arbeitsvertraglich an den Betrieb gebundenen Beschäftigten hinaus wurden aber ab 1961 schrittweise folgende, meist zeitweilig eingesetzte Arbeitskräfte in die Abrechnung in Vollbeschäftigteneinheiten (mit einer Ausnahme wegen der

Vermeidung von Doppelerfassungen in der Bilanzierung jedoch nicht in die Abrechnung in Personen) zusätzlich einbezogen (Basis = bezahlte Zeit ohne Überstunden):

- Mitglieder von „Hausfrauenbrigaden“,
- Strafgefangene,
- Betriebsangehörige anderer Betriebe („sozialistische Hilfe“), wenn der Lohn vom hilfenehmenden Betrieb getragen wurde,
- Studenten im Arbeitseinsatz,
- Schüler in der Ferienarbeit,
- Teilbeschäftigte im 2. Arbeitsrechtsverhältnis,
- „Feierabendarbeit“ (bis zu ihrem Verbot 1970, danach „Leistungen zusätzlicher Arbeit“) von Beschäftigten des eigenen Betriebes und anderer Betriebe,
- Studenten im Praktikum, wenn ihre Vergütung aus dem Lohnfonds gezahlt wurde,
- Beschäftigte mit einem bis zu 6 Monaten befristeten Arbeitsvertrag und
- stunden- oder tageweise Aushilftätigkeit von Müttern in der bezahlten Freistellung.

Durch diese Regelungen wurden die Vollbeschäftigteneinheiten zunehmend zur Größe für die Messung des Gesamtaufwandes an Arbeit. Die methodische Konstruktion der Vollbeschäftigteneinheiten führte dazu, dass kein direkter Zusammenhang zwischen den Beschäftigtenangaben in Personen und in Vollbeschäftigteneinheiten bestand und damit auch keine Möglichkeit des Rückschlusses von der Zahl der Vollbeschäftigteneinheiten auf arbeitsvertraglich zum Betrieb gehörende Beschäftigte. Zudem beinhaltet die Größe Vollbeschäftigteneinheit im zeitlichen Vergleich einen unterschiedlichen Umfang von zusätzlichem Arbeitsaufwand. All diese Folgen erscheinen jedoch nur bei mikroökonomischen Betrachtungen von Belang; die Aussagen makroökonomischer Untersuchungen dürften sie kaum entscheidend beeinträchtigen. In Verbindung mit der

³³ GBl.-Sonderdruck Nr. 757/3.

Einführung der Vollbeschäftigteneinheiten wurden ab 1961 die Ausfallzeiten infolge Kurzarbeit lt. Arbeitsvertrag nicht

mehr als Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten abgerechnet.

2. Statistik der BRD

Definitionen:

Angestellte

Arbeiter;

Arbeitslose (auch: registrierte Arbeitslose);

Arbeitsstätten;

Beamte;

Berufspendler;

Beschäftigte;

Erwerbskonzept (auch: Erwerbspersonenkonzept);

Erwerbslose;

Erwerbspersonen;

Erwerbstätige;

Mithelfende Familienangehörige;

Nichterwerbspersonen;

Selbständige;

Sozialversicherungspflichtig

beschäftigte Arbeitnehmer;

Stellung im Beruf; Unterhaltskonzept.

Angestellte

Nicht beamtete Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. verwaltungsmäßige höhere technische oder überwiegend leitende oder sonstige gehobene Tätigkeit ausüben. Die Zuordnung zu den Angestellten ist erhebungsabhängig unterschiedlich.

- Volks- und Berufszählung, Mikrozensus:
- Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. So sind Werkmeister in der Regel Angestellte, auch wenn sie ihre Versicherung in der Rentenversicherung für Arbeiter beibehalten haben. Dasselbe gilt auch für Angestellte, die aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Betrieb vom Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden und weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter zahlen. Angestellte mit Beamtenbesoldung gelten ebenfalls als Angestellte.
- Beschäftigtenstatistik:
- Für die Zuordnung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Angestellten ist primär die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Ver-

einbarung im Arbeitsvertrag maßgebend. Personen, die als Auszubildende oder zu ihrer Ausbildung im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, werden ebenfalls den Angestellten zugeordnet.

- Arbeitsstättenzählung:
- Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Als Angestellte gelten auch Personen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung befreit sind. Nicht zu den Angestellten rechnen Auszubildende in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen, einschl. der Praktikanten und Volontäre.
- Statistik über den Personalbestand des öffentlichen Dienstes:
- In einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis Beschäftigte, die regelmäßig in der Rentenversicherung für Angestellte versicherungspflichtig und nicht Lohnempfänger sind. Zu den Angestellten zählen auch angestelltenversicherungspflichtige Auszubildende, ferner Lernschwestern/-pfleger und Pflegehilfsschüler sowie Personen, die für eine Ausbildung im Beamtenverhältnis vorbereitet werden und noch nicht mit Ernennungsurkunde zu Beamten auf Widerruf ernannt worden sind.

Arbeiter

Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Die Zuordnung zu den Arbeitern ist erhebungsabhängig unterschiedlich.

- Volks- und Berufszählung, Mikrozensus:
- Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend. Zu den Arbeitern zählen neben den Facharbeitern

auch die sonstigen Arbeiter, wie z.B. angelehrte und ungelernte Arbeiter. Hilfsarbeiter, Heimarbeiter und Hausgehilfinnen werden ebenfalls zu den Arbeitern gerechnet. Im Mikrozensus wurden die gewerblichen Auszubildenden bis einschließlich 1971 ebenfalls bei den Arbeitern nachgewiesen.

- Beschäftigtenstatistik:
- Für die Zuordnung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend. Personen, die als Auszubildende oder zu ihrer Ausbildung im Arbeitsverhältnis beschäftigt sind, werden ebenfalls den Arbeitern zugeordnet. Der Sozialversicherungspflicht unterliegende Heimarbeiter zählen zu den Arbeitern.
- Arbeitsstättenzählung:
- Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Nicht zu den Arbeitern zählen die Heimarbeiter und die gewerblichen Auszubildenden einschl. der Praktikanten und Volontäre.
- Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe:
- Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Zu den Arbeitern zählen auch alle auf der Lohnliste geführten Lohnempfänger, die von der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung befreit sind. Ebenfalls zu den Arbeitern zählen die gewerblich Auszubildenden, nicht aber die Heimarbeiter.

- Monatsbericht im Ausbaugewerbe:
- Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend. Daher zählen zu den Arbeitern auch die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere und Meister. Ferner sind die gewerblich Auszubildenden einbezogen. Nachgewiesen werden nur die Arbeiter mit überwiegend ausbaugewerblicher Tätigkeit.

Arbeitslose (auch: registrierte Arbeitslose)

Nach der Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit muß eine Person in der Bundesrepublik Deutschland folgende Eigenschaften erfüllen, um als Arbeitsloser registriert zu werden:

- sie muß sich beim Arbeitsamt als arbeitslos melden, um in ein Arbeitsverhältnis als Arbeitnehmer oder in Heimarbeit vermittelt zu werden; dabei darf die gesuchte Beschäftigung nicht auf einen bestimmten Betrieb (Unternehmen) oder nur auf Heimarbeit beschränkt sein;
- sie muß älter als 15, aber jünger als 65 Jahre sein;
- sie darf nicht arbeitsunfähig erkrankt sein;
- sie muß eine Erwerbstätigkeit auf Dauer suchen, d.h. für einen Zeitraum von länger als drei Monaten und für mindestens 18 Stunden je Woche;
- sie darf nicht oder nur kurzfristig (höchstens drei Monate) bzw. nur geringfügig (weniger als 18 Stunden pro Woche) erwerbstätig sein;
- sie muß zur Arbeitsaufnahme im In- und Ausland sofort zur Verfügung stehen und für das Arbeitsamt jederzeit erreichbar sein.

Entsprechend zählen folgende Personen nicht zu den Arbeitslosen, selbst wenn sie eine Tätigkeit über das Arbeitsamt suchen

(in diesem Fall gelten sie als nichtarbeitslose Arbeitsuchende):

- Kurzarbeiter;
- Streikende und Ausgesperrte;
- Bezieher von Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie Ruhegehaltsempfänger;
- vorübergehend Erkrankte;
- Personen mit mehreren kurzfristigen Beschäftigungen, sofern diese insgesamt mindestens 18 Stunden wöchentlich ausgeübt werden;
- Personen, die an (ganztägigen) staatlich geförderten Fortbildungs-, Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen, solange diese Maßnahmen andauern;
- Personen auf der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz;
- Schüler oder Studenten, die einen Ferienjob suchen;
- Teilnehmer an Vollzeitunterricht, unabhängig davon, ob sie vorher arbeitslos waren oder nicht.

Die Anzahl der Arbeitslosen ist nur bedingt geeignet, die Arbeitslosigkeit zu erfassen. Sie enthält einerseits Personen, die, obwohl als arbeitslos registriert, dem Arbeitsmarkt tatsächlich nicht zur Verfügung stehen (Arbeitsunwillige und Personen, die sich als arbeitslos registrieren lassen, um soziale Ansprüche nicht zu verlieren), so dass die Arbeitslosigkeit überschätzt wird. Andererseits enthält die Anzahl der Arbeitslosen jene Personen nicht, die zwar eine Tätigkeit suchen, sich jedoch nicht beim Arbeitsamt registrieren lassen, was zu einer Unterschätzung der Arbeitslosigkeit führt.

Neben den zumindestens grundsätzlich meßbaren Formen von Arbeitslosigkeit existiert zusätzlich die sogenannte versteckte Arbeitslosigkeit. Sie äußert sich darin, dass sich Personen, die grundsätzlich an der Aufnahme einer Tätigkeit interessiert sind, nicht (mehr) als arbeitslos melden, sondern stattdessen beispielsweise ihre Ausbildung verlängern (z.B. Aufnahme eines Zusatzstudiums),

vorzeitig in den Ruhestand gehen oder als Ausländer in ihre Heimat zurückkehren.

Die Anzahl der Arbeitslosen darf nicht mit der Anzahl der Erwerbslosen verwechselt werden. Der Definition beider Begriffe liegen unterschiedliche Konzepte zugrunde. Sie werden auch mit Hilfe unterschiedlicher Erhebungen erfaßt. Beide Konzepte führen in der Praxis nie zu identischen Anzahlen jener Personen, die eine Tätigkeit suchen.

Arbeitsstätten

Örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag der Erhebung mindestens eine Person (einschl. des Leiters oder Inhabers) oder – unter einheitlicher Leitung – mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.

Als Arbeitsstätte gilt demnach jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jede Filiale, jede Werkstätte, jede Praxis (auch wenn in der Wohnung gelegen), jede Geschäftsstelle, jedes Büro (auch von Verbänden und Vereinen), jede Dienststelle einer Behörde, jede Anstalt oder Einrichtung, sofern sie von anderen Teilen der gleichen Wirtschaftseinheit örtlich getrennt liegt und mindestens eine Person in ihr regelmäßig erwerbstätig ist.

Mit der Arbeitsstättenzählung erfaßt werden die örtlichen Einheiten in allen Wirtschaftszweigen, unter anderen im Produzierenden Gewerbe, im Handel, im Verkehr, bei den Banken und Versicherungen, im Gastgewerbe, bei Reinigung und Körperpflege (z.B. Friseure), in der Wissenschaft, Bildung (z.B. Schulen, Theater, selbständige Künstler, Schriftsteller), im Gesundheitswesen (z.B. Ärzte, Hebammen, Krankenhäuser), in der Rechtsberatung (Rechtsanwälte, Steuerberater), bei den Kirchen, Verbänden, sonstigen Organisationen, Behörden und Sozialversicherungen.

Nicht zu den Arbeitsstätten rechnen private Haushalte.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe wurden nur einbezogen, wenn sie in steuerlicher Hinsicht (Gewerbe-, Umsatz-, Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe

und nicht als landwirtschaftliche Betriebe galten.

Als Arbeitsstätten gelten u.a. auch:

- örtlich getrennte Betriebsteile (z.B. Lagerplätze), auch wenn sie in der Nähe des Hauptbetriebes liegen. Wird ein Betriebsgrundstück aber nur von einer Straße oder Bahn durchquert, so gilt es als eine örtliche Einheit;
- jede Niederlassung (Mietpartei) von verschiedenen Firmen oder Dienststellen in einem Geschäfts- oder Bürohaus auf ein- und demselben Grundstück;
- jede einer Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaft oder einem Einkaufszentrum zugehörige Firma;
- Pachtbetriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (Kantinen, Garderoben);
- Verkaufsverbände, sowohl mit festem als auch mit wechselndem Standort, aber nicht solche von Bauern oder Gärtnern für den Absatz eigener Erzeugnisse auf Wochenmärkten;
- vorübergehend stillgelegte, ruhende oder Saisonbetriebe (z.B. Zuckerfabriken, Badeanstalten), sofern am Stichtag mindestens eine Person in ihnen erwerbstätig war;
- selbständig Tätige, auch wenn bei ihnen eine Arbeitsstätte als ständige räumliche Einrichtung nicht vorlag (ambulante Gewerbetreibende, Hausierer, Schausteller);
- Arbeitsstätten von Heimarbeitern;
- Werkstätten in Anstalten, sofern diese dauernd oder überwiegend für den Markt arbeiten (z.B. Korbflechterei einer Blindenanstalt);
- bei Bundesbahn, Bundespost und Behörden aller Art sowohl örtlich getrennt liegende Teile von Dienststellen wie auch Dienststellen verschiedener Ämter und mitverwaltete unselbständige Stellen auf einem Grundstück bzw. in einem Gebäude; Dienststellen oder Teile von Dienststellen der Bundesbahn wurden in Gemeinden unter 100 000 Einwohnern

ner zu einer Arbeitsstätte zusammengefaßt;

- Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, jedoch nur hinsichtlich des zivilen Personals. Alle innerhalb derselben politischen Gemeinde gelegenen Dienststellen wurden zu je einer Arbeitsstätte zusammengefaßt;
- Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen und von Unternehmen aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) im Bundesgebiet.

Nicht als Arbeitsstätten gelten u.a.:

- Betriebe gewerblicher oder handwerklicher Art, die steuerlich als Neben- oder Hilfsbetriebe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gelten;
- Betriebe der Binnenfischerei;
- Baustellen;
- Schiffe (als Arbeitsstätte gilt der Sitz des Schiffsinhabers);
- Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik;
- sonstige inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter sowie von diesen unterhaltene deutsche Arbeitsstätten;
- Niederlassungen deutscher Firmen im Ausland;
- Personen, die in arbeitnehmerähnlicher Stellung Dienstleistungen einfacher Art verrichten (z.B. Aufwartefrauen, Koch- oder Waschfrauen).

Beamte

Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernennungs-) Urkunde berufen worden sind.

Als Beamte gelten u.a. auch Beamtenanwärter, Beamte im Vorbereitungsdienst, Wahlbeamte während ihrer Amtszeit, Angehörige der Polizei, Richter sowie Geistliche der zur evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kir-

chen und der römisch-katholischen Kirche. Den Beamten werden weiter der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten, Minister, Senatoren, Landräte, Bürgermeister und Stadträte zugeordnet.

Nicht zu den Beamten zählen u.a. Beamte im Ruhestand und Personen mit den Berufsbezeichnungen „Versicherungsbeamter“, „Betriebsbeamter“ oder „Bankbeamter“, die in keinem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Es handelt sich nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist (z.B. Deutsche Bundesbank).

Die Zuordnung zu den Beamten ist erhebungsabhängig unterschiedlich.

- Volks- und Berufszählung, Mikrozensus:
- Als Beamte gelten auch Soldaten sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes. Andere Geistliche als die der evangelischen und römisch-katholischen Kirche sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften werden den Angestellten zugeordnet.
- Arbeitsstättenzählung:
- Nicht zu den Beamten zählen die Soldaten und die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (mit Ausnahme der beamteten Zivilbediensteten). Andere Geistliche als die der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften werden den Angestellten zugeordnet.
- Statistik über den Personalbestand des öffentlichen Dienstes:
- Alle Bediensteten, die – auf Lebenszeit, Zeit, Probe, Widerruf – durch eine Ernennungsurkunde ausdrücklich in das Beamtenverhältnis berufen worden sind (planmäßige Beamte, beamtete Hilfskräfte, Beamte in Ausbildung).

Bei den Beamten in Ausbildung handelt es sich um Bedienstete, die den vorgeschriebenen bzw. üblichen Vorbereitungsdienst ableisten (Referendare, In-

spektor- und Assistentenanwärter sowie Anwärter für den einfachen Dienst).

Für die Zuordnung ist entscheidend, dass diese Bediensteten durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind.

Nicht zu den Beamten zählen wiederbeschäftigte Ruhestandsbeamte, die nach angestelltenrechtlichen Grundsätzen beschäftigt werden, Angestellte, die Bezüge nach einem Besoldungsgesetz erhalten, sowie Personen in einem Beschäftigungsverhältnis, das auf die Übernahme in den Vorbereitungsdienst abzielt (Dienstanfänger, Verwaltungslehrlinge). Dieses Personal wird bei den Angestellten nachgewiesen.

Nicht zu den Beamten zählen ferner die Richter und Soldaten, da es sich um eigenständige gesetzlich geregelte Dienstverhältnisse handelt.

Berufspendler

Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte nicht auf dem Wohngrundstück liegt. Befindet sich die Arbeitsstätte in der gleichen Gemeinde, handelt es sich um innergemeindliche Berufspendler, andernfalls um Berufspendler über die Gemeindegrenze. Liegt die Zielgemeinde in einem anderen Kreis, wird auch die Bezeichnung Pendler über die Kreisgrenze angewandt. Analog dazu gibt es Pendler über die Grenze des Bundeslandes oder ins Ausland.

Erwerbstätige, die neben der Ausübung einer Erwerbstätigkeit noch eine Schule besuchen (z.B. Erwerbstätige, die nach Dienstschaft eine Abendschule besuchen), rechnen grundsätzlich zu den Berufspendlern. Maßgebend ist dabei, dass die Arbeitsstätte nicht auf dem Wohngrundstück des Erwerbstätigen liegt. Zu den Berufspendlern rechnen weiter Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung eine – wenn auch nur geringfügige – Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben. Unterschieden wird zwischen „Berufspendlern“, bei denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Wohn-gemeinde und „Berufseinspendlern“, bei

denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Zielgemeinde gesehen wird. Zu den Berufspendlern zählen auch jene Personen, die im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben, während Berufseinspendler, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben, nicht erfasst werden (sog. Grenzgänger).

Die Berufspendler gehören zum Oberbegriff Pendler, der außerdem die Ausbildungspendler umfasst.

Beschäftigte

Personen, die in Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten tätig sind und entweder in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder in einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Betrieb, Unternehmen oder zur Arbeitsstätte stehen.

Voll als Beschäftigte werden auch gezählt: Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Saison- und Aushilfsarbeiter, Kurzarbeiter, Schlechtwettergeldempfänger, Teilzeitbeschäftigte, Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (Leiharbeitnehmer wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Nicht zu den Beschäftigten rechnen die (längerfristig) im Ausland Beschäftigten, zum Grundwehrdienst einberufene Personen, Zivildienstleistende, Strafgefangene, ehrenamtlich Tätige sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen, Arbeitsstätten) im meldenden Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen.

Heimarbeiter rechnen ebenfalls nicht zu den Beschäftigten.

Mithelfende Familienangehörige werden in den einzelnen Statistiken unter-

schiedlich berücksichtigt. Sie werden entweder

- ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit erfaßt (z.B. in der Arbeitsstättenzählung) oder
- nur dann erhoben, wenn sie mindestens ein Drittel der betrieblichen Arbeitszeit tätig sind (z.B. im Monatsbericht Ausbaugewerbe und in der Handwerkszählung).

Unter den Beschäftigten werden Beschäftigungsfälle nachgewiesen, so dass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten auch mehrfach gezählt werden.

Der Begriff Beschäftigte ist – von den durch die einzelnen Erhebungsbereiche bedingten Besonderheiten abgesehen – gleich abgegrenzt wie der Begriff Tätige Personen (verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung); soweit die Begriffe Beschäftigte und Tätige Personen in jeweils denselben Statistiken verwendet werden (z.B. in den Statistiken für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, in der Arbeitsstättenzählung, in den Handels- und Gaststättenzählungen und der Großhandels-, Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik), stimmen sie inhaltlich voll überein.

Unterschiede zwischen dem Begriff Beschäftigte und dem Begriff Erwerbstätige (Volks- und Berufszählung, Mikrozensus) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen ist Erhebungseinheit das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils Gesamtangaben über ihre Beschäftigten melden; in der Volks- und Berufszählung bzw. im Mikrozensus ist dagegen die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner oder Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere

Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalt zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Beschäftigten.

Bei den Beschäftigten werden lediglich die Soldaten auf Wehrübungen, bei den Erwerbstätigen hingegen alle Soldaten berücksichtigt.

Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Beschäftigten in den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, dann können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die Bereichsstatistiken und die Arbeitsstättenzählungen weisen daher nur Beschäftigungsfälle nach und nicht die tatsächliche Zahl der dahinterstehenden Individuen. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen – soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird – jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt Erhebungseinheit ist.

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Beschäftigten werden überwiegend Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept), bei den Erwerbstätigen dagegen Personen der Wohnbevölkerung (Inländerkonzept) gezählt.

Erwerbskonzept (auch: Erwerbspersonenkonzept)

Bei diesem Konzept steht die tatsächliche Beteiligung von Personen am Erwerbsleben mit Mittelpunkt des Interesses. Danach ist eine Person erwerbstätig, wenn sie im Beobachtungszeitraum (beispielsweise einer Woche) eine unmittelbar (z.B. bei mithelfenden Familienangehörigen) auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausgeübt hat. Dabei kommt es nicht darauf an, von welcher Art diese Tätigkeit ist, wie lange sie ausgeübt wird, ob sie regelmäßig ausgeübt wird und welche Bedeutung die dabei erzielten Einkünfte für den Lebensunterhalt haben.

Diese Definition der Erwerbstätigkeit ist sehr weit gefaßt. Nach ihr sind alle Personen erwerbstätig, die im Beobachtungszeitraum eine – wenn auch noch so geringfügige – Erwerbstätigkeit ausüben, z.B. auch Hausfrauen, die einmal wöchentlich für einige Stunden außer Haus putzen oder Rentner, die nach ihrer Pensionierung z.B. als Nachtwächter tätig sind.

In der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland wird die Erwerbstätigkeit jährlich im Mikrozensus und in mehrjährigen Abständen in der Volkszählung nach dem Erwerbs- oder Erwerbspersonenkonzept erhoben.

Erwerbslose

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind (im Mikrozensus bis einschl. 1975: 13 Jahre) und im Berichtszeitpunkt bzw. -raum nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind.

Erwerbslose sind einmal solche Personen, die normalerweise erwerbstätig und nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, zum anderen Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen (z.B. Hausfrauen, Rentner, Studenten), aber gegenwärtig eine Arbeitsstelle suchen.

Nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen rechnen Personen,

die keine ihren Vorstellungen und ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit finden, aber kurzfristig eine Aushilfstätigkeit ausüben, auch wenn sie nur eine Stunde pro Woche arbeiten.

Die Erwerbslosen werden im Mikrozensus auch nach ihrem überwiegendem Lebensunterhalt gegliedert, wobei als überwiegende Unterhaltsquelle Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und dgl. sowie Angehörige in Frage kommen.

Die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose (Statistik der Arbeitsvermittlung) sind nicht unmittelbar vergleichbar, weil für die Zuordnung einer Person zu den Erwerbslosen die aktive Suche einer Arbeitsstelle und nicht ihre Meldung beim Arbeitsamt maßgebend ist. Andererseits zählen Personen, die im Berichtszeitraum als Arbeitslose beim Arbeitsamt gemeldet sind und gleichzeitig geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen (Volks- und Berufszählung, Mikrozensus).

Erwerbspersonen

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind (im Mikrozensus bis einschl. 1975: 13 Jahre) und entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete bzw. zu leistende Arbeitszeit, oder die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen. Soldaten werden im Mikrozensus erst ab 1972 einbezogen.

Die Erwerbspersonen gliedern sich in die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen (Volks- und Berufszählung, Mikrozensus, Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen). Im Gegensatz dazu gehören zu den Erwerbspersonen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen. Da sich die Anzahlen der Erwerbslosen und der Arbeitslosen in aller Regel deutlich unterscheiden (Vogel, Grünwald 1996, S. 113), ergeben sich je nach Statis-

tik unterschiedliche Daten für die Zahl der Erwerbspersonen.

In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über deutsche Erwerbspersonen geschätzt und nachgewiesen; es handelt sich um Jahresdurchschnittswerte.

Die Erwerbspersonen werden im Mikrozensus auch nach ihrem überwiegend Lebensunterhalt gegliedert, wobei als überwiegende Unterhaltsquelle Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und dgl. sowie Angehörige in Frage kommen.

Erwerbstätige

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind (im Mikrozensus bis einschl. 1975: 13 Jahre) und eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Zu den Erwerbstätigen rechnen Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreiben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Personen, die nur geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, wie z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind oder arbeitende Studenten und Schüler, zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen.

Einbezogen sind ferner Berufssoldaten, Soldaten im Grundwehrdienst/auf Wehrübung, Soldaten auf Zeit sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei, Zivildienstleistende, ferner Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter und Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, in und außerhalb der Anstalt Arbeiten zu verrichten. Bis einschl. 1971 wurden die Erwerbstätigen im Mikrozensus ohne Soldaten ausgewiesen.

Nicht zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die ehrenamtliche

Tätigkeiten, z.B. als Vereinsvorstand oder Abgeordneter, ausüben.

Zu den Erwerbstätigen rechnen im einzelnen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen, gewerbliche Auszubildende sowie Praktikanten und Volontäre.

In der Volks- und Berufszählung werden – sofern nicht näher bestimmt – „Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung“ nachgewiesen. Bei der Darstellung der Berufspendler „Erwerbstätige am Wohnort“ und „Erwerbstätige am Arbeitsort“ gesondert nachgewiesen.

Zu den Erwerbstätigen am Wohnort zählen alle Erwerbstätigen, die in der Gemeinde ihre alleinige Wohnung haben; Erwerbstätige, die eine weitere Wohnung oder Unterkunft in einer anderen Gemeinde haben, werden derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie normalerweise zur Arbeit gehen.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Ort der Hauptwohnung ist es unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Arbeit gehen.

Im Unterschied zu den Erwerbstätigen am Wohnort umfassen die Erwerbstätigen am Arbeitsort alle Erwerbstätigen, die in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben. Werden von der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort die Berufsauspendler abgezogen und die Berufseinpender aus anderen Gemeinden des Inlandes hinzugefügt, so erhält man die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort spielt die Zugehörigkeit zur Bevölkerung der Erfassungsgemeinde also keine Rolle.

Für Erwerbstätige mit häufig wechselndem Arbeitsort (z.B. Monteure, Fernfahrer, Vertreter u.dgl.) sowie Landwirte gilt als Arbeitsort ihr Wohnort. Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, erfolgt die Zuordnung nach der Arbeitsstätte, an der der Erwerbstätige überwiegend arbeitet.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort ist es unerheblich (mit Ausnahme der Erwerbstätigkeiten mit wechselndem Arbeitsort und der Landwirte), ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Bevölkerung zählen.

Unterschiede zwischen dem Begriff Erwerbstätige und den Begriffen Tätige Personen und Beschäftigte sowie den Begriffen Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes und Beschäftigte des mittelbaren öffentlichen Dienstes (beide Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In der Volks- und Berufszählung 1987 und im Mikrozensus ist die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit, in den Bereichsstatistiken, den Verkehrsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen dagegen das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils die Gesamtangaben über ihre Tätigen Personen bzw. Beschäftigten melden. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalten zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten.

Während bei den Erwerbstätigen alle Soldaten erfaßt werden, sind bei den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten lediglich die Soldaten auf Wehrübung einbezogen.

Die mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Beschäftigten, Tätigen Personen und Arbeitskräften in den o.g. Statistiken unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die o.g. Statistiken weisen daher insofern Beschäftigungsfälle und nicht insgesamt Tätige Personen, Beschäftigte oder Arbeitskräfte aus. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen – soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird – jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit ist.

Abweichungen ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Tätigen Personen bzw. Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Erwerbstätigen werden Personen mit Wohnort im Inland (Inländerkonzept), gezählt, bei den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten dagegen Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept).

Mithelfende Familienangehörige

Als mithelfende Familienangehörige gelten Haushaltsmitglieder, die in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines anderen Haushaltsmitglieds oder im Betrieb eines nicht im gleichen Haushalt wohnenden Familienangehörigen mitarbeiten, aber weder Lohn noch Gehalt empfangen und auch keine Rentenversicherungsbeiträge entrichten. Für die Zuordnung von Personen zu den Mithelfenden Familienangehörigen ist es unerheblich, welche Arbeitszeit von ihnen geleistet wird.

Unterschiede in den Zahlen über Mithelfende Familienangehörige zwischen der Volks- und Berufszählung und dem Mikrozensus einerseits sowie der Arbeitsstättenzählung andererseits ergeben sich auch daraus, dass ein Mithelfender Familienangehöriger in mehreren Arbeitsstätten beschäftigt und daher in der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt

und nachgewiesen sein kann. In der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus wird jeder Mithelfende Familienangehörige nur einmal erfaßt, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist.

Nichterwerbspersonen

Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und auch keine Arbeitsstelle suchen. Dazu zählen z.B. Kinder, Schüler, Studenten, ältere Personen und Frauen, die ausschließlich im eigenen Haushalt tätig sind („Nurhausfrauen“).

Personen unter 15 Jahren (im Mikrozensus bis einschl. 1975: unter 13 Jahren) zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über deutsche Nichterwerbspersonen geschätzt und nachgewiesen; es handelt sich um Jahresdurchschnittswerte.

Die Nichterwerbspersonen werden im Mikrozensus auch nach ihrem überwiegendem Lebensunterhalt gegliedert, wobei als überwiegende Unterhaltsquelle Rente und dgl. und Angehörige in Frage kommen.

Selbständige

Personen, die ein Unternehmen, einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter leiten, ferner selbständige Handelsvertreter, alle freiberuflich Tätigen sowie Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.

Zu den Selbständigen zählen auch die selbständigen Handwerker und Abgeordnete in den Parlamenten des Bundes und der Länder sowie freiberuflich Tätige z.B. selbständige Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller und Künstler.

Hausgewerbetreibende sind Personen, die mit fremden Hilfskräften in eigener Arbeitsstätte im Auftrag von Gewerbe-

treibenden oder Zwischenmeistern Waren herstellen, bearbeiten oder verpacken, dabei selbst wesentlich mitarbeiten und die Verwertung der Arbeitserzeugnisse dem Auftraggeber überlassen. Zu den Zwischenmeistern gehören Personen, die die Arbeit, die sie von Gewerbetreibenden übernommen haben, an Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende weitergeben und mit diesen für den Auftraggeber über die geleistete Arbeit abrechnen.

Nicht zu den Selbständigen rechnen Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Unternehmen, Betrieb oder zur Arbeitsstätte stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbständig disponieren können (z.B. der selbständige Filialleiter).

Die Begriffe Selbständige in der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus und Tätige Inhaber (Arbeitsstättenzählung, Monatlicher Baubericht, Handwerkszählung) unterscheiden sich im wesentlichen durch den unterschiedlichen Erhebungsbereich und durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten. Tätige Inhaber, die z.B. mehrere Arbeitsstätten, Unternehmen oder Betriebe leiten, werden in der Arbeitsstättenzählung, im Monatlichen Baubericht und in der Handwerkszählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen. In der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus wird – soweit von der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung ausgegangen wird – jeder Selbständige nur einmal nachgewiesen, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht die Arbeitsstätte, das Unternehmen oder der Betrieb Erhebungseinheit ist.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

Arbeitnehmer einschl. der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz) oder für die von den Arbeitgebern

Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Zu diesem Personenkreis gehören: Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, sofern es sich bei ihrer Erwerbstätigkeit nicht um eine sogenannte geringfügige Tätigkeit handelt. Eine Beschäftigung wird versicherungsrechtlich dann als eine geringfügige Tätigkeit bezeichnet, wenn sie nur kurzfristig ausgeübt oder nur geringfügig entlohnt wird. Die Zeit- bzw. Einkommensgrenzen für geringfügige Tätigkeit unterliegen einem historischen Wandel.³⁴

Studenten, die einer Beschäftigung nachgehen, sind dann versicherungsfrei, wenn sie eingeschrieben sind (Immatrikulationsnachweis) und bei ihnen das Studium, nicht die Beschäftigung im Vordergrund steht. Wird regelmäßig – nicht nur in den Semesterferien – eine Beschäftigung von mindestens 20 Stunden wöchentlich ausgeübt, so wird vermutet, dass das Studium nicht mehr im Vordergrund stehen kann. In diesen Fällen besteht Versicherungspflicht.

Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt fortbezahlt erhalten.

Der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfolgt für die Stichtage 31.3./30.6./30.9. und 31.12. eines Jahres (Vierteljahresmaterial der Beschäftigtenstatistik) und einmal für das gesamte Jahr (Jahreszeitraummaterial der Beschäftigtenstatistik). Die Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials unterscheiden sich vom Vierteljahresmaterial dadurch, dass Zeitraumgrößen über den Beschäftigungsverlauf der Sozialversicherungspflichtigen innerhalb eines Jahres und Daten über Entgelte und Beschäftigungszeiten ausgewertet werden.

Stellung im Beruf

Überwiegend in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland (z.B. im Mikrozensus) verwendetes Merkmal zur Charakterisierung der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige). Es werden insgesamt drei verschiedene Ausprägungen unterschieden: Selbständige, Mithelfende Familienangehörige und Abhängige. Zu den letzteren zählen Angestellte, Arbeiter, Beamte und Auszubildende. Die Stellung im Beruf darf nicht mit dem Begriff der sozialen Schicht verwechselt werden. Zusammen mit anderen Merkmalen wie Wirtschaftszweig, (formale) Qualifikation, Laufbahngruppe oder Einkommen wird die Stellung im Beruf zur sozio-ökonomischen Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland verwendet.

Unterhaltskonzept

In der Volkszählung und dem Mikrozensus wird die Erwerbstätigkeit zusätzlich auch nach dem Unterhaltskonzept erfasst. Beim Unterhaltskonzept ist die Bedeutung der Erwerbstätigkeit für die Finanzierung des Lebensunterhalts einer Person von Interesse. Nach diesem Konzept sind nur jene Personen erwerbstätig, die ihren Lebensunterhalt zumindest überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten. Dabei wird unterschieden zwischen Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit, durch Arbeitslosengeld oder -hilfe, durch Renten u.dgl. sowie durch Angehörige. Im Unterschied zum Erwerbskonzept gelten also beim Unterhaltskonzept z.B. Hausfrauen, die für ein geringes Entgelt außer Haus putzen, nicht als erwerbstätig. Die Kombination von Erwerbs- und Unterhaltskonzept ermöglicht differenzierte Einblicke in die Erwerbs- und Unterhaltsstruktur einer Bevölkerung.

³⁴ Näheres dazu siehe StBA 1994, Definitionskatalog, S. 713.

Anhang C: Chronik der amtlichen Erwerbstätigenstatistik in Deutschland

1872

- Das Kaiserliche Statistische Amt, dem Reichskanzler des Deutschen Reichs unterstellt, nahm mit zwölf Mitarbeitern seine Arbeit auf (23. Juli).

1873

- Es erschien die erste Ausgabe der Reihe Statistik des Deutschen Reichs, bezeichnet als erste Reihe und mit römischen Zahlen beziffert; die Reihe diente der Veröffentlichung von Erhebungsergebnissen der amtlichen Statistik, textlicher Auswertungen und methodischer Beschreibungen.
- Die Reihe Statistik des Deutschen Reichs wurde ergänzt durch die Herausgabe von Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs (bis 1883 in gesonderten Bänden der Statistik des Deutschen Reichs zusammengefasst).

1875

- Auf der Grundlage eines Bundesratsbeschlusses vom 10. Juli wird die erste gewerbliche Betriebszählung (zusammen mit einer Volkszählung) durchgeführt (1. Dezember).

1877

- Statt bisher Vierteljahreshefte wurden Monatshefte zur Reihe Statistik des Deutschen Reichs herausgegeben.

1879

- Das Kaiserliche Statistische Amt wurde dem Reichsamt des Inneren unterstellt.

1880

- Die erste Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich erschien.
- Das Kaiserliche Statistische Amt hatte rund 120 Mitarbeiter.

1882

- Gesetz, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik im Jahre 1882 vom 13. Februar (Reichsgesetzblatt Nr. 5, S. 9).
- Erste Berufszählung, verbunden mit einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung (5. Juni); die Berufszählung bezog sich auf die ortsanwesende Bevölkerung und folgte dem Hauptberufskonzept; die landwirtschaftliche Betriebszählung enthielt noch keine Angaben über das Personal.

1884

- Die Reihe Statistik des Deutschen Reichs wurde als Neue Folge fortgeführt und mit arabischen Zahlen gekennzeichnet.
- Die Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs erhielten die Gestalt einer gesonderten Zeitschrift.

1892

- Bildung einer Kommission für Arbeiterstatistik.
- Es wurde wieder von Monatsheften zur Herausgabe von Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reichs übergegangen.

1894

- Das Kaiserliche Statistische Amt hatte 192 Mitarbeiter.

1895

- Gesetz, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbebezahlung im Jahre 1895 vom 08. April (Reichsgesetzblatt Nr. 13, S. 225).
- Berufszählung, verbunden mit landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebszählung (14. Juni); die Berufszählung bezog sich auf die ortsanwesende Bevölkerung und folgte dem Hauptberufskonzept; neu war die Erfassung der Arbeitslosigkeit, die Differenzierung nach der Stellung im Beruf wurde gegenüber der vorangegangenen Zählung wesentlich erweitert; die landwirtschaftliche Betriebszählung enthielt noch keine Personalangaben.

1900

- Das Kaiserliche Statistische Amt hatte über 300 Mitarbeiter.

1902

- Im Kaiserlichen Statistischen Amt wurde mit zunächst 28 Mitarbeitern eine Abteilung für Arbeiterstatistik gegründet, die aus der Kommission für Arbeiterstatistik hervorging (1. April).

1903

- Erstmalige Durchführung der monatlichen Industrieberichterstattung, zunächst ausschließlich der Beurteilung des Arbeitsmarktes dienend; befragt wurden anfangs ca. 700 ausgewählte Verbände, Handelskammern und Firmen von der Abteilung Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes (April).
- Die Abteilung Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes begann eine monatliche Stichprobenbefragung der Krankenkassen über deren Mitgliederstand, die bis zur Einführung der Arbeitsbuchkartei die einzige Quelle für eine lau-

fende Beobachtung des Beschäftigungsgrades darstellte.

- Die Abteilung Arbeiterstatistik gab das Reichsarbeitsblatt heraus, in dem u.a. regelmäßig Daten über die Beschäftigung nach der Mitgliederbewegung der Krankenkassen veröffentlicht wurden (ab April).
- Bei der Reihe Statistik des Deutschen Reichs fällt der Zusatz Neue Folge in weg.

1904

- In die Abrechnung des Mitgliederstands waren insgesamt 3286 Krankenkassen einbezogen.

1905

- Zum ersten mal enthielt das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich einen gesonderten Abschnitt Arbeitsmarkt.

1907

- Gesetz, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 vom 25. März (Reichsgesetzblatt Nr. 14, S. 87).
- Berufszählung, verbunden mit einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung (12. Juni); die Berufszählung bezog sich letztmalig auf die ortsanwesende Bevölkerung; sie folgte dem Hauptberufskonzept; die Frage der letzten Zählung zur Arbeitslosigkeit entfiel; verfeinerte Darstellung der Selbständigen gegenüber der vorangegangenen Zählung; in der landwirtschaftlichen Betriebszählung wurden erstmals Personalangaben erfasst.

1910

- Ihren Mitgliederstand rechneten 4686 Krankenkassen ab (das waren 20 % der vorhandenen Kassen mit 5,3 Millionen Mitgliedern).

1913

- Das Kaiserliche Statistische Amt hatte 722 Mitarbeiter.

1914

- Die Abteilung Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amts gibt erstmals den Arbeitsmarkt- Anzeiger heraus.

1918

- Das Kaiserliche Statistische Amt wurde in Statistisches Reichsamt umbenannt (November).

1920

- Die Abteilung Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts wurde aufgelöst; die Verantwortung für die bis dahin von ihr durchgeführten arbeitsstatistischen Untersuchungen wurden der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen (das betraf u.a. den Industriebericht und die Meldung der Krankenkassen).
- Die Herausgabe des Reichsarbeitsblatts und des Arbeitsmarkt-Anzeigers wurde ebenfalls von den Organen der Arbeitsverwaltung im Reich übernommen (Reichsarbeitsverwaltung, später Reichsarbeitsministerium bzw. zeitweise Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung).

1921

- Wirtschaft und Statistik erschien als Monatszeitschrift des Statistischen Reichsamts (ab Januar).
- Das Reichsarbeitsblatt wurde um eine monatliche Statistische Beilage erweitert.

1922

- Die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik erschien nunmehr 14-tägig (bisher monatlich).
- Das Statistische Reichsamt hatte 1094 Mitarbeiter.

1925

- Gesetz über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 vom 13. März

(Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 8, S. 19).

- Erstmals wurde die Berufs- und Betriebszählung zusammen mit einer Volkszählung durchgeführt (16. Juni); die Berufszählung bezog sich erstmalig auf die Wohnbevölkerung; das Hauptberufskonzept wurde weiterhin angewandt; erstmalige Trennung zwischen persönlichem Beruf und wirtschaftssystematischer Zuordnung der Betriebe; mithelfende Familienangehörige bildeten zum ersten Mal eine selbständige Gruppe (bisher: Arbeiter).

1927

- Mit der Herausgabe von Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs wurde begonnen (insgesamt erschienen 43 Ausgaben).
- Der Arbeitsmarkt-Anzeiger erschien nunmehr unter dem Titel Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger (ab Oktober).

1928

- Die Verantwortung für die Durchführung der Industrieberichterstattung wurde dem Institut für Konjunkturforschung übertragen.
- Ausdehnung der Meldung der Krankenkassen über ihren Mitgliederstand auf alle gesetzlichen Krankenkassen (bis dahin: Stichprobenerhebung).
- Das Statistische Reichsamt hatte über 3000 Mitarbeiter.

1930

- Die Zahl der Berichtenden im Rahmen der Industrieberichterstattung war auf ca. 3500 (mit 3 Millionen Arbeitsplätzen) angewachsen.

1933

- Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 vom 12. April (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 38, S. 199).
- Volks-, Berufs- und Betriebszählung (16. Juni); die Berufszählung bezog

sich auf die Wohnbevölkerung und folgte dem Hauptberufskonzept; die Frage nach der Arbeitslosigkeit wurde wieder aufgenommen; Beamte wurden erstmals eingegrenzt auf im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende; erstmalige Verwendung des Begriffs Erwerbspersonen, verbunden mit einem Neuverständnis des Begriffs Erwerbstätige.

- Die Bearbeitung der Industrieberichtserstattung erfolgte wieder im Statistischen Reichsamt; die Zahl der Berichtenden betrug inzwischen über 6000

1934

- Der Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger erschien unter dem neuen Titel Arbeit und Arbeitslosigkeit (ab April).
- Das Preußische Statistische Landesamt wurde aufgelöst und mit dem Statistischen Reichsamt verschmolzen (1. Oktober).

1935

- Einführung der Arbeitsbuchpflicht und anschließender Aufbau einer Arbeitsbuchkartei bei den Arbeitsämtern als Grundlage laufender statistischer Beobachtung des Arbeitsmarktes durch die Arbeitsverwaltungen (26. Februar, Reichsgesetzblatt Teil I, S. 311).

1937

- Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 4. Oktober (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 109, S. 1053).

1938

- Die Bearbeitung der Industrieberichtserstattung ging an die Wirtschafts- und Fachgruppen der Industrie über (Jahresmitte).
- Die Zeitschrift Arbeit und Arbeitslosigkeit wurde nunmehr unter dem Titel Der Arbeitseinsatz im Deut-

schen Reich herausgegeben (ab April).

- Erste umfangreiche statistische Auswertung der Arbeitsbuchkartei (Stichtag 25. Juni).
- Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 6. Juli (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 105, S. 796).

1939

- Verordnung zur Vereinfachung der Wirtschaftsstatistiken vom 13. Februar (Reichsgesetzblatt, S. 389).
- Verordnung über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1939 in den sudeten-deutschen Gebieten vom 21. Februar (Reichsgesetzblatt Teil I, S. 281).
- Genehmigungspflicht für die Durchführung wirtschaftsstatistischer Erhebungen ab 1. April.
- Volks-, Berufs- und Betriebszählung; die bisherige gewerbliche Betriebszählung wurde erstmalig auf eine Zählung aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten ausgedehnt (17. Mai); die Berufszählung bezog sich auf die ständige Bevölkerung (Wohnbevölkerung ohne Dienstpflichtige in der Wehrmacht und im Reichsarbeitsdienst); Anwendung des Hauptberufskonzepts; gestraffte Darstellung nach der Stellung im Beruf; Erwerbslose waren keine gesonderte Position.
- Das Statistische Reichsamt hatte rund 5000 Mitarbeiter.

1940

- Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs (1939/1940) wurde nur noch zum dienstlichen Gebrauch herausgegeben.

1941

- Im April betrug der Umfang der Arbeitsbuchkartei 23 Millionen Karten für Arbeiter und Angestellte (darunter 22,3 Millionen Beschäf-

tigte); außerdem waren ca. 14 Millionen Selbständige und mithelfende Familienangehörige erfaßt.

1942

- Letztmalig erschien das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs (Ausgabe 1941/1942).
- Die Herausgabe der Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs wurde ebenfalls eingestellt.
- Die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik wurde wieder monatlich (bis dahin 14-tägig) herausgegeben.

1944

- Es erschien die letzte Ausgabe der Reihe Statistik des Deutschen Reichs (Band 601).
- Im 24. Jahrgang erschien die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik im Juni das letzte Mal monatlich und stellte mit Heft 7 für die Monate Juli bis September ihr Erscheinen ein.

1945

Berlin

- Volks- und Berufszählung per 12. August in der Stadt Berlin, verbunden mit einer Arbeitsstättenzählung per 31. Juli (Anordnung des Magistrats vom 31. Juli).

Britische Besatzungszone

- Eine statistische Behörde nahm ihre Arbeit auf.

Sowjetische Besatzungszone

- Einführung einer Registrierpflicht für die arbeitsfähige Bevölkerung bei den örtlichen Arbeitsämtern (Befehl Nr. 65 der SMAD vom 15. September) und Ausstellung von Arbeitsbüchern (Beschäftigte) bzw. Registrierkarten (Arbeitslose), auf deren Grundlage monatlich Angaben über die beschäftigte und arbeitsfähige arbeitslose Bevölkerung ermittelt und der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vorgelegt wurden.

- Registrierung der Industrieunternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten oder einem Produktionswert in 1944 von über 100 000 Reichsmark, verbunden mit der Erfassung von Beschäftigtenangaben, auf der Grundlage eines Befehls der SMAD vom 25. September (Stichtag: 10. Oktober).
- Gründung der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik (kurz: Statistisches Zentralamt); Befehl 105 der SMAD vom 19. Oktober.
- Beginn des Wiederaufbaus bzw. der Bildung statistischer Landesämter als Organe der Landesregierungen.
- In Sachsen: Volkszählung und Zählung der gewerblichen Betriebe (3. November).
- Volks-, Berufs- und Betriebszählung per 1. Dezember (ohne Berlin).

1946

Amerikanische Besatzungszone

- Durchführung einer Industrieberichtserstattung mit Nacherhebungsangaben für Januar bis Juli, anschließend monatliche Erfassung der Betriebe ab 10 Beschäftigte (jährlich: alle Betriebe).

Britische Besatzungszone

- Die im Vorjahr gebildete statistische Behörde wurde mit der Anordnung Nr. 71 der britischen Militärregierung zum Statistischen Amt für die Britische Besatzungszone mit Sitz in Hamburg deklariert (30. November).

Bizone

- Bildung der Bizone aus der Britischen und Amerikanischen Besatzungszone (Dezember).

Deutschland

- Einführung einer Registrierpflicht für Männer im Alter von 14 bis 65 und für Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren sowie für alle darüber hinaus erwerbstätige und arbeitsuchende Personen (Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar); die in Ver-

bindung damit bei den örtlichen Arbeitsämtern geschaffenen Unterlagen waren die Grundlage für die in Verantwortung der Arbeitsverwaltungen durchgeführte Beschäftigten- und Arbeitsmarktstatistik (in der BRD bis Mitte der sechziger Jahre, in der DDR bis 1951).

- Gesetz Nr. 33 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland bezüglich einer Volkszählung in Deutschland vom 20. Juli; die Verantwortung für die Zählung oblag den deutschen Behörden, Ausführungsbestimmungen verfügten die Zonenbefehlshaber.
- Volks- und Berufszählung per 29. Oktober in allen Besatzungszonen und Berlin.

Sowjetische Besatzungszone

- Beginn der Bildung statistischer Referate bei den Kreisverwaltungen (Vorläufer der statistischen Kreisämter; ab März). Im Oktober erschien Heft 1 der Zeitschrift Statistische Praxis, Fachorgan der amtlichen Statistik (Periodizität: monatlich).
- Das Statistische Zentralamt in Berlin hatte 549 Mitarbeiter (darunter 228 mit Planstelle).

1947

Britische Besatzungszone

- Einführung einer Industrieberichterstattung (ab Januar).

Bizone

- Erste vereinheitlichte monatliche Industrieberichterstattung für Betriebe ab 10 Beschäftigte, für Kleinbetriebe jährlich (ab August).

Deutschland

- Bildung eines Ausschusses der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 aus Vertretern aller vier Besatzungszonen und Groß-Berlins zur Erarbeitung der Zählungsergebnisse für Deutschland sowie deren Veröffentlichung, text-

liche Auswertung und methodische Beschreibung.

Französische Besatzungszone

- Die französische Militärregierung bildete ein Amt für Statistik und Wirtschaftsforschung der Französischen Besatzungszone mit Sitz in Baden-Baden.

Sowjetische Besatzungszone

- Das Statistische Zentralamt wird der im gleichen Monat gebildeten Deutschen Wirtschaftskommission zugeordnet (Juni).
- Gegen Jahresende: Abschluß des Wiederaufbaus bzw. der Bildung statistischer Landesämter (außer Mecklenburg).

1948

Bizone

- Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets vom 21. Januar; Sitz des Statistischen Amtes wurde Wiesbaden; es nahm die Arbeit zunächst mit 245 Mitarbeitern auf.
- Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gibt Statistische Berichte mit Arbeitsergebnissen des Amtes heraus (ab Juni), zusätzlich Statistische Monatszahlen (ab September; Nr. 1 = August).

Sowjetische Besatzungszone

- Einrichtung einer Anmeldestelle für statistische Erhebungen im Statistischen Zentralamt auf der Grundlage der Anordnung der DWK über die Anmeldepflicht statistischer Erhebungen vom 16. Juni (Juli).

1949

Bizone

- Das erste Heft der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik nach dem zweiten Weltkrieg wurde vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets herausgegeben (Jahrgang 1, Heft 1).

BRD

- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai (BGBl. I, S. 1), Artikel 73: dem Bund obliegt die Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke.
- Durchführung einer Handwerkszählung (30. September).
- Der Leiter des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets wurde mit Schreiben des Bundesministers des Inneren mit der Weiterführung der Geschäfte sowie mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt (14. Oktober).

DDR

- Das Statistische Zentralamt wurde Teil des Ministeriums für Planung (ab Oktober); es hatte 645 Mitarbeiter.

Sowjetische Besatzungszone

- Anordnung über die Neuordnung und Bestätigung der statistischen Berichterstattung in der SBZ vom 21. September (Zentralverordnungsblatt I, Nr. 88, S. 757).
- Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Neuordnung und Bestätigung der statistischen Berichterstattung in der SBZ vom 6. Oktober (GBI. Nr. 5, S. 53).

1950

BRD

- Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Landkreis Lindau vom 31. März (BGBl. S. 81).
- Gesetz über die Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftliche Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli (BGBl. S. 335).

- Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, beauftragt mit der Führung von Statistiken für Bundeszwecke, wurde in Statistisches Bundesamt umbenannt (29. August) und hatte zu diesem Zeitpunkt rd. 200 Mitarbeiter, von denen ein Teil in der seit Jahresmitte existierenden Zweigstelle Berlin tätig war.
- Volks- und Berufszählung per 13. September.
- Zusammen mit der Volks- und Berufszählung wurde eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt.

DDR

- Verordnung über die Reorganisation des statistischen Dienstes vom 16. Februar (GBI. Nr. 15, S. 99). (u.a. fachliche Unterstellung aller statistischen Regionaldienststellen unter die Leitung des Statistischen Zentralamts; die Dienstaufsicht verblieb bei den Chefs der regionalen Verwaltungen).
- Durchführungsbestimmung für die Berichterstattung zum Volkswirtschaftsplan 1950 – Industrie, Materialverteilung in der Industrie und Arbeitskräfte – vom 23. März (GBI. Nr. 37, S. 275).
- Verordnung über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung vom 25. Mai (GBI. Nr. 60, S. 453).
- Volks- und Berufszählung per 31. August.
- Zusammen mit der Volks- und Berufszählung wurde eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt.
- Durchführung der ersten Arbeitskräfteberichterstattung; diese Erhebung diente der Abrechnung des Volkswirtschaftsplans und betraf zunächst nur die geplanten Teile der Bereiche Industrie und Verkehr.

1951

DDR

- Die amtliche Statistik firmierte als Statistisches Zentralamt bei der Staatlichen Plankommission (SPK).
- Ausdehnung der Arbeitskräfteberichterstattung auf die Bereiche Landwirtschaft und Handel.

1952

DDR

- Als Folge der Verwaltungsreform: Auflösung der statistischen Landesämter und Aufbau von Bezirks- und Kreisstellen.
- Umbenennung des Statistischen Zentralamts in Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS).
- Beschluss des Ministerrats über die Erhebung der Beschäftigten in der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. Juli (GBl. Nr. 89, S. 545).
- Durchführung der ersten Berufstätigenerhebung per 30. Juni und 31. Dezember.
- Die Bereiche Gesundheitswesen und Kultur wurden in die Arbeitskräfteberichterstattung einbezogen.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte nach Beschäftigten- und Altersgruppen.
 - Beschäftigte nach ausgewählten Berufen und Altersgruppen.

1953

BRD

- Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September (BGBl. I, S. 1314).

DDR

- Die Berufstätigenerhebung wurde letztmalig zweimal jährlich durchgeführt.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte nach Beschäftigtengruppen und Lohnstufen.

1954

DDR

- Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Mai (GBl. Nr. 54, S. 544).
- Anordnung über die Einführung einheitlicher Arbeitsunterlagen zur Arbeitskräfteplankontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben vom 25. November (GBl. Nr. 97, S. 916).
- Die Berufstätigenerhebung wurde fortan nur noch einmal jährlich durchgeführt (per 31. Dezember bis einschließlich 1959).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte nach Altersgruppen.
 - Beschäftigte in ausgewählten Berufen und Altersgruppen.
 - Beschäftigte (Durchschnitt) und Bruttolohn nach Ortsklassen.
 - Beschäftigte nach Beschäftigtengruppen und Lohnstufen.

1955

DDR

- Einmalige repräsentative Untersuchung des natürlichen Abgangs in ausgewählten Bereichen und Betrieben (31. August).
- Verordnung über die Buchführung der volkseigenen Industriebetriebe vom 29. September (GBl. Nr. 92, S. 713).
- Abweichend von den sonst gültigen Regelungen wurden nur in diesem Jahr die Durchschnittsangaben nach Beschäftigtengruppen für die Arbeitskräfteberichterstattung durch die Betriebe aus der Zeiterfassung im Rahmen der Lohnrechnung ermittelt (sonst: personengebundene Durchschnittsermittlung auf der Grundlage der listenmäßigen Erfassung).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:

- Beschäftigte nach Dauer der Betriebszugehörigkeit.
- Beschäftigte und Bruttolohn nach Lohn Tabellen.

1956

BRD

- Durchführung einer Handwerkszählung (31. Mai).

DDR

- Verordnung über die Aufgaben und die Organisation der Statistik in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juli (GBl. I, Nr. 66, S. 600). (Die SZS mit direkt unterstellten Bezirks- und Kreisstellen wurde selbständig und dem Ministerrat direkt unterstellt).
- Verordnung über das Berichtswesen vom 20. Juli (GBl. I, Nr. 66, S. 774).
- Das erste Statistische Jahrbuch der DDR erschien (für das Jahr 1955).
- Erstmals herausgegeben wurden Definitionen wichtiger statistischer Kennziffern und Begriffe (Stand Februar, als Manuskript gedruckt) für Mitarbeiter der statistischen und planenden Organe; es wurden jedoch zunächst nur jene Definitionen aufgenommen, über die in der Praxis unklare und uneinheitliche Vorstellungen existierten.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte nach Altersgruppen.
 - Beschäftigte nach Dauer der Betriebszugehörigkeit.
 - Beschäftigte nach Lohnstufen.
 - Meister und deren Bruttolohn nach Gehaltsgruppen.

1957

BRD

- Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens – Mikrozensus – vom 16. März (BGBl. I, S. 213).

- Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli (BGBl. I, S. 720).
- Die erste Berichtswoche des Mikrozensus mit einem Auswahlsatz von 1 % war die Woche vom 6. bis 12. Oktober; mit diesem Auswahlsatz wurde in der Folge einmal jährlich befragt (hinzu kamen drei weitere Befragungen mit einem Auswahlsatz von 0,1 % in den Monaten Januar, April und Juni); mit der Befragung im Oktober wurden rd. 210 000 Haushalte erfasst.
- Erstmals fanden Erwerbs- und Unterhaltskonzept Anwendung (Mikrozensus).

DDR

- Einmalige Teilerhebung über Arbeitspendler und Weitwohner (per 15. Oktober).
- Wiederum als Manuskript gedruckt erschien eine überarbeitete und erweiterte Fassung der Definitionen wichtiger statistischer Kennziffern und Begriffe (Stand November).
- Bildung des volkseigenen Betriebs (VEB) Maschinelles Rechnen Berlin mit Zweigstellen in den Bezirken.
- Das erste Vierteljahresheft zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik erschien.
- Erstmals wurden für ausgewählte Bereiche Angaben der Berufstätigenerhebung nicht auf einem gesonderten Formblatt erfasst, sondern der Arbeitskräfteberichterstattung entnommen (in ausgedehnter Form wurde so bis 1959 verfahren).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte nach Lohnstufen.
 - Meister nach Gehaltsgruppen.
 - Produktionsarbeiter nach ausgewählten Berufen und Altersgruppen.

1958

BRD

- Das Statistische Bundesamt hatte insgesamt 2171 Mitarbeiter (Stand Jahresmitte).

DDR

- Verordnung über das Berichtswesen vom 2. Oktober (GBl. I, Nr. 63, S. 774) sowie erste Durchführungsbestimmung vom 3. Oktober (GBl. I, Nr. 63, S. 776).
- Beschluß über das Statut der SZS vom 16. Oktober (GBl. I, Nr. 58, S. 791).
- Wesentliche Phase der Zentralisation des Berichtswesens, u.a. mit dem Ziel der Entlastung der Fachorgane sowie der Vermeidung von Doppelarbeiten; 99 Erhebungen wurde von der SZS übernommen, die bis dahin 43 Erhebungen in eigener Regie bearbeitete.
- Bildung von Rechengruppen im VEB Maschinelles Rechnen und seinen Zweigstellen.
- Die Normenberichterstattung, bis dahin Fachstatistik des Ministeriums für Arbeit, wurde erstmals durch die SZS durchgeführt, und zwar in wesentlich eingeschränkter Form für vier Monate im Jahr.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Produktionshilfsarbeiter.

1959

DDR

- Für die Erhebungsbogen der amtlichen Statistik wurden neue Kurzbezeichnungen eingeführt (im Prinzip dreistellige Ziffernkombinationen); sie lösten die bis dahin gebräuchliche Symbolik mittels Buchstaben ab.
- Letztmalig erschien das Vierteljahresheft zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik (Heft Nr. 3-4).

- Erstmals wurde eine Erhebung zur Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit durchgeführt (im weiteren im Prinzip jährlich).
- Im Ergebnis der Zentralisation des Berichtswesens wurde die Qualifikationsberichterstattung das erste Mal in voller Verantwortung der Organe der amtlichen Statistik durchgeführt (1953 bis 1958 lief die Erhebung über die Fachorgane).
- Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wurde in der Arbeitszeitbilanz gesondert ausgewiesen (bis dahin: Bestandteil des gesetzlichen Urlaubs).
- Entgegen den nachfolgenden Festlegungen gehörten bis einschließlich zu diesem Jahr die Lehrlinge zu den Gesamtbeschäftigten bzw. zu den Arbeitern und Angestellten.
- Für ausgewählte Bereiche der Wirtschaft wurden mit der Berufstätigenerhebung erstmals über die Unternehmen hinaus auch Angaben über unselbständige Unternehmensanteile (Nebenbetriebe) erfasst.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1960

BRD

- Durchführung einer Landwirtschaftszählung (22. Mai).
- Handels- und Gaststättenzählung (31. August Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, 30. September Handel).
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens – Mikrozensus – vom 5. Dezember (BGBl. I, S. 873).

DDR

- In der Zentralstelle der SZS (und in der Folge analog in den Bezirksstellen) wurde eine Abteilung Aufbereitung (Abteilung VIII) gebildet, die später in Abteilung Information und Datenverarbeitung (IDV) umbenannt wurde.
- Als erste Buchausgabe (Deutscher Zentralverlag) erschien: Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik (Schriftenreihe Statistische Praxis).
- Erste Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung, die in Folge jährlich durchgeführt wurde; wegen mangelhafter Datenqualität konnten jedoch erst für die Erhebung in den nächsten Jahren Ergebnisse erarbeitet werden.
- Die Qualifikationsberichterstattung wurde auf die gesamte sozialistische Wirtschaft ausgedehnt.
- Der Stichtag für die Berufstätigenerhebung wurde vom 31. Dezember (letztmalig 1959) auf den 30. September verlegt.
- Die Kopplung der Berufstätigenerhebung mit der Arbeitskräfteberichterstattung wurde aufgegeben; es fanden wieder gesonderte Erhebungsbogen Anwendung.
- Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1961

BRD

- Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April (BGBl. I, S. 437).
- Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April (BGBl. I, S. 477).

- Volks- und Berufszählung per 6. Juni.
- Zusammen mit der Volks- und Berufszählung wurde eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt.
- Das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamts wurde umgestellt – das Erscheinen der bisher herausgegebenen Publikationen Statistik der Bundesrepublik Deutschland und Statistische Berichte wurde eingestellt und durch ein System von Fachveröffentlichungen in Fachserien ersetzt; ab dem Folgejahr findet man daher die wichtigsten Daten über die Erwerbstätigkeit in Reihe 6 der Fachserie A (Bevölkerung und Kultur).

DDR

- In der Erwerbstätigenstatistik, insbesondere der Arbeitskräfteberichterstattung, wurde der Begriff Vollbeschäftigteneinheit (VbE) zur zusammenfassenden Darstellung der Voll- und Teilbeschäftigten eingeführt; darüber hinaus waren zusätzlich nur in VbE abzurechnen die Mitglieder von Hausfrauenbrigaden und Strafgefangene; die Umrechnung in VbE erfolgte aus der bezahlten Zeit.
- Ausfallzeiten infolge Kurzarbeit wurden nicht mehr als Bestandteil der nominellen Arbeitszeit und der Ausfallzeiten abgerechnet.
- Zur Vermeidung von Doppelerfassungen wurden Arbeitskräfte-, Arbeitszeit- und Lohnangaben sowie Angaben über die Schichtstärke aus der Jahreserhebung der Industrie in die Arbeitskräfteberichterstattung für das IV. Quartal übernommen.
- In der Arbeitskräfteplanabrechnung wurde der Begriff Gesamtbeschäftigte durch Arbeiter und Angestellte ersetzt.
- Wesentliche Reduzierung des Erfassungsprogrammes der Berichterstat-

tung über die Erwachsenenqualifizierung.

- Die nominelle Arbeitszeit wurde auf der Grundlage der Vollbeschäftigteneinheiten ermittelt (bis dahin: durchschnittliche Zahl der Arbeitskräfte in Personen).
- Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1962

BRD

- Durchführung eines Verkehrszensus (28. September).
- Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 21. Dezember (BGBl. I, S. 767).
- Der Mikrozensus wurde neu gestaltet – er beinhaltete in den Folgejahren ein Grundprogramm sowie flexible, im Bedarfsfall zu erfragende Zusatzprogramme (bis 1974 wurden rd. 40 derartige Zusatzprogramme erhoben).
- Bei der Durchführung des Mikrozensus wurde das Rotationsprinzip eingeführt: ein einmal ausgewählter Haushalt wurde mehrere Jahre hintereinander befragt; jedes Jahr wurde ein Viertel der Haushalte durch neu ausgewählte ersetzt (damit erhielt der Mikrozensus Züge einer Panelbefragung).
- Mit diesem Jahr endet die Einführungs- und Konsolidierungsphase des Mikrozensus (Beginn: 1957).

DDR

- Beschluß zur Verbesserung der Planung und Abrechnung der Arbeitskräfte in der Industrie und Bauindustrie – Beschäftigtengruppenkataloge – vom 26. April (GBl. II, Nr. 29, S. 271).
- Beschluß über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung vom

22. Dezember (GBl. 1963 II, Nr. 9, S. 39).

- Es erschien die 2., überarbeitete und ergänzte Auflage der Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik im Deutschen Zentralverlag.
- In den Bereichen Industrie und Bau wurden erstmals (und fortan jährlich) Angaben nach Beschäftigtengruppen mittels einer selbständigen Erhebung erfasst (Beschäftigtengruppenerhebung).
- Die Qualifikationsberichterstattung erfasste das mittlere medizinische Personal als Facharbeiter (bis 1975; vorher: Fachschulkader).
- In der Berufstätigenerhebung wurden erstmalig alle Wirtschaftsbereiche in die Nebenbetriebserfassung einbezogen; die Ergebnisse der Erhebung wurden aber weiterhin nach dem Unternehmensprinzip erarbeitet.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1963

BRD

- Zweites Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 24. April (BGBl. I, S. 202).
- Durchführung eines Industriezensus.
- Handwerkszählung.

DDR

- Beschluß über vorläufige Grundsätze über die Verantwortung und Hauptaufgaben der SZS im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR vom 10. November (GBl. II, Nr. 104, S. 805).
- Beginn der Arbeiten zur Entwicklung des Systems von Rechnungsführung und Statistik.

- Im Staatsverlag erschien die 3. überarbeitete und ergänzte Auflage der Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik in der Schriftenreihe Statistische Praxis, Heft 2.
- Einführung neuer Beschäftigtengruppen in der Erwerbstätigenstatistik.
- Vervollkommnung der Abrechnung der Arbeitszeitbilanz in der Arbeitskräfteberichterstattung.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1964

DDR

- Volks- und Berufszählung per 31. Dezember.
- Der SZS wurde die Verantwortung für das Rechnungswesen übertragen.
- Angaben über die Schichtarbeit wurden das erste Mal mittels einer selbständigen Berichterstattung erhoben (bis dahin durch das fachliche Berichtswesen und von 1961 bis 1963 im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung); es erfolgte eine Erfassung der Schichtbesetzung bzw. -stärke (Produktionsarbeiter in der 1., 2., und 3. Schicht).
- Die Qualifikationsstufe Meister wurde in die Qualifikationsberichterstattung einbezogen (bis dahin nur Hoch- und Fachschulkader).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Beschäftigte in leitenden Funktionen.

1965

DDR

- Anordnung über die einheitliche Anwendung von Kennziffern und Begriffen in Planung und Statistik vom 23. Februar (GBl. III, Nr. 5, S. 25).

- Bildung der Zentralstelle für Primärdokumentation.
- Es erschien im Staatsverlag eine Neuauflage der Definitionen wichtiger Kennziffern für Planung und Statistik.
- Die Abrechnung in Vollbeschäftigeneinheiten wurde erweitert um:
 - Betriebsangehörige anderer Betriebe („sozialistische Hilfe“), wenn der Lohn vom hilfenehmenden Betrieb getragen wurde.
 - Studenten im Arbeitseinsatz, Schüler in der Ferienarbeit.
 - Arbeitskräfte im 2. Arbeitsrechtsverhältnis.
- Die Berichtspflicht zur Normenberichterstattung wurde auf Unternehmen ab 50 Beschäftigte begrenzt.
- Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1966

BRD

- Das Statistische Bundesamt hatte insgesamt 2503 Mitarbeiter (Stand Jahresmitte).

DDR

- Verordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik vom 12. Mai (GBl. II, Nr. 70, S. 445).
- Anordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie vom 12. Mai (GBl. II, Nr. 79, S. 495).
- Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 28. Oktober (GBl. II, Nr. 140, S. 881).
- Umwandlung der Zweigstellen des volkseigenen Betriebes (VEB) Maschinelles Rechnen in den Bezirken in volkseigene Betriebe und Bildung der Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB) Maschinelles Rechnen.

- Die Qualifikationsberichterstattung wurde um eine Gegenüberstellung der erforderlichen und der vorhandenen Qualifikation erweitert.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1967

BRD

- Durchführung eines Industriezensus.

DDR

- Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR vom 1. Dezember (GBl. I, Nr. 17, S. 135).
- Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik (Staatsverlag, Ergänzungsausgabe zur Ausgabe 1965); die Ausgabe enthält lediglich Neuaufnahmen und Veränderungen, ist also nur zusammen mit der Ausgabe 1965 handhabbar.
- Die Abrechnung in Vollbeschäftigeneinheiten wurde erweitert um „Feierabendarbeit“ (bis zu ihrem Verbot im Jahre 1970 so benannt, danach „Leistungen zusätzlicher Arbeit“) von den Beschäftigten des eigenen Betriebes und anderer Betriebe.
- Zusätzliche Erfassung der Beschäftigten mit Hoch- bzw. Fachschulabschluss nach Jahresgruppen des Abschlusses in der Qualifikationsberichterstattung.
- In diesem Jahr erfolgte mit der Berufstätigenerhebung keine Nebenbetriebserfassung.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1968

BRD

- Personalstrukturhebung im öffentlichen Dienst (2. Oktober).
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 28. Dezember (BGBl. I, S. 1456).
- Durchführung einer Handwerkszählung.
- Handels- und Gaststättenzählung.

DDR

- Anordnung über die Durchführung einer Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung in der DDR am 30. April 1969 vom 15. Juni (GBl. II, Nr. 80, S. 643).
- Anordnung über das Statut der Zentralstelle für Primärdokumentation vom 08. Oktober (GBl. II, Nr. 118, S. 931).
- Anordnung über die Einführung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik vom 8. Oktober (GBl. II, Nr. 118, S. 931).
- Beginn der schrittweisen Einführung des Systems von Rechnungsführung und Statistik.
- Erstmalige Erfassung des Stands der Aus- und Weiterbildung der Leitungskader im Rahmen der Qualifikationsberichterstattung.
- Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1969

BRD

- Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz) vom 14. April (BGBl. I, S. 292).
- Mit dem Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni (BGBl. I, S. 582) wurde die Bundesanstalt für Arbeit

mit der Durchführung einer Statistik über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf der Basis der bei ihr anfallenden Geschäftsunterlagen beauftragt (§ 6, a.a.O., S. 584).

DDR

- Verordnung über das Berichtswesen vom 26. März (GBl. II, Nr. 29, S. 195).
- Anordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung der Industrie und Bauindustrie vom 15. Mai (GBl.-Sonderdruck 628, S. 3).
- Anordnung über die Einbeziehung der Privatbetriebe der Industrie und Bauindustrie in das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik vom 15. Mai (GBl.-Sonderdruck 628, S. 29).
- Anordnung zur Vergabe und Anwendung einheitlicher Betriebsnummern vom 04. November (GBl. II, Nr. 92, S. 571).
- Im Staatsverlag erschien die letzte Buchausgabe der Definitionen unter dem neuen Titel Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik (insgesamt sieben selbständige Teile in Broschürenform; Definitionen zur Erwerbstätigenstatistik finden sich im Heft 6).
- Gründung des Rechenzentrums Statistik (RZS).
- In der Arbeitskräfteberichterstattung wurden erstmals für die Industrie zusätzliche Angaben über Arbeitszeit und Ausfallzeiten für Arbeiter und Angestellte (bis dahin nur für Produktionsarbeiter erhoben) erfasst.
- Die Normenberichterstattung wurde nur noch für zwei Monate im Jahr durchgeführt.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1970

BRD

- Volks- und Berufszählung per 27. Mai.
- Zusammen mit der Volks- und Berufszählung wurde eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt.

DDR

- Anordnung Nr. 2 zum Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen vom 5. Januar (GBl. II, Nr. 5, S. 24).
- 4. Durchführungsbestimmung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik – Ordnungsmäßigkeit – vom 16. September (GBl. II, Nr. 80, S. 557).
- Einführung einer neuen Struktur im statistischen Apparat, deren Grundgedanke die Trennung der Datenerhebung und -verarbeitung (Bereich Berichtswesen) von der Datenauswertung (Bereich Analyse) war.
- Die im Jahre 1962 eingeführte Erhebung zur Erfassung von Beschäftigtengruppenangaben (Beschäftigtengruppenerhebung) wurde in dieser Form letztmalig durchgeführt.
- Letztmalige Erfassung des Stands der Aus- und Weiterbildung der Leitungskader im Rahmen der Qualifikationsberichterstattung.
- In diesem Jahr erfolgte mit der Berufstätigenerhebung keine Nebenbetriebserfassung.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

1971

BRD

- Durchführung einer Landwirtschaftszählung (Mai: Grunderhebung, Januar bis März 1972: Vollerhebung).

DDR

- Die von den Bezirksstellen der Statistik im Rahmen eines zur Verfügung stehenden Kontingents vergebenen achtstelligen Betriebsnummern wurden verbindlich eingeführt (ab 1. Januar).
- Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung per 01. Januar.
- Das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik war in allen Bereichen der Volkswirtschaft anzuwenden.
- Die Verantwortung für alle Erhebungen der Erwerbstätigenstatistik lag ab diesem Jahr bei der Abteilung Bevölkerung, Arbeitskräfte, Bildung (Abt. 4.9) des Bereichs Berichtswesen.
- Erster Abrechnungszeitraum, aus dem Daten aus der Arbeitskräfteberichterstattung in der Zentralen Datenbank Statistik gespeichert sind.
- Die Abrechnung in Vollbeschäftigteneinheiten wurde erweitert um Studenten im Praktikum, wenn ihre Vergütung aus dem Lohnfonds gezahlt wurde.
- Eine Berichterstattung über die Beschäftigten nach Arbeitsbereichen ersetzte die bisherige gesonderte Erfassung der Beschäftigtengruppen (bis 1974); für den gleichen Zeitraum wurde die Qualifikationsberichterstattung um eine Erfassung der Beschäftigten nach Arbeitsbereichen und Qualifikation erweitert.
- Erstmals wurde mit der Qualifikationsberichterstattung die gesamte Qualifikationsstruktur (alle Qualifikationsstufen) erfasst; außerdem: Facharbeiter nach Berufen.
- Grundsätzliche Neugestaltung der Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung: Erweiterung der Maßnahmennomenklatur und Differenzierung nach Qualifikationsstufen.

- In Verbindung mit der ersten zentralisierten Aufbereitung der Berufstätigenerhebung wurden mittels der Angaben aus der Nebenbetriebserfassung erstmals Ergebnisse nach dem Arbeitsortprinzip (bis dahin: nach dem Unternehmensprinzip) erarbeitet (auch territorial bereinigte Ergebnisse genannt), aber nicht veröffentlicht (Probeaufbereitung).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1972

BRD

- Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Datenerfassungsverordnung- DEVO) vom 24. November (BGBl. I, S. 2159).
- Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Datenübermittlungs-Verordnung – DÜVO) vom 18. Dezember (BGBl. I, S. 2482).

DDR

- Verordnung über vereinfachte Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik vom 8. September (GBl. II, Nr. 56, S. 609).
- Anordnung über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik vom 22. September (GBl. II, Nr. 56, S. 610).
- Anordnung Nr. 2 über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik vom 29. Dezember (GBl. 1973, I, Nr. 5, S. 60).
- Die Erhebung Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit wurde ausgesetzt.

- Ab diesem Jahr wurden alle Ergebnisse der Berufstätigenerhebung territorial bereinigt (Arbeitsortprinzip).
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1973

BRD

- Mit Wirkung vom 1. Januar wurde das integrierte Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (Grundlage der Berufstätigenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit) eingeführt.

DDR

- Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik wurden als zweibändige Loseblattsammlung herausgegeben, die in der Folge jährlich aktualisiert wurden.
- Einschränkung des Berichtswesens für örtlich geleitete Betriebe (vereinfachte Planung und Abrechnung).
- Erster Abrechnungszeitraum, aus dem Daten aus der Qualifikationsberichterstattung in der Zentralen Datenbank Statistik gespeichert sind.
- Die Berichtspflicht zur Normenberichterstattung wurde auf Unternehmen ab 100 Beschäftigte begrenzt.
- Die Normenberichterstattung wurde nur noch zu einem Berichtsmonat im Jahr durchgeführt (April).
- Die Durchführung der Berichterstattung Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit erfolgte letztmalig; die wichtigsten Merkmale wurden danach mit der Schichtberichterstattung erhoben.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem jährlichen Urlaubsanspruch.

1974

BRD

- Bis zu diesem Jahr (ab 1962) wurden im Rahmen des Mikrozensus rd. 40 Zusatzprogramme erhoben.
- Einführung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, mit der rd. 75 % der Erwerbstätigen erfasst wurden (= sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer); per 30. Juni liegen erste Ergebnisse vor.

DDR

- Anordnung Nr. 2 über die Einführung und Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vom 22. Januar (GBl. I, Nr. 6, S. 63).
- Anordnung über die Einführung und Anwendung volkswirtschaftlicher Arbeitskräftesystematiken vom 14. Oktober (GBl. I, Nr. 53, S. 493).
- Anordnung über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 10. Dezember (GBl. 1975, I, Nr. 1, S. 1).
- Einbeziehung einzelner zentralgeleiteter Betriebe in die vereinfachte Abrechnung.
- Die Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken erschienen im Staatsverlag als Loseblattsammlung.
- Das Erfassungsprogramm der Normenberichterstattung wurde erheblich verändert und eingeschränkt.
- Erster Abrechnungszeitraum, aus dem Daten aus der Normenberichterstattung in der Zentralen Datenbank Statistik gespeichert sind.
- Die Erfassung nach Arbeitsbereichen wurde wegen der Einführung neuer Beschäftigtengruppen letztmalig durchgeführt.
- Neu war in der Qualifikationsberichterstattung die Erfassung des Leitungspersonals.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:.

- Arbeiter und Angestellte nach Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit.

1975

BRD

- Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli (BGBl. I, S. 1909).
- Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November (BGBl. I, S. 2779).
- Entsprechend einer EU- Verordnung wurde ab diesem Jahr eine Arbeitskräftestichprobe, zunächst in zweijährigem Abstand, mit einem Auswahlatz von 0,4 % durchgeführt.
- In diesem Jahr wurde kein Mikrozensus, sondern lediglich die EU-Arbeitskräfteerhebung durchgeführt.
- Das Grundprogramm des Mikrozensus für die Folgejahre wurde um Fragen zu zusätzlichen Merkmalen erweitert, die jedoch lediglich mehrjährig oder mit einem verringerten Auswahlatz erhoben wurden.
- Wegen der Einführung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (1974) erübrigten sich die Vierteljahreserhebungen im Rahmen des Mikrozensus mit einem Auswahlatz von 0,1 %; sie wurden daher in der Folgezeit nicht mehr durchgeführt.

DDR

- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 20. Juni (GBI. I, Nr. 31, S. 585).
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 20. Juni (GBI.-Sonderdruck Nr. 800).
- Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 24. Juli (GBI. I, Nr. 36, S. 639).
- Anordnung über die medizinische Fachschulankennung für Kranken-

schwestern und andere mittlere medizinische Fachkräfte vom 21. August (GBI. I, Nr. 36, S. 642).

- Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik vom 31. Dezember (GBI. I, Nr. 2, S. 21).
- Bis Jahresende wurde die Einführung der einheitlichen datenverarbeitungsgerechten Primärdokumente abgeschlossen.
- Der Ministerrat der DDR beschloss den Aufbau des Datenspeichers Gesellschaftliches Arbeitsvermögen (in Verantwortung des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne).
- Im Rahmen der Qualifikationsberichterstattung wurden die Beschäftigten im mittleren medizinischen Dienst letztmalig als Facharbeiter abgerechnet.
- Als Facharbeiter wurden bisher (bis einschließlich diesen Jahres) nur jene ausgewiesen, die auch im erlernten Beruf oder artverwandt tätig waren; waren sie dies nicht, galten sie als Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung wurde letztmalig als selbständige Erhebung durchgeführt (ab 1976 Integration in die Qualifikationsberichterstattung).
- Wesentliche Erweiterung der Schichtberichterstattung (Rationalisierungskennziffern und Merkmale aus der 1973 zuletzt durchgeführten Berichterstattung Ermittlung der Produktionsarbeiter nach der Art der Tätigkeit).
- Auf der Grundlage der neuen Beschäftigtengruppen wurde die Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen (Beschäftigtengruppenerhebung) neu gestaltet und erstmalig durchgeführt (fortan jährlich mit wechselndem Erfassungsprogramm).

- Erster Abrechnungszeitraum, aus dem Daten aus der Beschäftigtengruppenerhebung in der Zentralen Datenbank Statistik gespeichert sind.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober.
 - nach Arbeitsbereichen.
 - nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1976

BRD

- Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates vom 9. Februar über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 39, S. 1).

DDR

- Schrittweise Entwicklung und Anwendung weitgehend standardisierter Formblätter.
- Die Anwendung der einheitlichen datenverarbeitungsgerechten Primärdokumente war verbindlich.
- Verbindliche Anwendung der Volkswirtschaftlichen Arbeitskräftesystematiken in Rechnungsführung und Statistik.
- Beginn der schrittweisen Einführung der neuen Beschäftigtengruppengliederung in die Erwerbstätigenstatistik in Abhängigkeit von der Einführung der spezifischen Beschäftigtengruppenkataloge in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft.
- Die Arbeitskräfteberichterstattung wurde vereinfacht und als Querschnittsberichterstattung völlig neu konzipiert; die Zahl der Erhebungsbögen dieser sich über alle Wirt-

schaftsbereiche erstreckenden Erhebung wurde von 24 auf 9 reduziert.

- Die Abrechnung in Vollbeschäftigeneinheiten wurde erweitert um:
 - Beschäftigte mit einem bis zu 6 Monaten befristeten Arbeitsvertrag.
 - Arbeitsstunden- oder tageweise Aushilfstätigkeit von Müttern im bezahlten Erziehungsurlaub.
- Ab diesem Jahr: in der Arbeitskräfteberichterstattung wurden die Beschäftigten in den Gemeinden unter 2000 Einwohner nach Ratsbereichen (Volksbildung, Kultur,...) differenziert abgerechnet; analog wurde in der Berufstätigenerhebung verfahren.
- Erster Abrechnungszeitraum, aus dem Daten aus der Schichtberichterstattung in der Zentralen Datenbank Statistik gespeichert sind.
- Völlige Neugestaltung der Qualifikationsberichterstattung bei gleichzeitiger Integration der bisher selbständigen Berichterstattung über die Erwachsenenqualifizierung sowie merkliche Verringerung der erfassten Merkmale; erstmaliger Ausweis der Facharbeiter unabhängig von ihrer Tätigkeit (außer bei der Gegenüberstellung erforderlicher und vorhandener Qualifikation).
- In der Qualifikationsberichterstattung galt ab diesem Jahr auf der Grundlage der im Vorjahr erlassenen Anordnung das mittlere medizinische Personal nach erfolgtem Anerkennungsverfahren als Personal mit Fachschulausbildung (bis dahin: Facharbeiter).
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.

- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:..
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1977

BRD

- Durchführung einer Handwerkszählung.
- Die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Fachserien wurden neu gegliedert; fortan findet man die wichtigsten Daten über die Erwerbstätigkeit in der Reihe 4 der Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit).
- Das Statistische Bundesamt beginnt mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen seiner Fachserie (erstmalig per 31. März).

DDR

- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:..
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober.
 - nach Arbeitsbereichen.
 - nach der Qualifikation.
 - nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:..
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub.

1978

BRD

- Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – Hdl Stat G) vom 10. November (BGBl. I, S. 1733).

DDR

- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:..
 - Arbeiter und Angestellte.

- sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen,.
- nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.

- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:..
 - Verkürzt arbeitende ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit.
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem.

1979

BRD

- Landwirtschaftszählung.
- Zensus im produzierenden Gewerbe.
- Handels- und Gaststättenzählung.

DDR

- Im Monat Februar erschien die letzte Ausgabe der Monatszeitschrift Statistische Praxis.
- Die Zentrale Datenbank Statistik enthielt bis zu 800 Daten je Betrieb für rd. 20 000 Betriebe der Bereiche Industrie und Bau (Stand Januar).
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:..
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober.
 - nach Arbeitsbereichen.
 - nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:..
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub.

1980

BRD

- Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März (BGBl. I, S. 289).
- Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März (BGBl. I, S. 294).
- Zweite Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenerfassungsverordnung – 2. DEVO) vom 29. Mai (BGBl. I, S. 593).
- Zweite Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Zweite Datenübermittlungsverordnung – 2. DÜVO) vom 29. Mai (BGBl. I, S. 616).
- Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai (BGBl. I, S. 641).

DDR

- Anordnung über die Vorbereitung und Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung am 31. Dezember vom 4. Dezember (GBl. I, Nr. 36, S. 378).
- Das Rechenzentrum Statistik wurde zum Datenverarbeitungszentrum (DVZ) Statistik umgebildet.
- Es erschien die letzte Grundsammlung der Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik in Loseblattform (anschließend jährliche Ergänzungen und Veränderungen).
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.

- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1981

BRD

- Die für Mai vorgesehene Volks- und Berufszählung wurde auf das Folgejahr verschoben.

DDR

- Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung per 31. Dezember.
- Umgestaltung der zuletzt von der neuen Beschäftigtengliederung tangierten Erwerbstätigenstatistik – der Normenberichterstattung.
- Zusätzliche Abrechnung von Merkmalen über das Leitungs- und Verwaltungspersonal in der Arbeitskräfteberichterstattung ab diesem Jahr.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation.
 - nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation.
- Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1982

BRD

- Die zum Stichtag 19. Mai vorgesehene Volks- und Berufszählung wurde auf das Folgejahr verschoben.

DDR

- Anordnung Nr. 2 über die Einführung der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten der Industrie und des Bauwesens vom 13. Oktober (GBl. I, Nr. 37, S. 616).
- Das private Handwerk wurde ab diesem Jahr nicht mehr mit der Berufstätigenerhebung befragt; die entsprechenden Angaben wurden der Berichterstattung der privaten

- Handwerks- und Gewerbebetriebe entnommen und mit den Befragungsergebnissen der Berufstätigenerhebung zusammengeführt.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach Tätigkeitshauptgruppen.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.
 - Es wurde kein Austauschprogramm mit der Berufstätigenerhebung erfasst.

1983

BRD

- Die geplante Volks- und Berufszählung per 27. April wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. April ausgesetzt.
- Das Bundesverfassungsgericht verkündet sein Volkszählungsurteil (15. Dezember).
- Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensusgesetz) vom 21. Februar (BGBl. I, S. 201) kam in diesem Jahr nicht zur Anwendung (Verordnung zur Aussetzung der Bundesstatistik über die Bevölkerung und das Erwerbsleben auf repräsentativer Grundlage... im Jahre 1983 vom 20. Dezember – BGBl. I, S. 1493); aus diesem Grunde wurde lediglich die EG-Arbeitskräfteerhebung durchgeführt.

DDR

- Anordnung Nr. 3 über die Einführung und Anwendung einheitlicher datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente vom 26. Juli (GBI. I, Nr. 23, S. 233).
- In der Schichtberichterstattung wurde letztmalig ausschließlich die Schichtbesetzung bzw. -stärke erfasst.

- Arbeitskräfteberichterstattung und Berichterstattung über die Arbeiter und Angestellten nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen (Beschäftigtengruppenerhebung): die Beschäftigten für Datenverarbeitung wurden aus dem Leitungs- und Verwaltungspersonal ausgegliedert und der neuen Beschäftigtengruppe EDV-Personal zugeordnet.
- Die Systematisierung in der Rahmenrichtlinie für die Beschäftigtengruppierung sah eine Trennung des Leitungs- und Verwaltungspersonals in seine beiden Bestandteile vor.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober.
 - nach Arbeitsbereichen.
 - nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Verkürzt arbeitende ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit.
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem.

1984

BRD

- Wie im Vorjahr wurde lediglich die EG-Arbeitskräfteerhebung, nicht aber der Mikrozensus durchgeführt – Verordnung zur Aussetzung der Bundesstatistik über die Bevölkerung und das Erwerbsleben auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) im Jahre 1984 vom 20. Dezember (BGBl. I, S. 1679).
- Die EG-Arbeitskräftestichprobe wurde fortan jährlich durchgeführt.

DDR

- Die Regelungen zur vereinfachten Planung und Abrechnung (erstmalig angewandt 1973) wurden in der Erwerbstätigenstatistik letztmalig praktiziert, und zwar in der Schichtberichterstattung.
- In der Schichtberichterstattung wurde die Schichtbesetzung und das Schichtsystem (einschichtig, zweischichtig,...arbeitendes Produktionspersonal) erfasst.
- In der Qualifikationsberichterstattung wurde die Erfassung der Facharbeiter unabhängig von ihrer Tätigkeit (im erlernten Beruf oder artverwandt tätig) auf alle Abschnitte der Erhebung ausgedehnt.
- Beginn der Arbeiten an einer Arbeitsstättenzählung im Bereich Industrie; die Arbeiten erstreckten sich über mehrere Etappen bis zum März 1988
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte nach.
 - Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
 - Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1985

BRD

- Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. Juni (BGBl. I, S. 955).
- Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November (BGBl. I, S. 2078).
- Handels- und Gaststättenzählung.

- Zensus im produzierenden Gewerbe; da die Erhebung für dieses Jahr ausgesetzt worden war, wurden Ergebnisse aus der Kostenstrukturerhebung, der Investitionserhebung und dem Monatsbericht der Unternehmen ermittelt bzw. geschätzt.

DDR

- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli (GBl. I, Nr. 23, S. 261).
- Anordnung über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 6. August (GBl. I, Nr. 23, S. 267).
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6. August (GBl.-Sonderdruck Nr. 800/1).
- Die Systematik der Volkswirtschaftszweige (vormals Betriebssystematik) wird herausgegeben – die letzte Ausgabe der amtlichen Statistik der DDR.
- Erweiterung des Berichtspflichtigenkreises der Schichtberichterstattung um Baubetriebe; Umstellung auf die ausschließliche Erfassung nach Schichtsystemen.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1986

BRD

- Zweites Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (2. Statistikbereinigungsgesetz – 2. StatBerG) vom 19. Dezember (BGBl. I, S. 2555).

DDR

- Erhebungsprogramm der Beschäftigungstengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte nach.
 - Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
 - Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach dem Schichtsystem.

1987

BRD

- Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke – Bundesstatistikgesetz – vom 22. Januar (BGBl. I, S. 462 und S. 565).
- Volks- und Berufszählung per 25. Mai.
- Zusammen mit der Volks- und Berufszählung wurde eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt.

DDR

- Erhebungsprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig berufstätige Arbeiter und Angestellte nach der Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs sowie Angaben über Zusatzurlaub.

1988

DDR

- Abschluß der Erfassung der Arbeitsstätten im Bereich Industrie (März).
- Ab diesem Jahr wurden mit der Berufstätigenerhebung keine Lehrlingsangaben mehr erfasst; die entsprechenden Angaben wurden der

Statistik der Berufsausbildung entnommen.

- Erhebungsprogramm der Beschäftigungstengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation.
 - nach Tätigkeitshauptgruppen und Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Tätigkeitshauptgruppen.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte nach Lohnstufen.

1989

BRD

- Das Statistische Bundesamt hatte rd. 2700, darunter rd. 250 wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter; in den Statistischen Landesämtern waren rd. 6000 Personen beschäftigt.
- Das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamts umfasste rd. 600 Titel mit jährlich ca. 1100 Ausgaben in einer Gesamtauflage von rd. 850000 Exemplaren.

BRD/DDR

- Mit dem Ziel der Anpassung der amtlichen Statistik der DDR an die Bundesstatistik begann eine Phase intensiver fachlicher Zusammenarbeit zwischen den zentralen statistischen Dienststellen beider deutschen Teilstaaten (Dezember).

DDR

- Letzte Anordnung über die Schließsystematik der Staatsorgane, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe, Versorgungsbereiche und Fondsträger vom 18. Mai (GBI. I, Nr. 36, S. 642).
- Das zentralisierte Berichtswesen beinhaltete 239 Erhebungen.
- Mit den amtlichen Erwerbstätigenstatistiken wurden 725 verschiedenen Kennziffern erfasst, darunter dienten 35 Kennziffern der Planabrechnung.

- Die Berufstätigenerhebung erfasste rd. 92 % aller Berufstätigen; mit der Arbeitskräfteberichterstattung wurden rd. 73 % der Erwerbstätigen mindestens vierteljährlich abgerechnet.
- Auf den Gebieten Erwerbstätigkeit/Löhne und Gehälter wurden 130 unausgelöste Statistiken durchgeführt.
- Beschäftigtengruppenerhebung, Schichtberichterstattung, Normenberichterstattung und Qualifikationsberichterstattung wurden letztmalig durchgeführt.
- Einmalig erfolgte durch die Staatliche Plankommission in Zusammenarbeit mit der SZS eine Teilerfassung der Beschäftigten im bisher nicht erfassten Bereich (x-Bereich); die Ergebnisse bildeten eine wesentliche Grundlage der später durchgeführten Rückrechnungen.
- Der x-Bereich umfasste 726,9 Tausend Beschäftigte.
- Erhebungsprogramm der Beschäftigtengruppenerhebung:
 - Arbeiter und Angestellte.
 - sowie deren Bruttolohn im Oktober nach der Qualifikation.
 - nach Arbeitsbereichen und Qualifikation.
- Austauschprogramm der Berufstätigenerhebung:
 - Ständig Berufstätige nach Altersgruppen.

1990

BRD

- Aus dem Statistischen Amt der DDR wurde gemäß Einigungsvertrag das Gemeinsame Statistische Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (GeStAL) gebildet (3. Oktober).
- Aus der Zentrale des Statistischen Amts der DDR in Berlin wurden rd. 400 Mitarbeiter in die Zweigstelle

Berlin des Statistischen Bundesamts übernommen.

- Die Mitarbeiter der Bezirksstelle Berlin des Statistischen Amts der DDR sowie der dazugehörigen Kreisstellen wurden mehrheitlich in das bereits bestehende Statistische Landesamt Berlin (bis dahin: Berlin-West) integriert.
- In den neuen Bundesländern sowie Berlin-Ost wird letztmalig die Berufstätigenerhebung (mit neu gestaltetem, der Bundesstatistik angepasstem Inhalt) durchgeführt (Stichtag 30. November).
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) vom 17. Dezember (BGBl. I, S. 2837).

BRD/DDR

- Bildung einer Arbeitsgruppe Deutsche Statistik aus Vertretern des Statistischen Bundesamts und des Statistischen Amts der DDR (März).
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag (BGBl. II, Nr. 35, S. 889) mit speziellen Festlegungen zur amtlichen Statistik.

DDR

- Als einzige der bisherigen amtlichen Erwerbstätigenstatistiken wurde die Arbeitskräfteberichterstattung, ab Juli mit neuem Kennziffernprogramm, durchgeführt.
- Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik wurde zum Statistischen Amt der DDR umgebildet (Ministerratsbeschluss vom 8. März).
- Bekanntmachung über die Bildung des Statistischen Amts der DDR vom 15. März (GBl. I, Nr. 20, S. 181).

- Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20. Juli (GBl. I, Nr. 52, S. 1004).
- Das Statistische Amt hatte insgesamt 3326 Mitarbeiter, darunter 733 in der Zentrale in Berlin; von den Gesamtbeschäftigten hatten 30,5 % einen Hoch- und 25,6 % einen Fachschulabschluss (Stand 13. September).
- Mit dem Vollzug der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten endete die Existenz der amtlichen Statistik der DDR (3. Oktober).

1991

- Die Einführung der Bundesstatistiken in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost war ab Anfang des Jahres im Wesentlichen gewährleistet.
- Die Dienststelle des GeStAL in Berlin hatte 612 Mitarbeiter (einschließlich Datenverarbeitung); in den neuen Bundesländern waren 2465 Beschäftigte für das GeStAL tätig (Stand Anfang Februar).
- Statistikanpassungsverordnung vom 26. März (BGBl. I, S. 846).
- Im April wurden die neuen Bundesländer und Berlin-Ost erstmals in den Mikrozensus einbezogen.
- Mikrozensusanpassungsverordnung vom 18. Oktober (BGBl. I, S. 2030).
- In der Berichtswoche vom 21. bis 27. Oktober wurde in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost in einem Viertel der im April erfassten Haushalte eine zusätzliche Mikrozensususerhebung durchgeführt.
- Einführung des integrierten Meldeverfahrens zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.
- Durchführung einer Landwirtschaftszählung.
- Der schnelle Aufbau der Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern ermöglichte die Auflösung des GeStAL per 31.

Dezember (Beschluß des Verwaltungsausschusses des GeStAL vom 29. August).

1992

- Eine Geschäftsstelle zur Auflösung des GeStAL übernimmt die noch verbleibenden Aufgaben einschließlich der auslaufenden statistischen Arbeiten (ab 1. Januar).
- In der Berichtswoche vom 20. bis 26. Januar wurde in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost in einem Viertel der im April des Vorjahres befragten Haushalte eine zusätzliche Mikrozensususerhebung durchgeführt.
- Per 31. März liegen erstmals Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost vor.
- Schwerpunktmäßig in diesem und im nächsten Jahr wurden in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamts Rückrechnungsarbeiten durchgeführt, deren Ergebnisse in den Folgejahren in der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR veröffentlicht wurden (auf einzelnen Gebieten wurden die Rückrechnungsarbeiten bis zum Jahre 2000 durchgeführt).
- Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräftestichprobe wurde wesentlich erweitert (Grundprogramm und Sondererhebungen mit wechselndem Frageprogramm).

1993

- Mit den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost per 30. Juni beginnt das Statistische Bundesamt mit der Ergebnisveröffentlichung der genannten Erhebung für diesen Teil Deutschlands im Rahmen seiner Fachserie.
- Durchführung einer Handels- und Gaststättenzählung.

1994

- Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren in diesem Jahr 80 % der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, die somit mit der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit erfasst wurden.

1995

- Durchführung einer Handwerkszählung (31. März).
- Die regionalen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit waren bis Jahresende arbeitsortbezogen.

1996

- Mikrozensusgesetz und Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes vom 17. Januar (BGBl. I, S. 43).
- Ab Ergebnistichtag 31. März stehen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit neben den arbeitsortbezogenen auch wohnortbezogene regionale Ergebnisse zur Verfügung.
- Zur Verringerung des organisatorischen Aufwands und der Belastung der Befragten wurde beim Mikrozensus eine Dreiteilung des Frageprogramms vorgenommen:
 - Grundprogramm:
jährliche Erfassung (Auswahlsatz 1 %) u.a. zu den Merkmalskomplexen Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens, allgemeine und berufliche Bildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitssuche, Nichterwerbspersonen.
 - Ergänzungsprogramm:
jährliche Erfassung (Auswahlsatz von bis zu 0,5 %) u.a. zu den Merkmalskomplexen berufliche und allgemeine Fortbildung, ergänzende Angaben zur Erwerbstätigkeit, Angaben zur früheren Erwerbstätigkeit.

- Zusatzprogramm:

- vierjährige Erfassung (Auswahlsatz unterschiedlich: bis zu 0,5 % oder 1 %) u.a. zu den Merkmalskomplexen Zusatzangaben zur beruflichen Ausbildung (freiwillig), Pendlermerkmale (freiwillig), Zusatzangaben für Ausländer (freiwillig), Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit.
- Ab diesem Jahr wurde die EU-Arbeitskräftestichprobe vollständig in den Mikrozensus integriert und stellte praktisch eine Unterstichprobe bei 40 % der Mikrozensus-Befragten dar; Fragestellungen der EU-Arbeitskräftestichprobe, die nicht bereits Gegenstand des Mikrozensus-Frageprogramms waren, wurden zusätzlich aufgenommen.

1997

- Der Archivbestand der amtlichen Statistik der DDR, 1990 übernommen von der Zweigstelle des Statistischen Bundesamts in Berlin, wurde dem Bundesarchiv Koblenz, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, übergeben (November).
- Das Statistische Bundesamt hatte rd. 3100 Beschäftigte; in den Statistischen Landesämtern waren rd. 8000 Mitarbeiter tätig.

1998

- Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rats vom 9. März zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 77, S. 3).
- Verordnung (EG) Nr. 1571/98 der Kommission vom 20. Juli zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rats über die Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 205, S. 40).

1999

- Das Statistische Bundesamt veröffentlicht als Heft 34 der Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR den Titel „DDR-Statistik; Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik der DDR 1949 bis 1990“; zu dem

Titel gehören 31 Dokumentenbände; mit der Bevölkerungsstatistik einschließlich Volks- und Berufszählungen beschäftigt sich der Dokumentenband 10, Arbeitskräftestatistik und Statistik des Arbeitseinkommens sind Gegenstand des Dokumentenbands 11 (August).